Montag, 25. April 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 95 - 17.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11

Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Nimmt Hussein am Friedensprozeß wieder teil?

AFP/rtr, Amman

Der jordanische König Hussein ist offenbar im Begriff, sich wieder aktiv in den Nahost-Friedensprozeß einzuschalten. Wie offiziell in Amman bekanntgegeben wurde, sind gestern Informationsminister Adnan Abu Odeh und Außenminister Marwan Alkasim zu einer Reise durch die arabischen Staaten aufgebrochen, um Botschaften des Monarchen zu überbringen. Hussein hatte sich nach dem Scheitern seiner Verhandlungen mit PLO-Chef Arafat aus den Friedensbemühungen zurückgezogen. Die offiziöse saudiarabische Tageszeitung „Al-Dschasira" meldete am Wochenende jedoch, daß Hussein und Arafat auf Betreiben des marokkanischen Königs Hassan ihre Gespräche in Kürze fortsetzen wollten. Jordanien doch noch zur Aufnahme von Verhandlungen mit Israel über ein autonomes Palästina zu bewegen ist auch eins der Ziele des amerikanischen Außenministers George Shultz, der gestern zu einer Nahost-Reise aufbrach. Shultz wird heute in Kairo erwartet. Anschließend will er Israel und Libanon und möglicherweise Jordanien und Saudi-Arabien besuchen. Auch ein Besuch in der syrischen Hauptstadt Damaskus wird nicht ausgeschlossen.

Seite 12

ZITAT DES TAGES



„Martin Luther feiern und Zwang zur Jugendweihe ausüben – das ist auf die Dauer unvereinbar. Martin Luther paßt nicht als Symbol, wo das öffentliche Leben auf Militarisierung, Gewissenszwang, Spitzeltum und Heuchelei aufgebaut ist."

Rainer Barzel, Bundestagspräsident, auf einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Marburg. Barzel warnte die „DDR" davor, das Bild Luthers zu verfälschen.
FOTO: JUPP DARCHINGER

Unzufrieden mit Paris

dpa, Paris

Die Unzufriedenheit der Franzosen mit Staatschef François Mitterrand und Premierminister Pierre Mauroy war seit dem Amtsantritt der sozialistischen Regierung im Juni 1981 noch nie so groß wie gegenwärtig. Nach dem Ergebnis einer Umfrage der Pariser Sonntagszeitung „Le Journal de Dimanche" sind augenblicklich 48 Prozent der Bürger „eher oder sehr" unzufrieden mit Mitterrand (März 38 Prozent) und 49 Prozent (43) mit Mauroy.

Seite 2

Türkei: Parteiengesetz

AP, Ankara

Als weiterer Schritt zur Normalisierung des öffentlichen Lebens in der Türkei ist gestern das neue Parteiengesetz in Kraft gesetzt worden. Damit ist automatisch eine teilweise Aufhebung des seit dem Militärputsch vom September 1980 bestehenden Verbots der politischen Betätigung verbunden. „Von diesem Tag an sind die Bürger berechtigt, politische Parteien ihrer Wahl zu gründen, in diese einzutreten und politische Aktivitäten zu entfalten", hieß es in einem Kommuniqué. Dennoch bleibt die politische Betätigung scharf eingegrenzt. Parteien marxistischer, faschistischer oder theokratischer Zielsetzung sind weiterhin verboten.

Brasilien will libysche Waffen zurückschicken

dpa, Brasilia

Die vier in Brasilien festgehaltenen libyschen Transportmaschinen hatten ausschließlich Waffen, Munition und Sprengstoff sowjetischer, tschechoslowakischer und amerikanischer Herkunft an Bord. Das ergab eine Untersuchung durch Spezialisten der brasilianischen Luftwaffe, die auf Anordnung der Regierung in Brasilia vorgenommen wurde. Bei den Maschinen handelt es sich um drei Frachtflugzeuge des sowjetischen Typs Iljuschin, die in der Amazonas-Stadt Manaus stehen, sowie um eine Maschine vom Typ Hercules C-130, die in Recife im Nordosten des Landes festgehalten wird. Ihre Ladungen waren von Libyen als Hilfsgüter für Nicaragua deklariert worden. Nach amerikanischer Einschätzung sollten die Waffen an die Guerrilleros in El Salvador weitergeleitet werden. Nach Angaben eines brasilianischen Regierungssprechers bestand die in Recife konfiszierte Ladung aus rund 15 Tonnen Waffen sowjetischer und amerikanischer Herkunft. Die Maschinen in Manaus hatten leichte sowjetische und tschechoslowakische Waffen sowie ein zerlegtes sowjetisches Trainings-Flugzeug an Bord. Libyen soll die Flugzeuge und auch die Waffen zurückerhalten.

Kohl auch nach Tiflis?

Co. Bonn

Bundeskanzler Kohl wird sich während seines für Ende Juni/Anfang Juli geplanten Besuches in der Sowjetunion nicht nur in Moskau aufhalten. Nach vorliegenden Informationen ist auch ein Abstecher ins Land – möglicherweise nach Tiflis – vorgesehen. Außenminister Genscher begrüßte gestern im Hessischen Rundfunk die Gelegenheit, der sowjetischen Führung während dieses Besuches noch einmal darlegen zu können, „daß wir nicht Wanderer zwischen den Welten, sondern ein Teil des Westens sind".

US-Konsul ausgewiesen

AP, Moskau

Nach der Welle von Ausweisungen von Sowjetbürgern aus westlichen Ländern hat Moskau jetzt einen amerikanischen Diplomaten unter dem Vorwurf der Spionage des Landes verwiesen. Das Parteiorgan „Prawda" berichtete gestern, bei dem Diplomaten handele es sich um den Vizekonsul D. Shorer vom US-Konsulat in Leningrad.

„Desinteresse in Moskau"

dpa, Peking

Die Sowjetunion ist nach Ansicht Chinas zur Zeit nicht daran interessiert, die Haupthindernisse für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern zu beseitigen. Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur begründete gestern diese These mit dem Hinweis, Moskau weigere sich, der Forderung Pekings folgend die sowjetische Unterstützung Vietnams bei dessen Politik in Kambodscha aufzugeben. Einen solchen Schritt der Sowjets habe China jedoch bei den beiden bisherigen Gesprächsrunden der Länder gefordert, schrieb die chinesische Agentur.

Massen-Verurteilung

rtr, Florenz

Ein Gericht in Florenz hat nach sechsmonatiger Verhandlung 83 Mitglieder der linksgerichteten Terrorgruppe Prima Linea zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Der Prozeß dauerte ein halbes Jahr und befaßte sich mit Aktionen der Organisation in den Jahren 1976 bis 1980 in der Toskana. Die Prima Linea galt nach den Roten Brigaden als die schlagkräftigste Terroristen-Gruppe. Insgesamt waren in dem Prozeß 92 Personen angeklagt, von denen sich 63 in Polizeigewahrsam befinden. Neun Angeklagte wurden freigesprochen.

WETTER

Leicht unbeständig

DW. Essen

Vormittags im Osten starke Bewölkung und gelegentlich Regen, im übrigen Gebiet bewölkt und trocken. Später im Westen Bewölkungsverdichtung und Regen.

Washington: Bonn soll Hilfe für Nicaragua abbrechen

USA warnen Sowjetunion und Kuba, Lage in Mittelamerika zu verschärfen

MANFRED SCHELL, Washington

Die USA haben die Bundesrepublik Deutschland und andere europäische Länder aufgefordert, die Wirtschaftshilfe für das von den Sandinisten diktatorisch regierte Nicaragua einzustellen. Die Amerikaner verbanden diesen eindringlichen Appell mit einer scharfen Kritik an der unter Vorsitz von Willy Brandt (SPD) in Portugal gefaßten Erklärung der Sozialistischen Internationale, in der Nicaragua als ein demokratisch geführtes Land bezeichnet wird.

Ein hoher Beamter der amerikanischen Administration präzisierte vor deutschen Journalisten in Washington den US-Standpunkt. Zunächst, so sagte der Beamte, hätten die europäischen Länder in der Erwartung, daß Nicaragua nach dem Sturz des Diktators Somoza zu einem pluralistischen System zurückkehre, richtig gehandelt, indem sie dem mittelamerikanischen Land Wirtschaftshilfe zukommen ließen. Auch die USA seien dieser Meinung gewesen und hätten Hilfe im Wert von 134 Millionen Dollar bereitgestellt. Aber jetzt, wo feststehe, daß die Sandinisten den Pluralismus ablehnten und alle oppositionellen Kräfte, darunter die katholische Kirche, brutal unterdrückten, „sollten sich die Europäer zurückziehen". Washington hat seine Unterstützung Nicaraguas bereits vor zwei Jahren eingestellt.

Der Sozialistischen Internationale wurde von dem hohen US-Beamten vorgeworfen, die Gegebenheiten zu ignorieren. Die SI lasse sich offensichtlich von dem Motiv leiten, am wichtigsten sei, „daß dort eine gute linke Regierung an der Macht ist". In Wirklichkeit gebe es in Nicaragua aber weder eine Demokratie noch einen Sozialismus, „sondern eine Diktatur".

Eindringlich warnten die USA die Sowjetunion und Kuba vor einer Eskalation des Konflikts in Zentralamerika. Die Vereinigten Staaten würden weder kubanische Truppen noch die Stationierung von sowjetischen MiG-Flugzeugen in Nicaragua hinnehmen. Präsident Reagan habe zwar mehrfach versichert, daß die USA nicht an die Entsendung von Truppen dächten. Aber ein solches Verhalten von Moskau oder Kuba wäre in der Sicht Washingtons „ein Sonderfall".

Die Politik der USA in Zentralamerika sei auf eine Befriedung dieser schwierigen – auch von historischen Vorbehalten gegenüber Washington – geprägten Region angelegt. Die dabei erzielten Fortschritte vor allem im Demokratisierungsprozeß würden von Europa häufig nicht oder zumindest nicht ausreichend gewürdigt. Noch Ende 1979 habe es nur in Venezuela und in Costa Rica eine Demokratie gegeben. Inzwischen hätten, nicht ohne massive Mitwirkung der USA, in El Salvador und in Honduras freie Wahlen stattgefunden. Brasilien sei ebenfalls keine Diktatur mehr, „in Chile halten wir uns heraus". Dies müsse man insgesamt als einen „bemerkenswerten Wandel" betrachten. Der von interessierter Seite erhobene Vorwurf der Einmischung sei nicht gerechtfertigt.

Seite 6: Washingtons Langmut

Honecker soll im September kommen

Kohl erwartet konkrete Ergebnisse / FDP-Spitze weist CSU-Forderungen zurück

BERNT CONRAD, Bonn

Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker wird, wenn die politischen Umstände dies zulassen, wahrscheinlich im September auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl in die Bundesrepublik Deutschland kommen. Darauf basieren nach Informationen der WELT die Planungen im Bundeskanzleramt. Als Voraussetzung betrachtet es Kohl allerdings, daß der Besuch zu konkreten Ergebnissen führt. Dies weiß offenbar auch der SED-Chef.

„Ein Treffen mit Honecker als Wert an sich zu betrachten, wie dies der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt getan hat, kommt für uns nicht in Frage", betonte ein Kanzlermitarbeiter. Über mögliche Ergebnisse der Honecker-Visite, die für die Menschen spürbar sind, wollte Kohl anscheinend schon mit dem SED-Politbüromitglied Günter Mittag in Bonn konferieren, sagte das Gespräch dann aber unter dem Eindruck des Todes des Transitreisenden Rudolf Burkert kurzfristig ab.

Das große Interesse Honeckers an einem Besuch in der Bundesrepublik ging nach Einschätzung des Kanzleramtes aus der telefonischen Bereitschaft des SED-Chefs zu einer nochmaligen Untersuchung des Vorfalls in Drewitz, aus dem ausführlichen Bericht Ost-Berlins an die Transitkommission und der Einladung des Hamburger

Seite 2:
Neue Akzente

Gerichtsmediziners Professor Werner Janssen nach Drewitz hervor. Ein endgültiges Urteil über den Fall will sich die Bundesregierung erst nach dem Vorliegen des abschließenden Gutachtens von Professor Janssen bilden.

Unabhängig davon war man sich im Kanzleramt von Anfang an darüber im klaren, daß der vorgesehene Besuch Kohls in Moskau – wie 1981 auch der Breschnew-Besuch in Bonn – dem Kanzlertreffen mit Honecker vorausgehen müsse. Der SED-Chef wird seinerseits beide Termine Anfang Mai bei einem „Freundschaftsbesuch" in der Sowjetunion erörtern können.

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat bei seinem Gespräch mit Kohl am vergangenen Donnerstag nach vorliegenden Informationen keine Absage der Honecker-Visite verlangt. Dies hängt vermutlich damit zusammen, daß eine von seinem engsten Mitarbeiter Edmund Stoiber genannte wesentliche Bedingung für den Besuch – die Aussicht auf menschliche Erleichterungen – mit den Absichten des Kanzlers übereinstimmt.

Die von CSU-Politikern bekräftigte Forderung nach einer „Wende" in der Deutschlandpolitik stößt im Kanzleramt insofern auf offene Türen, als Kohl in die Regierungserklärung durchaus einige Aussagen zur Deutschlandpolitik aufnehmen will, die über die erste Regierungserklärung vom 13. Oktober 1982 hinausgehen, ohne sich allerdings von der samals eingeschlagenen Richtung grundsätz-

● Fortsetzung Seite 12

Bonner Beratungen über Spione in Botschaften

ms. Bonn

Die Parlamentarische Kontrollkommission des Bundestages wird sich in dieser Woche mit der Frage befassen, ob die Bundesregierung dem Beispiel anderer Länder folgen und osteuropäische Diplomaten, die als Spione enttarnt sind, des Landes verweisen soll. Die Führung des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) ist beauftragt worden, in der Sitzung entsprechende Informationen vorzutragen.

Die Spionageabwehr hat insgesamt 238 Angehörige der Ständigen Vertretung der „DDR" in Bonn, der osteuropäischen Botschaften und der staatlichen Niederlassungen osteuropäischer Länder als „erkannte" Mitarbeiter gegnerischer Geheimdienste eingestuft. Außerdem wird von 199 Verdachtspersonen gesprochen. Die größte Zahl der „erkannten" Spione entfällt demnach mit 109 Personen auf den Bereich der sowjetischen Botschaft in Bonn, das Generalkonsulat in Hamburg und die Handelsmission der UdSSR in Köln. Die Entscheidung darüber, ob Bonn Ausweisungen vornimmt, hat politischen Charakter. Die Spionageabwehr tendiert eher zu der Empfehlung, von Ausweisungen abzusehen oder allenfalls zwei oder drei „Köpfe" des Landes zu verweisen. Argumentation: Ein enttarnter Spion könne keinen Schaden mehr anrichten.

Spionage-Vorwürfe gegen Diplomaten aus Ost-Berlin

SAD, London

Das britische Außenministerium hat gestern jede Stellungnahme zu dem Vorwurf abgelehnt, daß der stellvertretende „DDR"-Botschafter in London, Heinz Knobbe, die Nummer eins des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Großbritannien und Leitoffizier eines Spionagerings ist, dessen Ziel die Einschleusung von Agenten in internationale Organisationen in London sei. Einzelheiten über die Vorwürfe gegen Knobbe, über die die WELT bereits am 5. März berichtete, veröffentlichte gestern die britische Zeitung „The Mail on Sunday". Sie bezog sich dabei auf Aussagen von Günter Mitschka, der früher für die „DDR" in der Internationalen Seefahrtorganisation der UNO in London tätig war und sich vor drei Jahren mit seiner Frau und seiner Enkelin in die Bundesrepublik Deutschland absetzen konnte.

Nach Mitschkas Angaben gehört es zu den Hauptaufgaben Knobbes, in London ansässige internationale Organisationen zu unterwandern und unter deren Mitarbeitern „geeignete" Personen ausfindig zu machen, die bestechlich oder erpreßbar sind. Er, Mitschka, selbst sei unter erheblichen Druck gesetzt worden, in London Spitzeldienste für das MfS zu leisten. Knobbe sei „ein billiges Werkzeug der Russen, jede Information geht postwendend an das KGB weiter".

Warschau setzt Walesa unter Druck

AFP/DW. Warschau

Die für heute angekündigte Rückkehr Lech Walesas an seinen Arbeitsplatz auf der Danziger Lenin-Werft wird nach Einschätzung politischer Beobachter nur von kurzer Dauer sein. Als Beschäftigter der Werft fällt der polnische Arbeiterführer unter die Bestimmungen, die mit der Suspendierung des Kriegsrechts zum 1. Januar dieses Jahres veröffentlicht worden waren. Danach kann ein Arbeiter, der sich Protesten anschließt oder „öffentliche Unruhen heraufbeschwört", fristlos entlassen werden.

Walesa, so wird vermutet, dürfte schon bald die beiden Voraussetzungen für eine Entlassung erfüllen. Zum einen hat er öffentlich die Absicht bekundet, am kommenden Sonntag an der Mai-Kundgebung teilzunehmen, zu der die „Solidarität" aus dem Untergrund heraus aufgerufen hat. Zum anderen wurde er schon am vergangenen Wochenende vom Regime der Unruhestiftung bezichtigt. Zu den angekündigten Mai-Kundgebungen schrieb die Staatsagentur PAP: „Die Opposition, namentlich die Leute im Untergrund sowie gewisse Ex-Führer von ‚Solidarität', die in der Legalität handeln, haben beschlossen, erneut zum Angriff überzugehen." Es verstärkten sich die Vermutungen, die Warschauer Militärs hätten Walesa eine Falle gestellt (WELT v. 22./23. 4.).

Bonn warnt Kreml vor Fehleinschätzung

Reaktion auf Andropows Drohungen in der Erklärung für den „Spiegel"

dpa/DW. Bonn

Die Bundesregierung hat in einer ersten Reaktion auf die „Spiegel"-Äußerungen des sowjetischen Parteichefs Jurij Andropow dem Kreml empfohlen, die westliche Entschlossenheit zur Nachrüstung einzukalkulieren. Bundesaußenminister Genscher sagte im Hessischen Rundfunk: „Je schneller die sowjetische Führung erkennt, daß die westlichen Staaten entschlossen sind, das für ihre Sicherheit Notwendige zu tun, um so schneller wird sie auch bereit sein, zu konkreten Verhandlungsergebnissen beizutragen."

Andropow hatte in einer ausführlichen Erklärung, die er „Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein in Moskau übergab, die Ablehnung der westlichen Forderungen nach einer Null-Lösung oder einem Zwischenergebnis bei den Genfer Raketenverhandlungen wiederholt. Er drohte mit „hochmoralisch gerechtfertigten" Gegenmaßnahmen für den Fall, daß bei einem Scheitern der Verhandlungen amerikanische Mittelstreckenwaffen in Westeuropa aufgestellt werden. „Dies ist kein Pokerspiel, wo man sozusagen verlieren kann und das dann anschließend wieder geradebiegt." Gerade für die Bundesrepublik Deutschland wäre ein von ihrem Territorium aus begonnener Atomschlag gegen die Sowjetunion „mit den schwersten Folgen verbunden".

Die UdSSR, so der Parteichef, werde sich „nicht darauf einlassen", die 400 land- und seegestützten Atomsprengköpfe Frankreichs und Großbritanniens in Genf auszuklammern. Auch die amerikanische Forderung nach einem Aufstellungsverbot sowjetischer Mittelstreckenraketen in Asien sei nicht akzeptabel.

Andropow sprach von einer „Mauer des Schweigens" gegenüber dem Vorschlag des Ostens, zwischen den Ländern des Warschauer Pakts und der NATO einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Er erneuerte die sowjetischen „Gegenvorschläge" in Genf und nannte dabei: die Verlegung aller taktischen und Mittelstreckenwaffen beider Seiten auf eine Reichweite, mit der europäische Ziele nicht mehr getroffen werden könnten, die Reduzierung der Zahl der Mittelstreckenwaffen auf ein Drittel auf jeder Seite sowie die Reduzierung der Raketen bei NATO und Warschauer Pakt auf 162 sowie auf 138 Mittelstreckenflugzeuge.

Einen wesentlichen Faktor für die Stabilität in Europa und im internationalen Leben insgesamt stelle „eine friedliche, sachliche Zusammenarbeit" mit der Bundesrepublik dar, betonte Andropow.

DER KOMMENTAR

Eingelassen

HERBERT KREMP

Interviews mit einer Weltmacht, die ihrer Geheimnatur nach verschlossen ist wie eine scharfrandige Auster, sind schon deshalb schwierig, weil die Antworten stets von der Propaganda-Abteilung stammen. Auch das Nichtssagende ist insofern authentisch. Der Fragende, in diesem Falle Rudolf Augstein, macht (unwillkürlich) die Figur des Devoten, dem der Einlaß durch die Kreml-Pforte schmeichelt: „Frage an den Herrn Generalsekretär: Spielt er Tennis?"

Nein, er spielt nicht Tennis. Er hat die Rück- und Vorhand eines 68jährigen. Und er ist nicht krank, wie irgendein „famoser" Amerikaner ausstreuen ließ, sondern gesund. Nach Afghanistan „muß" man ihn fragen, aber piano, damit das Forte der unsäglichen, die ganze Welt dummverkaufenden Antwort nicht überklungen werde. Über Polen redet man nicht mehr. Für den Harden von heute hat das dort Faktische normative Kraft. Nach dem Attentat auf den Papst hätte Augstein fragen können, aber „schließlich soll man gutwillige Leute nicht mißbrauchen". Nein, soll man nicht. Lieber läßt man sich selbst mißbrauchen.

Andropow benehme sich nicht wie ein Mann, der 15 Jahre lang der größten Sicherheitsbehörde der Welt vorgestanden habe, urteilt Augstein. Mit „Sicherheitsbehörde" meint Augstein das KGB. Die eigenwillige Übersetzung soll einmal mehr zeigen, daß die Sowjetunion durch und durch defensiv ist, ein mutwillig provozierter Sicherheitspartner. Über den Raketen-Aspekt der Provokation übergibt Andropow dem eingelassenen Besucher ein Kommuniqué auf vier Fragen. Sie sind so allgemein gehalten, daß der Aserbeidschaner das alte Stanzband ablaufen lassen konnte.

Mit Nuancen, freilich. Der Andropow-Text enthält die prohibitive Drohgebärde gegen die westliche Nachrüstung. In Genf, so erfährt man weiter, wird sich nichts bewegen, weder nach „Null" noch nach „Zwischen". Auf die Frage, ob Genf platzt, wenn im Herbst die ersten amerikanischen Pershing kommen, weicht Andropow aus. Nuance oder Ungenauigkeit? Daß die sowjetische SS 20 eine auf Westeuropa gerichtete politische Hegemonialwaffe ist, kleidet der Interviewer nicht einmal in eine Frage. Präzises findet nicht statt, nur Mildes.

Auch der Frage nach Richard Wagner weicht Andropow aus. „Am liebsten mag ich Beethoven und am meisten die Pathétique." Und Augstein ergänzt: „Die Sonate Pathétique Opus 13."

Reagan gibt dem Druck der Getreidefarmer nach

USA bieten Moskau neue Weizenlieferungen an

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Ankündigung Präsident Reagans, er sei bereit, mit den Sowjets ein neues langfristiges Lieferabkommen für amerikanisches Getreide auszuhandeln, hat in Washington wenig Überraschung ausgelöst. Mit einer solchen Kehrtwendung war gerechnet worden, nachdem im vergangenen Monat eine Delegation des US-Landwirtschaftsministeriums unverrichteter Dinge aus Moskau abreisen mußte. Der Kreml wollte sich nicht mehr mit provisorischen Lösungen zufriedengeben; worauf er drängte, war eine offene Rücknahme des im Juli 1982 ausgesprochenen Vertragsverbots.

Die Entscheidung kam unter hartem politischem Druck aus dem amerikanischen Getreidegürtel zustande. Seit der Großen Depression vor 50 Jahren ist es den Farmern nicht so schlecht gegangen: In den vergangenen zwei Erntejahren sind die Weizen- und Maisvorräte um 148 Prozent auf 153 Millionen Tonnen gestiegen; während die US-Getreideausfuhren um 15 Prozent sanken, nahmen die Exporte der anderen Anbauländer um zwölf Prozent zu. Bei anhaltendem Preisrutsch und wachsender Verschuldung melden jede Woche rund 1000 amerikanische Landwirte Konkurs an.

Das Weiße Haus wählte den Freitagabend für die Ankündigung, um die Publizität so gering wie möglich zu halten. In einer Erklärung Reagans hieß es, er unternehme den Schritt, um die Verläßlichkeit der USA als Getreidelieferant wiederherzustellen. Ein hoher Beamter des US-Außenministeriums ergänzte: „Es war keine politische, sondern eine wirtschaftliche Entscheidung." Seit Präsident Carter im Januar 1980 nach dem Einmarsch der Sowjets in Afghanistan ein Teilembargo verfügt habe, hätten Australien, Kanada, Argentinien, Indien und europäische Länder die Lücke gefüllt. Kein Zweifel, die USA haben den riesigen sowjetischen Markt verloren.

Schon im Wahlkampf hatte Reagan versprochen, das Carter-Embargo aufzuheben. Die Verordnung unterzeichnete er im Frühjahr 1981. Wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen untersagte er dann im Sommer 1982 alle langfristigen Vereinbarungen – ein wichtiges Instrument für den Kreml, der auf viele Jahre hinaus planen muß. Der jüngste Beschluß des Weißen Hauses ist der UdSSR schon vor zwei Wochen übermittelt worden. Bisher hat Moskau aber nicht darauf reagiert.

Der Getreidehandel zwischen den USA und der Sowjetunion wird auf der Grundlage eines Vertrages abgewickelt, der 1976 von der Ford-Administration auf fünf Jahre geschlossen worden war. Darin verpflichteten sich die Sowjets, jedes Jahr sechs bis acht Millionen Tonnen US-Getreide abzunehmen. Alle darüber hinausgehenden Lieferungen bedürften der Genehmigung durch Washington. Reagan hat das Abkommen jeweils um ein Jahr verlängert; es läuft am 30. September aus. 1981 erlaubte er dem Kreml den Kauf von 23 Millionen Tonnen Getreide.

Die Politisierung der Getreidegeschäfte ist die amerikanischen Farmer teuer zu stehen gekommen: Als Jimmy Carter den Boykott verhängte, erreichten die US-Getrei-

■ Fortsetzung Seite 12

EG-Agrarpreise: Paris von Bauern unter Druck gesetzt

Erste blutige Zwischenfälle in der Bretagne

A. GRAF KAGENECK, Paris

Der französische Landwirtschaftsminister Michel Rocard wird sich, wenn er am Mittwoch in Luxemburg seinem deutschen Kollegen Ignaz Kiechle zu einer neuen Verhandlungsrunde über die Agrarpreise 1983 gegenübersitzt, eines „schlagfertigen", gleichwohl ein wenig abgenutzten Arguments bedienen können: Wenn die Deutschen in Sachen Grenzausgleichszahlungen nicht nachgeben, werden die Bauern in Frankreich alles kurz und klein schlagen. Rocard dürfte hinzufügen, daß seine Regierung, vor die Wahl zwischen Bauernrevolte und agrarpolitischem Alleingang gestellt, das letztere wählen würde. Bereits 1967 hatte General de Gaulle in einer ähnlichen Situation dem gemeinsamen Agrarmarkt den Stuhl vor die Tür gesetzt.

Eine Kostprobe ihrer Kampfbereitschaft lieferten französische Jungbauern am Wochenende in der Bretagne. In Quimper und Chateaulin im Département Finistère kam es zu aufruhrartigen Tumulten, bei denen sechs Personen verletzt wurden und Sachschaden in Millionenhöhe entstand. Anlaß der Zwischenfälle war die Verhaftung zweier Jungbauern, die am Freitag zusammen mit einigen Kameraden rollkommandoartig eine Großmetzgerei in Quimper überfallen und ausgeräumt hatten. Sie hatten den Metzger verdächtigt, Wurst und Schinken mit billig eingeführtem holländischen und deutschen, statt französischem Schweinefleisch herzustellen, beides aber unter dem Markenzeichen „bretonische Fleischware" zu verkaufen.

In der Tat führen die zur Zeit gültigen Grenzausgleichszahlungen innerhalb der EG bestimmt dazu, Agrarpreisschwankungen als Folge von Wechselkursänderungen auszugleichen, zu stark verbilligten Einfuhren aus währungsstarken Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland oder den Niederlanden, während die bereits sehr subventionierten Preise für französisches Schweine- und Rindfleisch nicht gesenkt werden können, ohne die Existenz von Millionen von Züchtern zu gefährden. Die Mehrzahl von ihnen müßte ihre hochverschuldeten Höfe verkaufen, wenn es nicht zu substantiellen Preiserhöhungen für ihre Produkte käme.

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Neue Akzente

Von Bernt Conrad

Die Ätherwellen waren am Wochenende von heftigem Kampfgetümmel zwischen CSU und FDP erfüllt. Kann sich daraus für die Bonner Koalition eine Zerreißprobe in der Deutschlandpolitik entwickeln? Die Frage drängt sich auf. Sieht man aber genauer hin und vergleicht beispielsweise die Forderung Edmund Stoibers nach einer „Wende" mit Hans-Dietrich Genschers Wort von der „Dynamik in der Kontinuität", so muß zwischen den beiden Formeln nicht unbedingt ein Abgrund klaffen.

Natürlich kann es einer von der Union geführten Bundesregierung nicht darum gehen, die von ihr jahrelang kritisierten Fehler der sozial-liberalen Koalition in der Deutschlandpolitik jetzt pflichteifrig im Sinne einer falsch verstandenen Kontinuität fortzusetzen. Das wird auch in der Regierungserklärung Helmut Kohls zum Ausdruck kommen.

Neue Akzente, vor allem eine Unterstreichung des Prinzips „Keine Leistung ohne Gegenleistung" und wesentlich mehr Aufmerksamkeit für das nationale Ziel der Wiedervereinigung, sind notwendig. Darauf zielt offensichtlich die CSU.

Andererseits aber ergibt sich aus dem Geflecht der innerdeutschen Verträge wie aus dem lebendigen Gefühl menschlicher Zusammengehörigkeit über den Eisernen Vorhang hinweg die Notwendigkeit kontinuierlicher Kontakte. Hier gilt Genschers Hinweis, gerade die Unnormalität mache politische Gespräche dringlich.

Auf einer Voraussetzung allerdings muß der Kanzler bestehen: Ein Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik hat nur dann einen Sinn, wenn dabei etwas Konkretes für die Menschen herauskommt. So sieht es – in Übereinstimmung mit der CSU – auch Helmut Kohl. Auf dieser Grundlage könnte Bundesminister Heinrich Windelen durchaus recht behalten, wenn er meint, die grundsätzliche Übereinstimmung zwischen allen drei Koalitionsparteien werde durch die jüngsten Ereignisse nicht berührt.

Denkprozeß

Von Rüdiger Moniac

Japans Denken über seine Sicherheit befindet sich schon seit etwa vier Jahren in allmählichem Wandel. Das Land begreift, daß wirtschaftliche Größe, die sehr stark vom Export abhängig ist und nicht minder von importierter Energie und Rohstoffen, auf lange Sicht kaum erhalten bleibt, wenn nicht auch Vorkehrungen gegen militärische Gefährdungen getroffen werden. Dieser Prozeß des Umdenkens hat nun in den letzten Monaten eine nahezu dramatische Beschleunigung erfahren.

Ursache dafür ist die sowjetische nukleare Mittelstreckenrüstung. Japan und mit ihm andere Länder Südostasiens erkennen, daß der Drohschatten, den die SS-20-Raketen über Europa werfen, auch über Nordafrika und den Mittleren Osten, daß er über Indien, China bis nach Alaska reicht – und daß er auch ihnen gilt.

In Tokio wird in jüngster Zeit mit einiger Ungeduld vermerkt, daß die diplomatischen Bemühungen des Außenministers, der im Januar auf Europareise war, um eine bessere Koordinierung der japanischen Sicherheitspolitik mit der NATO zu erreichen, keine schnellen Früchte tragen. Shintaro Abe drang auf regelmäßige Konsultationen mit dem westlichen Bündnis. Der schwerfällige Allianz-Apparat kann dem prompt kaum folgen, obwohl vom politischen Interesse her einer Sicherheitskooperation kaum Hindernisse entgegenstehen.

Die sowjetische Außenpolitik sollte an dem Zusammenrücken Japans mit den Industrienationen Nordamerikas und Europas erkennen, daß das ihr innewohnende Moment der Einschüchterung eher den Widerstandswillen der Betroffenen weckt. So schafft Moskaus übertriebenes Sicherheitsdenken mit seinem Drang zur absoluten Risikokontrolle eher neue Instabilität. Die NATO wird sich deshalb unter keinen Umständen darauf einlassen können, bei den Genfer INF-Verhandlungen eine Verlagerung des SS-20-Drohpotentials östlich des 80. Längengrades zu akzeptieren.

Führungskrise

Von Joachim Neander

Aus der Ferne und auf den ersten Blick mag das, was am Wochenende in Trier passierte, wie ein Stückchen tiefster deutscher Provinz wirken. Nur weil ein Möbelhändler aus Wittlich und ein Oberstudiendirektor aus Zweibrücken das Zanken nicht lassen können, platzt ein ganzer FDP-Parteitag, steht ein Landesverband mit fast 6000 Mitgliedern plötzlich ohne Vorstand, handlungsunfähig und dem Gespött der Umwelt preisgegeben da. Parteipolitik gleich Komödienstadl?

Es wäre grobe Selbsttäuschung, würde die FDP-Führung in Bonn es bei dieser Deutung bewenden lassen. Die personelle Konstellation an der Spitze der rheinland-pfälzischen FDP mag die groteske Zuspitzung begünstigt haben. Ein allzu treuherzig-naiver Vorsitzender mitten zwischen alt gewordenen oder aus anderen Gründen vom Verschleiß bedrohten Routiniers bzw. ehrgeizigen, aber noch nicht profilierten jungen Leuten – das drängte einer Führungskrise entgegen.

Aber dahinter wird die tiefe Verunsicherung einer ganzen Partei deutlich. Es gibt da offenbar eine relativ breite Schicht einfacher Mitglieder, die – im schmerzhaft empfundenen Bewußtsein, ihre Partei habe sich in den 70er Jahren von ein paar Intellektuellen das „historische Bündnis" mit den Sozialdemokraten aufschwatzen lassen – von geradezu panischer Angst erfüllt sind, man wolle sie jetzt einfach nur umdrehen. Trotz droht politisch kühle Argumente zu verdrängen. Man flüchtet sich erst einmal in ein Schneckenhaus der Opposition, auf der Suche nach irgendeiner „Stunde Null".

Dies mag im Grunde unpolitisch sein. Auch mit rechts und links hat es nur wenig zu tun. Aber zum Überleben braucht die FDP gerade diese ihre alten, treuen Anhänger. Auch der Koalitionspartner wird sich darauf einstellen müssen.



Falkner Andropow in seinem Jagdrevier

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Shultz-Mission

Von Thomas Kielinger

In einem Gefühl tiefer Bewegung machte sich Präsident Reagan am vergangenen Samstagnachmittag auf „die traurigste Reise", die er je in seiner Amtszeit hat unternehmen müssen. Auf dem Militärflugplatz Andrews Airforce Base, 25 Meilen vom Weißen Haus entfernt, war die Transportmaschine mit 16 amerikanischen Opfern des Beiruter Bombenanschlags eingetroffen. Der Präsident konnte nicht fehlen an einem Ort, wo die Ehre und die Trauer seines Landes danach riefen, beim Wort genannt zu werden.

Das tat Reagan – aber noch mehr. Er gab auch, im Angesicht der flaggendrapierten Särge und gewendet zu den Angehörigen der Opfer, mit der Kraft seiner Person und seines Amtes die Versicherung ab: „Es sollen die feigen und im Dunklen schleichenden Barbaren dieser Welt wissen: Wir werden sie nicht triumphieren lassen." Als sei er aufgerufen, dieser Prophezeiung die Kraft der amerikanischen Diplomatie zu verleihen, begab sich Außenminister Shultz 24 Stunden später auf eine neue nahöstliche Mission.

Wenn Reagans Weg am Samstag die traurigste Reise seiner Amtszeit war, dann gilt von Shultz' Vorstoß in den Nahen Osten, daß es die gewagteste, vielleicht sogar die schicksalsträchtigste Reise seiner bisherigen zehn Monate an der Spitze des State Department ist. Lange hatte der Minister gezögert, ob er sich auf diesen Weg machen solle. Es ist nicht sein Stil, im grellen Licht der Weltöffentlichkeit politische Drahtseilakte zu vollführen. Aber der Zusammenbruch der erhofften Einigung zwischen PLO-Chef Arafat und König Hussein über die Aufnahme von Friedensgesprächen mit Israel, Ägypten und den USA und weiterhin der Anschlag auf die Beiruter US-Botschaft haben der amerikanischen Diplomatie keine andere Wahl gelassen als zu handeln. Und zwar auf der höchsten diplomatischen Ebene.

Wenn Shultz nicht an diesem Wochenbeginn im Nahen Osten eingetroffen wäre, hätte sich die ohnehin schon weit verbreitete Auffassung in dieser Region endgültig bestätigt gefunden, daß die USA steuerungslos den Dingen ihren Lauf lassen. Immer ferner rückt die Erinnerung an den Reaganschen Friedensplan vom 1. September 1982, einen Plan, der die Präsenz und die Leistungsfähigkeit der amerikanischen Friedensdiplomatie im Nahen Osten hatte unter Beweis stellen sollen. Immer langwieriger gestalten sich die Verhandlungen um den Rückzug auswärtiger Truppen aus Libanon. Derweil sind die Sowjets, als lachender Dritter, die Runde in der arabischen Welt gegangen, haben Syrien mit schon jetzt beinahe 5000 Beratern und einer hochkarätigen Militärmaschinerie ausgerüstet und empfehlen sich allerorten als die neuen Garanten einer Nahostlösung.

Niedergeschlagen über den schwindenden amerikanischen Einfluß in seiner Region, machte der jordanische König unlängst dem „Wall Street Journal" eine Reihe ebenso interessanter wie brisanter Äußerungen. Der König klagte über die Zerwürfnisse innerhalb der PLO nicht weniger als über die mangelnde Durchsetzungskraft der US-Diplomatie. Der Tenor seiner Botschaft an das Weiße Haus hatte schon angeklungen in einem vertraulichen Schreiben von ihm an Präsident Reagan, noch ehe dieser seinen Friedensplan veröffentlichte: „Fangen Sie nicht etwas an, das Sie nicht auch beenden können", hatte der Jordanier dem Amerikaner nahegelegt. „Wenn die USA einen Versuch machen und dann scheitern, werden alle Gemäßigten der Region den Preis bezahlen müssen."

Das Wagnis der Shultz-Reise ist offenkundig. Amerika, oft als Deus ex machina der Weltpolitik mißverstanden, muß mit der Entsendung seines Außenministers den Nachweis erbringen, daß es „noch etwas bewegen" kann. Das beginnt mit den Rückzugsgesprächen aus Libanon. Ehe Shultz abflog, kamen allerdings ermutigende Signale an sein Ohr. Habib, sein Unterhändler, hatte ihm telegrafiert, die Gespräche zwischen Israel und Libanon stünden kurz vor dem Durchbruch. Die Präsenz des US-Außenministers könnte das letzte Quentchen Schubkraft verschaffen. Im übrigen wächst auch in Israel die Frustration über die anhaltende Truppenpräsenz in Libanon. In der Tat haben die Israelis seit dem Ende des Libanon-Feldzugs fast mehr Soldaten verloren – in Einzelaktionen und durch Attentate – als während des gesamten Feldzuges selber.



Muß zeigen, daß Amerika noch etwas bewegen kann: US-Außenminister Shultz

FOTO: DPA

Heikler sind die Implikationen der Shultz-Reise für die weiterführende Friedenspolitik, die Autonomie-Gespräche über die Zukunft der Palästinenser. Hier tun sich, zu beiden Seiten des schmalen Weges, auf dem Shultz wandelt, Abgründe auf: Israel macht keine Anstalten, seine Siedlungspolitik zu ändern, und die PLO scheint nicht über den Schatten ihrer unerfüllbaren Maximalforderungen springen zu können. Hat die amerikanische Diplomatie nur die Wahl, in diese oder jene Bodenlosigkeit zu fallen? Nicht unbedingt. Sowohl Reagan als auch Shultz haben zuletzt geschickt das Dilemma einer uneinigen PLO ausgenützt und öffentlich nach Befreiung des Friedensprozesses vom Joch des PLO-Vetos gerufen. So der Präsident am vergangenen Freitag: „Vielleicht machen wir die PLO wichtiger, als sie ist", sagte er auf einer Pressekonferenz. „Die Verhandlungen hängen doch sowieso nicht an der Präsenz der PLO."

Auch unter den Palästinensern in den besetzten Gebieten verliert Berichten zufolge die PLO seit ihrem letzten Nein zu den Friedensgesprächen immer mehr an Prestige. Sie hat sich demaskiert als Gruppe machthungriger Politmakler, denen die wirklichen Belange ihres Volkes fernzustehen scheinen. Mit jedem Tag der Verweigerung rückt die palästinensische Autonomie in weitere Ferne; mit jedem Tag der Verweigerung muß auch König Hussein befürchten, daß Jordanien einmal Aufnahmeland Hunderttausender neuer Palästinenser-Flüchtlinge werden kann, was die ethnische Balance seines Landes endgültig destabilisieren müßte.

So gibt es Gründe anzunehmen, daß die Reise von Außenminister Shultz bei vielen Kreisen auf Gegeninteresse, wenn nicht sogar Kooperationswilligkeit stößt. Aber das macht im Nahen Osten noch keinen Erfolg. Am handlungsfreudigsten sind allemal die Kräfte der Zerstörung, der Sabotage, wie der Beiruter Anschlag und der Mord an dem gemäßigten Palästinenser-Führer Sartawi deutlich bewiesen. Die Amerikaner machen ihre Vorstöße – aber wenn ihnen in der Region selber nicht Männer mit Mut und Vision entgegenkommen, Männer wie Sadat einer war, müssen diese Versuche vergeblich bleiben.

IM GESPRÄCH Winfried Florian

Ein Mann ohne Umschweife

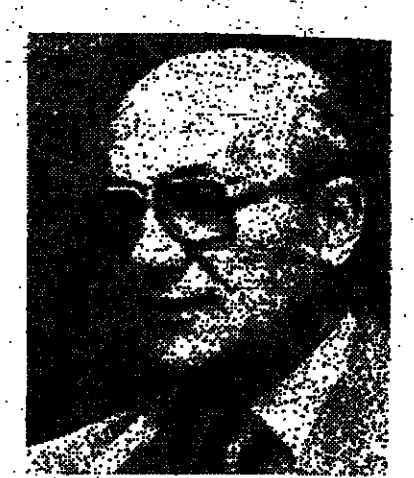
Von Gisela Reiners

Der Jurist Winfried Florian (56), CDU-Mitglied und Präsident der Oberpostdirektion in Münster, wird neuer beamteter Staatssekretär im Bundespostministerium. Sein Amt übernehmen wird er voraussichtlich im Mai, denn Vorgänger Elias, der sich ein 150 000-Mark-Zubrot zu seiner Pension bei der Detecon verdienen will, einer Firma mit Post-Beteiligung, die Fernmeldeanlagen für ausländische Kunden plant und vertreibt, scheidet Ende April aus.

Noch hat Dietrich Elias, ein gelernter Ingenieur, die Urkunde *nicht erhalten, die ihm die* Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bescheinigt. Doch daß er es ungeschickt eingefädelt hätte, sie zu erhalten, wird ihm niemand nachsagen können. Da ein Beamter nur kündigen oder von seinem Dienstherrn zum einstweiligen Pensionär gemacht werden kann, Elias aber von sich aus gehen, doch nicht auf seine Versorgungsbezüge verzichten wollte, schrieb er Postminister Schwarz-Schilling (CDU) einen Brief.

Darin verwies der SPD-Mann lediglich darauf, daß sich seit dem 6. März doch so einiges geändert habe, was zu gewissen Schwierigkeiten mit der CDU-Umgebung führen könne. Weiter nichts. Der Minister sah sich, obwohl er die Fähigkeiten seines Staatssekretärs stets rühmte, gedrängt, dem Wink zu folgen und sich nach Ersatz umzusehen. Die Bundeskasse darf zahlen! Während der SPD/FDP-Koalition sind derlei Praktiken stets lautstark von der CDU/CSU-Opposition gerügt worden, doch auch der 6. März hat sie nicht zu beseitigen vermocht.

Florian ist ein alter Postler. Nach Promotion und Assessor-Examen kam er 1955 zur Oberpostdirektion nach Frankfurt. Das Bonner Ministerium kennt er seit 1958, als er sich dort mit Postordnung und -gebühren beschäftigte. Von 1961 bis 1965 stand er dem damals einzigen (beamteten) Staatssekretär Hans Steinmetz als persönlicher Referent zur Seite; den Posten in Münster übernahm Florian am 1. April 1969. Dort engagierte er sich als Ratsmitglied im Planungsausschuß.



Segler, Postler, Buchautor: Winfried Florian

FOTO: DIE WELT

Florian, der als drahtig, dynamisch und größeren Umschweifen abhold beschrieben wird, ist Mitverfasser eines Standard-Kommentars über die Postordnung und Autor zahlreicher Fachaufsätze über das Postbenutzungsrecht. Der Vater von vier Söhnen läuft regelmäßig Ski und navigiert bei Hochsee-Segeltörns. Seine künftigen Kollegen im Ministerium hätten sich statt eines Juristen lieber einen Techniker gewünscht, apostrophieren ihn jedoch als „guten Mann", der sich auch mit Anhängern anderer politischer Couleur als „kooperationsfähig" erwiesen habe.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Neue Zürcher Zeitung

Das Schweizer Blatt schreibt zum Verhältnis Bonn–Washington:

Beim Treffen Kohls mit Reagan vor einer Woche war von unproblematischer Verständigung und gleicher Wellenlänge die Rede. Daraus zu schließen, es gebe die Probleme von gestern nicht mehr bzw. sie seien in ihrer ganzen imposanten Dimension in einer verbesserten „Atmosphäre" nun sozusagen verduftet, wäre jedoch voreilig. Es gibt sie sehr wohl noch, und neue kommen hinzu. So ist die tiefe Meinungsverschiedenheit noch keineswegs an der Wurzel beseitigt, die zwischen Washington, Bonn und anderen europäischen Regierungen über der Frage wirtschaftlicher Gegenmaßnahmen gegen die Sowjetunion ausgebrochen war ... Hat der Regierungswechsel in Bonn die Chancen Washingtons verbessert, eine mit den Europäern abgestimmte Politik im Sinne Reagans, d. h. einer entschiedeneren Zurückdämmung des sowjetischen Einflusses, zu verwirklichen? Die Frage ist offen. Einiges deutet darauf hin, daß auch die deutsche Ostpolitik der vermehrten Rücksichtnahme auf Moskau seit 1969 zu einer Konstanten geworden ist, die mit einem parlamentarischen Rollentausch nicht schon wieder abbricht.

BERLINER MORGENPOST

Hier heißt es zur Koalitions-Kontroverse über die deutsch-deutschen Beziehungen:

Was gegenwärtig aus Bonn und München zum Thema Deutschlandpolitik und Honecker-Besuch zu hören ist, erweckt den Eindruck, die Solisten aus CSU und FDP seien beim Stimmen der Instrumente – der lieblichen liberalen Flöte und der großen bayerischen Pauke. Doch wenn man genau hinhört, läßt sich das Leitmotiv erkennen, das Helmut Kohl am 4. Mai in seiner Regierungserklärung erklingen lassen wird. Alle Bestandteile sind schon zur Hand. Von Normalität zwischen Bonn und Ost-Berlin kann noch lange nicht die Rede sein (Windelen). Je unnormaler die Lage ist, desto dringlicher muß man mit Honekker über die Normalisierung sprechen (Genscher). Ohne Aussicht auf menschliche Erleichterungen aber hat Honeckers Besuch keinen Sinn (Stoiber). Doch wenn konkrete Fortschritte auf humanitärem Gebiet vereinbart werden können, ist der Besuch durchaus sinnvoll (Adam-Schwaetzer). Darum geht der Krieg in der Koalition auch gar nicht. Er entzündet sich vielmehr an Reizworten wie „Wende" oder „Kontinuität", die ohne Inhaltsbestimmung wenig besagen.

Le Monde

Das Pariser Blatt rät, die angeblichen Hitler-Tagebücher mit Vorsicht zu behandeln:

Der Zweifel ist um so notwendiger, als der für die Veröffentlichung gewählte Zeitpunkt offensichtlich dazu dienen soll, die deutsche Öffentlichkeit aufzuwühlen oder sogar zu destabilisieren ... Hitler ... das Wort zu geben, ist ein politischer Plan, der darauf zielt, die totgeglaubten Dämonen sowohl bei den Deutschen als auch bei ihren Verbündeten wieder in den Sattel zu setzen. Wer kann an einer solchen massiven Operation Interesse haben? ... Die noch geheimnisvolle Entdeckung dieser Hefte in Ostdeutschland rechtfertigt jeden Verdacht. ... Falsch oder echt, diese Hefte werden politische Folgen haben. In jedem Fall handelt es sich um die Rückkehr zu einem Ausgangspunkt: 1945.

The New York Times

Die Zeitung befaßt sich mit Reagans Mittelamerika-Politik:

Wenn Präsident Reagan darauf beharrt, die Ehre und die Waffen der Nation in politischen Kriegen Mittelamerikas einzusetzen, dann ist es höchste Zeit, daß er ausführlich erklärt, warum, was er erreichen will und mit welchen Mitteln. Seine Entscheidung, sich am nächsten Mittwoch zu äußern, ist deshalb zu begrüßen, so spät sie kommt. Der Kongreß und alle Amerikaner verdienen es zu wissen, welche Interessen in Wahrheit auf dem Spiel stehen, und ob die Reaktionen, die Reagan empfiehlt, wirklich der Sache gerecht werden, rechtmäßig und vernünftig sind. Klarheit ... tut not.

Mitterrands Sparprogramm und die Erosion des Vertrauens

Die Mehrzahl der Franzosen räumt dem „Plan der Strenge" keine Chancen ein / Von Joachim Schaufuß

Nur ein Drittel der jetzt vom Meinungsforschungsinstitut „Sofres" repräsentativ befragten Franzosen billigt den neuen „Plan der Strenge", den die Regierung am 25. März beschlossen hatte. Das überrascht nicht. Denn diesmal wird ja die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zur Kasse gebeten, um die Fehler der sozialistischen Wirtschaftspolitik zu bezahlen. Schlimmer aber ist, daß 60 Prozent der Befragten nicht an den Erfolg der Austerity-Kur glauben. Damit bestätigt sich der Vertrauensschwund in das sozialistische Regime. Dies war schon bei den letzten Kommunalwahlen deutlich geworden, welche der Opposition die Stimmenmehrheit gebracht hatten. Und selbst Präsident Mitterrand rutschte bei der jüngsten Popularitätsenquete erstmals in die roten Zahlen, nachdem sein Premierminister Mauroy darin schon seit einiger Zeit steckt. Der Zorn der französischen Bauern, dies belegten die Unruhen vom Wochenende, wird diese Talfahrt noch weiter beschleunigen.

Nun dürfte das negative Ergebnis der Austerity-Plan-Befragung zum Teil wohl darauf zurückzuführen sein, daß es den meisten Franzosen an Kenntnissen zum Verständnis der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und Notwendigkeiten mangelt. Zum Beispiel leuchtet es nur wenigen ein, daß sich Frankreich ins eigene Fleisch schneiden würde, wenn es als immer noch fünftgrößte Exportnation der Welt die Einfuhr stark behinderte. Auch ist nicht allen bekannt, daß ein Land nicht längere Zeit mit enormen Handelsbilanz- und Budgetdefiziten leben kann.

Daß aus diesem Grunde der Inlandsverbrauch reduziert werden muß – auch weil sich wegen der immer noch schlechten Weltkonjunkturlage der Export nicht genügend steigern läßt –, ist für den Durchschnittsfranzosen ebenfalls ein Rätsel. Er sieht vor allem, daß er mehr Steuern zu zahlen hat und höhere öffentliche Tarife, damit auch die Budget-Subventionen an die Staatsbetriebe reduziert werden können.

Die Folge davon ist allerdings, daß zunächst einmal die Preise stärker steigen, als von der Regierung versprochen worden war. Das haben die Franzosen schon im April bei Strom, Gas und Telefon sowie beim Kauf der Eisenbahnfahrkarte zu spüren bekommen. Hier wie dort mußten 8 Prozent mehr gezahlt werden. In den nächsten Monaten werden auch Benzin, Alkohol und Tabak infolge von Steuererhöhungen beträchtlich teurer.

So rechnet Delors selbst nicht mehr damit, daß er die Inflationsrate in diesem Jahr auf 8 Prozent reduzieren kann. Andererseits besteht er darauf, daß der diesjährige Lohnanstieg auf 8 Prozent begrenzt bleibt. Das müßte zu Kaufkraftverlusten führen. Eine solche Perspektive lehnen die Gewerkschaften aber kategorisch ab. Sie fordern nach wie vor für die Masse der Bevölkerung mindestens den vollen Inflationsausgleich. Dagegen stellt sich Delors auf den Standpunkt, daß die Lohn-Preis-Indexierung, abgesehen vom gesetzlich garantierten Mindestlohn, unzulässig ist. Aber was geschieht, wenn es darüber zu Streiks kommt? Wenn bis zum Sommer der Kaufkraftschwund mehr als ein Prozent erreichen sollte – was zu vermuten ist –, dann ist durchaus mit einem „heißen" sozialen Herbst zu rechnen.

Der Generalsekretär der gemäßigten FO-Gewerkschaft, Bergeron, hat jetzt sogar von einer Situation gesprochen, die der von vor den „Mai-Ereignissen" von 1968 vergleichbar wäre. Damals hatte sich an der Studentenrevolte ein mehrwöchiger Generalstreik entzündet, dessen wichtigste Ursache in der von der gaullistischen Regierung zu lange verfolgten Deflationspolitik zu suchen ist. Hinzugekommen war allerdings, daß immer mehr Franzosen General de Gaulle leid geworden waren, nachdem er sie zu lange mit seiner Politik der nationalen Grandeur überfordert hatte. An diesem Punkt dürfte Staatspräsident Mitterrand wohl noch nicht angelangt sein. Aber auch er muß jetzt gegen den Strom der Volksstimmung schwimmen. Das kann durchaus zum Schiffbruch führen.

Dies um so mehr, als er inzwischen ein wichtiges Pfand seiner Popularität, nämlich die vorrangige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, aus der Hand gelegt hat. Denn neben der Verbesserung der Kaufkraft ist die Erhaltung des Arbeitsplatzes ein prioritäres Anliegen der meisten Franzosen. Es scheint, daß für sie beides schwerer wiegt als alle sozialen „Errungenschaften", welche ihnen die sozialistische Regierung in den letzten zwei Jahren bescherte. Damit hat für Präsident Mitterrand und seine Regierung die große Bewährungsprobe begonnen.

Schaarbeek, eine arme Gemeinde in Brüssel, wird zum innenpolitischen Zankapfel der belgischen Ausländerpolitik. Stein des Anstoßes ist ein Beschluß von Bürgermeister Roger Nols, Kinder ohne ausreichende Französischkenntnisse in eigenen Klassen zu unterrichten. Das ist der Weg zur Apartheid, sagen die einen; das verhindert die Zerstörung Belgiens, die anderen.



Eine schillernde Figur der belgischen Politik: Bürgermeister Roger Nols

In Brüssel spricht man von Apartheid

Von BODO RADKE

Wenn zur Zeit in Brüssel, der selbsternannten „Hauptstadt Europas", das Stichwort Apartheid fällt, so tritt die gedankliche Assoziation dieses Begriffes mit Südafrika in den Hintergrund. Vorwurfsvolle Blicke richten sich dann vielmehr in Richtung des Rathauses von Schaarbeek, einer der 19 völlig selbständigen Gemeinden jenes seltsamen Gebildes, das sich Brüsseler Agglomeration nennt.

Im besagten Rathaus regiert als Bürgermeister Roger Nols. Seit langem gilt er als eine der schillerndsten und umstrittensten Figuren der belgischen Innenpolitik. Als Kandidat der Brüsseler Volksgruppenkämpfer-Partei „Front demokratischer Frankophoner" (FdF) hatte er bei den letzten Parlamentswahlen auch einen Sitz in der Abgeordnetenkammer erobert. Doch es sind stets Kapriolen im Rahmen seiner Bürgermeister-Tätigkeit gewesen, die Roger Nols Schlagzeilen bescherten. Wobei er nicht nur zur Zielscheibe heftigster Angriffe wurde, sondern auch manche Zustimmung in Bevölkerungskreisen fand, die sich der vielzitierten „schweigenden Mehrheit" zurechnen.

So ist es auch diesmal. Als Echo auf die von ihm angekündigten – und in ihren Auswirkungen fast ausschließlich Kinder von Gastarbeiterfamilien treffenden – Maßnahmen im schulischen Bereich der Gemeinde Schaarbeek schallen Nols aus den meisten Medien Belgiens Bezeichnungen wie „Rassist" und der Vorwurf entgegen, verwerfliche Methoden der Apartheid praktizieren zu wollen. Andererseits erhält er bündelweise Briefe von Bürgern – und nicht nur aus Schaarbeek – mit der Aufforderung, sich nicht einschüchtern zu lassen und weiterhin ohne Angst vor Tabus auf die mit der Überfremdung zusammenhängenden Probleme offen hinzuweisen.

Worum geht es konkret? Schaarbeek gehört zu den unattraktivsten Gemeinden Groß-Brüssels. Der Ausländer-Anteil an der Bevölkerung beträgt 37 Prozent. Die kommunale Finanzlage ist seit vielen Jahren katastrophal. Mit Zittern sehen die Gemeindebediensteten jedem Monatsende mit der bangen Frage entgegen, ob noch genügend Geld für die Auszahlung ihrer Löhne und Gehälter vorhanden sein wird. Zu den drückendsten Lasten gehören die Unterhaltung von 18 Schulgebäuden und die Besoldung der dort tätigen Lehrkräfte aus der Gemeindekasse.

Und zu diesem Punkt hat Bürgermeister Nols einen Paukenschlag ertönen lassen, den die Medien bis in die letzten Winkel des Königreiches Belgien weitergetragen haben. Mit Ende des derzeitigen Schuljahres am 30. Juni, so verkündete er, würden die zehn ältesten und baufälligsten Schulgebäude geschlossen. Und für die verbleibenden Lehranstalten werde mit Beginn des nächsten Schuljahres am 1. September eine Einteilung der Klassen nach dem Grad der Französischkenntnisse erfolgen, über die das jeweilige Kind verfügt.

Reporter fanden schnell heraus, daß die zehn der Schließung anheimfallenden Gemeindeschulen in Gegenden von Schaarbeek stehen, deren Bevölkerung zu 75 bis 80 Prozent aus – überwiegend nordafrikanischen – Gastarbeitern und ihren Angehörigen besteht. Der Anteil von Ausländerkindern an diesen zehn Schulen beläuft sich im Schnitt auf 93 Prozent. Und es gehörte nicht viel Phantasie zu der Interpretation, daß die Einteilung der künftigen Klassen nach dem Grad der Französischkenntnisse in der Praxis zu einer säuberlichen Scheidung belgischer von ausländischen Kindern führen dürfte.

„Für das, was in Schaarbeek geschehen soll", rief auf einer Protestkundgebung im Zentrum Brüssels Robert Dhont vom christlichen Gewerkschaftsbund in den Saal, „gibt es nur das Wort Apartheid." Und Henri Carpentier von den sozialistischen Gewerkschaften postulierte anschließend: „Brüssel darf nicht zur Hauptstadt des Rassismus werden."

Wie von einem Mann mit der kämpferischen Natur des Roger Nols nicht anders zu erwarten, konterte der Bürgermeister von Schaarbeek mit ähnlich krassen Tönen. Auf einer Pressekonferenz in seinem Rathaus bezeichnete er die Beschuldigungen als „gemein, leichtsinnig und unbegründet". Bei der Schließung der fast nur von Gastarbeiterkindern besuchten Schulen gehe es für ihn um ein finanzielles Problem und nichts anderes. Wenn ein weiterer Unterricht der betroffenen Jugendlichen gewährleistet werden solle, müsse der belgische Staat einspringen. Und die künftige Klasseneinteilung in den anderen Lehranstalten könne man unmöglich als Apartheid bezeichnen, da bei der Feststellung der Sprachkenntnisse nicht nach der Nationalität der Prüflinge gefragt würde.

Dann wurde Roger Nols grundsätzlich. „Gastarbeiter sind doch zum Wohle der ganzen belgischen Wirtschaft in unser Land geholt worden", sagte er. „Folglich muß jetzt in der Krise das ganze belgische Volk für sie finanziell aufkommen und nicht nur diese oder jene Gemeinde, in der sich wie in Schaarbeek die Gastarbeiter zusammendrängen. Im übrigen würde ich es nur für logisch halten, wenn der Schulunterricht von Gastarbeiterkindern aus dem Fonds für Entwicklungshilfe finanziert wird. Es handelt sich doch um eine Form von Entwicklungshilfe."

Daß der streitbare Bürgermeister von Schaarbeek nicht alleine steht mit seiner Meinung, läßt seither so mancher Leserbrief in belgischen Zeitungen erkennen. So war zum Beispiel einem von „Het Laatste Nieuws" veröffentlichten Brief zu lesen: „Die bisher praktizierte Gastarbeiter-Politik macht inzwischen jeden Belgier automatisch zum Rassisten. Was da geschieht, ist schlimmer als der Krieg. Der belgische Staat wird zerstört von jenen, die alles für Ausländer tun und nichts für die eigenen Leute."

Im übrigen ergab eine Umfrage einer Zeitschrift, daß bei künftigen Wahlen in dem Viel-Parteien-Staat Belgien eine eventuelle „Liste Nols" auf 18,3 Prozent aller Stimmen rechnen könnte. Und daß der zum Berufspolitiker gewordene ehemalige Koch im Brüsseler Traditionshotel „Amigo" keineswegs abgeneigt ist, eine solche Chance auszunutzen, ließ er bereits erkennen. Nach 19jähriger Mitgliedschaft in der „Front demokratischer Frankophoner" (FdF) kehrte er dieser Partei zusammen mit einem guten Dutzend Schaarbeeker Gesinnungsfreunde brüsk den Rücken.

Als Grund für seinen Austritt gab der 60jährige Roger Nols die distanzierte Haltung der FdF-Führung gegenüber seinen Plänen an. In seinem Brief an den Parteivorsitzenden Lucien Outers vertrat Schaarbeeks Bürgermeister den Standpunkt, daß die geltenden Gesetze zum Thema Ausländerpolitik dringend einer Revision bedürfen. „Wer in einem demokratischen Staat politische Verantwortung trägt", schrieb er, „muß dafür sorgen, daß die Gesetzgebung den Realitäten angepaßt wird, mit denen sich die Allgemeinheit konfrontiert sieht." (SAD)



Gastarbeiterkinder in Schaarbeek: In vielen Schulen sind sie fast unter sich. FOTOS: JEAN GUYAUX

Wie Schriftsteller aus Ost und West den Frieden erklären

Von WOLFGANG MINATY

Der Friede ist eine Bürde. Zu dieser überraschenden Erkenntnis kam eine ost-westliche Schriftstellerrunde 1981 bei ihrem Treffen in Ost-Berlin. Man sollte ein Büro aufmachen. Das war der kaum minder überraschende Vorschlag von Günter Grass auf dem Folgetreffen in Den Haag 1982. Die Idee trug keine Früchte. Das Gefühl der Bürde, so die Einschätzung der Kollegen, läßt sich nur mangelhaft operationalisieren und noch weniger verwalten. Es will erlebt und erlitten werden. Und das tut man am besten gemeinsam. Und am wirkungsvollsten. Denn wirken will man schon. Dies wenigstens und vor allem anderen, wenn man schon nichts bewirken kann.

So kam es also jetzt, nach vielen Querelen und trotz vieler Absagen, zu einer neuerlichen Gesprächsrunde „über den Frieden", diesmal in den Räumen der Westberliner Akademie der Künste. Vertreter aus der Bundesrepublik und der „DDR" waren da, aber auch einige Ausländer, die meisten aus der Sowjetunion.

Schriftsteller sind von Berufs wegen dazu (selbst) ermächtigt, zu beschreiben, wie die Welt war, wie sie ist, wie sie sein sollte oder wie nicht sein darf. Also trauten sie sich wohl auch zu, der von der Akademie gestellten Frage, „Wie Schriftsteller den Frieden erklären", auf den Grund zu gehen. Bestürzend freilich, daß ihnen, den Sachverständigen in Sprach- und Schrifttum, nicht aufging, daß die Frage doppeldeutig ist. Ihnen ging es nur darum, zu erklären, was Friede sei, warum man ihn als gefährdet betrachten müsse und was sie zu seiner Sicherung zu tun gedächten. Bestürzend und bezeichnend zugleich aber war es, daß man sich der zweiten Fragestellung (oder besser: der ersten) erst gar nicht widmete, der nämlich, wie es zu erklären sei, daß wir seit fast 40 Jahren in Frieden leben.

Oder sollte der Friede vielleicht ein Scheinfriede gewesen sein? Einzig dem Nichtschriftsteller Günter Gaus – er war Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin – fiel auf, daß man leichtherzig eine Friedensdefinition preiszugeben bereit sei, die bislang „für viele, viele Menschen sehr bekömmlich war".

Ansonsten war man sich einig in der Beurteilung der Gesamtlage, daß das apokalyptische Zeitalter angebrochen sei. Die Angst vor dem Krieg teilte sich unisono mit. Die Unsäglichkeit einer weltweiten Atomkatastrophe vor Augen, aber nicht fähig, diese auch nur annähernd präzise beschreiben zu können, besann sich Karl Mickel (Ost-Berlin) darauf, „daß ausgerechnet ich es sein könnte, der das letzte deutsche Gedicht geschrieben hätte".

Von Märchenerzählern und überschüssigen Ameisen

Sekundiert wurde er von seinem sowjetischen Kollegen Tschingis Aitmatow, der ein altes kirgisisches Sprichwort zitierte: „Es gibt keine überschüssige Ameise auf der Erde". Hatte Adolf Muschg (Zürich) am Tisch gegenüber anfangs noch zustimmend seine Pfeife gestopft, so mißlang ihm dieses Geschäft in dem Maße, wie Aitmatow immer mehr die Allgemeinplätze bepflasterte. Als er nach seinem Werben für den allgemeinen Frieden bei der alleinigen und bewiesenen Friedfertigkeit der Sowjetunion angelangt war, war Muschgs Pfeife ausgegangen.

Hatte sich Günter Grass hier noch nicht das Wort genommen, so tat er dies schrill und scharf, als Wladimir Steahensky (Moskau) dem österreichischen Wissenschaftler Robert Jungk vorwarf, er sei ein Märchenerzähler, wenn er behaupte, in der Sowjetunion würden Kriegsgegner verhaftet, geschlagen und verschleppt. Grass: „Das ist ungeheuerlich. Das ist der Ton, den wir in der Tat zu fürchten haben."

Uwe Johnson, neben Grass sitzend, hatte unterdessen aufgehört, an der Kette seiner Taschenuhr zu spielen. Es erschreckte ihn vermutlich genauso wie Grass und andere, zu hören, wie einige Ostblock-Schriftsteller als willfährige Regierungssprecher fungierten. Grass gezielt an Sergej Baruzdin gewandt: „Ich fürchte, daß Sie Ihrem Land einen schlechten Dienst erweisen, wenn Sie behaupten, alle Friedensinitiativen kämen nur aus dem Osten."

Fast schien es, als existiere die SS-20 nicht

Doch ungerührt disqualifizierte sich Baruzdin, als er erklärte, daß zur Zeit keine sowjetische Rakete Amerika erreichen könne, wohingegen die Sowjetunion von amerikanischen Raketen nur so umzingelt sei, die selbst auf Dörfer gerichtet wären. Die Köpfe ruckten nach links und rechts: Wie? Was? Stefan Heym: „Habe ich richtig gehört?" Baruzdins Erklärung, die Pershing-Rakete brauche bis zum Ziel sechs Minuten, die sowjetischen Interkontinentalraketen dagegen eine Stunde, sprach für sich selbst. Man ließ sie in der stickigen Luft des kleinen Raumes hängen.

Verwunderlich war es nicht, daß die SS-20-Raketen nicht zur Debatte standen. Fast schien es, als existierten sie gar nicht. Jedenfalls benötigte Hermann Kant, Präsident des „DDR"-Schriftstellerverbandes, etliche Zeit grübelnden Nachdenkens, bis er sich wieder an deren Bezeichnungen erinnerte. Für die Offiziellen aus dem Osten standen die SS 20 nicht zur Debatte, weil sie sich schlecht in Widerspruch zu ihren Regierungen setzen konnten, und für die Schriftsteller aus dem Westen deshalb nicht, weil sie wohl wußten, daß da wenig auszurichten sei. Dafür sprach man um so mehr über die Pershing II und die Cruise Missiles.

„Weil ich zum Westen gehöre, sehe ich mich zum Widerstand verpflichtet", meinte Grass zum NATO-Doppelbeschluß. „Und der schließt Ungehorsam ein." Der linientreue Benito Wogatzki aus Ost-Berlin „begnügte" sich demgegenüber mit der Forderung, man müsse „eine Resolution gegen die Pershings erstellen".

Um dem Widerstand Kontur zu geben, unterstützte Bernt Engelmann nachdrücklich den von Jungk vorgebrachten Vorschlag, das nächste Schriftsteller-Treffen vor einer amerikanischen Raketenbasis einzuberufen. Da auch die sich selbst so nennende Friedensbewegung in der Bundesrepublik schon beizeiten verkündet hat, der möglicherweise bevorstehenden Stationierung der neuen NATO-Waffen nicht tatenlos zusehen zu wollen, wird es also wieder einmal zu einem „heißen Herbst" kommen.

Während der dialektisch flotte Hermann Kant gleich durchblikken ließ, er wäre in der Eifel oder im Schwäbischen mit von der Partie, machte Hermlin, stets vorsichtig abwägend, eine bezeichnende Einschränkung: „Ich bin nicht dafür, daß DDR-Bürger in der Bundesrepublik demonstrieren." Auch der juristische Kommentar von Gaus, die Staatsbürgerschaft würde das zulassen, brachte ihn nicht davon ab. Hier wurde es spannend. Denn Hans Christoph Buch (West-Berlin) war nicht der einzige in dem von Menschen-, Tisch- und Kamerabeinen vollgestellten Raum der Akademie, der bemerkte: „Hier sitzen zwei ganz deutlich verschiedene Friedensbewegungen an einem Tisch."

Gemeint war damit einmal die aus der Öko- und Alternativszene erwachsene Friedensbewegung im Westen, „ein weltweites Bündnis, die neue Internationale von unten" (Jungk), und auf der anderen Seite die regimekonforme Truppe der Baierl, Kant, Neutsch, Wogatzki und Hermlin (letzterer mit präzeptoraler Unmißverständlichkeit: „Ich bin für die Regierung meines Landes, so wie ich denke und fühle"). Wogatzki – übrigens war er abermals der Meinung, man müsse per Resolution gegen die Pershings Stellung nehmen – machte in seinem, wie er selbst sagte, sonnigen Gemüt deutlich, von wo die eigentlichen Friedensimpulse kämen: „In der DDR sind mehr Menschen in der Sache des Friedens auf der Straße als irgendwo im Westen." Er unterließ anzufügen: „Wenn sie in Brigadenstärke dazu abkommandiert werden." (Hans Werner Richter: „Wogatzki hat wirklich ein sonniges Gemüt.")

Aber es gab noch eine dritte Gruppe, die ohne Gruppenetikett in Berlin mit am Tisch saß: einige „DDR"-Schriftsteller, mehr von internationaler Geltung als von Staatsrang. Günter de Bruyn zum Beispiel, der sein Gegenüber Kant auffordernd fixierte und dafür plädierte, die in der „DDR" verfolgte Friedensbewegung endlich zuzulassen. Oder Rolf Schneider, der harsch die Praktiken Ost-Berlins gegen Kriegsgegner brandmarkte. Dies in Anspielung auf die Februar-Vorkommnisse in Jena, wo jungen Leuten die Transparente mit der Aufschrift „Ohne Frieden keine Zukunft" von Ordnungskräften zerstört worden waren. Und vor allem der ungarische Schriftsteller György Konrad, der die Wurzel aller Unfriedlichkeiten in „Jalta" sah mit seiner Einteilung in Blocksysteme und der sich für zensurfreie Kommunikation und eine parlamentarische Demokratie für Osteuropa aussprach.

Keine Antworten auf die wichtigen Fragen

Hermann Kant hörte mit steinernem Gesicht zu. Vielleicht starrte er auch nur durchs Fenster auf die Plastik von Bernhard Heiliger mit dem für die Veranstaltung symbolträchtigen Titel „Zweiteiliges Raummotiv". Zweigeteilt, mindestens zweigeteilt, waren die Meinungen auf dem Berliner Treffen. Was kam dabei heraus? Nicht einmal die von Wogatzki geforderte Resolution gegen die Pershings.

So hatte die in West-Berlin lebende Lyrikerin Sarah Kirsch wohl recht, die ihre Absage an die Tagung damit begründete, daß es eine „absurde Talkshow" werden würde, eine „Veranstaltung, von Funktionären so organisiert, daß sie, ohne zu stören, stattfinden kann", mit all ihrer „Verlogenheit gegenüber der verfolgten Friedensbewegung in der DDR". In der Tat wurde der zwischen Grass und Hermlin aufgetretene Gegensatz, ob der Kampf um den Frieden wirklich ohne den Kampf um die Menschenrechte geführt werden könne, nicht weiter vertieft.

„Ein paar Dutzend ehrenhafter liberaler Wortschöpfer schwätzten klug vom Frieden, während eine Armee antrat, ein tapferes Volk in die Keller zu verjagen und ihm den Schneid auszuprügeln." Dies der Kommentar von Gerhard Zwerenz zum Ostberliner Treffen 1981, als die polnischen Militärs das Kriegsrecht verhängten. Seitdem hat sich nichts geändert. Man schwätzt immer noch. Die Allgewaltigen in Warschau und anderswo haben immer noch den Kellerblick. Und der Osten ist wachsamer als die wachesten Friedensmarschierer im Westen.

Zusammenarbeit Rundfunk – Presse im Südwesten?

dpa/AP/DW. **Stuttgart**

In Baden-Württemberg soll es eine vertraglich abgesicherte Zusammenarbeit von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privater Presse bei lokalen Hörfunk- und Fernsehversuchen geben. Eine grundsätzliche Einigung in dieser Richtung wurde von der Staatskanzlei in Stuttgart bekanntgegeben. In einem am Wochenende paraphierten Rahmenvertrag legten beide Seiten fest, daß die Finanzierung zu zwei Dritteln vom Rundfunk und zu einem Drittel von der Presse übernommen werden soll. Der Vertrag sieht ferner vor, daß die lokalen Programme als „Fenster" in das jeweilige Fernseh- oder Hörfunkprogramm eingebaut werden. Werbesendungen sind nicht geplant. Zusätzliche Gebühren werden nicht erhoben. Die Versuche sollen unter der Verantwortung der Landesrundfunkanstalt stattfinden. Die Hörfunkprogramme sollen über neue Sender ausgestrahlt werden, für die Verbreitung der Fernsehprogramme sind Kabelnetze vorgesehen. Das Programm wird nach diesen Vereinbarungen von Zeitungsverlagen im Auftrag der Rundfunkanstalten produziert.

An der Besprechung bei Ministerpräsident Späth nahmen die Intendanten des SDR und des Südwestfunks, Hans Bausch und Willibald Hilf, ein Vertreter des ZDF sowie zwei Zeitungsverleger-Repräsentanten teil. Die neuen Hörfunkprogramme sind in Ulm und Freiburg geplant, als Standort des lokalbezogenen Fernsehprogramms wurde Mannheim festgelegt.

Weizsäcker trifft Frau Thatcher

hrk. **Berlin**

Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker fliegt am kommenden Mittwoch nach London und trifft dort mit Premierministerin Margaret Thatcher zusammen. Mit dieser Begegnung holt die britische Regierungschefin eine Verabredung nach, die bei Weizsäckers Besuch Anfang April 1982 an der Themse wegen des Falkland-Kriegs nicht zustande gekommen war. Im Spätherbst 1982 kam die britische Premierministerin nach Berlin und wurde von den Berlinern begeistert begrüßt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Zweifel an Echtheit der Tagebücher Hitlers

UWE BAHNSEN, **Hamburg**

Überwiegend skeptische bis ablehnende Reaktionen renommierter Zeithistoriker im In- und Ausland hat am Wochenende die Nachricht vom Auftauchen bislang unbekannter Hitler-Tagebücher ausgelöst. Die Hamburger Illustrierte „Stern", die diese Hitler zugeschriebenen Aufzeichnungen nach dreijährigen Recherchen entdeckt haben will, wird heute vormittag auf einer Pressekonferenz in der Hansestadt über die Tagebücher und die Vorgänge bis zu ihrer Auffindung berichten.

An dieser Pressekonferenz will auch der unter dem Namen Hugh Redvald Trevor-Roper bekanntgewordene britische Historiker Lord Dacre teilnehmen, der nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes im Auftrag des britischen Geheimdienstes die letzten Monate und Wochen des Diktators aufgrund umfangreicher Zeugenaussagen in einem Bericht für die Regierung in London beschrieben und diesen später in dem Buch „Hitlers letzte Tage" veröffentlicht hat.

Nach der Darstellung des „Stern" handelt es sich bei den aufgefundenen Tagebüchern um insgesamt 60 bis zu 100 Seiten umfassende Kladden im DIN-A-4-Format, die verschnürt und mit Reichsadler und Hakenkreuz versehen gewesen seien. Hitler habe seine Eintragungen mit schwarzer Tinte geschrieben und die meisten Seiten signiert. In der Mitteilung des „Stern" heißt es weiter, Hitler habe diese Tagebücher in der Zeit vom 22. Juni 1932 bis Mitte April 1945 verfaßt, ferner zwei Sonderbände über den England-Flug seines damaligen Stellvertreters Rudolf Heß und über das Attentat vom 20. Juli 1944. Die Tagebücher hätten zusammen mit anderen Unterlagen im April 1945 mit einem Flugzeug von Berlin aus zum Flughafen Ainring bei Salzburg transportiert werden sollen.

Die von dem Piloten Major Friedrich Gundlfinger gesteuerte Maschine habe jedoch ihr Ziel nicht erreicht und jahrzehntelang als verschollen gegolten. Die Recherchen hätten ergeben, so erklärte die Illustrierte weiter, daß Gundlfinger mit seiner Ju 352 in den frühen Morgenstunden des 21. April 1945 auf dem Gebiet der heutigen „DDR" abgestürzt sei: Die Aufschlagstelle habe sich in einem Wald in der Nähe der Gemeinde Börnersdorf befunden. Reporter des „Stern" hätten sein Grab auf dem dortigen Friedhof ermittelt sowie Augenzeugen des damaligen Absturzes aufgefunden.

„Stern"-Reporter hätten drei Jahre hindurch nach dem Verbleib des in der abgestürzten Maschine transportierten Materials geforscht und dabei in der Bundesrepublik, in der „DDR", in Österreich, der Schweiz, Spanien und Südamerika recherchiert. International renommierte Schriftsachverständige und Historiker hätten die Echtheit bestätigt.

Im Gegensatz zu Professor Trevor-Roper, der sich eigenem Bekunden zufolge „nach anfänglicher Skepsis" von der Echtheit der Tagebücher überzeugt hat, bestritt der Historiker und Hitler-Forscher *Professor* Werner Maser nachdrücklich die Existenz derartiger Aufzeichnungen. Maser, Autor zahlreicher Bücher über Hitler und das NS-Regime, stützte seine Auffassung auf die noch unveröffentlichten Tagebücher der Dienststellen Hitlers und Martin Bormanns, die sich in seinem Besitz befänden.

Hitler selbst sei seit Januar 1943 infolge seiner Schüttelneurose nicht mehr in der Lage gewesen, mit Tinte zu schreiben. Er habe nur noch Bleistifte oder Farbstifte benutzen können. In einem Interview des ZDF meinte Maser weiter auf die Frage, ob er den Verdacht habe, daß es sich um eine Fälschung handele, es gebe in Potsdam eine Fälscherwerkstatt der „DDR", in der „Hitler-Bilder, Hitler-Briefe, Hitler-Notizen produziert werden für den Verkauf als Devisenbringer für die DDR".

Von einer Fälschung geht auch der britische Zeithistoriker David Irving aus. Er habe keine Zweifel daran, daß sich die Tagebücher als gefälscht erweisen würden. Er selbst sei Anfang November in den Besitz von rund 800 fotokopierten Seiten eines solchen Materials gelangt und zu der Auffassung gekommen, es sei „suspekt".

Skepsis meldeten auch die beiden deutschen Historiker Helmut Krausnick und Eberhard Jäckel an. Krausnick sagte, bisher habe es keinerlei Hinweise gegeben, daß Hitler ein Tagebuch geführt hat. Jäckel meinte, er gründe seine Bedenken „nicht zuletzt auch auf die Kenntnis der Person Hitlers", der sich gescheut habe, „Dinge zu Papier zu bringen".

Hitlers früherer Luftwaffenadjutant Nicolaus von Below bezeichnete es gegenüber „Bild am Sonntag" als ausgeschlossen, daß Hitler Tagebuch geführt hat: „Wir haben oft bis nachts um drei oder vier Uhr gesessen, erst dann ist Hitler ins Bett gegangen. Da hatte er keine Zeit mehr, etwas zu schreiben. Das ist alles restlos gelogen."

Persönliche Abrechnung von Trier lähmt FDP

Parlamentarische Arbeitsgemeinschaft kam nicht zustande / Nach Abbruch soll der Parteitag im Juli stattfinden

JOACHIM NEANDER, **Trier**

Sieben Wochen nach der Wahl steht die rheinland-pfälzische FDP schlimmer da, als selbst die ärgsten Pessimisten befürchtet hatten: Erst wurde sie aus dem Parlament hinausgewählt, nun ist sie auch noch ohne Vorstand und tief zerstritten.

Nach dem grotesken Verlauf des Trierer Landesparteitages, der nach dem kollektiven Rücktritt des Landesvorstands am Samstag vorzeitig abgebrochen wurde, einigte man sich zwar auf den Termin eines neuen Parteitages am 2. Juli. Aber es gibt keine Garantie, daß dort die große Selbstzerfleischung nicht in voller Heftigkeit weitergeht.

Es war einer jener Zufälle, die nur die Realität zustande bringt. Just um 12.16 Uhr, als auf dem Parteitagspodium im Dorint-Hotel an der Porta Nigra der Landesvorsitzende Hans-Günther Heinz plötzlich – als reite ihn der Teufel – von seinem vorbereiteten und bereits verteilten Redemanuskript abwich, um wütende Hiebe gegen seinen direkt neben ihm sitzenden Stellvertreter Walther Hitschler auszuteilen, fuhr draußen mit Blaulicht und schmetterndem Martinshorn ein Notarztwagen vorbei. Aus dem Fenster schauend, murmelte ein Delegierter prophetisch: „Der hilft uns auch nicht mehr." Der High-Noon war nicht mehr aufzuhalten.

Der große Personalstreit an der Spitze der Landespartei schwelte schon lange. Der 50jährige Möbelkaufmann Heinz, den eine Mehrheit im Vorstand offenbar schlicht für unfähig hält, ist noch bis 1984 gewählt. Ein öffentlicher Disput mit Oberstudiendirektor Walther Hitschler, dem Bezirksvorsitzenden der Pfalz, schien beigelegt. In fast fünfstündiger Vorstandssitzung hatten sich die Kämpen schwitzend im Grillroom des Hotels am Freitagabend auf einen Leitantrag geeinigt, mit dessen Hilfe der Parteitag gehindert werden sollte, den Personalstreit öffentlich weiterzuführen. Die Vorstands-Neuwahl sollte auf den Herbst 1983 vorverlegt werden, die Frage der Führung der neuzugründenden Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (PAG) nicht, wie von Heinz' Parteigängern in einem Antrag verlangt, den Parteitagsdelegierten, sondern der PAG selber überlassen bleiben.

Fünf Stunden lang hatte Heinz sich in der Sitzung zu dem Streit nicht geäußert. Selbst die Tatsache, daß Hitschler sich noch vor zehn Tagen in einem internen Rundbrief an alle Delegierten gewandt hatte (worin er u. a. Erklärungen von Heinz „töricht" und „nur auf den Beifall der Unbedarften zielend" nannte), schien den Vorsitzenden zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu berühren.

Doch der scheinbar gesicherte Burgfrieden zerbracht. Ermutigt von Freunden, die ihren Landesvorsitzenden, der sich aus kleinsten Verhältnissen zum erfolgreichen Mittelstandsunternehmer hochgearbeitet hat, nicht länger den – wie sie es empfinden – „Demütigungen" durch die Etablierten in der Landeshauptstadt aussetzen wollten, zog Heinz plötzlich doch vom Leder. Hitschler habe versucht, die Partei „in schäbigster, unverschämtester Weise gegen mich aufzuhetzen". Und direkt zu seinem mit steinerner Miene dasitzenden Stellvertreter gewandt: „Sind es etwa Neidkomplexe von Ihnen? Sie sollten sich schämen!" Im Saal entstand Tumult. Zurufe: „Aufhören! Zurücktreten!" Nur mit Mühe konnte Heinz seine Rede beenden.

Nach ihm sprach der bisherige Fraktionsvorsitzende Hans-Otto Scholl. Klug jede Anspielung auf das Vorgefallene vermeidend (Scholl später: „Mir hatte es einfach die Sprache verschlagen"), versuchte er – übrigens mit starkem Beifall belohnt – wieder zu einer Sachdebatte zu finden.

Aber in der Mittagspause überstürzten sich die Ereignisse. Um Heinz zum sofortigen Rücktritt zu zwingen, beschloß der gesamte Vorstand in einer Sondersitzung, sein Amt zur Verfügung zu stellen. Heinz wurde gefragt, ob er sich diesem Schritt anschließe. Er nickte stumm.

Aber schon bei der Bekanntgabe dieses Beschlusses zeigte sich, daß der Parteitag tief zerstritten ist. Der 70jährige frühere Finanzminister Hermann Eicher, der dies als Ehrenvorsitzender der Landespartei übernommen hatte, wurde – als er allzu deutlich gegen Heinz Partei ergriff – seinerseits ausgebuht und ausgepfiffen, ein Vorgang, der fast eine Schockwirkung bei dem hochverdienten Politiker auslöste.

Unter Schockwirkung beschloß der Parteitag schließlich, sich selbst auf den 2. Juli zu vertagen. Selbst die dringend nötige Gründung der PAG, die die Präsenz der FDP auf der landespolitischen Szene erst ermöglichen soll, fiel dem Streit zum Opfer.

Wer am 2. Juli neuer Landesvorsitzender werden könnte, ist völlig offen. Hans-Günther Heinz resigniert keineswegs. Auf die Frage der WELT am Tag nach dem Parteitag: „Das werde ich mit meinem Bezirksverband besprechen."

Seite 2: Führungskrise

Landeschef Möllemann bleibt auch Staatsminister

FDP-Parteitag in Leverkusen / Lambsdorff attackiert NRW-Regierung / Genscher setzt auf Kommunalpolitik

WILM HERLYN, **Leverkusen**

Deutlich wie selten zuvor ist den nordrhein-westfälischen Liberalen an diesem Wochenende klargeworden, wer die bestimmende Figur des mit knapp 23 000 Mitgliedern stärksten Landesverbandes ist. Nicht der neue Vorsitzende, Jürgen W. Möllemann, den die 396 Delegierten mit 265 Ja-Stimmen, 107 Nein-Stimmen und 24 Enthaltungen in Leverkusen wählten, sondern sein Stellvertreter, Otto Graf Lambsdorff.

In einer knappen, kantigen Rede gab der Bundeswirtschaftsminister die Richtung für den Landtagswahlkampf 1985 an: „Wir können vorführen, was absolute Mehrheiten bewirken. Im Landtag wird keine Entscheidung mehr getroffen – die werden, wenn überhaupt, von Johannes Rau in irgendwelchen Parteizirkeln gefällt." Der SPD warf er vor: „Nichts läuft mehr in unserem Land, die Sozialdemokraten sind offensichtlich nicht bereit, ihre wirtschaftliche Ohnmacht einzugestehen."

Der Bundesvorsitzende Hans-Dietrich Genscher faßt die Delegierten ans Portepee: „Es gibt keinen Anlaß zur Resignation, wenn wir die Kommunal- und Landespolitik neu entdecken." Dabei sei die FDP gerade in diesem Bundesland, in dem sie seit 1980 nicht mehr parlamentarisch vertreten ist, „Opposition und keine Regierungspartei a. D. Jeder Kreis- und jeder Bezirksparteitag muß ein Oppositionsparteitag gegen die SPD-Landesregierung sein." Vor allem sollten die Liberalen wieder das Gebiet der Bildungs- und Kulturpolitik pflegen und dafür sorgen, daß nicht um Organisationsformen gestritten werde, sondern um Inhalte. Damit griff Genscher eine alte CDU-Forderung auf.

Die Wahl eines neuen Vorsitzenden war notwendig geworden, nachdem Burkhard Hirsch resigniert diesen Posten aufgegeben hatte. Seit Möllemann vor 13 Monaten auf dem Parteitag in Siegen zum Stellvertreter neben Lambsdorff gewählt worden, vereinsamte Hirsch – entschiedener Befürworter der sozial-liberalen Koalition – mehr und mehr.

Der Hobby-Ballonfahrer will sich jetzt auf seine Bundestagsarbeit konzentrieren. Fallschirmspringer Möllemann dagegen, dessen Nachfolger als stellvertretender Parteivorsitzender der Chef der Bonner FDP, Rudolf Wickel, geworden ist, sieht sein neues Amt als einen weiteren Sprung nach oben. Er wird – sehr zum Mißfallen vieler Liberaler – sein Amt als Staatsminister im Auswärtigen Amt aber zunächst nicht aufgeben. Selbstbewußt rief er den Delegierten zu: „Ich bin kein Experte in der Landespolitik, werde mich aber schnell einarbeiten unter gleichzeitiger Fortführung meiner Bonner Ämter. Diese Auffassung steht für mich nicht zur Disposition. Wer mich nicht will, braucht mich nicht zu wählen."

So viel Konsequenz schreckte viele Delegierte. So wagte der Kreisverband Neuss nicht, seinen Beschluß vorzubringen, Möllemann müsse nach seiner Wahl sofort als Staatsminister zurücktreten. Bei den Parteimitgliedern bleibt die Skepsis, ob er beides schaffen kann. Sie halten ohnehin nicht viel von Politikern, die sich zwar in der Bundespolitik einen Namen gemacht haben, aber von Kommunalpolitik wenig wissen. „Bonner Lichtgestalten", urteilt Hirsch spöttisch, auch mit Blick auf seinen Nachfolger, mit dem ihn eine herzliche Abneigung verbindet.

Hans-Dietrich Genscher seinerseits lobte „Überzeugungstreue und Gradlinigkeit" des scheidenden Landesvorsitzenden. „Diese Eigenschaften", rief er den Delegierten zu, „wird die Partei brauchen in den bevorstehenden Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen".

CDU Westfalen nicht geschlossen für Biedenkopf

dpa, Dortmund

In der innerparteilichen Auseinandersetzung um die Spitzenkandidatur der nordrhein-westfälischen CDU für die Landtagswahl 1985 hat der Düsseldorfer Oppositionschef und westfälische CDU-Vorsitzende Professor Kurt Biedenkopf die Führung seines Landesverbandes nicht geschlossen hinter sich. Demgegenüber kann sein Mitbewerber, der Vorsitzende der rheinischen Union, Bernhard Worms, auf die einstimmige Unterstützung der Spitze eines Landesverbandes verweisen.

Der Landesvorstand und die Vorsitzenden der Untergliederungen der westfälischen CDU befürworten zwar mit deutlicher Mehrheit die Nominierung Biedenkopfs für die Spitzenkandidatur. Von den 58 Sitzungsteilnehmern votierten in geheimer Abstimmung aber nur 41 für den Parteichef, 15 stimmten gegen ihn und zwei enthielten sich. Gut eine Woche zuvor hatte das vergleichbare Führungsgremium der CDU-Rheinland in geheimer Abstimmung einmütig – bei nur zwei Enthaltungen – für Worms plädiert.

Die Rheinländer wollen den Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 1985 durch die beiden Landesvorstände und die insgesamt 54 Kreisvorsitzenden der gesamten NRW-Union wählen lassen. Demgegenüber sprachen sich die Westfalen für die 34köpfige gemeinsame Landesversammlung als Entscheidungsgremium aus. Über diesen Verfahrensstreit soll heute das von Biedenkopf geleitete nordrhein-westfälische CDU-Präsidium entscheiden.

Hessische Grüne schreiben an die SPD

dpa, Frankfurt

Die hessischen Grünen haben den SPD-Landesvorstand erneut um einen Gesprächstermin über einen gemeinsamen Haushaltsplan des Landes gebeten. In einem Brief der Grünen an die SPD heißt es: „Wir hoffen, daß Sie nicht bereits den Neuwahltermin als gegeben ansehen und daher Gesprächen mit den Grünen aus dem Wege gehen wollen." Vor einem solchen Schritt sollten alle Möglichkeiten zu einem gemeinsamen Handeln ausgelotet werden. „Am Ende könnte auch die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung stehen", schrieb der Vorstand der Grünen.

In Hessen wird für Herbst die Neuwahl des Landtages erwartet, da nach der Wahl vom 26. September 1982 keine regierungsfähige Mehrheit zustande kam.

Benda: Verhandlung über Volkszählung ein Test

Warnung vor Glauben an wissenschaftliche Planung

W. WESSENDORF/AP. Bremen

Zum ersten Mal seit der Verkündung der Einstweiligen Anordnung zur Volkszählung hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, öffentlich zu dem Thema Stellung bezogen. „Bei der Frage um die Volkszählung handelt es sich um einen Testfall, wie ernst es uns mit der friedensstiftenden Rolle des Rechts ist." Er, Benda, gehe davon aus, daß das Hauptverfahren zur Volkszählung abgeschlossen werde, bevor er 1984 aus seinem Amt als Präsident ausscheide.

Die vorläufige Aussetzung halte er „nicht für eine Niederlage des Staates". Zunächst jedenfalls sei bewiesen, daß „staatliche Institutionen solche Fragen selbst in der Lage zu lösen" seien, sagte Benda vor Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer Juristen (ACDJ) in Bremen.

Protestbewegungen hätten sich nach seiner Meinung als überflüssig erwiesen – es sei denn, daß man „von der törichten Unterstellung ausgehen will, das Bundesverfassungsgericht habe sich dem Druck solcher Protestgruppen gegenüber als schwächlich erwiesen". Die Boykotteure hätten sich nach dem Spruch benommen, „wie ein greinendes Kind, dem man ein Spielzeug weggenommen hat".

Der Glaube an die wissenschaftliche Planung sei bisher eher eine sozialistische als eine christliche Idee gewesen. Benda: „Wir sollen ihm gegenüber ruhig etwas skeptischer sein, als dies in manchen Äußerungen der letzten Wochen zum Ausdruck gekommen ist."

Im Süddeutschen Rundfunk beklagte Benda bei den Politikern einen Mangel an Sensibilität für die „Auffassungen, Emotionen, auch Ängste innerhalb der Bevölkerung". Der Streit um die Volkszählung zeichne sich dadurch aus, „daß nur ganz wenige während des Gesetzgebungsverfahrens die Bedenken, die verfassungsrechtliche Bedeutung überhaupt gesehen haben".

‚Ehrenamtliche Hilfe hat Grenzen'

Anhörung im Stuttgarter Landtag / Bürger-Engagement stärker fördern

XING-HU KUO, Stuttgart

Erwin Teufel ist mit der – ehrenamtlichen – Welt zufrieden. Denn das von dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Stuttgarter Landtag initiierte Hearing zum Thema „Ehrenamtliche Arbeit im sozialen Bereich" am Sonnabend übertraf weit die Erwartungen. Statt der kalkulierten 500 Teilnehmer kamen mehr als 1000 Praktiker, Wissenschaftler und Politiker zu der in dieser Form erstmaligen Beschäftigung mit der freiwilligen Arbeit in der Bundesrepublik. Die CDU-Fraktionen in den meisten anderen Landesparlamenten schickten Beobachter. Das restlos überfüllte Landtagsgebäude – bei Plenarsitzungen nicht selten von gähnender Leere gekennzeichnet – veranlaßte Teufel zu der Bemerkung: „Die Phantasie und die Einsatzbereitschaft der Bürger ist größer als manche Skeptiker behaupten."

Auf der Tagung wurde deutlich, daß nicht selten Mißtrauen und Vorurteile der freiwilligen Hilfe Hemmnisse in den Weg legen, deren Abbau ein wesentliches Ziel der Tagung war. Ruth Buchenau, die heute mit 60 anderen Frauen im Karlsruher Klinikum Patienten betreut, berichtete über ihre Erfahrungen: „Wir kümmern uns vor allem um die Alleingelassenen, die der hochspezialisierten Maschinerie eines modernen Krankenhauses zum Teil ohnmächtig ausgeliefert sind." Die inzwischen von allen Beteiligten geachtete Tätigkeit dieser Gruppe sei jedoch zunächst auf Abwehr gestoßen: „Der Personalrat befürchtete einen Abbau der Arbeitsplätze." Aber auch die Seelsorge und der soziale Dienst der Stadt sahen „Abgrenzungsschwierigkeiten".

Einig waren sich alle Teilnehmer der Anhörung darüber, daß ehrenamtliche Helfer weder „Jobkiller" noch „Spinner" sind. Vielmehr stelle die ehrenamtliche Tätigkeit eine sinnvolle Ergänzung für die professionell Tätigen dar. Hierbei wurde jedoch die überhand nehmende „Professionalisierung" gerade des sozialen Bereichs kritisiert. Gerade die ehrenamtliche Hilfe, so Sozialminister Dietmar Schlee, sei eine wertvolle „menschliche Bereicherung". Nicht zuletzt auch für diejenigen, die diese Hilfe anbieten.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg – wo die ehrenamtliche Tätigkeit eine besonders lange Tradition vor allem im kirchlichen Bereich aufweisen kann – ist nach den Worten des Ministers deshalb bereit, vorhandene Hemmnisse abzubauen und „Freiräume für bürgerschaftliches Engagement" zu schaffen, versprach der Minister. Der weitere Ausbau offener Hilfen sei ein „vorrangiges Ziel der Sozialpolitik des Landes", betonte Schlee.

Professor Hans Braun von der Universität Trier (Soziologie und Sozialpolitik) erinnerte daran, daß in der Bundesrepublik die freiwillige Hilfe im Vergleich zu den USA oder Großbritannien noch ein gewisses Defizit aufweise. Braun unterstrich jedoch, daß die ehrenamtliche Hilfe auch „ihre Grenzen" habe. Sie würden durch die Belastbarkeit der Helfer, insbesondere „bei Enttäuschungen und Mißerfolgen", bestimmt.

Nur wenn man auch diese Probleme zur Sprache bringe, so Braun, seien die Voraussetzungen gegeben, daß „die ehrenamtliche Tätigkeit in einem fruchtbaren Spannungsverhältnis zum Tun der Profis steht".

FDP-Fraktion reduziert Arbeitskreise

STEFAN HEYDECK, Bonn

Als letzte der im 10. Bundestag vertretenen Parteien wählt morgen die FDP mit ihren 35 Abgeordneten eine Fraktionsspitze. Dabei wird es, anders als bei Wahlen, zu wesentlichen Parteiämtern in Bund und Ländern kaum zu wesentlichen Verschiebungen im internen Links-Rechts-Verhältnis kommen. So gilt als sicher, daß Wolfgang Mischnick, Fraktionschef seit 1968, und Hans-Günter Hoppe sowie Dieter Julius Cronenberg als seine Stellvertreter bestätigt werden.

Erster Anwärter für den dritten Vize-Posten, den der ins Bundesjustizministerium „abgewanderte" Minister Hans Engelhard freigemacht hat, ist der zurückgetretene Chef der Schleswig-Holsteinischen FDP und bisherige Vorsitzende des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen, Uwe Ronneburger. Gegen Ronneburger, der dieses Amt bereits zwischen 1973 und 1975 bekleidet hatte, will Burkhard Hirsch antreten.

Beste Aussichten, neben Torsten Wolfgramm neuer parlamentarischer Geschäftsführer zu werden, hat der Essener Jurist Klaus Beckmann (38). Er soll dem nicht in den Bundestag zurückgekehrten Kritiker des Koalitionswechsels, Klaus Gärtner, folgen. Allerdings war bis gestern noch denkbar, daß sich um diesen Posten auch der frühere verkehrspolitische Sprecher Klaus-Jürgen Hoffie bewirbt, der bis zur Niederlage bei den Hessen-Wahlen im September Wirtschaftsminister in Wiesbaden war.

Praktisch unumstritten ist, daß zur Schaffung von mehr Effizienz die Zahl der Arbeitskreise (AK) reduziert wird. Der AK Europapolitik, bisher von dem Nicht-Rückkehrer Manfred Vohrer geleitet, soll dem AK 1 (Auswärtiges, Deutschland, Sicherheit und Entwicklungspolitik) zugeschlagen werden, der von Helmut Schäfer geleitet wird. Den AK 2 (Finanzen) soll der stellvertretende baden-württembergische Landeschef Manfred Haussmann von Hans Gattermann übernehmen, der den Vorsitz des einzigen der FDP verbliebenen Parlamentsgremiums, des Finanzausschusses, antreten soll. Allerdings wird nicht ausgeschlossen, daß sich Haussmann „in letzter Minute" aufgrund des hervorragenden Abschneidens seines Landesverbandes noch um einen anderen Führungsposten bewirbt. Cronenberg soll bis auf weiteres den AK 3 (Arbeit und Soziales) von Hansheinrich Schmidt-Kempten übernehmen, der auf eine Wiederaufstellung bei den Wahlen verzichtet hatte.

Alex Möller – Sechs Jahrzehnte am „Tatort Politik"



Alex Möller feiert morgen seinen 80. Geburtstag FOTO: INTERPRESS

Sein Leben ist deutsche Geschichte mit allen Niederlagen und Demütigungen, mit stolzem Aufstieg und manchen Erfahrungen, die er an die Nachgeborenen weitergeben möchte: Alex Möller feiert morgen seinen 80. Geburtstag. Mehr als sechs Jahrzehnte verbrachte er am „Tatort Politik", so der Titel seines jüngsten Buches.

Die Politik – ein „Tatort"? Man assoziiert Verbrechen und Missetat, Verrat und Kommissare, vielleicht auch den Augenzeugen. Deutsche Geschichte bietet für alle diese Begriffe Anschauungsmaterial. Alex Möller, am 26. April 1903 in Dortmund als Sohn eines Eisenbahners geboren, gründete schon als Pennäler einen „Schülerrat". Noch nicht 20 Jahre alt, trat er 1922 der SPD bei – natürlich war er links.

Keine Vita vergißt zu erwähnen, daß er 1928 als jüngster Abgeordneter für die SPD in den Preußischen Landtag zog. Das Preußische blieb auch stets eine bestimmende Wurzel seines Lebens – auch und gerade während seiner kurzen Zeit als Bundesfinanzminister in Bonn. Der linke Genosse engagierte sich für einen Generalstreik gegen Hitler, kam auch kurz in „Schutzhaft", begann aber dann seine Karriere in der Versicherungswirtschaft.

Alex Möller schätzt den Titel „Genosse Generaldirektor", obgleich er mancherorts mit Süffisanz verwendet worden ist. Aus heutiger Sicht ist die Verknüpfung alles andere als ehrenrührig, zeigt sie doch, daß Sozialdemokraten auch wirtschaftlichen Erfolg zu haben wissen, ohne „Klassenverrat" zu begehen.

Nach 1933 begann er als Versicherungsvertreter eine neue Karriere, die ihn Stufe um Stufe bis in den Vorstand der Karlsruher Lebensversicherungs-AG führte. Nach dem Hitler-Attentat 1944 zog er sich in die thüringische Provinz zurück, weil er eine Verhaftung fürchtete.

Schon kurz nach dem Zusammenbruch berief ihn der Aufsichtsrat als Vorstandsvorsitzenden der „Karlsruher". Die Versicherungswirtschaft faszinierte ihn – die Politik jedoch nicht minder. Der „Genosse Generaldirektor" begann 1946 in Baden-Württemberg. Nach Jahren wechselnder politischer Erfolge wurde Möller 1964 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.

Die Regierung Brandt/Scheel berief ihn dann 1969 zum Bundesminister der Finanzen. Er wollte als Reformer von Finanzsystem und Steuern Politik gestalten – nicht im Sinne Brandtscher Reformpolitik, die auf eine nicht finanzierbare Anspruchsinflation hinauslief.

So war das Amt des ersten sozialdemokratischen Finanzministers nach dem Kriege ein beständiger Antagonismus zwischen dem Wunsch und dem Finanzierbaren. Sein Motto, „Nur gesunde Finanzen sichern einen gesunden Staat", galt vielen Genossen in der Aufbruchseuphorie als minder progressiv.

Bereits am 12. Mai 1971 bot er deshalb seinen Rücktritt an, vielleicht insgeheim hoffend, man werde ihn nicht annehmen. Ein „verständlicher Reformeifer" habe die „Grenzen des Möglichen nicht mehr beachtet", erinnert er sich im „Tatort".

Mit diesem Rücktritt hat sich Möller in die Nachkriegsgeschichte eingeschrieben, mit kantiger Schrift und ohne Schnörkel. Karl Schiller ging kurz nach ihm den gleichen Weg. Gleichwohl – oder deshalb – haben beide ihre Spuren in der Wirtschafts- und Finanzgeschichte der jungen Bundesrepublik hinterlassen. Möller vor allem in der Finanzreform und im Stabilitätsgesetz, während ihm der Erfolg einer großen Steuerreform versagt blieb.

Vor einem Jahr hielt der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt im Stuttgarter Landtag eine Laudatio auf Alex Möller und dessen 60jährige Mitgliedschaft in der SPD. Er verwies dabei auf zweierlei: auf den politischen Weitblick, der politische Gegner nie zu Feinden werden ließ, und auf die Möller ständig umtreibende Sorge, Bonn könnte vom Schicksal Weimars ereilt werden.

Alex Möller hat Demokratie nie als System verstanden, sondern als Gesinnung, die der „Partnerschaft der Einsichtigen" bedarf, um regierbar zu bleiben. Heute ist es ruhig geworden um diesen Mann, dessen Härte nicht alle mochten, an dessen Grundsätze sie sich freilich erinnern dürfen.

Die jungen Aufsteiger mit den alerten Köfferchen sollten ruhig einmal in den vielen Möller-Schriften blättern – denen aus der Versicherungswirtschaft wie denen aus der SPD.

PETER GILLIES

Botschaft mit Zweifeln und auch Widersprüchen

Weltkirchenkonferenz ermuntert zum zivilen Ungehorsam

AXEL SCHÜTZSACK, Uppsala

Mit einem Schlußdokument, das deutlich die Züge eines Kompromisses, auch mancher Widersprüche trägt, ist die viertägige christliche Weltfriedenskonferenz von Kirchenführern aus aller Welt in der schwedischen Stadt Uppsala am Samstag beendet worden. Hauptaufgabe der von der nordischen Kirche eingeladenen rund 120 Geistlichen aus 62 Ländern sollte es sein, eine gemeinsame Antwort auf die Frage zu finden, ob Herstellung und Besitz von Kernwaffen mit dem christlichen Selbstverständnis vereinbar seien.

Eine starke Gruppe, die die Achtung der Produktion des Besitzes von Kernwaffen zur Bekenntnisfrage machen wollte, stieß vor allem auf den Widerstand von evangelischen und katholischen Kirchenführern aus den USA, die nicht bereit waren, einer solchen Verurteilung zuzustimmen. Sie wollten nicht auf einen Passus verzichten, der eine Abschreckung mit Atomwaffen zur Friedensbewahrung für akzeptabel hält.

Einen von den Veranstaltern gewiß unerwarteten Verlauf nahm die Konferenz auch durch die Haltung zahlreicher Kirchenführer aus der Dritten Welt, die sich zwar ebenfalls mit Entschiedenheit gegen die Produktion und den Besitz von Kernwaffen aussprachen, deren Hauptanliegen jedoch vor allem war, die Probleme der Entwicklungsländer aus ihrer Sicht zur Geltung zu bringen und in gebührender Form zum Bestandteil des Schlußdokuments zu machen.

In einer spannungsgeladenen Atmosphäre beriet man also über den von der Konferenzleitung vorgelegten Schlußentwurf der „Botschaft" aus Uppsala. Die Kirchenführung aus der Dritten Welt, die mit der Verurteilung der Produktion und des Besitzes von Kernwaffen vor allem auch die Industrieländer auf die Anklagebank setzen wollten, warfen der Veranstaltungsleitung in aller Offenheit Einseitigkeit vor. Die „Nord-Süd-Frage" überlagerte so zeitweilig das Hauptthema der Konferenz. Ein Kirchenführer aus Nicaragua zum Beispiel forderte eine deutlichere Stellungnahme der Konferenz zugunsten der Länder der Dritten Welt, denn diese hätten am meisten unter dem Konflikt der Großmächte zu leiden. Ein anderer wieder verlangte, daß in der „Botschaft" des Schlußdokuments eine Verurteilung von Rassismus, Kolonialismus und Ausbeutung der Menschen in der Dritten Welt enthalten sein müsse.

Unzählige Zusatzanträge

Schon aus der Fülle der Änderungs- und Zusatzanträge bei der Erörterung der ersten Fassung des Schlußdokuments ging hervor, daß die Teilnehmer zum Teil widersprüchliche Erwartungen an die Veranstaltung geknüpft hatten. Das Schlußdokument enthielt dann schließlich auch einige Passagen, die keineswegs den ursprünglichen Intentionen der Veranstalter entsprachen und genausowenig den Absichten jener, die sich in Uppsala für den totalen Pazifismus einsetzten.

Das Schlußdokument sagt der politischen und militärischen Doktrin der Abschreckung dennoch den Kampf an. Die Existenz von Atomwaffen widerspreche dem Willen Gottes. Deshalb seien von den Christen entschiedene Bemühungen erforderlich mit dem Ziel, den Abbau der Kernwaffenpotentiale innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren zu erreichen. Statt des bisherigen, im wesentlichen auf dem Prinzip der Abschreckung basierenden Sicherheitssystems wird in der „Botschaft" die Entwicklung eines „alternativen Sicherheitssystems" gefordert, das auf dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit beruhen solle und entschiedene Schritte zur Abrüstung enthalten müsse. Auf Vorschlag des lutherischen Kirchenpräsidenten Heinz Joachim Held aus der Bundesrepublik Deutschland einigten sich die Teilnehmer auf eine Formulierung, in der die Abschreckung angesichts der heute fehlenden Alternativen als eine, wenn auch zeitlich zu begrenzende, Maßnahme zur Kriegsverhinderung bezeichnet wird.

Klagen aus Osteuropa

Ferner ruft die Konferenz die Kirchen in aller Welt auf, Programme zur Friedenserziehung zu entwickeln und das Recht auf Wehrdienstverweigerung nachdrücklich zu unterstützen. Außerdem werden die Christen im „Kampf für den Frieden" zum zivilen Ungehorsam ermuntert. Der Antrag eines westlichen Kirchenführers, den zivilen Ungehorsam lediglich zu „respektieren", wurde von der Konferenzleitung abgelehnt.

Die Frage der Menschenrechtsverletzungen und der Verfolgung von Christen wegen ihres Glaubens in den Ländern des Ostblocks wurde auf der Veranstaltung nur in verklausulierten Andeutungen angeschnitten. Zwei Emigrantenfrauen aus Osteuropa beklagten sich bitter darüber, daß man sich auf der Konferenz nur über Gewaltanwendung und Verletzung der Menschenrechte entrüste, wenn sie in *den Ländern der Dritten Welt statt*fänden. Erst auf Initiative westlicher Kirchenführer wurde in das Schlußdokument dann schließlich doch eine Passage eingefügt, die die volle Verwirklichung aller Teile der KSZE-Schlußakte von Helsinki fordert.

Am Ende der Konferenz fragte sich mancher Teilnehmer, was er zu Hause nun eigentlich seinen Gemeindemitgliedern erzählen solle. Stimmen waren zu hören, die auf die Flut der kirchlichen Friedenskonferenzen hinweisen. Sie könnten in der Tat zur Sintflut für den Beitrag der Kirchen zu diesem Thema werden – vor allem dann, wenn ihre Schlußdokumente so langatmig und widersprüchlich sind wie die Botschaft von Uppsala.

„Sie möchten noch Dumme im Westen schröpfen"

Washingtons Langmut mit den Comandantes in Nicaragua währte 30 Monate / Hinhaltetaktik Managuas zahlte sich aus

Von WERNER THOMAS

Es war Ende Juli 1979, die Sandinisten hatten gerade die Macht übernommen. Der Comandante Tomás Borge, wenige Tage zuvor zum Innenminister der Revolutionsregierung ernannt, saß im Korridor des Intercontinental-Hotels mit einer Gruppe ausländischer Journalisten zusammen. Der kleine Mann wirkte gelöst, scherzte, schnorrte Zigaretten und beantwortete bereitwillig Fragen. Auch diese Frage wurde gestellt: „Comandante, von wem wird Nicaragua in Zukunft Waffen beziehen?" Nach kurzem Zögern folgte die Antwort: „Wir haben vorerst andere Sorgen. Aber wir denken nicht an einen bestimmten Waffenlieferanten." Zusatzfrage: „Wäre es möglich, daß auch die Amerikaner Waffen liefern?" Antwort: „Warum nicht?"

Zwölf Monate später, als die Comandantes auf dem „Platz des 19. Juli" den ersten Jahrestag ihrer Machtübernahme mit Fidel Castro als Hauptredner feierten, wurde neu eingeführtes militärisches Material präsentiert: Die Soldaten der sandinistischen Volksarmee trugen sowjetische AK-47-Gewehre (Kalaschnikows), die Polizisten tschechoslowakische Pistolen. „Ifa"-Lastwagen aus der „DDR" zogen Vierlingsflaks aus dem gleichen Bruderland. Die Paradeuniformen der Elitetruppen mußten Castro vertraut vorkommen: Sie sind von den Kubanern nach kubanischem Muster geschneidert worden.

Seit die Konfrontation der Sandinisten mit der Reagan-Regierung gefährlich eskalierte, ist viel über die Schuldfrage des Zerwürfnisses gesprochen worden. Die Comandantes versuchen als Opfer imperialistischer Intrigen internationales Mitleid zu erregen. Washington wolle sie nicht in Frieden leben lassen. Die Reagan-Regierung führt dagegen die Probleme auf das „falsche Spiel" (so ein State-Department-Vertreter) der Männer in Managua zurück. Von Anfang an hätten sie die Weichen gestellt für die „Kubanisierung" und in der Nachbarschaft revolutionäre Unruhe verbreitet.

Alfonso Robelo, neun Monate lang Mitglied der ersten sandinistischen Junta-Regierung und heute einer der prominentesten Oppositionsführer im Exil, teilt diese Einschätzung: „Während ich und andere naive Leute in westliche Länder reisten, um Geld zu sammeln für den wirtschaftlichen Wiederaufbau, haben die Comandantes in Havana und Osteuropa über die Aufrüstung und die Salvador-Strategie verhandelt." Daß die Comandantes noch nicht die sozialistische Volksrepublik Nicaragua proklamiert haben, erklärt sich Robelo nur mit „taktischen Erwägungen". Robelo: „Sie möchten noch einige dumme Sympathisanten im Westen schröpfen."

Die Comandantes sind mit Hilfe des US-Präsidenten Jimmy Carter an die Macht gekommen. Er hatte dem Diktator Anastasio Somoza jegliche Unterstützung entzogen, nachdem die Sandinisten drei Verpflichtungen *für ihre Regierung* eingegangen waren: innenpolitischer Pluralismus, Respektierung des privaten Wirtschaftssektors, außenpolitische Blockfreiheit.

Die USA schickten in den ersten zwölf Monaten Hilfssendungen in Höhe von 60 Millionen Dollar. Kein anderes Land zeigte sich so großzügig. Die Carter-Regierung konnte dann noch gegen den heftigen Widerstand konservativer Kongreß-Kreise im Jahr 1980 eine wirtschaftliche Unterstützung von 75 Millionen Dollar durchsetzen. Der Kongreß stellte jedoch Bedingungen: die Comandantes dürften nicht „Akte der Gewalt oder des Terrorismus in anderen Ländern" fördern. Man dachte in erster Linie an El Salvador.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1980 registrierten die amerikanischen Geheimdienste jedoch heimliche Waffenlieferungen via Nicaragua an die salvadorianischen Rebellen. Auf dem Sandino-Flughafen in Managua waren nachts pausenlos kubanische Transportmaschinen gelandet. Ende September entsandte Carter den hohen State-Department-Beamten James Cheek nach Nicaragua, um die Sandinisten zu warnen.

Anfang Januar startete die neu bewaffnete Guerrilla El Salvadors die „Endoffensive", die schon nach wenigen Tagen zusammenbrach. Eine der letzten Amtshandlungen Carters: die Wiederaufnahme der Militärhilfe an die salvadorianische Junta und die Suspendierung der Wirtschaftshilfe an Nicaragua. Zu diesem Zeitpunkt hatte Managua *jedoch bereits 50 Millionen* des 75-Millionen-Pakets erhalten. Erst im April wurde dann die wirtschaftliche Hilfe von Carters Nachfolger Ronald Reagan endgültig eingestellt.

Ende Februar 1981 veröffentlichte die Reagan-Regierung ein Weißbuch: „Kommunistische Einmischung in El Salvador". Anhand von sichergestellten Dokumenten aus Guerrilla-Lagern in El Salvador und Geheimdienstmaterial wurden die Waffenlieferungen an die Rebellen nachgewiesen, die über Nicaragua führten.

Im August reiste Thomas Enders, der Abteilungsleiter für Lateinamerika im State Department, nach Managua. Enders erläuterte der Junta noch einmal die Sorgen seiner Regierung über die Unterstützung der salvadorianischen Rebellen und erwähnte auch die Aufrüstung sowie die kubanischen Militär- und Sicherheitsberater, die damals die Zahl 1000 (heute: 2000) erreicht hatten. Wenn Nicaragua in Zukunft auf die amerikanischen Interessen Rücksicht nehmen würde, sei mit einem Ende der Unterstützung konterrevolutionärer Kreise und einer Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe zu rechnen. Es *folgte ein Austausch mehrerer No*ten. Die Comandantes weigerten sich jedoch schließlich, die amerikanischen Wünsche zu erfüllen. Junta-Chef Daniel Ortega erklärte Anfang Dezember 1981: „Die Tür, die die Amerikaner für uns öffnen wollten, ist so klein, daß wir auf die Knie gehen müßten. Das tun wir nicht." Und dabei blieb es.

Überraschung in Island

Steht Reykjavik nach dem Patt vor Neuwahlen?

R. GATERMANN, Reykjavik

Im isländischen Parlament (Althing) wird jetzt erstmals eine reine Frauenpartei vertreten sein. Bei der Wahl am Samstag fielen ihr drei der 60 Sitze zu. Neu im Parlament ist auch die Sozialdemokratische Union mit vier Mandaten. Für die größte Partei des Landes, die konservativ-liberale Unabhängigkeitspartei, wurde die Wahl zu einer herben Enttäuschung. Sie wuchs lediglich um 0,7 auf 38,6 Prozent und lag damit erheblich unter der Voraussage der Meinungsforscher; zudem mußte ihr Vorsitzender Geir Hallgrimsson sein Mandat abgeben. Die Partei ist nun im neuen Althing mit 23 Abgeordneten vertreten (plus zwei). Die bäuerliche Fortschrittspartei büßte überraschend drei Sitze ein und schrumpfte auf 14 Plätze.

In der sehr langen Wahlnacht – die Stimmen der rund 150 000 Wahlberechtigten, darunter etwa 3000 Erstwähler, waren erst am Sonntag morgen gegen 10.00 Uhr ausgezählt – verliefen die meisten Diskussionen über Regierungsalternativen bald im Sande. So liegt es zunächst an dem Staatsoberhaupt Vigdis Finnbogardottir, einen Regierungsbilder zu finden.

Vermutlich wird der Auftrag an die Unabhängigkeitspartei gehen. Diese braucht aber mindestens einen Partner. Zunächst deutete vieles auf die Fortschrittspartei hin, die seit 1971 in fast jeder Koalition gesessen hat. Aber nach der jetzigen Niederlage erscheint es fraglich, ob sie im Kabinett verbleiben will. Eine Rechts-Links-Koalition von Unabhängigkeitspartei und Volksallianz dürfte an den Gegensätzen in der Wirtschaftspolitik scheitern, während außenpolitische Bedenken heute kaum mehr bestehen, nachdem die Linkssozialisten schon in der jetzt zurücktretenden Regierung auf ihre Forderung verzichtet hatten, die Amerikaner müßten ihre Luftwaffenbasis auf der Insel räumen.

Der Ruf nach Neuwahlen dürfte schnell lauter werden. Einige Parteien wollen sie auch aus einem anderen Grund: Damit die Verfassungsänderungen mit einer Erweiterung des Althings um drei auf 63 Mandate und die Senkung des Wahlrechtsalters von 20 auf 18 Jahre in Kraft treten kann, bedarf es zwei Abstimmungen mit dazwischen liegender Neuwahl. Die Insulaner sind es allerdings gewohnt, in politischer Instabilität und mit Koalitionen der verschiedenen Couleurs zu leben. Mit dem Rechts-Mittelinks-Kabinett verläßt jetzt die 14. Regierung seit der Gründung der Republik Island im Jahre 1944 ihr Amt.

Die Frau war Agentin

Wie der BND Moskaus Spion in Pretoria zu Fall brachte

HANS GERMANI, Johannesburg

Wie die südafrikanische Presse letzte Woche berichtete, steht nun der Prozeß gegen einen der höchsten Sowjetspione in Südafrika, Kommodore der Flotte Diter Gerhardt, gebürtiger Deutscher, sowie gegen seine Frau Ruth, eine gebürtige Schweizerin, bevor. Gerhardt hatte der Sowjetunion Einzelheiten über südafrikanische Waffeneinkäufe, über militärische Kontakte zu westlichen Staaten und den Aufbau der Seeverteidigung der für Europa wichtigen Kap-Tankerroute verraten.

Der private französische Informationsdienst „Lettre d'Afrique" des Afrika-Experten Michel Lambinet, der enge Kontakte zu Geheimdienstkreisen unterhält, enthüllt, daß Gerhardt durch eine brillante Operation des deutschen BND entlarvt und zu Fall gebracht worden ist. Diese Nachricht wurde der WELT von nichtdeutschen Quellen in Südafrika bestätigt.

Bei der Beschattung zweier Ostagenten in München entdeckte der BND Ende letzten Jahres, daß diese sich mit einer unbekannten Frau des öfteren trafen. Die Frau wurde beschattet, ihre Spuren führten in die Schweiz, wo sie Weihnachtseinkäufe machte. Da sie in Deutschland ihren Mädchennamen benutzte, erbrachte eine Anfrage bei Schweizer Behörden nichts.

Der BND ließ sich jedoch nicht abschütteln und verfolgte die Frau weiter. Als sich herausstellte, daß sie ein Flugzeug nach Südafrika nehmen wollte, wurde der südafrikanische Geheimdienst alarmiert: Ein BND-Mann folgte der Frau in der Maschine nach Johannesburg. Am Flugplatz Jan Smuts bei Johannesburg gab es die Entdeckung: Die dort wartenden Geheimdienstler beobachteten, wie die vom BND beschattete Frau von Kommodore Gerhardt abgeholt und umarmt wurde. Es war Ruth Gerhardt. Die sofort eingeleitete Untersuchung in Südafrika führte zur Aufdeckung der Aktivitäten Gerhardts und zur Verhaftung des Paares Ende Januar 1983.

Gerhardt war lange in „Armscor", der Rüstungs- und Waffensbeschaffungsbehörde Südafrikas, tätig gewesen und hatte für diese längere Reisen, auch in die Bundesrepublik Deutschland, unternommen. Seine Kontakte, unter anderem zu deutschen Waffenfirmen, waren den Sowjets bekannt. Gerhardt, geborener Deutscher und als Junge mit den Eltern nach Südafrika ausgewandert, galt als einer der fähigsten Offiziere der südafrikanischen Marine. Die Sowjets hielten ihn anscheinend mit Drohungen und Gewaltakten bei der Stange. (SAD)

Bonn bekräftigt Grenzen für die Rüstungsindustrie

rmc. Bonn

Die für die Sicherheitspolitik zuständigen Bundesminister Genscher und Wörner haben die Notwendigkeit einer eigenen deutschen Rüstungsindustrie unterstrichen, zugleich aber eingeschränkt, daß deutsche Waffenexporte mit der restriktiven Politik der Bundesregierung im Einklang stehen müßten. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wies im ZDF darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland „nicht zur Rüstungsschmiede der Welt" werden dürfe. Man dürfe keine neuen Kapazitäten aufbauen, „die durch den eigenen Bedarf und den im Bündnis nicht gerechtfertigt sind". Verteidigungsminister Manfred Wörner ergänzte in derselben Sendung, daß eine deutsche Rüstungsindustrie so lange notwendig sei, wie „wir an unserer Verteidigungsfähigkeit interessiert sind".

„Von Weizsäcker muß in Berlin bleiben"

hrk. Berlin

Die Führungsspitzen der FDP in Bonn und Berlin vertrauen darauf, daß der Berliner Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker nicht zugunsten einer Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten im Frühjahr 1984 die Stadt verläßt. Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende in Bonn, Hans-Günter Hoppe, sagte in einem Interview der „Berliner Morgenpost", die FDP hoffe, „daß der Kelch an uns vorübergeht".

Weizsäcker habe mit seiner „Weltoffenheit, Liberalität und dem ausgeprägten Realitätssinn für das Nötige und Mögliche dieser Stadt gut getan". Berlin sei dabei, seinen „politischen Stellenwert wiederzugewinnen". Aus einem Weggang von Weizsäckers könne „leicht der Eindruck entstehen, die Stadt sei doch nur zweite Wahl".

Fortschritte bei Afghanistan-Runde

AFP, Islamabad/Genf

Das kommunistische Regime in Afghanistan hat anläßlich des Jahrestages seiner Machtübernahme im April 1978 am Wochenende eine Amnestie erlassen. Radio Kabul kündigte die Freilassung aller Häftlinge an, die älter als 65 Jahre sind bzw. ihre Haftzeit bis auf ein Jahr abgebüßt haben. Strafen bis zu fünf Jahren wurden um die Hälfte verkürzt. Der Sender erwähnte allerdings mit keinem Wort den französischen Arzt Philipp Augojard, der im Januar von sowjetischen Soldaten gefangengenommen und von der Kabuler Justiz wegen „Spionage" zu acht Jahren Haft verurteilt worden war.

Die in Genf unter UN-Vermittlung laufenden Afghanistan-Gespräche sind gestern bis zum 16. Juni „ausgesetzt" worden. In einer offiziellen Erklärung wurde allerdings von eimem „substantiellen Fortschritt" gesprochen. An diesen Gesprächen über eine Lösung des Afghanistan-Konflikts sind weder die Sowjetunion noch die Freiheitskämpfer beteiligt.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der Kaiser als Opferlamm?

„Des Kaisers liebste Kleider sind in Doorn zu sehen": WELT vom 12. April

Sehr geehrte Herren,
beinahe 65 Jahre sind seit dem Ende der Monarchie in Deutschland vergangen, fast 42 Jahre seit dem Tode meines Großvaters in Doorn.

In der Zwischenzeit haben wir nicht allein die entsetzlichsten politischen Ereignisse während der 12jährigen Dauer des „1000jährigen Reiches", sondern auch die seltsamsten Verhaltensweisen von Politikern vor 1933 und nach 1945 erlebt. Aber offenbar ist es immer noch befriedigend, sich über die vermeintlichen oder wirklichen Schwächen des letzten deutschen Kaisers lustig zu machen. Das scheint mir weder fair noch historisch zu sein, zumal wenn Unrichtiges, Unverstandenes oder Halbwahrheiten weitergetragen werden.

Nicht allein in Deutschland, sondern auch in anderen europäischen Monarchien war es bis 1914 üblich, daß der Monarch bei offiziellen Anlässen Uniform trug. Bei Truppenbesuchen war es die des betreffenden Regiments, bei Staatsbesuchen eine Uniform des besuchenden oder des besuchten Staates. Auch heute ist dies in England, Spanien, Schweden oder Norwegen der Fall, wenn sich auch Fülle und Pracht der Uniformen vermindert haben.

Selbstverständlich hat mein Großvater nur bei ganz wenigen Gelegenheiten in Doorn Uniform getragen.

Was die holländische Verwaltung zu einer Ausstellung unter dem Titel „Des Kaisers Kleider" veranlaßte, die beinahe zwangsläufig zu Artikeln im „Gartenlaube"-Stil führen mußte, weiß ich nicht. Vielleicht wollte man die Unterhaltungskosten für das 1945 enteignete „Feindvermögen" mindern, nachdem sich Hollands Regierung und Königshaus nach 1918 äußerst nobel verhalten hatten, ohne sich vom Druck der Siegermächte beeinflussen zu lassen.

Die Doorner Einrichtung kann man mit allen möglichen Stilbegriffen beschreiben, mit Sicherheit aber nicht als viktorianisch. Viele der heute dort ausgestellten Stükke, vor allem fast sämtliches Silber, befanden sich zu Lebzeiten meines Großvaters nicht in den Wohnräumen. Ebenso hatte er keine Gicht und ging nicht am Krückstock Friedrichs des Großen.

Im Gegensatz zu der Meinung der Verfasserin hatte er sich übrigens ganz mit seinem Schicksal abgefunden, das er als überzeugter Christ bewußt aus Gottes Hand nahm. Natürlich ist ihm das bei seinem Temperament nicht leichtgefallen. Ebenso litt er unter dem Abfall manches ehemaligen Vertrauten, der von seiner Vergangenheit nun plötzlich nichts mehr wissen wollte. Aber er war weise und vornehm genug, nicht in gleicher Art zu reagieren.

So habe ich manchmal den Eindruck, daß Historiker und Journalisten ganz glücklich sind, die Schuld an allen Fehlentwicklungen der deutschen Politik und Geschichte seit dem Ende des ersten Weltkrieges immer noch auf den Mann abwälzen zu können, auf den sich außen- und innenpolitische Gegner als Opferlamm geeinigt hatten. Ob man aufgrund solcher emotionalen Geschichtsschau Gegenwart und Zukunft besser bewältigen wird, erscheint mir zweifelhaft.

Mit freundlichen Grüßen
Wilhelm Karl Prinz von Preußen, Holzminden / Weser

*

Ich möchte mir erlauben, einige Richtigstellungen zum o. a. Artikel zu machen. Wilhelm II. trug in Doorn Zivil. Nur bei besonderen Feierlichkeiten, zu denen die Gäste auch in Uniform erschienen, legte er eine solche an.

Das Regiment der Gardes du Corps (nicht Garde du Corps) wurde vom Kaiser nicht „heißgeliebt", sondern er war als preußischer König Chef des Regiments. Was das bedeutete, scheint nicht bekannt zu sein. Die Regimentsangehörigen trugen nicht einen schwarzen „Parade-Kürassier", sondern einen Kürass!

Der Uniformrock der Husaren hieß nicht „Tunika", sondern Attila. Tunika war ein römisches Kleidungsstück, das hemdartig bis über die Knie reichte. Es bestand aus weißer Wolle!

Die Farbe der Attila der Leibhusaren war nicht blau, sondern rot.

Der Kaiser hatte keinen Geburtsfehler. Sein Arm wurde nach der Geburt von der Hebamme verletzt, als sie sich bemühte, den Prinzen zum Atmen zu bringen. Erst später bemerkte man, daß sie den Arm des Kindes fast aus dem Gelenk gerissen hatte!

De mortuis nil nisi bene.

Werner Göring, Lenningen 1

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Sklavenarbeit

„Sibirisches Erdgas auch für West-Berlin": WELT vom 31. März

Ihrer Zeitung entnehmen wir, daß jetzt von der Ruhr-Gas AG, Essen, mit der sowjetischen Erdgas-Export-Gesellschaft neue Folgeverträge zu den bereits bestehenden Gas-Liefervereinbarungen vom November 1981 geschlossen wurden. Die Bundesregierung hat diese neuen Verträge begrüßt. Eine neue Pipeline soll von Waidhaus / CSSR-Grenze durch die DDR nach Berlin gebaut werden – mit westlichen Krediten versteht sich (erste Schätzung: 230 Millionen DM Investitionsgelder an die DDR-Regierung).

Das sozialistische „Projekt des Jahrhunderts" soll also mit unserer Hilfe weitergehen. Das Schicksal der Zwangsarbeiter in Sibirien bewegt in Deutschland offenbar nur den „kleinen Mann auf der Straße", nicht die Herren in den Chefetagen. Dabei liegt die Anhörung von ehemaligen Zwangsarbeitern und anderen Zeugen am 18./19. November 1982 in Bonn doch erst wenige Monate zurück. Wer sich hierüber informieren will, kann die soeben fertiggestellte „Dokumentation über die Internationale Anhörung über Zwangsarbeit – Sibirische Erdgasleitung" bei uns bestellen (Vorwort von Prof. Dr. Martin Kriele, 62 Seiten, Preis: DM 8,–).

Wegen der Sklavenarbeit bei der Erdgasgewinnung in Sibirien hat dieses neue sowjetisch-deutsche Geschäft aber auch unbestreitbar einen moralischen Aspekt. Nach der bei den Nürnberger Prozessen verurteilten Zwangsarbeit von Gefangenen im KZ Auschwitz-Birkenau sollte man uns Deutschen nicht noch einmal vorwerfen können, wir haben nicht gewußt, was zu unserem Nutzen im Archipel GULag geschieht.

Dr. Reinhard Gnauck, Internationale Gesellschaft für Menschenrechte e. V., Frankfurt am Main 1

Wort des Tages

„Blicke in dein Inneres! Da drinnen ist eine Quelle des Guten, die nie aufhört zu sprudeln, solange du nicht aufhörst nachzugraben."

Marc Aurel, röm. Philosoph und Kaiser (121–180)

Pharisäer

„Österreichs Armeechef belastet": WELT vom 8. April

Sehr geehrte Damen und Herren,
der General Bernadiner, den ich nicht kenne, ist jetzt 63 Jahre alt, war demzufolge im Jahre des „Anschlusses" 1938 achtzehn Jahre alt.

In der „Voranschluß-Zeit" – so sagen Sie – also im Alter von 18, 17 oder 16 Jahren soll er einem nationalsozialistischen Soldatenring als Gruppenführer angehört haben.

Er wird Verdienste haben, sonst hätte er sich unter einer sozialistischen Regierung wohl kaum bis zur Stellung des Armeekommandanten durchgesetzt.

Und nun soll dem 63jährigen nachträglich Hochverrat vorgeworfen werden wegen einer Handlung, die er als 16- oder 18jähriger begangen hat? Rettet uns vor den Pharisäern!

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Leser Fritz Milenz, Hamburg 60

Grenzausgleich

„Verbraucher gegen Grenzausgleich": WELT vom 13. April

Sehr geehrte Herren,
das Instrument des Grenzausgleichs ist bisher immer flexibel und unter Abwägung aller Interessen gehandhabt worden. Im Ergebnis sind z. B. die Stützungspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse von 1972 / 73 bis 1982 / 83 durch Abbau des Grenzausgleichs in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht einmal halb so stark angehoben worden wie im Durchschnitt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Wenn in dieser Zeit kein Abbau erfolgt wäre, läge der Grenzausgleich heute um mehr als das Doppelte über dem derzeitigen. Im übrigen stiegen die tatsächlich auf den Märkten erzielten landwirtschaftlichen Erzeugerpreise seit 1972 mit 40 Prozent weit weniger als die industriellen Erzeugerpreise mit 75 Prozent.

Ein vollständiger Abbau des Grenzausgleiches würde zu unzumutbaren Einkommenseinbußen der deutschen Landwirte führen. Ich erinnere daran, daß der Anstieg der landwirtschaftlichen Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten fünf Jahren mit rund 2,5 Prozent niedriger war als in allen anderen EG-Ländern und daß das Einkommensniveau in der Bundesrepublik Deutschland nur etwa zwei Drittel des EG-Durchschnitts erreicht.

Im übrigen sind die deutschen Verbraucher mit der bisherigen EG-Agrarpolitik recht gut gefahren. Denn erstens sind die Nahrungsmittelpreise in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten zehn Jahren mit rund 55 Prozent weniger gestiegen als die Lebenshaltungskosten (insgesamt + 65 Prozent), und beide Steigerungsraten liegen deutlich unter denen in den anderen EG-Ländern. Zweitens geben die deutschen Verbraucher weniger als 20 Prozent ihres Budgets für Nahrungsmittel aus. In den anderen EG-Ländern liegt der Anteil höher.

Der Grenzausgleich wäre im übrigen überflüssig, wenn es eine funktionsfähige europäische Wirtschafts- und Währungsunion gäbe.

Mit freundlichen Grüßen
Georg Gallus, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn

Am eigenen Leib erfahren

„Honecker sagt Kohl Aufklärung zu": WELT vom 19. April

Nach meiner Überzeugung würde jeder Staatsanwalt in der Bundesrepublik den Überlebenden einer Auseinandersetzung, die so wie im Falle Rudolf Burkert ausgeht und dieselben Indizien aufweist, wegen Verdacht des Totschlags in Haft nehmen, bis seine Unschuld gerichtlich bewiesen ist.

Ich habe in GPU-Haft und als Häftling der „DDR"-Justiz jene Behandlung am eigenen Leibe erfahren, die genau zu den an Rudolf Burkert festgestellten Verletzungen führt: Der zu „Verhörende" wird an der Brust gepackt; dabei wird die Kleidung mitgegriffen und mit der Faust um 90 Grad gedreht. Das ist ein Würgegriff, das Hemd schnürt den Hals zu, die Sinne schwinden, die Knie werden weich und man sackt in sich zusammen.

In diesem Zustand hin- und hergeschüttelt oder in eine Ecke geschleudert ist man schnell bereit, jedes gewünschte „Geständnis" abzulegen – wenn nicht schon vorher das Herz versagt oder der Schädel zertrümmert ist. „Soweit hatten wir ihn schon, aber die Unterschrift konnte er uns nicht mehr geben" – das ist die überlieferte Aussage des beteiligten Grenzpolizisten.

Natürlich ist der Mißhandelte nie allein und hat keine Zeugen. Aber haben denn unsere juristischen Gutachter so wenig Ahnung von den Realitäten?

Fritz Gebhardt, Stellv. Vorsitzender, Vereinigung politischer Häftlinge des Sowjet-Systems e. V., Berlin 42

Personalien

PARLAMENT

Willi Weiskirch, einer der Verteidigungsexperten der Union, wird entgegen anders lautenden Meldungen wieder für den Vorsitz der Arbeitsgruppe Verteidigung der Unionsfraktion kandidieren. Am kommenden Dienstag will sich Weiskirch erneut für dieses



Willi Weiskirch

Amt zur Wahl stellen. In Bonn gilt der Abgeordnete, der von 1970 bis 1976 Sprecher der CDU-Bundespartei war, als möglicher Nachfolger des jetzigen Wehrbeauftragten **Karl-Wilhelm Berkhan**, SPD, der im März 1985 dieses Amt niederlegen will. In der Bundeswehr wird Weiskirch als willkommener Nachfolger gehandelt, da der Abgeordnete in den letzten Jahren stets engen Kontakt zur Truppe gehalten hat.

EHRUNG

Einen neuen Jazz-Professor hat die Bundesrepublik. Diesen Titel bekam der international bekannte Jazzfachmann **Joachim-Ernst Berendt** in Stuttgart verliehen. Baden-Württembergs Ministerpräsident **Lothar Späth** nannte Berendt „einen Pionier in der Durchdringung von Unterhaltungs- und klassischer Musik". Joachim-Ernst Berendt, gebürtiger Berliner, Jahrgang 1922, war 1945 Mitbegründer des Südwestfunks Baden-Baden.

ERNENNUNGEN

Bayerns Staatsminister für Unterricht und Kultus, **Hans Maier**, hat einen bedeutenden Historiker als Gastprofessor für das Sommersemester 1983 an die Ludwig-Maximilians-Universität München berufen, den Briten Dr. **Geoffrey Barraclough**, der schon in früheren Jahrzehnten zur bayerischen Landesmetropole enge Beziehungen unterhielt. Professor Geoffrey Barraclough, in Bradford geboren, studierte 1929 bis 1931 in München und hielt sich zu weiteren Studien als Mitglied des preußisch-historischen Instituts in Rom auf. Er lehrte unter anderem in Oxford, Cambridge und an amerikanischen Universitäten. Zu seinen zahlreichen Publikationen gehören „Origins of modern Germany", 1946, und „Turning points in World History", 1979. In seinen Münchner Vorlesungen wird er unter anderem das Thema „Imperialismus in der Geschichte und in der Theorie" behandeln.

*

Zahlreiche neue Botschafter werden in den nächsten Wochen in Bonn erwartet, nachdem Bundespräsident **Karl Carstens** die Agréments erteilt hat. Zu ihnen gehören **Rogelio Tribaldos-Alba**, demnächst in Bonn Botschafter der Republik Panama, **Frank Owen Abdullah**, neuer Botschafter der Republik Trinidad und Tobago, **Rudolph Castillo**, Botschafter von Belize, das frühere Britisch-Honduras, und **Lansana Sako**, Botschafter der Revolutionären Volksrepublik Guinea.

GEBURTSTAG

Ein Mann, der als „Vater der Medizin der Person" gilt, feiert am 12. Mai in Troinex-Genf seinen 85. Geburtstag: Dr. med. **Paul Tournier**. Der Mediziner war 1920 Abgeordneter des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes. 1928 eröffnete er eine internistische Praxis in Genf. Paul Tournier pflegt engen Kontakt mit seinen deutschen Medizinerkollegen. Die „Medizin der Person", in Fachkreisen kurz MdP genannt, entstand aus der Erkenntnis von Ärzten und Patienten, daß beide inzwischen Opfer einer organisch

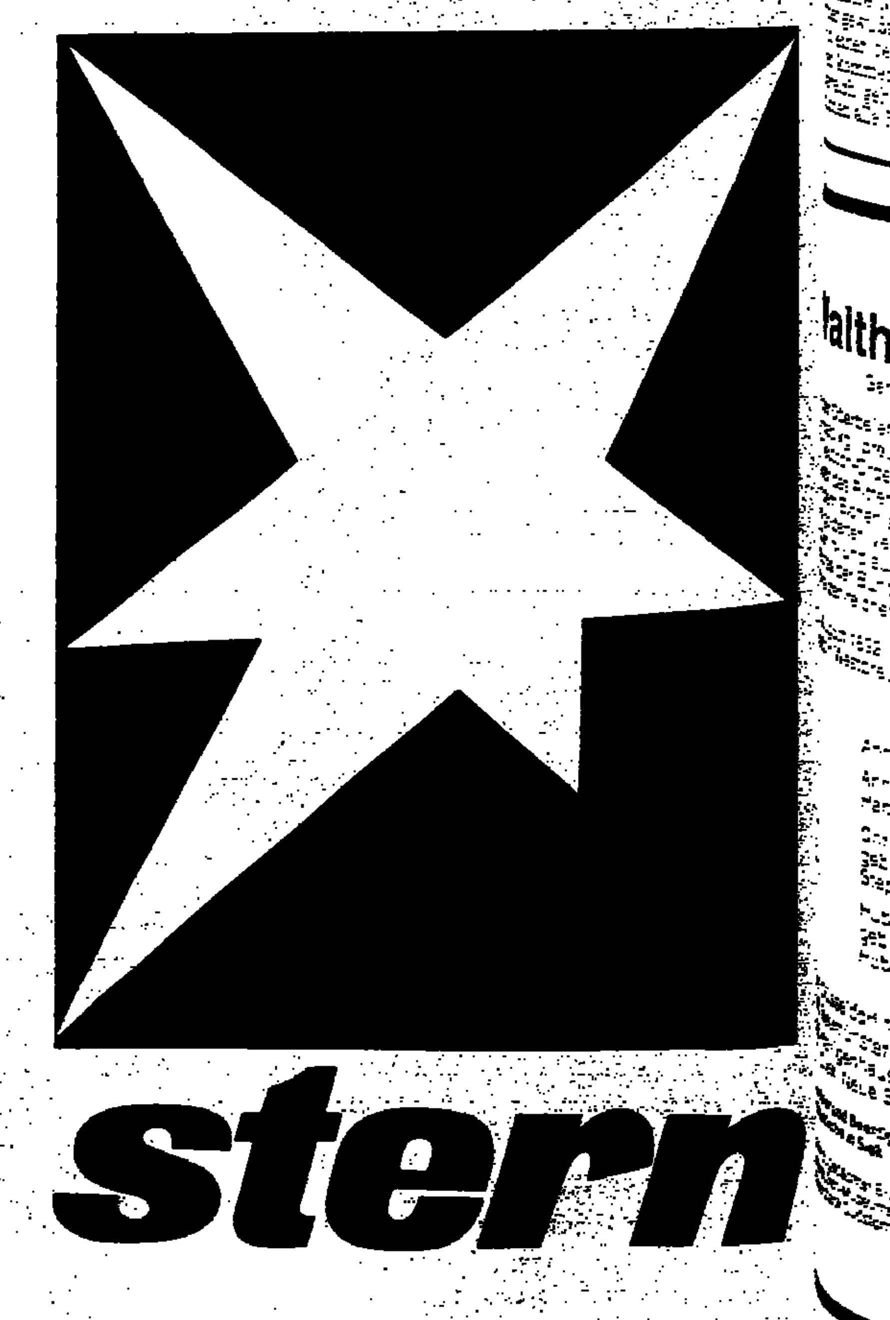


Paul Tournier

und technisch begrenzten Medizin sind. Paul Tournier gehörte zu den ersten Ärzten, die im Umgang mit den Kranken bei Untersuchung und Behandlung der somatischen, psychischen und geistigen Komponente des Patienten große Bedeutung beimaß. 1948 fand in Bossey bei Genf die erste Internationale Tagung der Medizin der Person statt. Seitdem treffen sich Ärzte aus Europa und Übersee regelmäßig, zuletzt 1982 in der Akademie Loccum. Tourniers Bücher, „Geborgenheit – Sehnsucht des Menschen", „Dein Leben – das große Abenteuer", „Erfülltes Alter" und „Bibel und Medizin" sind in viele Sprachen übersetzt worden.

Hitlers Tagebücher entdeckt

Ab heute im neuen Stern



LÄNDERSPIEL / Optimismus nach dem 3:0-Sieg in der Türkei – Folgt nach dem Gesellenstück die Meisterprüfung in Wien?

Kritik der Türken an Erdal Keser

dpa, Ankara

Die türkische Presse kommentierte den 3:0-Sieg der deutschen Mannschaft über die Türkei als verdienten Erfolg einer taktisch besser eingestellten Mannschaft mit hervorragenden Einzelspielern. Das Team Derwalls habe die Türkei nach einigen hoffnungsvollen Ansätze in den letzten Länderspielen auf den Boden der Fußball-Realitäten zurückgebracht und sie aus den Träumen gerissen. Der bei Borussia Dortmund spielende Erdal Keser wurde neben Verteidiger Hakan scharf kritisiert, bei den Deutschen vor allem die Leistungen Schumachers, Rummenigges und Völlers gelobt.

„Hürriyet": „Die Hoffnung auf ein Wunder verwandelten sich wieder einmal in Enttäuschung. Der gute Taktiker und Beobachter Derwall startete mit einem für uns unangenehmen Tempo. Gegen die vielseitigen Stars der Deutschen konnten wir nichts Gleichwertiges entgegensetzen. Vor allem die türkische Verteidigung war hilflos bei deutschen Kontern."

„Günes": „Die Träume starben schnell. Mit Erdal Keser hatten wir einen Spieler weniger auf dem Platz. Angesichts der Schnelligkeit und Übersicht von Rummenigge und Völler sowie der wundervollen Rettungstaten Schumachers war das Resultat unvermeidlich."

„Tercüman": „Die 90 Minuten zeigten erneut, daß wir keinen Fußball spielen können. Die Deutschen zeigten, wie man guten Fußball spielt und dabei Tore schießt. Vor dem Elfmeter konnten wir das Tor erfolgreich verteidigen. Nach den Toren aber verlor die türkische Mannschaft die notwendige Disziplin, und die Deutschen konnten die freien Räume nutzen, vor allem über die linke Seite. Erdal Keser zeigte sich als ein nutzloser Spieler."

„Günaydin": „Vor dem Spiel hofften wir, dem Fußballriesen Bundesrepublik Deutschland etwas entgegensetzen zu können. Das Spiel offenbarte unsere Illusionen. Der deutsche Sieg veranschaulicht unseren Platz im internationalen Fußball."

Hof froh über das Ergebnis

sid/dpa, Wien

Österreichs Fußball-Nationaltrainer Erich Hof freute sich über die Leistungssteigerung der deutschen Nationalelf beim 3:0-Sieg über die Türkei. Im Hinblick auf das Qualifikationsspiel gegen Deutschland am Mittwoch in Wien erklärte Hof: „Ich bin froh über das Ergebnis von Izmir. Nach der starken Leistung der Deutschen in der Türkei verlangt von meiner Mannschaft keiner mehr, daß wir am Mittwoch hoch gewinnen."

Nachdem sich Hof das Spiel der Deutschen im Fernsehen angesehen hatte, will er seine Taktik mit zwei Angriffsspitzen zwar nicht ändern, aber in bezug auf Bernd Schuster hat er eine wichtige Erkenntnis gewonnen. „So viele Freiheiten wie gegen die Türken wird Schuster nicht bekommen", erklärte Österreichs Trainer. Überhaupt ist Hof weit davon entfernt, den Gegner von Mittwoch zu unterschätzen. Über Derwalls momentane Aufstellung urteilt Hof: „Mit Schuster und Müller ist das eine ganz andere Mannschaft. Ich habe immer gewußt, daß die Deutschen mit einer sehr starken Elf nach Wien kommen. Wenn es gegen Österreich geht, mobilisieren die Deutschen alle Kräfte."



Blumen für Derwall, und jeder klopft jedem auf die Schulter



Sogar die Zunge spielt mit: Karl-Heinz Rummenigge, offensichtlich aus dem Formtief heraus, im kraftvollen Sturm auf das türkische Tor. FOTO: UPI

ULRICH DOST, Izmir

Blumen hatte einer Jupp Derwall noch im Innenraum des Stadions in die Hand gedrückt. Er bedankte sich herzlich. Und als er zum Ausgang lief, entdeckte er seine Frau Elisabeth auf der Tribüne. Am liebsten hätte er ihr die Blumen nach oben geworfen, doch der Weg war zu weit, dafür schickte er galant einen Handkuß. Kurz vor ihm verließen Hansi Müller und Bernd Schuster den Rasen des Atatürk-Stadions – Arm in Arm mit sichtlich zufriedenem Gesicht.

Die deutsche Fußballherrlichkeit hielt wieder hof – 3:0 gewonnen gegen die Türkei in der Europameisterschafts-Qualifikation: Seht her, wir sind wieder wer, mit uns muß alle Welt wieder rechnen. Die Einigkeit macht uns stark. Das war es, was an diesem Abend in Izmir die Hoffnung auf eine bessere Zukunft aufkommen ließ: der gemeinsame Wille einer Mannschaft, die sich aus einer gelungenen Mischung von Kämpfertypen und technisch versierten Spielern zusammensetzte, gemeinsam zum Erfolg zu kommen.

Selbstverständlich wäre es verfrüht, schon jetzt von der Wiedergeburt einer neuen deutschen Mannschaft zu sprechen. Dafür forderten die harmlosen Türken die Bundesligaprofis zuwenig. Aber es ist eben so, daß auch eine türkische Mannschaft, die sehr von der Begeisterung ihrer Zuschauer getragen wird, erst einmal in Schach gehalten werden muß. Hansi Müller von Inter Mailand: „Wir haben sie doch schlecht aussehen lassen durch unser gekonntes Spiel."

Um eine erstklassige Partie zu liefern, gehören zwei gleichstarke Partner, die Türken waren es an diesem Abend bestimmt nicht. Deshalb gingen mit Jupp Derwall und den Spielern trotz der gelungenen Darbietung nicht gleich die Gäule durch. „Es besteht überhaupt kein Grund zu Überheblichkeit", meinte dann auch Karl-Heinz Rummenigge, der Mannschaftskapitän, „aber wir dürfen jetzt optimistisch werden."

Der 2:1-Erfolg über Albanien in Tirana, so Rummenigge, sei ein Erfolg der Moral und der Einstellung gewesen, in Izmir aber seien endlich wieder einmal spielerische Akzente hinzugekommen.

Da gab es in der Tat gelungene Kombinationen, Ideen und Überraschungen im deutschen Spiel, Ordnung und Disziplin. Verantwortlich dafür war das deutsche Mittelfeld, in den letzten Jahren eher Hemmschuh als Motor. Jetzt scheinen sich mit Bernd Schuster, Hansi Müller und Stefan Engels endlich wieder drei gefunden zu haben, die in Raumaufteilung und Aufgabenstellung zueinander passen, die endlich wieder das deutsche Spiel bestimmen können.

Nun sollte niemand voreilig den Schluß ziehen, in Izmir hätte die Wiedergeburt vergangener Glanzzeiten der Beckenbauer, Netzer oder Overath stattgefunden. Dazu ist es ebenfalls viel zu früh. Erst einmal bleibt abzuwarten, wie sich die Drei am Mittwoch in Wien gegen die Österreicher aus der Affäre ziehen.

Aber der Bundestrainer fand endlich eine Basis, auf der er aufbauen kann. Wohl zuletzt deshalb, weil Bernd Schuster klüger geworden ist. Bei der 0:1-Niederlage im November 1982 in Belfast gegen die Nordiren, so gestand der Spieler des FC Barcelona jetzt ein, habe er einen verhängnisvollen Fehler gemacht. Schuster: „In Belfast habe ich viel zu weit vorne gespielt, ständig lief das Spiel an mir vorbei, meine schlechten Kritiken waren durchaus berechtigt." Das sollte ihm nicht noch einmal passieren. Deshalb sprach er sich auch mit dem Bundestrainer vorher ab. Schuster: „Ich wollte das spielen, was ich im Verein auch am besten kann, nämlich aus der Abwehr heraus."

Schuster spielte deshalb eine Art zweiter Libero vor der deutschen Abwehr. Wurde der gegnerische Angriff abgefangen, bekam er den Ball. Nicht weil er ihn forderte, sondern weil er sich in die beste Anspielposition gebracht hatte. Das ergab auch für Hansi Müller die Möglichkeit, im vorderen Mittelfeld zu glänzen. Auch wenn es so schien, als habe er für Schuster die Adjutantenrolle übernommen. Müller konnte sein eigenes Spiel aufziehen.

Der herrliche Paß in den freien Raum vor dem 2:0 kam von ihm, so daß Wolfgang Dremmler alleine mit dem Ball auf das türkische Tor zulaufen und einschießen konnte. Die schwierigste Aufgabe löste jedoch der Kölner Stefan Engels. Er nahm den für Borussia Dortmund spielenden Erdal Keser in Manndeckung, schaltete ihn völlig aus und tat zudem noch viel für den Angriff. Hansi Müller: „Für mich ist es eine Genugtuung, mit einem solch offensiven Mittelfeld so stark gespielt zu haben." Bernd Schuster: „Das war schon recht gut, doch spielerisch können wir uns noch steigern."

Hansi Müller sah die Ursache für die gelungene Vorstellung auch in der Tatsache, daß der deutsche Angriff endlich einmal mitspielte. Müller: „Ob Littbarski, Völler oder Rummenigge, alle ließen sich nach hinten fallen, um Anspielstationen zu ermöglichen. Und wir Mittelfeldspieler waren uns nicht zu schade, auch mal linker Verteidiger zu spielen."

Der Bremer Rudi Völler lieferte wohl das beste seiner vier A-Länderspiele, auch wenn ihm ein Tor versagt blieb. Bernd Schuster: „Ich habe noch nie mit Völler zusammengespielt, er hat mich aber gleich beim ersten Spiel beeindruckt. Er verliert so gut wie überhaupt keinen Ball. Ihn kann man anspielen, auch wenn der Gegner direkt hinter ihm steht."

Auch Karl-Heinz Rummenigge, in Albanien noch schwächster deutscher Spieler, knüpfte an seine alte Form wieder an. Jetzt bekommt er von Müller und Schuster wieder die Bälle in den Lauf oder in den Fuß gespielt. Früher tat das Paul Breitner für ihn.

Nur der Kölner Dribbelkünstler Pierre Littbarski macht immer noch eine Durststrecke durch. Eine Schwalbe, mit der er im Bundesligaspiel gegen Hamburg einen Elfmeter herausschinden wollte, ehe er vom Fernsehen entlarvt wurde, scheint für ihn zum Trauma zu werden. Es hat den Anschein, als habe er sein Spiel nur noch darauf abgestellt, möglichst in den Strafraum zu kommen, um dort gefoult zu werden, damit er wieder rehabilitiert wird. Nutzen für die Mannschaft bringt das allerdings nicht. Dennoch wird der kleine Kölner gegen die Österreicher am Mittwoch von Beginn an dabeisein. Jupp Derwall: „Ich sehe keine Veranlassung, die Mannschaft zu ändern."

Das Gesellenstück haben sie in Izmir geschafft, nun steht in Wien die Meisterprüfung an.

*

Der türkische Fußball-Verband muß wegen der Zwischenfälle beim Länderspiel gegen Deutschland am Samstag in Izmir mit einer Bestrafung durch die Europäische Fußball-Union (UEFA) rechnen. Die deutsche Mannschaft und auch deutsche Zuschauer wurden von den türkischen Zuschauern im Atatürk-Stadion mermals mit Obst, zumeist Äpfeln und Orangen oder Orangenschalen, beworfen. So ging kurz vor Spielende über dem deutschen Kapitän Karl-Heinz Rummenigge bei der Ausführung eines Eckstoßes ein wahrer „Obstregen" nieder. Mit zunehmender Spieldauer allerdings galten die Obstwürfe auch der eigenen Mannschaft . . .

WELT-Interview mit Bernd Schuster nach seinem guten Spiel in Izmir

„Ich bin nicht der Typ, der das ganze Theater immer wieder herausfordert"

ULRICH DOST, Izmir

Bernd Schuster (23) ist zweifellos eines der größten Talente, die es je im deutschen Fußball gab. Er ist aber auch ein Mann der Skandale, Affären und unbedachter Worte. Ob er nun – wie vor der Weltmeisterschaft – nicht „breitnern und rummeniggen" wollte, oder ob er – wie vor dem Spiel gegen Albanien – lieber auf die Geburt seiner Tochter wartet als zu spielen. In der Türkei hat er wieder einmal bewiesen, wie wichtig er für die Nationalmannschaft sein kann, wenn er sich auf das Spiel konzentriert.

Vergessen ist der Angriff von Kapitän Rummenigge, der nach dem Spiel gegen Albanien sagte, Schuster habe die Mannschaft im Stich gelassen. Jetzt sagt Rummenigge dazu, ob es ein Gespräch zwischen ihm und Schuster gegeben habe: „Nein, irgendwie wäre das peinlich gewesen. Ich bin halt damals ziemlich sauer gewesen." Aber man muß sich auch einmal in seine Lage versetzen und versuchen, ihn zu verstehen. Die WELT sprach mit Bernd Schuster.

WELT: Nach dem Theater um Ihre Person wurden in Deutschland immer mehr Stimmen laut, die forderten, Jupp Derwall sollte künftig auf Sie verzichten. War Ihr gutes Spiel gegen die Türkei jetzt eine Genugtuung für Sie?

Schuster: Nein, ganz bestimmt nicht. Genugtuung – dieses Wort habe ich nicht in meinem Wortschatz. Aber ich will nicht verleugnen, daß es schon schmerzt zu hören, daß ich wegbleiben sollte. Deshalb ist es das beste, ich rede nicht mehr viel, mache gute Spiele, damit alle sagen: Der gehört einfach dazu.

WELT: Nach dem Spiel in Tirana fühlten sich die meisten Spieler, wie es Karl-Heinz Rummenigge ausdrückte, „hängengelassen" von Ihnen. Ist da etwas übriggeblieben?

Schuster: Ich kann verstehen, daß einige Spieler so reagierten. Ich bin aber sicher, daß Rummenigge erst diesen Ausspruch gebrauchte, nachdem der ganze Druck des Siegenmüssens von ihm gewichen war. In einer euphorischen Stimmung sagt man schon mal so etwas daher, was man später bedauert.

WELT: Sie behaupten, Sie hätten Jupp Derwall schon sechs Wochen vor dem Länderspiel gesagt, daß sie eventuell wegen der Geburt des Kindes nicht kämen. Warum hat der Bundestrainer das so lange für sich behalten?

Schuster: Das ist wohl so seine Art, vieles laufen zu lassen. Nur, war ich wieder der Buhmann.

WELT: Geht Ihnen dieses ständige Theater mit der Zeit nicht selbst auf den Geist?

Schuster: Selbstverständlich, wem gefällt schon so etwas. Trotzdem glaube ich, daß ich nicht der Typ bin, der das Theater herausfordert. Ich überlege sehr häufig, warum immer ich an der Reihe bin. Und ehrlich gesagt, ich weiß nicht, womit ich das verdient habe. Ich liebe es halt nun einmal, die Wahrheit zu sagen, unverblümt, so wie es ist. Aber mit der Wahrheit können viele einfach nicht leben.

WELT: Haben Sie nicht selbst einmal daran gedacht, nicht mehr zur Nationalmannschaft zu kommen?

Schuster: Ganz bestimmt nicht. Dazu spiele ich zu gerne in der Nationalmannschaft. Ich spiele nicht in Barcelona für den 1. FC Köln oder sonst wen, sondern für die Nationalelf. Ich übernehme gerne die Verantwortung, um zu helfen. Ich bin wohl eher der Typ, der die Karre aus dem Dreck zieht. Deshalb hat es mich besonders geärgert, daß es überall hieß, ich hätte mich in Albanien vor der Verantwortung gedrückt.

WELT: War dieses wichtige Spiel gegen die Türkei nicht auch eine nervliche Belastung für Sie?

Schuster: Ganz bestimmt nicht. Belastung interessiert mich nicht. Sie habe ich Woche für Woche in Barcelona. Selbstverständlich bin ich leicht nervös auf den Platz gegangen, aber als ich das Geschrei der türkischen Zuschauer hörte, sagte ich zu mir selbst: Die kriegen heute fünf Tore, dann werden sie schon still sein. Nach dem zweiten Tor hat man dann auch nicht mehr viel Lärm von den Rängen gehört.

WELT: Sie müssen doch in Ihre Überlegungen eingeplant haben, daß es eine Niederlage geben kann und Sie dazu auch noch schlecht spielen?

Schuster: Das habe ich mir natürlich vorher schon überlegt. Eigentlich bin ich aber zu keinem Entschluß gekommen. Jetzt kann ich aber sagen: Dann hätte ich längst meinen Koffer gepackt oder mir eine Schaufel geholt, um mich im Garten zu begraben. Aber soweit kam es gottlob nicht.

WELT: Steht denn jetzt Ihrer Freigabe von seiten des FC Barcelona für die nächsten Spiele nichts mehr im Wege?

Schuster: Das muß ich einmal ganz klar sagen: Der FC Barcelona legt mir keine Steine in den Weg. Und auch Jupp Derwall kann aufatmen, denn meine Frau Gabi und ich werden jetzt keine Kinder mehr bekommen. Wäre es diesmal kein Mädchen gewesen, so hätten wir es so lange weiter versucht, bis es geklappt hätte und wir ein Mädchen bekommen hätten. Selbst, wenn ich dabei 15 Söhne bekommen hätte und hätte betteln gehen müssen. Also, Scherz beiseite, das wird kein Grund mehr dafür sein, nicht zur Nationalmannschaft zu kommen.

STATISTIK

Türkei – Deutschland 0:3 (0:2)

Türkei: Senol (31 Jahre/28 Länderspiele) – Fatih (30/44) – Erdogan (28/16), Yusuf (23/2), Hakan (21/7) – Rasit (28/7), Metin (19/4) ab 76. Iskender (24/4), Huseyin (23/4), Keser (22/4) – Hsan (22/5), Selcuk (23/9). – Deutschland: Schumacher (Köln/29/38) – Strack (Köln/27/4) – Dremmler (Münnchen/28/22), Kh. Förster (Stuttgart/24/47), Briegel (K'lautern/27/40) – Engels (Köln/22/7), Schuster (Barcelona/23/16), Müller (Inter Mailand/25/39) – Littbarski (Köln/23/20) ab 76. Rolff (Hamburg/23/2), Völler (Bremen/23/4), Rummenige (Münnchen /27/65). – Schiedsrichter: Christov (CSSR). – Tore: 0:1 Rummenigge (31; Foulelfmeter), 0:2 Dremmler (35.), 0:3 Rummenigge (71.). – Zuschauer: 73 000 (ausverkauft). – Gelbe Karte: Huseyin.

Tabelle, Gruppe 6

1. Österreich	3	3	0	0	11:0	6:0
2. Nordirland	4	2	1	1	3:3	5:3
3. Deutschland	3	2	0	1	5:2	4:2
4. Türkei	4	1	0	3	2:9	2:6
5. Albanien	4	0	1	3	1:8	1:7

Die nächsten Spiele: 27. 4.: Österreich – Deutschland, Nordirland – Albanien, 12. 5.: Albanien – Türkei

Junioren-Spiel

Auch die von Berti Vogts betreute Mannschaft der Junioren (U 21) kam in der Qualifikation zur Europameisterschaft zu einem Sieg. Den 1:0-Erfolg über die Türkei sicherte der Schalker Wolfram Wuttke mit seinem Treffer. Nach dem Spiel wurde ein bereits altes Gerücht neu belebt: Wuttke werde zum HSV wechseln, wenn Schalke absteigt. Die Junioren-Auswahl trifft am Dienstag (18.00 Uhr) in St. Pölten auf Österreich.

Junioren-Tabelle, Gruppe 6

Türkei – Deutschland 0:1 (0:1)

1. Albanien	3	2	1	0	4:2	5:1
2. Deutschland	2	1	1	0	2:1	3:1
3. Österreich	2	0	1	1	2:3	1:3
4. Türkei	3	0	1	2	1:3	1:5

Walther K. Nehring

General der Panzertruppe a. D.

letzter Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee
vormals kgl. preuß. Leutnant
im Deutsch-Ordens-Inf.-Rgt. Nr. 152,
Träger des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes
mit dem Eichenlaub mit Schwertern,
des goldenen Verwundetenabzeichens und anderer
hoher in- und ausländischer Orden, des Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland 1. Klasse
sowie zahlreicher ziviler Auszeichnungen.

15. August 1892 Stretzin/Westpreußen — 20. April 1983 Düsseldorf

Annemarie Nehring geb. Rohrbeck-Neuburg

Annemarie Bartel geb. Nehring
Hans-Christian, Annemarie, Matthias

Christoph Nehring und Frau Hildegard geb. Wallau
Stephan, Christiane, Barbara, Friederike

Hubertus W. Nehring und Frau Ursula geb. Januscheck
Hubertus, Andreas, Christoph

4000 Düsseldorf 1, Brehmstraße 32
2350 Neumünster, Paul-Klee-Straße 9a
5628 Heiligenhaus, Dresdener Straße 7
2071 Siek, Neue Straße 24

Trauerfeier und Beerdigung am Donnerstag, 28. April 1983, 14.00 Uhr in der Friedenskirche in Siek.

Anstelle zugedachter Blumen bitten wir um eine Spende zugunsten des „Westpreußen-Museums in Münster-Wolbeck", Konto-Nr. 61 32 15 bei der Raiffeisenbank Südstormarn, Siek (BLZ 200 691 77).

Nach kurzer Krankheit verstarb

Valeska Gotzhein

geb. Wandschneider

* 24. Juli 1901 — † 20. April 1983

Es trauern
Dr. Gertrud Pietsch
Familie Wandschneider
Familie Lüth
Solvey und Jens Trede

Wohldstraße 6
2808 Timmendorfer Strand

Die Beisetzung findet statt am Donnerstag, dem 28. April 1983 um 9 Uhr von der Kapelle 6 des Friedhofes Hamburg-Ohlsdorf.

Am 22. April 1983 verstarb im Alter von 90 Jahren

Dr.-Ing. E. h. Heinz Thoerner

Ehrenvorsitzender des ZVEI

Herr Dr. Thoerner gehörte seit 1949 dem Vorstand des ZVEI an. Von 1955 bis 1962 war er dessen Präsident. In Anerkennung seiner Verdienste um die deutsche Elektroindustrie wurde er mit der Goldenen Ehrenplakette des ZVEI ausgezeichnet. Sein Einsatz für die deutsche Wirtschaft wurde durch die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland gewürdigt.

Wir verlieren in Herrn Dr. Thoerner eine hervorragende Persönlichkeit, einen verdienstvollen Ratgeber sowie einen Freund unserer Organisation und der darin tätigen Menschen.

Wir gedenken des Verstorbenen mit Hochachtung und Dankbarkeit.

ZENTRALVERBAND DER ELEKTROTECHNISCHEN INDUSTRIE (ZVEI)

NACHRICHTEN

Sieg für Holländerinnen

Oosterhout (sid) – Die holländische Fußball-Nationalmannschaft der Damen kam in einem Europameisterschafts-Qualifikationsspiel der Gruppe 4, in der auch Deutschland spielt, in Oosterhout zu einem klaren 5:0-Erfolg über Belgien. Mit 5:3 Punkten führt Holland die Tabelle an, vor Belgien (3:5), Deutschland (2:2) und Dänemark (2:2).

Klubs erhalten Hilfe

Brüssel (sid) – Fußballvereine, die in der ersten und zweiten Runde der drei europäischen Pokalwettbewerbe ausscheiden und dadurch finanzielle Defizite erleiden, sollen mit insgesamt 400 000 Mark unterstützt werden. Das beschloß die Europäische Fußball-Union (UEFA) in Brüssel.

Segeln: Kuhweide siegte

Hyères (sid) – Der frühere Olympiasieger Willi Kuhweide (Hamburg) gewann die sechste und letzte Wettfahrt in der Soling-Klasse bei der vorolympischen Segelwoche vor Hyères in Frankreich. Das reichte auch zum Gesamtsieg.

Hockey-Titel an Holland

Kuala Lumpur (dpa) – Holland gewann bei der Hockey-Weltmeisterschaft der Damen in Kuala Lumpur (Malaysia) den Titel. Im Finale siegten die Holländerinnen gegen Kanada mit 4:2.

Ribli und Torre remis

Alicante (dpa) – Bereits nach dem 23. Zug in der achten Partie des Viertelfinales der Schach-Kandidatenrunde einigten sich Zoltan Ribli (Ungarn) und Euegene Torre (Philippinen) in Alicante auf Remis. Ribli führt mit 4,5:3,5.

Solingen muß nachzahlen

München (sid) – Der Fußball-Zweitligaklub Union Solingen muß für seinen Spieler Horst Raubold 50 000 Mark Ablösesumme an den TSV 1860 München nachzahlen. Das entschied das Schiedsgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) nach einem Vergleich, dem beide Vereine zustimmten. Ursprünglich hatten die Münchner 100 000 Mark gefordert. Solingen lehnte ab, weil Münchens früherer Präsident Erich Riedl mündlich zugesagt hatte, Raubold ohne Ablösesumme freizugeben.



Weltmeisterschaft in Rom

Rom (dpa) – Die zweite Weltmeisterschaft der Leichtathleten 1987 wird in Rom stattfinden. Damit gab der Rat des Internationalen Leichtathletik-Verbandes (IAAF) in Rom der italienischen Hauptstadt den Vorzug vor London und Indianapolis.

Hoher Sieg der Franzosen

Paris (sid) – Die Fußball-Nationalmannschaft Frankreichs kam in einem Länderspiel gegen Jugoslawien in Paris zu einem klaren 4:0-Erfolg.

Ein Korb Unterschied

Leimen (dpa) – Mit einem Korb Unterschied unterlag die deutsche Basketball-Nationalmannschaft der Frauen im Länderspiel gegen Holland. Die 62:64-Niederlage in Leimen war für die deutsche Mannschaft der vorletzte Test vor der Qualifikation zur Europameisterschaft (29. 4.–1. 5.) in Jugoslawien.

Schneller Winckelhock

Spa (sid) – Formel-1-Fahrer Manfred Winkelhock (Waiblingen) erreichte auf seinem ATS-Rennwagen bei Testfahrten zum Großen Preis von Belgien (22. 5.) auf dem umgebauten Kurs von Spa die sechstbeste Rundenzeit. Schnellster war der Italiener Andrea de Cesaris auf Alfa Romeo.

Claßen bezwang Hussing

Mülheim (dpa) – Bayer Leverkusen gewann den ersten Finalkampf der Deutschen Mannschaftsmeisterschaft im Boxen bei Ringfrei Mülheim mit 14:12. Dabei gab es für den Deutschen Meister Peter Hussing (Leverkusen) im Schwergewicht gegen den Mülheimer Thomas Claßen mit 1:2 Richterstimmen eine Niederlage.

Indien tritt nicht an

Neu-Delhi (sid) – In einem Telex teilte der indische Tischtennis-Verband den Organisatoren der Weltmeisterschaft in Tokio (28. 4.–9. 5.) mit, daß die Inder nicht gegen ihren Gruppengegner Israel antreten werden.

Maslo nach Dortmund

Düsseldorf (sid) – Für den vorzeitig entlassenen Fußball-Trainer Karl-Heinz Feldkamp hat Borussia Dortmund den bisher in Braunschweig tätigen Uli Maslo als Nachfolger verpflichtet. Maslo, der daraufhin in Braunschweig mit sofortiger Wirkung beurlaubt wurde, tritt sein Amt in Dortmund zu Beginn der neuen Saison für vorerst ein Jahr an.

EISHOCKEY / Deutsch-deutsches Weltmeisterschafts-Spiel eine Enttäuschung – UdSSR auch von CSSR nicht zu stoppen

Hektik, Fehler, Fouls, ein Wutanfall von Unsinn und sehr, sehr viel Glück

MARKUS BERG, **Dortmund**

Als er vorbei war, dieser deutsch-deutsche Eishockeykampf um Weltmeisterschaftspunkte, entlud sich bei Bundestrainer Xaver Unsinn alle Anspannung in einem Wutanfall. Er traf Kritiker, die seine Auffassung von der „Werbung für den Eishockeysport" beim mageren 4:3-Sieg über das Team der „DDR" nicht teilen wollten. Unsinn stampfte kalkweiß aus der Pressekonferenz, als er kurz nach Mitternacht gefragt worden war: „Würden Sie zustimmen, daß die bessere Mannschaft verloren hat?"

Selbstverständlich, da wollte der Trainer nicht zustimmen. Und dennoch war es so, daß der Sieg, der nackte zahlenmäßige Erfolg, Krampf und Kampf, Fehler und Versagen übertünchte. Die Spieler haben das mit einigem Abstand selbst bemerkt. Holger Meitinger sagt: „Das war Glück, reines Glück."

Das Team der „DDR" ging sogar im letzten Drittel 3:2 in Führung. In diesem Moment, das zeigt auch nur die überreizte Stimmung, hat Helmut Meyer, ein ansonsten sehr nüchterner Analytiker, Direktor des Bundesausschusses für Leistungssport, noch viel mehr als das Glück beschworen: „Da habe ich ein bißchen gehofft, daß der liebe Gott ein Westdeutscher ist." Was sagt man nicht alles, wenn die Nerven zu zerreißen drohen und der Gegner unter normalen Bedingungen schwächer ist, aber ausgerechnet aus der „DDR" kommt. Manfred Schiller vom Kölner EG sagt: „Das war kein normales Eishokkey-Spiel, das war Krieg auf dem Eis."

Merkwürdig nur, daß niemand so recht von den Fehlern reden wollte, die dieses Spiel erst zu dem gemacht hat, was es war. Die Spieler aus der Bundesrepublik Deutschland liefen über das Eis, als schleppten sie Bleiwesten am Körper. Und waren sie einmal schnell, rannten sie sich gegenseitig über den Haufen. Außerdem: 26 Strafminuten („DDR" 6) zeugen wieder einmal davon, daß aus Hilflosigkeit total sinnlose Fouls werden. Zwei Treffer der „DDR" fielen, als ein Spieler aus der Bundesrepublik auf der Strafbank saß.

Hinzu kam die totale Hektik beim Auswechseln. Eine Kritik, die sich gegen Xaver Unsinn richten muß. Einmal standen sechs Feldspieler auf dem Eis – es gab zwei Strafminuten. Einmal wurde mitten hinein in einen Angriff der „DDR" gewechselt – es fiel das 3:2. Und ob nun der so wichtige Ausgleich zum 1:1 im ersten Drittel noch vor der Schlußsirene fiel, wird wohl auch nicht so richtig geklärt werden können. Torschütze Höfner: „Ich habe nicht auf die Uhr geschaut, wie spät es ist. Ich habe nur einen Gedanken gehabt: Die Zeitnehmer kriegen das schon hin, daß es gilt. Das wäre ja noch schöner im eigenen Land ..."

Werbung für den Eishockey-Sport? Glück war es, viel Glück.

40 Minuten lang hielt ein 18jähriger Neuling mit Namen Dominik Hasek 8000 Zuschauer in der Dortmunder Westfalenhalle im Bann, nervte den Giganten UdSSR und ließ die Hoffnung aufkeimen, daß die CSSR nach 1978 den Weltmeister endlich wieder einmal in die Knie zwingen könnte. Doch nur sechs Minuten im letzten Abschnitt des immergrünen Duells zwischen dem Titelträger und seinem Kronprinzen reichten den Sowjets, um die seit Jahren herrschende Hack- und Rangordnung aufrechtzuerhalten. Das Torhüter-Talent Hasek hätte 20 Arme gebraucht, um den sowjetischen Sturmwirbel zu parieren. Mit 5:1 kanzelte der 18malige Weltmeister die CSSR ab und wird wohl auch am 2. Mai beim WM-Finale in München den gewohnten Platz eins einnehmen.

„Jeder hat das Recht, uns zu schlagen", stellte Staatstrainer Viktor Tichonow süffisant fest. Sein Kontrahent Ludek Bukac flüchtete sich dagegen in nichtssagende Floskeln, „im Eishockey ist noch alles möglich, in München beginnen wir bei Punkt Null, dann sind alle Spiele wieder offen."

Sicherlich zwei Drittel hatte die UdSSR scheinbar den kalten Atem des Mißerfolges im Nacken gespürt. Hatte in dieser Phase große Schwierigkeiten mit einem Gegner, der sich verzweifelt wehrte, zeitweise ebenbürtig war und dann doch zusammenfiel wie ein Kartenhaus.

Die spielerische Überlegenheit der sowjetischen Mannschaft feierte einen weiteren Triumph, und doch wird die Spannung im Vergleich zu den Vorjahren in der Endrunde diesmal größer sein. Denn die vier bestplazierten Teams starten in der Meisterrunde ab Mittwoch ohne Punktepolster aus der Vorrunde neu, und vielleicht gelingt den inzwischen verstärkten Kanadiern oder doch noch der CSSR eine Überraschung.

Das Reglement garantiert den Veranstaltern in München (Olympiahalle) schon jetzt mehrmals ein volles Haus und dem Deutschen Eishockeybund (DEB) damit eine volle Kasse. Der DEB steht kurz vor Ende der Vorrunde ohnehin als erster Sieger des 49. Weltturnieres fest. Die 22 Vorrundenspiele in Dortmund und Düsseldorf besuchten über 100 000 Zuschauer.



Erlösung: Marcus Kuhl wird nach dem 4:3 gegen die „DDR" von Scharf und Steiger gefeiert. FOTO: H&M-PRESS

Hut ab vor der Disziplin des ‚DDR'-Teams

Von GERHARD KIESSLING

Ich trage keinen Hut wie Xaver Unsinn. Aber hätte ich einen auf dem Kopf, ich würde noch heute, drei Tage nach dem Spiel, diese Kopfbedeckung vor der Mannschaft der „DDR" abnehmen. Man muß sich das immer wieder vor Augen führen: Da gibt es zwei Vereine und 50 Spieler, die Eishockey als Leistungssport betreiben. Und trotzdem muß unser Team zittern. Mehr sogar: Für mich hat die „DDR"-Mannschaft besser gespielt. Wäre da bei uns nicht ein Erich Weishaupt im Tor gestanden, die „DDR" hätte schon im ersten Drittel 3:0 geführt. Das rüttelt mich wach.

Das Grübeln darüber hat keine Gründe, die in der Politik liegen, die in einer solch deutsch-deutschen Begegnung mitspielt, obwohl vorher alle Spieler beteuern, es sei eine Begegnung wie alle anderen auch. Ich glaube, ich kann auch bei einem solchen Spiel kühl genug analysieren, um den Kern der Dinge zu finden. Und dieser Kern liegt in einem grundsätzlichen Problem, das gut in eine Frage gefaßt werden kann, die sich auch unsere Mannschaft stellen muß, wenn sie auf Schweden, Tschechoslowaken oder gar die Russen trifft: Wie kann ich ein Team stoppen, dessen Spieler technisch, in ihrer individuellen Leistung überlegen sind?

Unsere Bundesligaspieler sind denen aus Ost-Berlin und Weißwasser überlegen und hatten doch große Schwierigkeiten. Warum? Die Taktik des „DDR"-Teams hat es gemacht. Da war alles in Bewegung, da wurde das Spiel auseinandergezogen. Dadurch fand jeder, der die Scheibe führte, immer einen Anspielpunkt. Da gab es das Abschirmen des Kollegen und vor allem den Paß zum besser postierten Mitspieler. Das alles wurde mit einer Disziplin durchgezogen, vor der ich nur Hochachtung empfinden kann. Dieses Lob für eine im Grunde genommen unterlegene Mannschaft ist gleichzeitig die Kritik an unserem Team. Es zeigt, woran es bei unseren Herren noch mangelt: keine Aufbauarbeit, Eigensinn, keine entsprechenden taktischen Mittel, dem Gegner das eigene Spiel aufzuzwingen.

Dennoch: Der Mut und der Wille zum Sieg war bei unserer Mannschaft groß. Für die Zukunft kann der Sieg über die „DDR" sehr wichtig sein. Er hat gezeigt, daß ein Spiel auch noch in den letzten zehn Minuten herumgerissen werden kann. Das gibt Auftrieb.

*

Gerhard Kießling, Trainer bei mehreren Bundesliga-Klubs, war von 1970 bis 1974 Trainer der Nationalmannschaft.

STAND PUNKT / *Viel Lärm, aber um was ...?*

Der Lärm, stupide herausgepreßt aus Treibgasflaschen mit Sirenenaufsatz, streifte die Grenze der Körperverletzung. Eine Oma, etwa 60 Jahre alt, würgte die schrillsten Töne aus ihrem mechanischen Horn und sagte, wer es nicht vertragen könne, sollte in die Oper gehen und nicht zum Eishokkey. Recht hat sie, dieser Sport lebt nicht im Café-Haus.

Aber die Funktionäre des „DDR"-Teams bei der Eishockey-Weltmeisterschaft haben nach diesem Tag von Dortmund „nachdrücklich darum gebeten", mehr für die Sicherheit ihrer Spieler zu sorgen. Recht haben auch sie. Nach Spielern, die auf der Auswechselbank saßen, wurde mit Fahnenstangen (das schwarz-rot-goldene Tuch noch obenauf) geschlagen, Bierbüchsen flogen.

Der Lärm, der Deutschen aus Ost und West so penetrant geistlos die Ohren gemeinsam verstopfte, obwohl er nur die Gruppe aus Ost-Berlin und Weißwasser nervös machen sollte – dieser Lärm mag Krach um nichts gewesen sein. Nur sollten die sogenannten Fans, die in brüderlicher Eintracht „Deutschland" schreien und dabei nur einen Teil meinen und den anderen ausbürgern (jenseits der Mauer werden sie dafür offene Ohren finden), darüber nachdenken, wo sie selbst hier, vielleicht, ohne es zu wollen, Grenzen ziehen.

Das immer wieder beschworene „Normale", das in deutsch-deutschen Sport-Vergleichen liegen soll („das ist ein Spiel wie jedes andere auch"), ist ein tiefsitzender Irrtum. Es gibt nichts Normales, solange eine Grenze durch Deutschland geht. Um so primitiver aber ist es, einem Deutschen aus Sachsen mit der Fahnenstange zu Leibe zu rücken, nur weil er das tut, was umgekehrt ein Deutscher aus Bayern mit ihm tun will: den sportlichen Erfolg für seine Mannschaft anzustreben.

Und wenn am Ende bei der Hymne der Text der ersten, nicht der dritten Strophe des Deutschlandliedes gesungen wird, wie in Dortmund, dann paßt das ins Bild: Gedankenloser Lärm, der von Selbstverständnis so weit entfernt ist wie das deutsche Eishockey (Ost und West) von der Weltspitze. -que

Eine Keulenkür der Extra-Klasse: Regina Weber zeigte die beste Gymnastik-Kür ihrer Laufbahn. FOTO: SVEN SIMON

GYMNASTIK / Viel Lob für Arbeit der Bundestrainerin Livia Medilanski

Regina Weber – sensible Ästhetik

KLAUS BLUME, **Wiesbaden**

Noch eine letzte Zigarette. Dann geht Eugen Filipescu zum Klavier. Die junge Dame lächelt verstohlen. „Schau mich, bitte, nicht so an" – Filipescu, der große rumänische Turnkomponist, intoniert diesen Uralt-Ohrwurm, erst zärtlich, dann mit Musetteanklängen, schließlich kräftig, aggressiv, mit Stakkatoanschlag. Die junge Dame, Regina Weber, lächelt ins Publikum. Immer dann, wenn ihr wieder eines ihrer schwierigen Kürelemente mit dem Band gelungen ist.

Und es gelingt der Deutschen Meisterin aus Wattenscheid alles an diesem Abend beim großen internationalen Gymnastikturnier in Wiesbaden: Der zweite Platz hinter der Sowjetrussin Galina Beloglasowa im Vierkampf, zwei zweite, ein dritter Rang sowie ein Sieg – gemeinsam mit der sowjetischen Ex-Weltmeisterin Irina Dewina – in den Gerätefinals beweisen das.

Das Publikum in der ausverkauften Halle ist hingerissen. Es verlangt Zugaben – vergebens. Bundestrainerin Livia Medilanski klatscht ausgelassen wie ein Fan in die Hände und schlägt dann, ob der gelungenen Darbietungen, fassungslos die Hände vors Gesicht. Die sowjetische Trainerin Enna Owschennikowa eilt herbei. „Otschen karascho" – sehr gut – sprudelt sie immer wieder heraus. Und dann lobt sie die jahrelange, sorgfältige Aufbauarbeit der Bundestrainerin, ihren Mut zur Modernität, ihr Gefühl für sensible Ästhetik fernab jeglichen Kitsches.

Jenes Gefühl für Modernität und Ästethik wird von den Kampfrichterinnen aber (noch) immer nicht belohnt. Das war in Wiesbaden im Falle der erst 15 Jahre alten Claudia Ziburski aus Wattenscheid so. Deren avantgardistische Ball-Kür – zirzensisch-akrobatische Bodeneinlagen bei hohen verdeckten Würfen mit dem Ball – mochte die Jury nicht goutieren. Nur 9,15 Punkte waren der Lohn.

Nun breche dennoch das goldene Zeitalter für die deutschen Gymnastinnen an, glaubt Bundestrainerin Livia Medilanski. Neben Regina Weber stehen die 15jährigen Claudia Scharmann und Claudia Ziburski parat. In Wiesbaden turnten sie noch außer Konkurrenz. Wären sie gewertet worden, hätten sie im Feld der 19 Nationen Platz neun und zehn im Vierkampf belegt und an zwei Finalwettkämpfen teilgenommen.

Als die Bundestrainerin im vorigen Jahr die jungen Mädchen für die Europameisterschaften in Stavanger vorschlagen wollte, wurden ihr Steine in den Weg gelegt. Dieses Handikap muß immer noch verdaut werden, denn bei der internationalen Jury sind die jungen Mädchen noch zu unbekannt, um stets korrekt bewertet zu werden.

Überhaupt die Jury: Als das Publikum am ersten Abend lautstark höhere Noten für die beiden „DDR"-Gymnastinnen Katrin Huschke und Heidi Krause forderte, kamen die Kampfrichterinnen am Schlußtag dieser Aufforderung prompt nach. Doch die dann vergebenen Noten – 9,50 und 9,30 Punkte – waren für die quirligen Leipzigerinnen zu hoch. Anstelle der fehlenden strengen klassischen Form wurde der Schaueffekt über Gebühr belohnt. Zum Schluß, wohl erschrocken über solche Notengeschenke, glichen die Kampfrichterinnen das wieder aus.

Im November finden in Straßburg die Weltmeisterschaften statt. Die Vierkampf-Siegerin von Wiesbaden, die blonde Sowjetrussin Galina Beloglasowa aus Astrachan, und ihre 26 Jahre alte Landsmännin Irina Dewina werden zu den Favoritinnen gehören. Und freilich die Bulgarinnen, die dem Zweikampf mit den sowjetischen Gymnastinnen in Wiesbaden aus dem Wege gingen. Eine Kampfrichterin: „Kein Wunder, man hatte schon auf den letzten Turnieren den Eindruck, irgendwann gehen die sich gegenseitig an die Kehle."

Diese gespannte Atmosphäre begünstigt aber offenbar große Leistungen. Und Spannungen gibt es auch im Deutschen Turnerbund. Doch die wurden in Wiesbaden von der Medilanski-Truppe in wunderbare Kürdarbietungen umgesetzt.

MOTORSPORT / Italiens Formel-2-Doppelsieg

Danner Dritter, Bellof riß wieder der Gaszug

DIETER SCHULZ, **Nürburgring**

Der Traum vom deutschen Sieg im letzten Eifelrennen auf der alten Nordschleife des Nürburgrings war schon nach wenigen Minuten geplatzt. Der Gießener Stefan Bellof, er hatte vom dritten Startplatz aus nach wenigen Kilometern die Führung übernommen, schied am Ende der ersten Runde mit gerissenem Gaszug an seinem Maurer-BMW aus. Der Münchner Christian Danner (March-BMW), am Samstag im Training Schnellster, fiel nach gelungenem Start auf den dritten Rang zurück und konnte sich nicht mehr verbessern. Letzter deutscher Sieger eines Eifelrennens bleibt somit der Bad Dürkheimer Jochen Mass. Er gewann im Jahr 1977.

Sieger im vierten Lauf zur Formel-2-Europameisterschaft wurde der Italiener Beppe Gabbiani auf March-BMW. Er hatte im Gegensatz zu seinem Teamkollegen Danner die weicheren und damit die an diesem Tag besseren Reifen aufziehen lassen. Zweiter wurde sein Landsmann Alessandro Nannini (Minardi-BMW). In der EM-Wertung baute Gabbiani seine Führung auf 27 Punkte aus. Platz zwei belegen punktgleich mit 16 Zählern die Ralt-Honda-Fahrer Jonathan Palmer (England/Vierter) und Mike Thackwell (Neuseeland/Siebter). Danner ist jetzt mit 14 Punkten Vierter.

Kleiner Trost für den Münchner: Mit 6:28,03 Minuten fuhr er die schnellste Runde des Rennens. Er hat damit auch die 6:58,6 Minuten des zweimaligen Formel-1-Weltmeisters Niki Lauda (Österreich) aus dem Jahre 1975 gelöscht. Der hatte die Nordschleife als einziger unter der Sieben-Minuten-Schallmauer durchrast.

Das Rennen stand acht der neun Runden ganz im Zeichen der beiden Italiener. Sie zogen die 30 000 Zuschauer auf der wegen Bauarbeiten um zwei Kilometer verkürzten Strecke (jetzt 20,8 km) mit einem brisanten Windschattenduell ganz in ihren Bann. Das umso mehr, weil sich die „schöne grüne Hölle" wieder einmal als solche präsentierte. So wurde in der dritten Runde vom Abschnitt „Hohe Acht" Hagel gemeldet, während am Start weiterhin die Sonne schien. Feuchte Stellen auf der Strecke machten die Reifenwahl wieder zum Pokerspiel.

Bis kurz vor dem Zieleinlauf zeigten Gabbiani wie Nannini trotz risikoreichem Fahrstil im entscheidenden Moment stets routinierte Selbstbeherrschung. Erst 100 Meter vor Ende des Rennens setzte Nannini noch einmal alles auf eine Karte, fuhr in der letzten Schikane und der anschließenden scharfen Rechtskurve, der „Mausefalle", über die Streckenbegrenzung und schien dabei für den Zeitraum eines Lidschlags die Kontrolle über das Fahrzeug zu verlieren. Doch aller Einsatz brachte keinen Erfolg. Nannini blieb Zweiter.

Obwohl der Nürburgring das schwerste Formel-2-Rennen der Saison ist, gab es keine schweren Unfälle. Eine befürchtete Katastrophe war schon am Samstag abgewendet worden. Die Sicherheitskommission des deutschen Dachverbandes ONS verlegte den Start von einer zwei Kilometer langen Geraden in den Zielbereich und revidierte damit eine Entscheidung der internationalen Sportbehörde FISA. Vorausgegangen war ein Protest der Fahrer. Sie wären mit rund 270 Stundenkilometer eng zusammenliegend auf die erste Schikane zugerast. Schwere Unfälle waren vorhersehbar.

So verlief der Beginn des Rennens auf dem provisorischen Start-Ziel-Bereich weitgehend problemlos. Lediglich die Italiener Guido Dacco und Fulvio Ballabio kollidierten bei der Einfahrt zur „Hatzenbach" und schieden aus.

*

Der Auftakt des italienischen Motorrad-Grand-Prix in Monza verlief für den italienischen Ex-Weltmeister Eugenio Lazzarini überaus erfolgreich. Lazzarini gewann vor über 60 000 Zuschauern das Rennen und übernahm damit die Führung in der Gesamtwertung der Weltmeisterschaft.

Die deutschen Fahrer zogen sich achtbar aus der Affäre. Rainer Scheidthauer aus Scheidt (Kreidler) wurde Vierter, der Stuttgarter Hagen Klein (Kreidler) behauptete sich als Sechster. Auch Gerhard Singer (Kreidler) aus Ditzingen und Ingo Emmerich (Kreidler) aus Ratingen kamen auf den Rängen sieben und acht noch zu WM-Punkten.

In der Kategorie bis 125 ccm verpaßte der Schorndorfer Gerhard Waibel (MNA) auf Rang elf WM-Punkte. Sieger wurde Titelverteidiger Angel Nieto (Spanien) auf Garelli.

HANDBALL

Gummersbach auf dem Weg zum Sieg im Europapokal

dpa, **Moskau**

Die Dortmunder Westfalenhalle kann zur großen Jubiläumsfeier rüsten: Mit einem überraschenden 19:15 (13:8) über ZSKA Moskau legte der VfL Gummersbach gestern in der sowjetischen Hauptstadt den Grundstein zu seinem zehnten Europapokalsieg seit 1967. Nach den Pleiten der Nationalmannschaft bei Weltmeisterschaft und der B-WM bot der VfL Gummersbach in diesem ersten Finale im Europapokal der Landesmeister die überzeugendste Leistung einer deutschen Handball-Mannschaft seit Jahren und hat nun alle Chancen, beim Rückspiel am nächsten Sonntag zum fünften Mal die begehrteste Vereinstrophäe des europäischen Handballs, den Cup der Meister, zu gewinnen.

Die Gummersbacher schockierten die mit acht Nationalspielern und vier Weltmeistern des Vorjahres angetretenen Moskauer mit einer taktischen Meisterleistung und drei schnellen Toren: Dammann gelang in den ersten sechs Minuten ein Hattrick zum 3:0. Davon erholten sich die Moskauer Soldaten nie. Die Deutschen hielten sich voll an die Anweisungen von Trainer Petre Ivanescu, spielten sehr ruhig, bauten sicher auf und überzeugten durch ausgezeichnete Chancen-Auswertung. Die rund 300 deutschen Fans in der Moskauer Armeesporthalle mußten nur einmal um die Mannschaft bangen, als Moskau nach 20 Minuten auf 7:8 herankam. Danach aber gelangen Gummersbach fünf Tore ohne Gegentreffer, die den überraschenden Halbzeitstand von 13:8 ermöglichten.

Die Moskauer leisteten sich vor allen Dingen in der Anfangsphase viele Abspielfehler, waren übernervös und scheiterten zudem immer wieder an dem alle überragenden Torhüter Thiel, der erneut auch vier Siebenmeter tötete. Moskau, das im Wettbewerb bisher nie unter 25 Tore geschossen hatte, konnte auch nach der Pause gegen die weiterhin diszipliniert und konzentriert spielenden Deutschen keine Wende herbeiführen. Auch nach 60 Minuten hatte Gummersbach noch drei Tore Vorsprung.

Bei Gummersbach überragten neben dem fünffachen Torschützen Dammann auch der mit dem FC Barcelona in Verbindung gebrachte Wunderlich, der insgesamt vier Tore erzielte und dabei auch die beiden einzigen Siebenmeter für Gummersbach verwandelte.

SPRINGREITEN / Hugo Simon und Malcolm Pyrah einziges Bollwerk gegen US-Kavallerie

Die große Befürchtung der deutschen Stars: Amerikaner kaufen die besten Pferde Europas auf

sid/dpa, Wien

Europameister Paul Schockemöhle sagte nachts im Hotel: „Was willst du da machen." Sein Wallach Deister hatte in der zweiten Konkurrenz um den Springreiter-Weltcup in Wien am Freitagabend zweimal das Gebälk derart gut getroffen, daß der 38jährige Unternehmer aus Mühlen („einen Springfehler muß ich mir selber zuschreiben") vom ersten auf den sechsten Platz der Gesamtwertung zurückfiel.

Und von den anderen deutschen Reitern brauchten sich weder Fritz Ligges (Ascheberg) als Elfter (9,5), noch Dr. Michael Rüping (Itzehoe) als 19. (16) und der Münsteraner Hendrik Snoek als 28. (22,5) mit Gewinngedanken zu plagen.

Ein Geschäft für den Veranstalter war das Finale um den Pokal im übrigen keinesfalls. An den ersten beiden Tagen wirkte die Halle wie eine riesige leblose Kugel. Bis zum Samstag kamen insgesamt nur 4500 Zuschauer.

Vielleicht lag das daran, daß bis zum Samstagabend einzig Hugo Simon (Österreich) und Englands Vize-Weltmeister Malcolm Pyrah als europäisches Bollwerk gegen die amerikanische Kavallerie auftraten. Und warum die Amerikaner vor allem im Weltcup so ehrgeizig sind, ist für Weltcup-Direktor Max Ammann so zu erklären: „Die Amerikaner haben normalerweise nur einmal im Jahr die Möglichkeit, nicht gegen Landsleute, sondern gegen die Europäer anzutreten. Das motiviert."

„Das Schlimmste ist, die haben doch zwanzig zu Hause, die genauso gut sind. Jedenfalls können wir uns für die nächsten Jahre auf allerhand gefaßt machen. Diese Amerikaner werden noch viel stärker." Olympiasieger Alwin Schockemöhle, aufmerksamer Weltcup-Zuschauer in der Wiener Stadthalle wird noch deutlicher: „Die Amerikaner haben den Turniersport doch jetzt erst richtig entdeckt." Mit seinem Bruder Paul ist sich Alwin Schockemöhle – ausnahmsweise einmal – einig: „Sie haben sich technisch erheblich verbessert. Auch deswegen sind sie so erfolgreich. Ihre Grundausbildung ist heute viel besser als bei den meisten Europäern."

Am härtesten aber trifft Europas Springreiter die langfristig verhängnisvolle Kaufkraft der Amerikaner. „Sie kaufen doch jedes gute Pferd in Europa, das sie bekommen können", klagt der deutsche Bundestrainer Hermann Schridde. „Geld spielt gar keine Rolle mehr. Und reiten können sie obendrein auch." Kathy Monahan, Katy Leone und Melanie Smith besitzen die besten holländischen Pferde: Corniche, Loecky und Calypso. Für Norman dello Joio wurde der neunjährige französische Hengst I love you für 1,2 Millionen Mark erworben.

Der Hintergrund dieses US-Angriffs auf jahrelange europäische Vorherrschaft ist eine handfeste wirtschaftliche Basis, die keiner besser kennt als Paul Schockemöhle, der in Amerika selbst eine Firma unterhält: Wer sich in Deutschland zu den Großverdienern zählt und in der höchsten Steuerprogression ist – im Grunde die Voraussetzung zum Erwerb von teuren Spitzenpferden – muß de facto erst einmal 600 000 Mark verdienen, um ein Pferd der Extraklasse von 200 000 Mark kaufen zu können. Steuervorteile gibt es in Deutschland beim Pferdekauf nicht. In Amerika ist alles anders: Selbst die teuersten Pferde können über drei Jahre total von der Steuer abgeschrieben werden. Fazit: für einen deutschen Springreiter oder seinen Mäzen ist ein 200 000-Mark-Pferd unter dem Strich dreimal so teuer wie für die US-Amerikaner.

„Das ist das Ergebnis der amerikanischen Finanzpolitik, die berücksichtigt, daß zwei bis drei Millionen Menschen in den USA in der ‚Pferdeindustrie' arbeiten. Das war eigentlich einst nur für den Rennsport gedacht. Jetzt profitieren auch die Springreiter davon", erklärt Paul Schockemöhle und fügt verbittert hinzu: „Da fällt es den Amerikanern leicht, die teuersten Pferde zu kaufen. Da mitzuhalten, ist für uns in Deutschland sehr schwer geworden."

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Zweite Liga

Osnabrück – Stuttgart 2:2 (2:1)
Aachen – Augsburg 2:1 (1:1)
Freiburg – Essen 1:1 (1:0)

DIE TABELLE

1.	Mannheim	32	19	9	4	74:28	47:17
2.	Offenbach	32	20	6	6	69:33	46:18
3.	Uerdingen	31	16	8	7	53:39	40:22
4.	Kassel	32	17	5	10	62:47	39:25
5.	Stuttgart	32	14	8	10	65:45	36:28
6.	Köln	32	13	10	9	65:47	36:28
7.	Freiburg	32	12	12	8	43:40	36:28
8.	Darmstadt	32	13	9	10	57:50	35:29
9.	Aachen	32	13	8	11	43:45	34:30
10.	Osnabrück	32	14	4	14	58:55	32:32
11.	Duisburg	32	12	6	14	45:48	30:34
12.	Lüttringh.	31	11	7	13	45:61	29:33
13.	Hannover	32	10	9	13	50:60	29:35
14.	Essen	32	10	9	13	47:49	29:35
15.	Fürth	32	9	10	13	49:53	28:36
16.	Solingen	31	8	9	14	43:60	25:37
17.	Wattensch.	32	10	5	17	45:61	25:39
18.	Augsburg	31	8	7	16	25:45	23:39
19.	Frankfurt	32	7	7	18	41:73	21:43
20.	Neuhaus	32	5	6	21	37:77	16:48

Die nächsten Spiele: Dienstag, 26. April, 18.15 Uhr: Lüttringhausen – Augsburg; Freitag, 29. April, 19.30 Uhr: Darmstadt – Schloß Neuhaus; 20.00 Uhr: Aachen – Uerdingen, Hannover – Offenbach; Samstag, 30. April, 15.30 Uhr: Essen – Osnabrück, Fürth – Mannheim, Kassel – Frankfurt, Stuttgart – Lüttringhausen, Köln – Augsburg; Sonntag, 1. Mai, 15.00 Uhr; Wattenscheid – Solingen, Freiburg – Duisburg.

Nächster Spieltag der Bundesliga, Freitag, 29. April: Bielefeld – Dortmund (1:11), Karlsruhe – Nürnberg (1:3); Samstag, 30. April: München – Berlin (3:1), Hamburg – Stuttgart (2:1), Bochum – Köln (1:4), Braunschweig – Mönchengladbach (0:3), Düsseldorf – Bremen (2:2), Leverkusen – Schalke (0:2), Frankfurt – Kaiserslautern (0:3). – In Klammern die Hinspielergebnisse.

Erste englische Liga: Arsenal – Manchester City 3:0, Birmingham – Everton 1:0, Brighton – Coventry 1:0, Luton – Swansea 3:1, Manchester United – Watford 2:0, Nottingham – Notts 2:1, Stoke – Southampton 1:1, West Ham – Aston 2:0, Ipswich – Sunderland 4:1, Liverpool – Norwich 0:2.

Amateur-Länderpokal-Halbfinale in Kiel: Schleswig-Holstein – Bayern 8:7 (1:1, 0:1) nach Elfmeterschießen; in Schleswig: Mittelrhein – Hessen 0:1 (0:0).

Länderspiel: Frankreich – Jugoslawien 4:2 (2:0).

Freundschaftsspiele: Rothenburg – Bremen 1:14 (0:6), Amberg – Bayern München 1:4 (0:2), Renningen – Stuttgart 0:4 (0:4), Schloß Neuhaus – Bielefeld 2:1 (1:1), Hamm – Schalke 2:2 (1:1), Frankfurt – Ferencvaros Budapest 2:2 (1:1).

EM-Qualifikationsspiel, Damen, Gruppe 4 in Oosterhout: Holland – Belgien 5:0 (1:0).

BOXEN

Amateure, 1. Finalkampf: Mülheim – Leverkusen 12:14; 1. Kampf um Platz 3: Korbach/Gelsenkirchen – Eichstätt 13:12.

EISHOCKEY

Weltmeisterschaft in Dortmund: Kanada – Finnland 5:1, „DDR"– Bundesrepublik Deutschland 3:4, UdSSR – CSSR 6:1, Schweden – Italien 5:1.

HANDBALL

DHB-Pokal, 2. Hauptrunde, Herren: Dietzenbach – Bilkenau 26:27, Altenholz – Sieger Wanne-Eickel/Reinickendorf 21:23, Schutterwald – Großwallstadt 17:15, Dotzdorf – Dutenhofen 25:15, Milbertshofen – Ratingen-Wülfrath 19:20, Kirch Polgöns – Günzburg 24:28, Mülheim-Kärlich – Gensungen 21:22, Fredenbeck – Schwabing 13:19, Verden – Göppingen 26:27 n. V.

Bundesliga: Damen, 17. Spieltag: Gruppe Nord: Oldenburg – Greven 31:12, Leverkusen – Jarplund-Weding 22:12, Herzhorn – Kiel 12:12. – Gruppe Süd: Lützellinden – Gießen 16:15, Malsch – Frankfurt 21:17.

HOCKEY

Bundesliga, Gruppe Süd/Berlin: Stuttgarter Kickers – Berliner HC 1:0, Münchner SC – SC Safo Frankfurt 1:0, Rüsselsheimer RK – HC Heidelberg 0:1, Limburger HC – TG Frankenthal 0:1, Stuttgarter Kickers – SC Safo Frankfurt 2:1.

1.	Münchner SC	3	2	0	1	5:3	4:2
2.	Rüsselsheim	3	2	0	1	5:4	4:2
3.	Stuttgart	3	2	0	1	4:4	4:2
4.	Limburg	2	1	1	0	4:2	3:1
5.	Heidelberg	1	1	0	0	1:0	2:0
6.	Frankenthal	3	1	1	1	7:4	3:3
7.	Frankfurt	2	0	0	2	1:3	0:4
8.	Berliner HC	3	0	0	3	1:8	0:6

Gruppe Nord/West

Uhlenhorst – Großflottbek 2:2, Schwarzweiß Köln – Kahlenberg 4:1, Gladbach – Hannover 1:1, Leverkusen – Rotweiß Köln 1:1, Rotweiß Köln – Schwarzweiß Köln 1:3, Gladbach – Großflottbek 3:1.

1.	Schwarzweiß Köln	3	3	0	0	8:2	6:0
2.	Mülheim	3	2	1	0	9:4	5:1
3.	Gladbacher HC	3	1	1	1	4:5	3:3
4.	RTHC Leverkusen	3	0	2	1	2:3	2:4
5.	Großflottbek	3	0	2	1	5:7	2:4
6.	BHC Hannover	3	0	2	1	5:7	2:4
7.	Rotweiß Köln	2	0	1	1	2:4	1:3
8.	Kahlenberger HTC	2	0	1	1	2:5	1:3

WASSERBALL

Bundesliga, 11. Spieltag: Düsseldorf – Braunschweig 9:9, Würzburg – Köln 13:8, Neustadt – Duisburg 98 8:9, ASC Duisburg – Spandau 5:9, Esslingen – Hannover 14:8, Cannstadt – Hamm 7:17.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Las Vegas (400 000 Dollar), Halbfinale: Connors – Pfister (beide USA) 6:3, 1:6, 7:5, Edmondson (Australien) – van't Hof (USA) 6:4, 6:4. – Internationale britische Hartplatzmeisterschaften in Bournemouth (103 000 Dollar), Halbfinale: Smid (CSSR) – Pecci (Paraguay) 4:6, 6:4, 10:8, Higueras (Spanien) – Edberg (Schweden) 6:1, 6:1. – Grand-Prix-Turnier der Damen in Haines City/Florida (200 000 Dollar), Einzel, Halbfinale: Navratilova (USA) – Mandlikova (CSSR) 4:6, 6:2, 7:5, Jaeger (USA) – Turnbull (Australien) 6:3, 2:6, 6:2.

REITEN

Weltcup-Springen, Finale in Wien, 2. Weltcup-Prüfung: 1. Matz, Jet Run, 0 Fehlerpunkte/29,42 Sek., 2. Maloney, Turf Fire, 0/32,46, 3. Joio (alle USA), I love you, 0/34,46, 4. Simon (Österreich), Gladstone 4/28,53, 5. Kursinsky, Livius 4/31,38, 6. Ward (beide USA), Eclair de L'Ile, 7/37,96, alle im zweiten Stechen ... 10. Ligges, Goya, 4 ... 17. Schockemöhle, Deister, 8 ... 25. Rüping, Silbersee, 12 ... 32. Snoek (alle Deutschland) Palmanova 17,25, alle im Normalparcours. – Gesamtstand Weltcup nach zwei von drei Prüfungen: 1. Simon und Joio je 60 Punkte, 3. Pyrah (England) 52,5 ... 5. Schockemöhle 45,5.

Internationales S-Springen: 1. Skelton (England) mit St. James, 0 Fehler/30,46 Sek., 2. Leone (USA), Loecky, 0/31,37, 3. Pyrah, Towerlands Diamond, 0/34,93, 4. Simon, Answer, 4/28,60, 5. Tyteca (Belgien), Soulaiky, 4/29,41, 6. Edgar (England), Everest Radius, 4/33,12, 8. Rüping, Caletto, 8/31,63, 9. Ligges, Rodney, 8/37,89 ... 18. Snoek, Faun, 8/58,52.

Staffettenspringen: 1. Rüping/Schockemöhle mit Cortino/Manolito, 68,24 Sek., 2. Kursinsky/Monahan, Moi Polloi/Corniche, 71,89, 3. Whitacker/Hadley (England), Angelzarke/Coruna Bay, 76,45, 4. Frühmann/Simon (beide Österreich), Attention/Farina, 77,97, 5. Ward/Leone (USA) Eureka/Vautrait, 82,32, 6. Edgar/Pyrah, Everest Radius/Towerlands Fire Fox, 83,14.

JUDO

Bundesliga, 2. Wettkampftag, Gruppe Nord: Brühl – Berlin 6:0, Brühl – Witten-Annen 3:3, Berlin – Witten-Annen 1:5, Remscheid – SV Düsseldorf 6:1, Remscheid – Braunschweig 2:3, SV Düsseldorf – Braunschweig 0:7, Wolfsburg – JC Düsseldorf 6:0, JC Düsseldorf – Hamburg Eilbeck 5:0. – Gruppe Süd: München-Großhadern – Wiesbaden 5:0, Heidelberg – Nürnberg 4:3, Heidelberg – Rüsselsheim 0:6, Nürnberg – Rüsselsheim 0:6, Abensberg – Freiburg 2:3, Abensberg – Mannheim 6:1, Freiburg – Mannheim 4:2.

RADSPORT

18. Amstel-Gold-Race, über 242 km in der Provinz Limburg (Holland): 1. Anderson (Australien) 5:50:26 Std., 2. Bogaert (Belgien) 31 Sek. zur., 3. Raas, 4. Hanegraaf (beide Holland), 5. de Wilde (Belgien), ... 33. Braun 7:29 Min. zur., 34. Bolten (beide Deutschland) gl. Zeit.

GYMNASTIK

Internationales Turnier in Wiesbaden (19 Nationen), Gerätefinale, Keulen: 1. Dewina 19,60 Punkte, 2. Beloglasowa (beide UdSSR) 19,45, 3. Weber (Deutschland). – Band: 1. Dewina 19,55, 2. Weber 19,35, 3. Zahorovska (CSSR) 18,95. – Reifen: 1. Dwina und Weber 19,55, 3. Huschke („DDR") und Mojzisova (CSSR) 19,00. – Ball: 1. Beloglasowa 19,50, 2. Weber 19,40, 3. Mojzisova 19,05. – Vierkampf, Endstand: 1. Beloglasowa 38:50, 2. Dwina und Weber beide 38,25, 4. Zahorovska 37,75, 5. Mojzisowa 37,50.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 4, 12, 30, 32, 34, 39, Zusatzzahl: 22. – Spiel 77: 1 5 4 0 5 4 9. – **Toto:** Elferwette: 2, 2, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 0, 2, 1. – **Rennquintett:** Pferdetoto: 11, 16, 3, – Pferdelotto: 2, 3, 8, 10 (ohne Gewähr).

GALOPP

Pageno muß in die Zucht

Die Rennlaufbahn des jetzt vierjährigen Galopperhengstes Pageno aus der Zucht von Walter Heitmann aus Delingsdorf bei Hamburg ist zu Ende. Pageno zog sich bei seinem Start im Japan-Cup auf der Rennbahn in Tokio im Herbst vorigen Jahres einen schweren Sehnenschaden am linken Vorderbein zu. Sein Besitzer Jan Lißmann aus Witten verhandelt mit einem deutschen Trakehnergestüt, englischen und irischen Zuchtstätten.

*

Das Gestüt Buschhof in Uetze bei Hannover ist vor einigen Wochen an den Düsseldorfer Unternehmer Wolfgang Hamma (43) verkauft worden. Das Gestüt gehörte zur Gewerkschaft Brundhilde. Dieses Unternehmen beschäftigt sich mit dem Erzbergbau. Hammas vordringliches Interesse galt nicht dem Gestüt. Sämtliche 25 Rennpferde werden am 30. April um 10.30 Uhr auf der Düsseldorfer Rennbahn von Auktionator Enno Ferdinand Albert versteigert. Hamma, der seine Doktorarbeit über ein spezielles Thema des Luftverkehrs schrieb, will das Gestüt aber nicht dichtmachen, sondern lediglich den ohnehin unrentablen Rennstall abbauen.

*

Seit 1979 sponserte die Dortmunder Brauerei Thier das Deutsche St. Leger, eine von nur fünf klassischen Prüfungen der Turfsaison. Als der Dortmunder Rennverein im Vorjahr in akute Finanzschwierigkeiten geriet, zahlte das Brauhaus sogar im voraus. Jetzt plant Thier den Ausstieg. Werbeleiter Heinz Grewe: „Der neue Name des Rennens wurde einfach nicht angenommen. Zu sehr ist im rennsportlichen Bereich der Begriff St. Leger eingebürgert."

*

Im Kölner Gestüt Röttgen (es gehört der 4711-Mitinhaberin Maria Mehl-Mülhens) ist ein Fall der Pferdeseuche Virusabort festgestellt worden. Das Gestüt wurde deshalb vom Direktorium für Vollblutzucht und Rennen für fremde Pferde gesperrt.

*

Über 1000 Rennen hat Joan Pall (52) als Jockey gewonnen. Seit über einem Jahr ist er als Trainer in Gelsenkirchen-Horst tätig – ohne einen Sieg. Zuletzt standen noch zwei Pferde in den Boxen des ehemaligen Stalljockeys von Championtrainer Heinz Jentzsch.

KLAUS GÖNTZSCHE

RADSPORT / Jan Raas vor Rekord gestoppt

Weltcuprennen an Anderson

FRANS VERMEEREN, Meerssen

Jan Raas war fassungslos. Schon fünfmal hatte der holländische Ex-Weltmeister der Radprofis das Weltpokal-Rennen „Amstel Gold Race" in der südholländischen Provinz Limburg gewonnen. Doch diesmal war der Australier Phil Anderson (25) nach 242 Kilometern und zwanzig schweren Steigungen der Stärkere. Allein erreichte Anderson, der neue Kapitän des französischen Peugeot-Teams, die Julianalaan im Zielort Meerssen. Raas belegte hinter dem Belgier Jan Bogaert nur den dritten Platz. Raas: „Ich hatte mir fest vorgenommen, zum sechsten Mal bei diesem Rennen zu siegen. Das wäre ein einmaliger Rekord. Doch dieser Anderson fuhr so stark, daß es mir mit fünf Teamkollegen nicht gelang, zu ihm aufzuschließen. Und am Ende hat dieser Mann auch noch den großen Joop Zoetemelk stehengelassen."

Mit dem früheren Sieger der Tour de France, Joop Zoetemelk, hatte Anderson etwa 40 Kilometer vor dem Ziel gemeinsam einen Ausreißversuch unternommen. Das war am schweren Keuteberg, wo der belgische Ex-Weltmeister Freddy Maertens einen Massensturz verursacht hatte, in den auch Gregor Braun (Neustadt) verwikkelt war. Braun und dessen deutscher Mannschaftskollege Uwe Bolten landeten im geschlagenen Feld.

Doch Anderson, im vorigen Jahr bei der Tour acht Tage lang im Gelben Trikot des Spitzenreiters, machte das Tempo, von Zoetemelk dabei kaum unterstützt. Im Ziel sagte der Australier: „Daß Raas noch zu mir aufschließen wollte, wollte vielleicht sein Landsmann Zoetemelk. Doch ich wollte das nicht." Für Anderson war es der erste Sieg in einem großen Eintagesrennen.

RINGEN / Vierter Platz für Markus Scherer

Triumph für die Bulgaren

sid, Budapest

Bulgariens Freistil-Ringer feierten bei den 30. Europameisterschaften in Budapest mit dem Gewinn von fünf Titeln sowie drei Silbermedaillen erneut einen großen Triumph. 1982 im heimischen Varna hatten sie von zehn möglichen vier Klassensieger gestellt und waren auch damals die erfolgreichste Nation. Die UdSSR gewann zwei Goldmedaillen. Je einmal waren jugoslawische und türkische Ringer erfolgreich. Gastgeber Ungarn gewann durch Jozsef Balla im Superschwergewicht einen Titel.

Für die sechs deutschen Teilnehmer endeten die Titelkämpfe nahezu mit einem Fiasko und dem Abstieg in die internationale Zweitklassigkeit. Der sechste Rang von Leichtgewichtler Erwin Knosp (Urloffen) nach einer 3:4-Niederlage gegen Zoltan Szalontai (Ungarn) war die beste Plazierung.

Die deutschen Ringer sind somit knapp 17 Monate vor den Olympischen Spielen in Los Angeles auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt. „Ich habe selten ein derart schlechtes Abschneiden miterlebt und bin enttäuscht über die schwachen Vorstellungen unserer Aktiven", kommentierte Hermann Schwindling (Saarbrücken) als Präsident des Deutschen Ringer-Bundes (DRB) die Titelkämpfe.

Die verletzungsbedingten Ausfälle der ehemaligen Welt- und Europameister Martin Knosp und Pasquale Passarelli (Nürnberg) hatten den Deutschen Ringer-Bund schon vorzeitig aller Medaillenchancen beraubt. Im klassischen Stil wurde Papiergewichtler Markus Scherer (Schifferstadt) Vierter.

So sprach der Präsident sich und seinen Leuten Mut zu: „Beim Neuaufbau müssen wir jetzt nur Geduld haben."

Ulli Philipp als „Heldin" einer neuen Serie

Nur äußerlich verträumt

Sie ist von einer Karriere verwöhnt, die im gesichtsverschleißenden Fernsehbetrieb ungewöhnlich anmutet. Denn Ulli Philipp (40) brachte es fertig, auf dem Schirm zwar häufig präsent zu sein, aber dennoch nicht vom Überdruß der Zuschauer eingeholt zu werden. Heute abend erleben wir die zierliche, großäugige Schauspielerin in der neuen vierteiligen Serie „Selbst ist die Frau", einer Unterhaltungssendung des NDR, die anknüpfen will an die erfolgreiche Reihe „Spaß beiseite, Herbert kommt" mit dem verstorbenen Herbert Mensching.

Ulli Philipp spielt hier die Rolle einer Betriebspsychologin, einer couragierten selbständigen, alleinstehenden Frau. Zwar wurde das Drehbuch von einem Mann, von Marcus Scholz, verfaßt, doch konnte sich der so gut in die Situation der Frauen einfühlen, daß selbst Ulli Philipp gesteht: „Da gibt es Momente, in denen man sich haarklein wiederfindet. Zum Beispiel kommt die Psychologin immer ein wenig zu kurz, weil sie es nie übers Herz bringt, anderen eine Bitte abzuschlagen. Sie kann nämlich einfach nicht nein sagen."

Selbst ist die Frau – ARD, 21.45 Uhr

Vor diesen Zwiespalt sah sich auch die Darstellerin selber häufig gestellt. Es gab Zeiten, da spielte die Philipp beinahe pausenlos im Fernsehen, von Lessing, Nestroy über Courths-Mahler bis zu Fallada. Der Typus „Kindfrau", den sie verkörpert, machte sie zum TV-Liebling in mehr als 100 Rollen bislang. Und trotz dieser Gefragtheit schaffte sie es, sich ein Eigenleben zu bewahren. Alle zwei Jahre geht sie auf Tournee und spielt nach wie vor viel Theater.



Ulli Philipp in der Rolle der Psychologin Ulrike Färber
FOTO: ESTORFF/THOMA

Mit der Schauspielerei hatte die gebürtige Wienerin schon als Kind begonnen, im Burgtheater. Und weil sie damit so erfolgreich war, immer neue Angebote bekam, brauchte sie nicht einmal mehr die Abschlußprüfung der Schauspielschule zu machen. Statt dessen begeisterte sie beispielsweise im Wiener Kellertheater den Regisseur Arthur Rabenalt, der die damals blutjunge Schauspielerin vom Fleck weg für eine Fernsehrolle – als Schwester von Mozart – engagierte. Drehort war München. Ulli Philipp kam – und blieb an der Isar.

Inzwischen hat auch sie – mit kritischem Blick auf sich selber – gelernt, einmal eine Rolle auszuschlagen. Feste Engagements lehnt sie sowieso ab, akzeptiert nur Stückverträge. So zierlich die Philipp ist, so fest steht sie auf beiden Beinen – auch wenn sie sich den Anschein einer Zartverträumten gibt.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

STUDIO

Das Deutsche Fernsehen/ARD wird am 27. April (9.50 bis etwa 13.00 Uhr) erstmals **live aus dem Europa-Parlament** berichten. Anlaß ist die Sondersitzung des Parlaments am 27. und 28. April in Brüssel über Probleme der Beschäftigungspolitik. Das Thema wurde für die Live-Premiere ausgewählt, weil es in der Bundesrepublik besonders interessiert und Debattenbeiträge aus anderen Ländern Impulse für die nationale Diskussion geben könnten, teilte die ARD-Programmdirektion in München mit.

*

Zum neuen Chefredakteur Fernsehen des Hessischen Rundfunks hat Intendant Wolfgang Lehr den bisherigen Chef der ARD-„Tagesthemen", **Manfred Buchwald** (46), berufen. Buchwald wird damit Nachfolger von Michael Stoffregen-Büller, der nach zehn Jahren beim Hessischen Rundfunk zum Westdeutschen Rundfunk überwechselt und dort die Leitung des Landesstudios Münster übernimmt. Bevor Buchwald im Jahre 1981 Chefredakteur der „Tagesthemen" wurde, war er 15 Jahre lang Leitender Redakteur des SWF-Regionalprogramms in Rheinland-Pfalz. Neben seiner journalistischen Arbeit hat er sich 12 Jahre lang im Deutschen Journalistenverband, dessen Vorsitzender er von 1978 bis 1981 war, mit berufs- und medienpolitischen Fragen befaßt. Seit 1971 nahm Buchwald Lehraufträge zu kommunikationswissenschaftlichen und berufspraktischen Themenstellungen an den Universitäten Mainz, Hamburg und Bochum wahr.

KRITIK

Standbild mit 60 000 Lämpchen

Corinne Hermes gewann also für Luxemburg den **„Grand Prix"**; ihr „Si la vie est cadeau", mitnichten ein Hit, war mit Inbrunst inszeniert und bewog die ratlosen Juroren, der Letztplazierten den ersten Platz einzuräumen. Das deutsche Popstückchen namens „Rücksicht" hätte zweifellos bei der Mittelmäßigkeit des Song-Aufgebots in München einen zweiten Platz verdient – aber darauf nahmen die Juroren keine Rücksicht. Die ARD hingegen, die unter Federführung des Bayerischen Rundfunks den „Grand Prix" für die Bundesrepublik bestreitet, wäre gut beraten, das demoskopische Prinzip des deutschen Vorentscheids als Modell zu akzeptieren und nicht zusammengewürfelte und oft nach politischen Aspekten zusammengesetzte Jurys.

Doch nun zum Spektakel selbst: Mit welcher Einfalt Regisseur Rainer Bertram die Veranstaltung, die immerhin von 600 Millionen beschaut wurde, zum Standbild erstarren ließ, war haarsträubend. Und Frau Charell zelebrierte die Moderation mit dem Charme eines Computers. Dieter Reith, Chef der deutschen Begleit-Bigband, wurde neunzehn Male ins Visier genommen, wenn er die Stabführung den Gastdirigenten übergab. Das Kulissenbild, zusammengeschustert aus 60 000 Lämpchen, erschien wie der elektronisierte Pallisadenzaun eines US-Forts, der die angereisten Sänger zu Songsoldaten vor dem letzten Gefecht degradierte. Alle Bilder sahen wie eins aus. Eins wie alle.

REGINALD RUDORF





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 **heute**
10.05 **Miss Marple:** Vier Frauen und ein Mord
11.30 **Lutherstätten im Westen**
12.00 **Umschau**
12.10 **Querschnitte**
12.55 **Presseschau**
13.00 **heute**

ARD

16.10 **Tagesschau**
16.15 **Ich wollt' ich wär ...**
Was sich Zeitgenossen wünschen
Mit Susanne Offenbach
17.50 **Tagesschau**
dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Abenteuer Bundesrepublik**
Wir sind wieder wer
Anschl. Ein Platz an der Sonne
Bekanntgabe der Wochengewinner
21.15 **Alltag in Asien**
Von Hanoi nach Thanh-Hoa
21.45 **Selbst ist die Frau**
Wenn man mal jemanden braucht!
Neue vierteilige Serie
Mit Ulli Philipp, Heinz Weiss, Helga Feddersen u. a.
Regie: Marcus Scholz
Ulrike verursacht einen Autounfall. Daß dabei das neue Auto eines Cholerikers zu Schaden kommt, ist nicht ihre Schuld. Der Vorfall gipfelt in dem sattsam bekannten Zitat „naja, Frauen am Steuer" – zumal Ulrike sich alles andere als „typisch weiblich" in dieser Situation verhält. Ulrike fühlt sich ungerecht behandelt und will sich bei Freunden, Verwandten und Bekannten ausweinen.
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Das Nacht-Studio**
Der erste Tag der Freiheit
Poln. Spielfilm, 1964
Regie: Aleksander Ford
(Wh. v. 1971)
„Der erste Tag der Freiheit" ist eine eindringliche Beschreibung individuellen Verhaltens in der Stunde Null, dargestellt an der Begegnung einiger Polen und Deutscher in den letzten Kriegstagen.
00.30 **Tagesschau**

ZDF

16.00 **heute**
16.04 **Einführung in das Strafverfahrensrecht**
Das Tagebuch
Teil 2: Gang der Hauptverhandlung
16.35 **Die kleine Eisenbahn der Caipira**
Zeichentrickfilm (Wh. v. 1976)
16.45 **heute**
16.57 **Aus München:**
Eishockey-WM
Deutschland – Kanada
Sprecher: Werner Schneider
In den Pausen:
17.40 **heute-Schlagzeilen**
18.35 **heute**
19.30 **Hitparade im ZDF**
Präsentiert von Dieter Thomas Heck
20.15 **Aus Forschung und Technik**
Mit den Themen: Die Geschichte mit dem Säureregen / Wissenschaft am Ende? – Experten sind hilflos gegen das Waldsterben / Blei im Benzin / Macht Autofahren krank?
Leitung: Joachim Bublath
21.00 **heute-journal**
21.20 **Das gläserne Wappen**
Erinnerungen am Sterbebett
Fernsehfilm nach Eva Bakos
Mit Michaela Rosen, Michaela Bogner u. a.
Regie: Susanne Zanke
Marie-Theres kommt vom Einkaufen heim. Auf der Treppe des ehrwürdigen Wiener Mietshauses wird sie an das Krankenbett von Zoltan Pronay gerufen, der in diesem Hause wohnt, solange sie zurückdenken kann, und der ihr vor Jahrzehnten schon ein väterlicher Freund war.
23.10 **Eishockey-WM**
„DDR" – Finnland
23.45 **heute**



Tadeusz Fijewski in einer Szene des polnischen Spielfilms „Der erste Tag der Freiheit", um 23.00 Uhr in der ARD FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 **Telekolleg**
18.30 **Sesamstraße**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Anruf erwünscht**
21.45 **Landesspiegel**
22.15 **Liebe ist etwas Zärtliches**
23.50 **Letzte Nachrichten**

NORD
18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Ausländer – Inländer (3)**
19.00 **Antiquitäten in Serie (4)**
Jugendstil-Möbel für alle
19.15 **Die Sprechstunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Unterm Funkturm**
Auslandskorrespondenten zu Gast mit Gästen
Heute: Gerhard Konzelmann
21.30 **Die tollen Geschäfte des Ivar Kreuger**
Von Jan Bergquist und Hans Bendrik
22.40 **Ohne Kunst kann man nicht leben**
Kulturelle Kontakte zwischen Berlin und Riga
23.10 **Der Dialog geht weiter**
Schriftsteller aus Ost und West zum Thema Frieden und Abrüstung
23.50 **Letzte Nachrichten**

HESSEN
18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Montagsspaß**
19.00 **Ausländer – Inländer (1)**
19.30 **Elternstammtisch**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Zukunft 2000 (2)**
21.00 **Drei aktuell**
21.15 **„Im Zeichen des Kreuzes"**

SÜDWEST
18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Telekolleg I**
Deutsch (29)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 **Die Abendschau im Dritten**
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 **Abendschau Blick ins Land**
Nur für das Saarland
19.00 **Saar 3 regional**
Gesamt Südwest 3
19.25 **Nachrichten und Moderation**
19.30 **Bonanza**
20.20 **Menschen unter uns:**
Der Sonnenflieger
21.20 **Opas Weltraum-Utopien**
21.40 **Fernseh-Memoiren**
Alex Möller blickt zurück

BAYERN
18.35 **Die Abenteuer der Maus**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Die schönsten Fabeln der Welt**
19.05 **Wo der Wildbach rauscht**
Dt. Spielfilm, 1956
20.45 **Rundschau**
21.00 **Das Prinzregententheater**
21.05 **Blickpunkt Sport**
22.05 **Z. E. N.**
22.10 **Die ersten Menschen (2)**
22.55 **Rundschau**

Reagan gibt Druck der Farmer nach

■ Fortsetzung von Seite 1

deausfuhren in die Sowjetunion mit rund 23 Millionen Tonnen gerade einen Höchststand. Sie deckten etwa 75 Prozent der sowjetischen Importe. Seitdem haben die Sowjets ihre Abhängigkeit von Amerika auf 20 bis 30 Prozent (1983: sechs Millionen Tonnen) gedrückt. Im Kongreß ist denn auch das Echo auf Reagans Rückkehr zu den alten Praktiken durchweg positiv. „Es wurde Zeit, und ich hoffe, daß wir die dringend benötigten Ausfuhren steigern können", sagte der Vorsitzende des Agrarausschusses im Repräsentantenhaus, de la Granza.

Der einflußreiche Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat, Robert Dole aus Kansas, hielt schon einen Gesetzentwurf bereit, der auf langfristige Abmachungen mit Moskau zielte und von 46 Senatoren unterstützt wurde. William Brock, der Handelsbevollmächtigte des Weißen Hauses, bezeichnete die Kehrtwendung als einen „normalen Vorgang". Die Sanktionen hätten ihre politische Wirkung gezeigt. „Wenn es wieder einen langfristigen Vertrag gibt, können wir unseren alten Marktanteil in der Sowjetunion zurückholen", meinte der stellvertretende US-Agrarminister Lyng.

Bisher ist Moskau eine Antwort auf die am 7. April von einem US-Staatssekretär überbrachte Reagan-Offerte schuldig geblieben. Angesichts des Gerangels mit den Europäern und Japanern über Restriktionen im Osthandel hat diese Rückkehr zum „business as usual" allerdings einen peinlichen Beigeschmack. Vielen „hardlinern" wäre es außerdem lieber, Reagan würde das Getreide als Waffe benutzen, um den Kreml zur Umverteilung der raren volkswirtschaftlichen Mittel zu zwingen.

Schtscharanskis Freilassung gefordert

AFP/rtr, **London**

Als erster hochrangiger britischer Regierungsvertreter seit 1977 ist gestern Malcolm Rifkind zu einem fünftägigen offiziellen Besuch nach Moskau abgereist. Rifkind, Abteilungsleiter für britisch-sowjetische Beziehungen im Londoner Außenministerium will in Moskau neben bilateralen Fragen auch Menschenrechtsprobleme erörtern. Unter anderem will er die Freilassung des sowjetischen Regimegegners Anatoli Schtscharanski verlangen, der eine 13jährige Haftstrafe wegen „Verrats" absitzt.

Bukarest: Getarnte Kritik an Frau Ceausescu

Ein Professor geißelt Machtfülle und Eigennutz

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Getarnte, aber dennoch deutliche Kritik hat eine rumänische Literaturzeitschrift an der mächtigsten Frau Rumäniens geäußert: an Elena Ceausescu, der Frau des Partei- und Staatschefs Nicolae Ceausescu. Die „First Lady" Rumäniens ist Mitglied des politischen Exekutivkomitees der KP, Mitglied des ZK, ferner Erster stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzende des Nationalen Rats für Wissenschaft und Technologie. Sie kontrolliert praktisch das gesamte wissenschaftliche und kulturelle Leben Rumäniens.

In der Zeitschrift „Arges", die in der gleichnamigen Provinz nördlich von Bukarest erscheint, veröffentlichte der Professor der Bukarester Universität Ion Coja einen Aufsatz, in dem er Helena – rumänisch: Elena – als Symbol der Selbstsucht und eigennütziger Interessen bezeichnet. Als Gegenbild zu Helena (vordergründig gemeint ist die „Schöne Helena", die den trojanischen Krieg auslöste) charakterisiert Coja die Gestalt der Iphigenie – als Symbol der Reinheit und Ehrlichkeit. Da die Frau des rumänischen Parteichefs von der Bevölkerung Rumäniens stets nur unter ihrem Vornamen „Elena" erwähnt wird, muß jede Erwähnung dieses Namens politische und aktuelle Assoziationen auslösen – zumal da sich Elena Ceausescu gerade im kulturellen Bereich viele Feinde gemacht hat.

„Wer das Schwert für Elena erhebt", so heißt es in dem Aufsatz der Zeitschrift „Arges", „verdient es nicht, das Schwert für Iphigenie zu ziehen." Wer für Elena eintrete, kämpfe „für eine Hure, wie sie von vielen genannt wurde". In Kunst und Kultur könne aber nur das Prinzip der Iphigenie herrschen – also das Prinzip der Ideale. Weiter heißt es – und auch hier wird die Anspielung auf die machtpolitische Situation in Rumänien überdeutlich: „Die Kunst gehört zu einer Sphäre der Existenz, der man sich nur mit völlig reinen Händen nähern kann, weil sie auf Intelligenz, Sensibilität, Ehre und auf allem Guten und Schönen im Menschen beruht."

Professor Coja hat bereits zweimal gegen den Kurs Ceausescus öffentlich aufbegehrt. 1978 veröffentlichte Coja einen Artikel, in dem er die dogmatische Kulturpolitik des rumänischen KP-Systems kritisierte. Kurze Zeit später griff er auf einem Kolloquium des rumänischen Schriftstellerverbandes die im Lande herrschende Zensur scharf an. Die Zensur, so sagte er damals, sei nach ihrer offiziellen Aufhebung durch Ceausescu in Wirklichkeit noch schlimmer geworden, als sie vorher gewesen sei.

Rom auf Neuwahl vorbereitet

Tritt Ministerpräsident Fanfani Donnerstag zurück?

F. M. **Rom**

Die italienische Regierungskrise, die am Freitag durch den Rückzug der sozialistischen Minister aus der Koalition ausgelöst wurde, wird Ende dieser Woche zum Rücktritt des Vierparteienkabinetts Fanfani führen. Am Donnerstagnachmittag werden die Sozialisten während einer Senats-Debatte ihre Entscheidung formell bestätigen. Der christdemokratische Ministerpräsident Fanfani wird daraufhin demissionieren.

Nach der in Rom jetzt vorherrschenden Ansicht werden damit Parlamentsauflösung – wahrscheinlich in der kommenden Woche – und Neuwahlen im Juni unumgänglich werden. Staatspräsident Pertini hatte zwar nach der von ihm auf Wunsch aller großen Parteien verfügten Parlamentsauflösung des Jahres 1979 immer wieder erklärt, daß er alles tun werde, um während seiner Amtsperiode dem Land ein zweites Mal das „Trauma" eines Abbruchs der Legislaturperiode zu ersparen. Angesichts der festen Entschlossenheit der Sozialisten zu Neuwahlen, die das Land unregierbar macht, sieht er jetzt aber offenbar keine andere Wahl.

Umstritten unter den Parteien ist noch das Wahldatum. Die Sozialisten fordern die Zusammenlegung mit den für den 26. Juni anberaumten kommunalen und regionalen Teilwahlen. Bei den Christdemokraten plädieren starke Kräfte für die Trennung der beiden Wahlgänge, weil die DC bisher bei allgemeinen Wahlen stets besser abgeschnitten hat als bei Kommunalwahlen.

Honecker soll im September kommen

● Fortsetzung von Seite 1

lich abzuwenden. „Immerhin wollten wir ja mit der Ablösung der Regierung Schmidt eine Wende – und zwar keine Wende zur Kontinuität", hieß es in der Umgebung des Kanzlers.

Führende FDP-Politiker wiesen die Forderungen der CSU nach Änderungen in der Deutschlandpolitik scharf zurück. Bundesaußenminister Genscher meinte im Hessischen Rundfunk: „Die Regierungskoalition ist gut beraten, wenn sie die Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik, mit der sie in den Bundestagswahlkampf gegangen ist, für die sie die Unterstützung der Wähler bekommen hat, nun auch konsequent fortführt und natürlich auch fortentwickelt. Denn auch die Welt ändert sich." In diesem Zusammenhang sprach der FDP-Chef von einer „Dynamik in der Kontinuität".

Zum Honecker-Besuch bemerkte Genscher: „Je unnormaler die Lage ist, um so dringlicher ist, daß er kommt." Die Generalsekretärin der FDP, Irmgard Adam-Schwaetzer, erklärte, ihre Partei sei nicht bereit, die bisherigen Erfolge im deutsch-deutschen Verhältnis durch überzogene Forderungen der CSU kaputtmachen zu lassen. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff appellierte an die CSU, sie solle erklären, ob sie sich in der Bonner Koalition als Arbeitspartner oder als „Belästigungspotential" empfinde.

CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu bezeichnete die „polemischen Äußerungen" von FDP-Politikern als unangebracht. Die Freien Demokraten sollten endlich zur gemeinsamen Sacharbeit zurückkehren, statt unsinnige Wahlkampf-Nachhutgefechte zu führen.

CSU-Chef Strauß zweifelte in einem Gespräch mit „Bild am Sonntag" noch einmal die „DDR"-Darstellung an, der Tod Burkerts habe sich völlig unvorhersehbar während eines korrekten Verhörs durch „DDR"-Organe ereignet. „Die ängstliche Leisetreterei der Regierung Schmidt/Genscher darf nicht von der Regierung Kohl/Genscher fortgesetzt werden", sagte Strauß.

In der Nähe des Westberliner Sektorenübergangs Heinrich-Heine-Straße protestierten die Internationale Gesellschaft für Mnschenrechte und die Junge Union Berlin mit einem Schweigemarsch gegen den Tod Rudolf Burkerts in Drewitz.

Reagan steckt Ziele für Shultz' Nahost-Reise ab

Truppenabzug aus Libanon als erster Schritt

SAD.DW. **Washington/Kairo**

Nach den jüngsten Rückschlägen in der amerikanischen Nahost-Diplomatie hat sich die Aufmerksamkeit jetzt auf den Besuch von US-Außenminister George Shultz in der Krisenregion gerichtet. Shultz trifft heute zum Auftakt seiner ersten Nahost-Mission seit seiner Amtsübernahme vor neun Monaten in Kairo ein. Er will anschließend Israel, Libanon und möglicherweise Jordanien und Saudi-Arabien besuchen. Auch ein Besuch in Syrien wurde nicht ausgeschlossen.

Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak sagte am Wochenende, ein israelisch-libanesisches Abkommen über den Abzug der israelischen Truppen aus dem Land sei die „Mindestvoraussetzung" für den Erfolg der Nahost-Reise des US-Außenministers. Auch in Libanon, wo der öffentliche Unmut über den schleppenden Gang der Verhandlungen mit Israel immer lauter wird, werden große Hoffnungen auf Shultz gesetzt.

US-Präsident Reagan hatte am Wochenende mitgeteilt, mit der Reise des Außenministers solle der „ungebrochene Wille" der USA unterstrichen werden, dem Nahen Osten Frieden zu bringen. Wichtigste Aufgabe seines Emissärs sei es, „die Verhandlungen über einen Abzug aller ausländischen Truppen aus Libanon zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen". Shultz selbst äußerte sich optimistisch. Es dürfe nicht allzu schwer sein, zumindest den Abzug der Israelis aus Libanon durchzusetzen, da sich Beirut und Jerusalem bereits „über wesentliche Punkte wie die Sicherheit in Süd-Libanon einig" seien.

Ein weiteres wichtiges Thema seiner Gespräche im Nahen Osten ist die Rolle der PLO in dem Friedensprozeß. Dies kam auch in Reagans Darlegungen zum Ausdruck. Er äußerte die Hoffnung, daß der Friedensprozeß im Nahen Osten vielleicht auch ohne die radikalen Elemente in der PLO vorangebracht werden könnte. „Vielleicht haben wir die PLO wichtiger genommen, als sie ist. Die Verhandlungen dürfen jetzt nicht davon abhängig gemacht werden, daß die PLO an ihnen beteiligt wird."

Shultz hatte bereits in der vergangenen Woche die Auffassung vertreten, die Zeit sei jetzt vielleicht dafür reif, daß die arabischen Länder der PLO das Mandat wieder abnehmen, das sie ihr 1974 zur Vertretung aller Palästinenser eingeräumt haben.

Der Außenminister war in der Vergangenheit mehrfach kritisiert worden, daß er es angeblich am persönlichen Engagement in der Nahost-Politik habe fehlen lassen. Der Friedensplan Reagans sei unter anderem auch deswegen gescheitert, so meinen Kritiker, weil Shultz es nicht für nötig gehalten habe, sein eigenes beträchtliches Prestige in die Waagschale zu werfen. Shultz jedoch war stets der Meinung, daß es besser wäre, mit einem Besuch in Nahost zu warten, bis sich die Möglichkeit greifbarer Erfolge abzeichne.

In einer am Wochenende von der libanesischen Presse in Auszügen veröffentlichten Rede bekräftigte Staatspräsident Amin Gemayel seine Absicht, kein Abkommen zu unterzeichnen, das es Israel gestatten werde, weiter Truppen in seinem Land zu stationieren. Ferner äußerte er die Befürchtung, daß die Gespräche mit Israel kurz davor seien, in einer Sackgasse zu enden. Bevor er jedoch irgendwelchen nichtlibanesischen Streitkräften Rechte auf libanesichem Boden einräume, werde es lieber alles so lassen, wie es sei. Auch werde seine Regierung keine „normalen Beziehungen" zu Israel aufnehmen, doch befürworte sie eine Beendigung des Kriegszustands.

Die wachsende Ungeduld in Libanon mit dem schleppenden Gang der Verhandlungen mit Israel wurde auch in einem Kommentar des früheren Ministerpräsident Saib Salam deutlich: „Die unmöglichen Forderungen Israels und seine Versuche, eine Herrschaft über Libanon zu installieren, sollten Libanon dazu veranlassen, diese Art von Verhandlungen zu beenden", sagte er.

Shultz will bei seiner Reise auch auf die gemäßigten arabischen Führer einwirken, den jordanischen König Hussein zur Teilnahme an Friedensverhandlungen zu bewegen. Husseins Bemühungen, darüber ein Einvernehmen mit PLO-Chef Arafat zu erzielen, waren vor kurzem gescheitert, worauf es Hussein vorzog, sich aus den Friedensbemühungen zurückzuziehen.

Keine Bestätigung gab es bislang für einen Bericht der offiziösen saudiarabischen Tageszeitung „Al-Dschasira" wonach Hussein und Arafat ihre Gespräche in Kürze in Marokko fortsetzen wollten.

Seite 2: Die Shultz-Mission

Kohl reist im Oktober nach Israel

Co. **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl wird wahrscheinlich im Oktober nach Israel und etwa zwei Wochen später nach Jordanien, Saudi-Arabien und Ägypten reisen, erfuhr die WELT am Wochenende von unterrichteter Seite in Bonn. Ursprünglich hatte Kohl für seine Nahostbesuche den Frühsommer ins Auge gefaßt. Da er jedoch zunächst Ende Juni/Anfang Juli nach Moskau fliegen und voraussichtlich im September den „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker in der Bundesrepublik begrüßen will, kommt für den Nahen Osten erst der Oktober in Frage.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher unterstrich gestern im Hessischen Rundfunk die Absicht Bonns, in Nahost jene Initiativen zu unterstützen, „die für eine umfassende gerechte und dauerhafte Regelung unternommen worden sind – das gilt sowohl für die Bemühungen des amerikanischen Präsidenten, wie auch für die Bemühungen des arabischen Gipfels von Fes". Eine solche Unterstützung setze voraus, daß die Bundesregierung im Kontakt mit allen Regierungen des Nahen Ostens sei.

Chefwechsel beim Verfassungsschutz

ms. **Bonn**

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) wird in dieser Woche wichtige Personalentscheidungen treffen. Neuer beamteter Staatssekretär im Bundesinnenministerium soll – als Nachfolger von Günter Hartkopf – der bisherige Präsident des Statistischen Bundesamtes, Franz Kroppenstedt (51), werden. Kroppenstedt ist Verwaltungsfachmann. Als Leiter einer Arbeitsgruppe für die Dienstrechtsreform im Bundesinnenministerium hat er vielfältige Erfahrungen für seine neue Aufgabe gesammelt.

Morgen wird Zimmermann den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Richard Meier, in den Ruhestand verabschieden. Meiers Nachfolger wird Heribert Hellenbroich, der bisherige Vizepräsident des Kölner Amtes. Zimmermann hat vorab CDU/CSU, SPD und FDP über den Wechsel in Köln unterrichtet. Die Grünen hat er nicht informiert. Der Minister ist zu der Auffassung gelangt, daß Meier nach seinem schweren Verkehrsunfall im vergangenen Jahr gesundheitlich nicht mehr in der Lage ist, das Verfassungsschutzamt zu führen.

Foto-Markt unterbelichtet

nl – In der Amateurfotografie, einem ausgesprochenen Schönwetter-Hobby, nehmen die konjunkturellen Unterbelichtungen kein Ende. Die Wetterkapriolen in den Wintermonaten und zur Osterzeit haben manchem Fotofan die Lust am Knipsen genommen. Viele Kameras blieben unbenutzt in Schublade oder Tasche.

In Anbetracht der flauen Stimmung ist es denn auch kein Wunder, daß der Handel Fotogerät immer billiger feilbietet. Ein heftiger Preiskrieg tobt nach wie vor am Bildermarkt. Dem Fotofreund kann es eigentlich nur recht sein, daß man ihm große „Bildpflaster" zu äußerst niedrigen Preisen im Rahmen immer wieder verlängerter Sonderaktionen offeriert. Er fragt sich aber auch, wie lange die Branche eine derartige Zerreißprobe wohl durchzuhalten vermag. Der Zusammenbruch der Heinze-Gruppe macht deutlich, daß beispielsweise bei den Fotofinishern der Ausleseprozeß in voller Härte eingesetzt hat. Überkapazitäten sind es auch, mit denen sich die Kameraindustrie weltweit konfrontiert sieht. Agfa warf in dieser Sparte das Handtuch. Aber auch die Fotomacht Japan, die Zug um Zug fast den gesamten Spiegelreflex-Markt eroberte, bekommt den Druck zu spüren. Nippons Hersteller, die sich in letzter Zeit bei Sucherkameras mit Autofocus profilierten, müssen zurückstecken.

Die Entwicklung der Disc-Technologie und die hochempfindlicher Filme kann vorerst an der Verkaufsfront Einbußen bei anderer Ware nur teilweise ausgleichen. Geradezu in den Keller gerutscht ist die Sofortbildfotografie. Wenn man sich vor Augen hält, daß allein das Filmmaterial mit über zwei DM pro Bild zu veranschlagen ist, dann mag hierin sicherlich ein Teil der Antwort für diese Talfahrt zu suchen sein. Der Bürger setzt zur Zeit die Prioritäten eben anders.

Überfremdung

J. Sch. (Paris) – Luxus steht in Frankreich nicht mehr sehr hoch im Kurs. Dies wird als wichtigster Grund für die Übernahme der in diesem Sektor tätigen Unternehmen durch Ausländer angegeben. Von einer wirklichen Überfremdung kann man aber wohl nur bei den Parfum-Herstellern sprechen. Diese Branche wird einschließlich Kosmetika inzwischen zu etwa 60 Prozent von ausländischem Kapital kontrolliert. 1980 lag der Ausländeranteil erst bei 30 Prozent. Sind daran die Sozialisten schuld, die im Mai 1981 an die Regierung kamen? Handfeste Beweise dafür gibt es nicht. Allerdings hat die neue Regierung der Branche steuerlich und moralisch das Geschäft erschwert. Dazu kam aber, daß sich nicht wenige Parfumeure trotz zunehmender internationaler Konkurrenz auf ihren früheren Lorbeeren glaubten ausruhen zu können. Wenn ihnen jetzt die ausländischen Aktionäre, bei denen es sich durchweg um große Konzerne handelt, etwas mehr Marketing beibringen, so kann das Frankreich nur von Nutzen sein.

VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT / Symposium des Gesamtverbandes

Assekuranz will auch künftig wieder in den Wohnungsbau investieren

HARALD POSNY, Köln

Die deutsche Versicherungswirtschaft will sich ihrer Verantwortung nicht entziehen, ihren Teil zum Mietwohnungsbau beizutragen. Doch obwohl für diese Kapitalanlagen der Versicherer unter Rendite-Aspekten bessere Zeiten anbrechen, ist für sie die mittelfristige Nachfrageentwicklung unsicherer denn je. Während viele Versicherer glauben, daß höhere Mieten die Nachfrage senken, ist die Politik davon überzeugt, daß bis zum Jahr 2000 eine hohe Zusatznachfrage den Markt bestimmt.

Auf einem Symposium des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) in Köln wurde deutlich, daß für den künftigen Wohnungsmarkt nicht die abnehmende Gesamtbevölkerung, sondern die wachsende Zahl der (Mini-) Haushalte (1990: 30 Prozent Zwei-Personen-Haushalte) maßgebend ist, deren Zahl in den Jahren 1985 bis 1990 besonders stark zunehmen wird. Knut Gustafsson vom Bundeswohnungsbauministerium geht davon aus, daß sich allein durch das Entstehen neuer Haushalte ein jährlicher Wohnungsbedarf von 100 000 Einheiten bis in die neunziger Jahre hinein ergibt. Weitere 120 000 Wohnungen erfordern der Ersatzbedarf überalterten Wohnraums, Zusammenlegungen weitere 100 000; reale Einkommenszuwächse ziehen eine jährliche Zusatznachfrage von rund 150 000 Wohneinheiten nach sich. Dies freilich hängt von Bau-, Boden- und Zinskosten und der Nachfrage seitens ausländischer Bürger ab.

Zwar wird die Eigentumsbildung eine ganz entscheidende Rolle spielen, doch darf, so Gustafsson, nicht übersehen werden, daß 1979 elfeinhalb Jahreseinkommen eines Industriearbeiters für ein Einfamilienhaus benötigt wurden, während 1950 noch 6,3 Nettojahresverdienste ausreichten.

Der frei finanzierte Wohnungsbau, eine Domäne der Versicherungswirtschaft, müsse einer kleinen Gruppe von zahlungskräftigen Haushalten nachspüren und sich von anonymen Geschoßwohnanlagen zu kleineren, überschaubaren, attraktiveren Bauformen zuwenden. Während der letzten beiden Monate dieses Jahres wurden 5100 Wohnungen mehr zum Bau genehmigt als vor einem Jahr. Diese Zahl entspricht dem jährlichen Bauvolumen der deutschen Lebensversicherungen. Von 1950 bis 1980 wurden über drei der 15,8 Millionen erbauten Wohnungen von der Assekuranz (mit) finanziert. Selbst 1980, als mit 11,5 Milliarden DM noch 100 000 Wohnungen erbaut oder finanziert wurden, flossen zwar nur 1,5 Prozent der Kapitalanlagen in den Wohnungsbau, doch von einem völligen Rückzug aus dem Mietwohnungsbau konnte nicht gesprochen werden.

Unter den gesetzlich vorgeschriebenen Grundsätzen für die Kapitalanlage der Versicherer (Sicherheit, angemessene Streuung und Mischung, Liquidität und Rentabilität) ist dennoch der frei finanzierte Wohnungsbau nahezu zum Erliegen gekommen. Andere lukrativere Anlageformen namentlich in der Hochzinsphase blockten. Nach Hans-Peter Nickisch, Finanzchef der Deutschen Beamtenversicherung, haben jedoch die Förderprogramme der Bundesländer über Zuschüsse von drei bis acht DM je Quadratmeter die Diskrepanz zwischen Kosten und Marktmiete meist abgedeckt. Auf der anderen Seite trieben sie die Bodenpreise in die Höhe. Nickisch kritisierte, daß die Bundesbürger mehr für Auto, Reisen und Freizeit als für ihre Wohnung ausgeben. Die durchschnittlichen Haushaltsbudgets sind nur zu 13 Prozent durch Mietaufwendungen belastet. Bei Erstvermietungen im Neubau liegt sie aber bei 30 Prozent. Bei Haushalten mit geringeren Einkommen noch darüber. Außerdem fürchten viele Versicherer, daß ein zu hohes Preisniveau für Mieten „abgespaltene Haushalte wieder zusammenfügt und damit zu einem Wohnraumüberhang führt". Die Staffelmiete werde hier wohl nicht helfen. Kleinere Mietsprünge brächten Nachteile, bei größeren Erhöhungssprüngen seien die Vermieter meist zum Nachgeben gezwungen. Obwohl Erfahrungen mit der Staffelmiete noch fehlen, der Mangel an Anlage-Alternativen, selbst bei Anlage in Substanzwerten (Immobilien, Aktien) ist offenkundig. Daher ist man, so Karl-Heinz Wessel, Vorsitzender des Verbands der Lebensversicherer, zum Wohnungsbau geradezu gezwungen.

AGRARMARKT

Ärger der deutschen Bauern über Pariser Politik wächst

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Nicht nur bei den deutschen Bauern, auch bei Außenhändlern wächst der Unmut über die französische Agrarpolitik, vor allem über die Behandlung der Importe. Es wird erwartet, daß Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der heute und morgen dem Ministerrat in Luxemburg vorsitzt, seinen französischen Amtskollegen auf die ausgesprochenen und unausgesprochenen Zusagen beim Grenzausgleich ebenso wie die Bedenken gegen die „kauft französisch"-Kampagnen zur Rückgewinnung des heimischen Marktes hinweisen wird.

In Bonn ist der Unmut bei den Agrarpolitikern deshalb so groß, weil Ende März, als die Wechselkurse im Europäischen Währungssystem festgesetzt wurden und die deutsche Seite – in erster Linie unter dem Druck aus Paris – einer Aufwertung der D-Mark über das aufgrund wirtschaftlicher und monetärer Faktoren hinausgehende Maß zustimmte, die damals noch amtierende französische Regierung versichert hatte, daß daraus den deutschen Landwirten kein Nachteil erwachsen sollte. Dieses wird zumindest als Bekräftigung der stillschweigenden Vereinbarung interpretiert, daß durch den Abbau des Grenzausgleichs, der durch die Währungsbeschlüsse für die Bundesrepublik auf 13 Prozent angehoben wurde, es zu keinen Preissenkungen kommen dürfe. Darauf würden aber die französischen Forderungen bei einigen Produkten hinauslaufen.

Dies wird vom neuen Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle abgelehnt. „Den deutschen Landwirten einseitig die erlös- und einkommensmäßigen Folgewirkungen dieser Währungsentscheidungen aufbürden zu wollen, ist ungerecht", heißt es.

Diffiziler sieht es im Handel aus. Die Ende vergangenen Jahres in Paris eingeleitete defensive Importpolitik zeigt ihre Wirkungen. Die ergänzenden Bestimmungen des „Gesetzes über die Anwendung der französischen Sprache" vom Oktober behindern die Geschäftsverbindungen und führen ebenso wie die verschärfte Ursprungskontrolle zu intensiveren Überwachungen an der Grenze. Dies gilt auch für das Dekret über die Einfuhr von Milcherzeugnissen. Ärger bereitet auch die Vermarktungsprämie von 20 Franc je Tonne importierter Kartoffeln.

Nach Ansicht des Geschäftsführers der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Helmut Fahrnschon, hat die französische Regierung durch ihre jüngsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen die Stimmung gegen ausländische Produkte wieder angefacht.

Der deutsche Agrarexport nach Frankreich zog 1982 um sechs Prozent auf 2,25 Milliarden Mark, die Gegenlieferungen um 6,8 Prozent auf 5,69 Milliarden Mark an. Damit ist Frankreich der drittgrößte Absatzmarkt nach Italien und den Benelux-Staaten für deutsche Agrarerzeugnisse. Sollten die französischen Maßnahmen Schule machen, so wird ein Einbruch im Agrarexport befürchtet, der rund 20 Prozent der Produktion ausmacht.

Wald-Meisterstück

Von PETER GILLIES

Zum Schutz des deutschen Waldes müsse ein „Waldpfennig" eingeführt werden, fordern einige Politiker in diesen Tagen. Diese Abgabe sei vom Stromverbraucher zu erheben, um Kohlekraftwerke umweltfreundlich zu machen und damit den Regen zu „entsäuern".

Die Idee ist nicht nur töricht, weil ihr die Logik fehlt. Über die Ursache des Waldsterbens, so es ein solches gibt, ist die Wissenschaft heillos zerstritten. Nun mag einiges dafür sprechen, daß rauchende Schlote Wachstum und Existenz des Waldes gefährden. Aus diesem Blickwinkel ist die zu Strom verarbeitete Kohle eine von mehreren Ursachen; andere kommen vom Auto, aus privaten Schornsteinen, vieles weht aus dem Ausland herüber.

Also müßten, so man den Waldpfennig tatsächlich ernsthaft erwägt, nur jene Verbraucher herangezogen werden, die Strom aus Kohle beziehen. Elektrizität aus Kernkraft wäre, weil ausgesprochen waldfreundlich, „waldpfennigbefreit", ebenso Strom aus Wasserkraft und anderen Energieträgern. Die Logik geböte es ferner, die Autofahrer zu dieser finanziellen Waldeslust heranzuziehen, ferner die Anrainerstaaten (vor allem die östlichen).

Fast vergessen ist dabei, daß der deutsche Stromverbraucher bereits einen solchen „Pfennig" zahlt, den „Kohlepfennig". Dieser wird erhoben, um die deutsche Kohleförderung und ihre Verstromung zu sichern. Der Waldpfennig hätte den Zweck, genau dieses zu verhindern.

Schon der Kohlepfennig straft seinen Namen Lügen. Tatsächlich summiert sich diese Sonderabgabe auf viele Milliarden Mark. Die Verharmlosung als „Pfennig" kaschiert das finanzielle Gewicht der Quasi-Steuer.

Die Idee ist aber auch deswegen töricht, weil sie einen grundsätzlichen Irrweg weist. Das deutsche Steuerrecht kennt bereits eine Fülle von Abgaben zu den verschiedensten und verwirrendsten Zwecken. Diese parafiskalischen Abgaben haben den Dschungel noch undurchdringlicher gemacht. So gibt es Abgaben für Altöl, für Wasser, für Wein, Fett- und Milchumlagen, zur Förderung des Fischabsatzes, eine Abgabe für Seelotsen und so weiter.

Die vielen Formen, in denen der Fiskus oder parafiskalische Bürokratien den Bürgern in die Tasche fassen, beweist eine nicht endenwollende Phantasie. Die Töpfchenwirtschaft verführt zu Bürokratie, zu Unübersichtlichkeit und damit tendenziell zur Verschwendung. Freilich mangelte es nie an populären Begründungen. Einmal war es der „Entwicklungshilfe-Groschen", einmal der „Gaspfennig" – Sonderabgaben, um nach tagespolitischem Geschmack dort oder hier einzugreifen, zu fördern oder zu bestrafen, den Bürger zu etwas anzuhalten oder von etwas abzuhalten. Die Begründungen sind wohlfeil, wobei sich die Volksgesundheit nach besonderer Auslegung allemal empfiehlt.

Warum nicht einen „Pfennig" gegen den Krebs oder den Infarkt, für die Stahlindustrie oder die Werften, warum nicht ein Stabilisierungsfonds für Bio-Gemüse oder eine Abwrackprämie für Beamte? Die Milliarden von Pfennigen, meist einer parlamentarischen Kontrolle entzogen, führen schon heute ein gefährliches Eigenleben. Sie gehören abgeschafft, nicht aufgestockt.

Die Bürger zahlen genug Steuern: für das Einkommen, den „Mehrwert", für Sekt und Zigarette, für den Hund, das Vergnügen, ein Gewerbe, das Haus, ihr Vermögen, für ihr Auto, sie zahlen, wenn sie etwas tun, und sie zahlen, wenn sie etwas unterlassen. Das Abgabenrecht ist überwuchert von außerfiskalischen Motiven mit moralisierenden Nebenzwecken, die schon heute die Steuer- zur Staatsverdrossenheit werden lassen.

Der Staat braucht das Geld der Bürger, gewiß. Er muß den Apparat seiner Diener finanzieren, hat für die äußere und innere Sicherheit zu sorgen, soll Straßen, Schulen und Krankenhäuser bauen. Zu seinen originären Aufgaben gehört es, eine saubere Umwelt zu bewirken (oder Daten dafür zu setzen). Dieser Pflicht darf er sich nicht dadurch zu entledigen suchen, daß er mit „Pfennigen" gesellschaftliche Fragen per Sonderkonto zu lösen trachtet. Denn so wenig wie mit der Einführung des Kohlepfennigs das Problem der deutschen Kohle gelöst wurde, so wenig würde der deutsche Wald gesunden, wenn man die Stromrechnung mehr oder weniger willkürlich verteuert. Ein fehlgeleiteter Populismus würde lediglich Scheinsicherheit verbreiten und wirkliche Problemlösungen verstellen.

Nicht Ausweitung, sondern Konzentration der fiskalischen Zugriffe ist das Gebot. Dieser Zusammenhang gehört aufgeforstet.

AUF EIN WORT



„Eine Million Tonnen Importkohle ist zur Zeit zwar 50 Millionen Mark billiger als Ruhrkohle, aber eine Million Tonnen Ruhrkohle-Förderung beschäftigt 4000 Menschen. Werden diese arbeitslos, so muß die Bundesanstalt für Arbeit 90 Millionen Mark Arbeitslosengeld (ohne Nebenkosten) ausgeben."

Franz Gustav Schlüter, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Strukturpolitik im Ruhrgebiet, Dortmund. FOTO: HERMANN PRUYS

Billige Zeitungen besser verkauft

dpa/VWD, Hamburg

Der Trend zu Tageszeitungen mit niedrigen Preisen setzte sich nach Angaben des Hamburger Informationsdienstes „text intern" auch im 1. Quartal 1983 fort. So konnte die „Bild"-Zeitung im Vergleich zum Vorjahr 431 000 Exemplare hinzugewinnen und verkauft jetzt täglich insgesamt 5,53 Millionen Exemplare. Der im Kölner Raum und im Ruhrgebiet verbreitete „Expreß" konnte sich um 5800 auf 433 000 und die „Hamburger Morgenpost" um 6600 auf 166 000 Exemplare steigern. Bei den überregionalen Abonnements-Zeitungen dominiert die „Süddeutsche Zeitung" mit 345 000 (plus 9300), vor der „Frankfurter Allgemeinen" mit 322 000 (minus 3300), DIE WELT mit 201 000 (minus 9800) und dem „Handelsblatt" mit 83 000 Exemplaren (plus 1800).

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

EG-Kommission plädiert für langfristige Anstrengungen

WILHELM HADLER, Brüssel

Mehr Anstrengungen im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit hält die EG-Kommission für geboten. In einem Memorandum an den Ministerrat tritt sie dafür ein, daß die durch Arbeitszeitverkürzungen und natürliche Altersabgänge freiwerdenden Arbeitsplätze mit Vorrang für junge Leute bereitgestellt werden und daß die Gewerkschaften zur Erleichterung der Schaffung neuer Arbeitsplätze ihre Lohn- und Gehaltsforderungen mäßigen.

Der Bericht, der als Grundlage für eine Aussprache der Arbeits- und Sozialminister dienen soll, hebt hervor, daß allein die Reduzierung der gegenwärtigen Jugendarbeitslosigkeit auf die durchschnittliche Gesamtarbeitslosenquote in der Gemeinschaft von rund elf Prozent die Schaffung von 2,5 Millionen neue Beschäftigungsmöglichkeiten erfordere. Viele der bisherigen Maßnahmen seien von den Mitgliedsländern so konzipiert worden, als handele es sich bei der Jugendarbeitslosigkeit um ein zeitweiliges Problem, während man heute zugebe, daß sehr viel umfangreichere und langerfristige Anstrengungen notwendig seien.

Von den rund zwölf Millionen Arbeitsuchenden in der EG entfallen derzeit über 4,5 Millionen auf Männer und Frauen unter 25 Jahren. Davon sind mehr als zwei Millionen seit über sechs Monaten und beinahe 1,5 Millionen seit über einem Jahr arbeitslos. Dabei ist die Jugendarbeitslosigkeit nicht nur auf die Schulabgänger zwischen 16 und 18 Jahren beschränkt. Auf diese Gruppe entfällt sogar weniger als ein Fünftel der gesamten jungen Arbeitsuchenden.

US-AKTIENMÄRKTE

Wall Street rechnet nun mit breiter Konsolidierungsphase

H.-A. SIEBERT, Washington

Wann geht der acht Monate alten Hausse die Luft aus? Diese Frage bewegt die US-Aktienmärkte, nachdem der populäre Dow-Jones-Industrie-Index an den letzten zehn Börsentagen sechs neue Rekorde aufgestellt hat. Vorsicht ist in der Tat geboten: In der Wall Street hört man, daß zwei Drittel der Analysten mit einer Konsolidierungsphase rechnen; nach unten zeigen überdies wichtige technische Indikatoren. Auf der Hand liegt eine Realisierung der Gewinne. Immerhin hat sich an der New York Stock Exchange auf dem Papier der Wert der gehandelten Aktien um 513 Milliarden Dollar erhöht.

Als Motor erwies sich in der vergangenen Woche dreierlei: Die Zunahme des US-Bruttosozialprodukts im ersten Quartal um real 3,1 Prozent, die weitere Abflachung der Inflationsrate und die Rückkehr der drei großen amerikanischen Automobilkonzerne in die Gewinnzone. Als Folge zogen alle Autowerte kräftig an. Im Wochenverlauf stiegen der „Dow" um 24,96 (Freitag: 8,03) auf 1196,30 und der breitere Nyse-Index um 0,97 auf 92,15 Punkte. Beide Barometer gewannen seit August 54 und 41 Prozent.

Im März erhöhten sich in den USA die Verbraucherpreise nur um 0,1 Prozent. Auf Jahresbasis betrug das Plus im ersten Quartal günstige 0,4, seit Jahresfrist 3,6 Prozent. Für das gute Ergebnis sorgten indes wieder die Benzin- und Ölpreise, die nun um 17,4 Prozent unter ihrem Rekordniveau 1981 liegen. Dieser Trend nähert sich aber dem Ende, so daß von einem baldigen leichten Anziehen der US-Inflationsrate auszugehen ist. Nahrungsmittel verteuerten sich um 0,6 Prozent.

Weiter nachgegeben haben die kurzfristigen Zinsen, nachdem das „Fed" am Freitag einen Rückgang der Geldmenge M1 um 3,1 Milliarden Dollar meldete. Federal Funds sanken auf 8,50 und dreimonatige Treasury Bills auf 8,08 Prozent.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Opel erhöht Preise um 2,6 Prozent

Rüsselsheim (AP) – Nach dem Volkswagenwerk hat nun auch die Opel AG ihre Inlandspreise für Personenwagen um durchschnittlich 2,6 Prozent angehoben. Die höheren Preise gelten von heute an. Ein Unternehmenssprecher führte zur Begründung die gestiegenen Lohn- und Materialerhöhungen an. Der erst im März auf dem deutschen Markt eingeführte „Corsa" soll allerdings nicht verteuert werden. VW verlangt seit Anfang der Woche durchschnittlich 2,8 Prozent für die Volkswagen- und Audi-Modelle.

Weltbank-Kredite

Washington (Sbt.) – Die Weltbank und die Internationale Entwicklungsgesellschaft (IDA) haben sieben Mitgliedsländern Darlehen über insgesamt 332,6 Millionen Dollar (814 Millionen Mark) eingeräumt. China erhält 80,3 (Urbarmachung in der Heilongjiang-Provinz zur Ausweitung der Getreideerzeugung), Ägypten 38 (Facharbeiterausbildung), Bangladesch 12 (Trainingsfaziliäten für den Verwaltungsdienst), Mexiko 115 (Modernisierung der landwirtschaftlichen Vermarktungssysteme), Pakistan 16 (Wasser- und Stromversorgung in Lahore), Portugal 40,3 (Kredithilfen für Klein- und Mittelbetriebe) und Papua New Guinea 31 Millionen Dollar (Straßen- und Brückenbau).

Weg der Kurse

	22. 4. 83	15. 4. 83
Boeing	41,375	41,25
Chrysler	25,50	21,25
Citicorp	43,50	45,125
Coca-Cola	57,125	54,625
Exxon	33,125	32,875
Ford Motors	48	43,875
IBM	117,50	109,875
PanAm	5,50	5
US Steel	23,50	22,75
Woolworth	34,75	35

Umschuldung vereinbart

San José (rtr) – Costa Rica hat mit 170 Privatbanken des Auslands in einem einstweiligen Abkommen die Umschuldung von Verbindlichkeiten über rund 880 Millionen Dollar vereinbart, teilte die Zentralbank mit. Die Banken gewähren dem Land nach dem Abkommen eine Frist von vier Jahren zur Rückzahlung von 515 Millionen Dollar, die 1983 oder davor fällig gewesen wären, sowie für 140 Mill. Dollar, die im kommenden Jahr anstehen. Zinsen auf diese Verbindlichkeiten, schätzungsweise etwa 240 Millionen Dollar, müssen bis Ende dieses Jahres abgezahlt werden.

Mehr Baubereitschaft

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Bereitschaft zum Bauen hat in der Bundesrepublik offenbar zugenommen: Im Januar 1983 wurden 26 000 Einheiten und damit acht Prozent mehr, im Februar 26 300 Einheiten oder 14 Prozent mehr genehmigt als in den jeweiligen Vorjahresmonaten, hieß es in einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.

Chile bittet um Kredit

Santiago (AP) – Chile hat die Vereinigten Staaten um einen Kredit von 400 Millionen Dollar gebeten, um seine Schulden im Ausland von 18 Milliarden Dollar zurückzahlen zu können, wie aus Bank- und Regierungskreisen in Santiago verlautete. Ein chilenischer Beamter bezeichnete das Geld als „Überbrückungskredit" zur Zahlung der Zinsen bis zum 31. Juni.

Vorzugspreis erhöht

Caracas (rtr) – Venezuela und Mexio wollen die Öl-Vorzugspreise für Staaten der Karibik und Mittelamerikas ab August erhöhen, verlautete aus venezolanischen Regierungskreisen. Nach dem bislang gültigen Öl-Programm erhielten neun Staaten der Region täglich bis zu 160 000 Barrel Rohöl zu 70 Prozent des Weltmarktpreises. Die übrigen 30 Prozent wurden als Kredit zu einem Zinssatz von vier Prozent mit einer Laufzeit von fünf Jahren verrechnet.

Londoner Kassapreise

	22. 4. 83	15. 4. 83
Kupfer (£/t)	1106,75	1060
Blei (£/t)	297	293
Zink (£/t)	438,5	457
Zinn (£/t)	8890	8875
Gold ($/Unze)	437,5	435,5
Silber (p/Unze)	776,0	761,85
Kakao [1] (£/t)	1278,5	1238,5
Kaffee [2] (£/t)	1629,5	1622
Zucker (£/t)	111	102
Kautschuk (p/kg)	74,5	79
Wolle (p/kg)	394	400
Baumwolle [3] (cts/lb)	80,50	79,90

[1]) Abladung Juli; [2]) Abladung Juli;
[3]) A-Index-Preis Liverpool

PERSONALKOSTEN

DIW: Anstieg 1983 wieder etwas stärker

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Personal-Zusatzkosten in Industrie und Handwerk sind 1982 zwar weiter gestiegen, aber weniger kräftig als in den vorangegangenen Perioden. Nach einer Untersuchung des Instituts der Deutschen Wirtschaft erhöhten sie sich im vergangenen Jahr auf 76,6 Prozent des „Entgelts für geleistete Arbeit", verglichen mit 76,1 Prozent 1981. Der starke Rückgang des Krankenstandes habe die Expansion der Zusatzkosten gebremst.

Die gesamten Personalkosten je Arbeitnehmer haben nach dieser Untersuchung im vergangenen Jahr 48 600 Mark betragen. Davon entfielen auf das Entgelt für geleistete Arbeit 27 500 Mark und auf die Zusatzkosten 21 100 Mark. 1000 Mark mehr als 1981. In diesem Jahr dürften die Personalzusatzkosten wieder stärker, und zwar auf 77 bis 77,5 Prozent des direkten Lohns steigen, weil die Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung heraufgesetzt und die Beitragssätze in der Renten- und Arbeitslosenversicherung sowie die Urlaubsansprüche erhöht werden.

Die Struktur der Personalkosten, die 1966 erstmals vom Statistischen Bundesamt untersucht wurde, hat sich stark verändert. Der Anteil des Direktentgelts an den gesamten Personalkosten nahm während dieser Zeit von 69,8 auf 66,6 Prozent ab, entsprechend stieg der Anteil der Zusatzkosten von 30,2 auf 43,4 Prozent. Erhöhten sich zwischen 1966 und 1982 die Personalzusatzkosten von 4000 auf 21 100 Mark, was einem Zuwachs von 10,9 Prozent ihm Durchschnitt entsprach, so nahmen die gesamten Personalaufwendungen von 13 200 auf 48 600 Mark zu (plus 8,5 Prozent). Während dieser Zeit stieg das Entgelt für geleistete Arbeit von 9200 auf 27 500 Mark oder 7,1 Prozent im Jahresdurchschnitt.

GROSSBRITANNIEN / Zum Geburtstag der Königin gab es eine neue Pfund-Münze

Gelbe Legierung an Stelle von Gold

WILHELM FURLER, London

Etwa hundert Gramm Kleingeld trägt der Engländer im Durchschnitt in mehr oder weniger ausgebeulten Hosen- und Jackentaschen mit sich herum – genau zwölf Münzen im Wert von 81 Pence, wie die Statistik ermittelt hat. Dieses lose Münzgeld – an den Portemonnaies erkennt man die deutschen Ausländer – erfährt seit dem letzten Donnerstag Zuwachs.

Am Geburtstag der Queen hat die Royal Mint, die Münze Ihrer Majestät, ein neues Ein-Pfund-Stück herausgebracht, das nach und nach den grünen Schein ersetzen wird. Um das gewichtige Hosen- und Jackentaschen-Problem in Grenzen zu halten, wurde die neue Ein-Pfund-Münze erheblich kleiner und leichter geprägt als das schwerste englische Geldstück, die massige, siebeneckige 50-Pence-Münze.

Sie ist sogar noch etwas kleiner als das Fünf-Pence-Stück, das in seinen Abmessungen genau der deutschen Eine-Mark-Münze entspricht und das deshalb auch von England-Besuchern gern gehortet und dann in Deutschland den Automaten anvertraut wird.

Die neuen Ein-Pfund-Stücke scheinen golden, dem alten Souvereign nachempfunden, der vor 68 Jahren aus dem Verkehr gezogen wurde. Doch eben nur nachempfunden, denn sie enthalten noch nicht einmal den Bruchteil eines Gramms Gold. Sie werden aus einer einfachen gelben Legierung geprägt.

Gründe für die Einführung des goldfarbenen Geldstücks gibt es genügend. So ist die Inflation der letzten Jahre dem Ein-Pfund-Schein mächtig ans Papier gegangen. Seine Umlaufgeschwindigkeit hat sich so rasant erhöht, daß er bereits neun bis zwölf Monate nach Beginn seines Daseins zerschlissen und zerfetzt aus dem Verkehr gezogen werden muß.

Der Geldentwertung verdankt das neue Geldstück auch deshalb seine Geburt, weil inzwischen Automaten-Waren, also vor allem Zigaretten, den Preis von einem Pfund überschritten haben. Damit diese Automaten leichter „gefüttert" werden können, wurde schon seit langem die Einführung von Ein-Pfund-Münzen gefordert. Ähnliches gilt für die Fahrkarten-Automaten der Londoner U-Bahn, nachdem Fahrten zum Preis von einem Pfund oder umgerechnet 3,85 Mark inzwischen eher die Regel als die Ausnahme sind.

Doch auch die neuen Ein-Pfund-Münzen selbst, von denen zunächst 200 Millionen Stück in Umlauf gebracht werden, haben sich trotz fallender Preissteigerungsraten auf die Geldentwertung einzustellen. Sie sind sozusagen schon inflationsvorprogrammiert: Sie werden auch deshalb so klein geprägt, damit später einmal Platz in der Skala für größere Münzen besteht.

SAUDI-ARABIEN / Defizit-Haushalt eingebracht

Rückgriff auf Reserven

rtr, Riad

Trotz verminderter Einnahmen aus dem Ölgeschäft bleibt die Finanzlage Saudi-Arabiens solide. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Reuter erklärte der saudiarabische Finanzminister Mohammed Abal-Khail, die Ziele des gegenwärtigen Entwicklungsplanes für den Zeitraum 1980–85 würden verwirklicht. Dazu gehörten auch der Bau großer Raffinerien und petrochemischer Industrien.

Der Minister widersprach Mutmaßungen, das Königreich leide unter Geldknappheit. „Die Finanzlage unseres Landes ist sehr solide. Auch ist überall bekannt, daß wir in finanzieller Hinsicht sehr zurückhaltend sind." Der kürzlich eingebrachte Haushalt sieht vor, die Devisenreserven mit schätzungsweise 35 Milliarden Rial (etwa zehn Milliarden Dollar) anzuzapfen, um geplante Ausgaben von 260 Milliarden Rial (rund 75 Milliarden Dollar) zu decken. Banker schätzen die Devisenreserven des Wüstenstaates auf bis zu 150 Milliarden Dollar.

Der Finanzminister wollte zu den Reserven jedoch keine Angaben machen. Dem Minister zufolge ist es möglich, daß das Königreich ein Defizit in der Leistungsbilanz hinnehmen muß. Dies sei auf zurückgehende Ölexporte und die niedrigeren Ölpreise zurückzuführen. Die Gesamtförderung der Staaten der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) könnte jedoch ab August auf 19 Millionen Barrel pro Tag (Bpd) steigen. Eine Erhöhung der Gesamtfördermenge würde auch eine Steigerung der saudiarabischen Ölausfuhren mit sich bringen. Branchenkreise schätzen die gegenwärtige Opec-Förderung auf rund 16 Millionen Barrel.

Ölminister Ahmed Zaki Yamani gab die saudische Förderung im März mit weniger als 3,5 Millionen Barrel an. Für das am 13. April abgeschlossene Finanzjahr 1982 habe die tägliche Förderung bei durchschnittlich 5,6 Millionen Barrel gelegen. Abal-Khail erklärte, sein Ministerium wäre mit einer Fördermenge von sechs Millionen Barrel zufrieden. Er äußerte sich jedoch nicht dazu, ob diese Quote erreicht werden könnte.

Obwohl das Königreich gegen Ende des laufenden Finanzjahres seine Finanzreserven angreifen muß, schließt der Finanzminister eine Kreditaufnahme auf den europäischen Kapitalmärkten aus. Zudem könne man die Bevölkerung davon überzeugen, daß anstelle einer vierspurigen Autobahn auch eine zweispurige ausreiche. Auch sei eine strenge Kostenkontrolle durchzuführen.

Auf Anfrage erklärte Abal-Khail, die Raffinerien und petrochemischen Werke, die zur Zeit in den neuen Industriestädten Yabu und Jubail gebaut würden, könnten nach 1985 in Betrieb genommen werden. Die Produkte dieser Industriezweige seien auch für den Export bestimmt. Das Land werde dann weniger auf seine Ölausfuhren angewiesen sein. In der Zwischenzeit würden andere wichtige Entwicklungsprojekte beendet werden.

Aus Bankenkreisen verlautete, das Vermögen Saudi-Arabiens sei hauptsächlich in kurz- und mittelfristigen Anlagen festgelegt. Die D-Mark, der Dollar und Yen seien dabei bevorzugte Währungen.

Befragt nach den Aussichten für einen dritten Kredit an den Internationalen Währungsfonds (IWF) im Volumen von vier Milliarden Dollar, sagte der Minister, diese Frage werde nach der Verabschiedung des Etats geprüft. Dann werde man sehen, wie es um die finanzielle Situation des Landes bestellt ist. Neben Saudi-Arabien weisen auch die Vereinigten Emirate und Katar Haushaltsdefizite aus.

DEUTSCH-BRITISCHER GIPFEL / „Erfreuliches Stück Normalität"

Bonn unterstützt Londoner EG-Wünsche

WILHELM FURLER, London

Sowohl Bundeskanzler Helmut Kohl als auch die britische Premierministerin Margaret Thatcher haben ihre Gespräche in London anläßlich der 13. deutsch-britischen Gipfelkonsultationen ausgesprochen konstruktiv, sehr herzlich und überaus freundschaftlich genannt. Während der Bundeskanzler von einem „erfreulichen Stück europäischer Normalität" sprach, ging Frau Thatcher sogar so weit, das Zusammentreffen als „beste Konferenz, die wir jemals hatten", zu bezeichnen.

Dieser Standpunkt der Premierministerin kann nicht verwundern, denn Helmut Kohl hatte ihr zuvor fest zugesagt, daß die Bundesrepublik ihren ganzen Einfluß geltend machen werde, die für Großbritannien so wichtige Frage eines gerechten Ausgleichs der britischen Beiträge zum EG-Haushalt zu regeln. Zum Haushalts-Ausgleich hieß es aus Kreisen der deutschen Delegation, daß nach der Überzeugung des Kanzlers bei der Lösung für 1983 „nicht mehr gewurschtelt" werden dürfe. Vielmehr müsse ein ordentlicher Kompromiß gefunden werden.

Offensichtlich ist Bundeskanzler Helmut Kohl weitgehend davon überzeugt, daß es ihm bei der Tagung des Europäischen Rates am 6. und 7. Juni in Stuttgart unter seiner Präsidentschaft gelingen wird, die anderen EG-Partner zu diesem Kompromiß zu bewegen, um damit die Forderung Londons nach einem Haushalts-Ausgleich in Höhe von 500 Millionen Pfund erfüllen zu können. Sollte dies tatsächlich der Fall sein, dann wäre nach Angaben von Premierministerin Thatcher „die letzte Hürde" für ihr Land in Europa beseitigt. „Dann könnten wir mit Volldampf vorausgehen und unseren vollen Teil dazu beitragen, Europa in das nächste Jahrzehnt zu führen", meinte sie.

Die Vermutung drängt sich auf, daß die Bundesregierung mit ihrer Zusage an London gewissen Druck auf die britische Regierung ausüben will, ihr wiederum bei der Verabschiedung der Feierlichen Deklaration zur Europäischen Union möglichst noch auf dem Stuttgarter EG-Gipfel behilflich zu sein.

Bekanntlich weigern sich die Briten bisher, das Veto-Recht der einzelnen EG-Regierungen im Ministerrat, den sogenannten „Luxemburger Kompromiß" bzw. „Luxemburger Dissens", aus der angestrebten Europäischen Akte herausfallen zu lassen, während Bonn auf dem Prinzip der Mehrheitsentscheidungen besteht und der Ansicht ist, daß das Veto-Recht auf keinen Fall Bestandteil des Vertrags sein darf. Die obengenannte Vermutung wurde in deutschen Delegationskreisen insofern bestätigt, als man von einer „psychologischen Verbindung zwischen der Beitragsfrage und der Feierlichen Deklaration" sprach.

Trotz aller gezeigten Herzlichkeit wurden gewisse Meinungs-Differenzen zwischen London und Bonn auch auf anderen Ebenen deutlich. Sie betreffen zum einen die Frage des Ost-West-Handels, die nach Bonner Ansicht auf dem Weltwirtschaftsgipfel im amerikanischen Williamsburg Ende Mai nicht das dominierende Thema sein sollte, während London in diesem Punkt die Einstellung Europas gegenüber den USA an oberste Stelle der Agenda gesetzt haben möchte. Zum anderen erwarten die Briten schon lange, daß sich die Bundesrepublik auf dem Dienstleistungssektor und hier insbesondere im Versicherungsbereich sowie im Luftverkehr zu einer stärkeren Liberalisierung entschließt.

Polen setzt auf Comecon-Staaten

J. G. Bonn

Der bis 1985 laufende polnische Dreijahresplan sieht eine Steigerung des Exports von rund 18 Prozent vor. Wie Polens Planungschef, Vizepremier Janus Obowski erklärte, soll die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den „kapitalistischen" Ländern weiter zugunsten der Comecon-Länder abgebaut werden. Der Anteil der Comecon-Länder an den polnischen Warenumsätzen soll bis 1985 auf 65 Prozent „und möglichst noch mehr" ansteigen. Eine führende Rolle wird – nach Auskunft des Planungschefs – hier die UdSSR spielen. Die Sowjetunion hat demnach größere Rohstoff- und Materiallieferungen als bislang zugesagt, neue Kredite und die Übernahme der Finanzierung des polnischen Minussaldos im Außenhandel. Noch vor wenigen Wochen rechneten polnische Wirtschaftskreise damit, daß beim Wirtschaftsgipfel in Williamsburg günstige Entscheidungen für den Handel mit Polen fallen. Heute glaubt man daran nicht mehr. Dagegen will Polen seine Wirtschaftskontakte mit Drittländern, wie Irak, Indien, Libyen, Iran, Nigeria und „einigen südamerikanischen Ländern" ausbauen.

FINNLAND / Handelsüberschuß mit der Sowjetunion

Wirtschaftsprobleme wachsen

rtr, Helsinki

Nach Jahren wirtschaftlicher Prosperität und überdurchschnittlichen Wachstums steht die finnische Wirtschaft derzeit vor schwerwiegenden Problemen. Insbesondere während der weltweiten Rezession hatte Finnland von den engen wirtschaftlichen Bindungen an die UdSSR profitiert. Nach Darstellung von Wirtschaftsexperten in Helsinki bestehen zwischen beiden Staaten seit langem Handelsabkommen, die allerdings keine Barzahlungen vorsehen, sondern auf einem ausgeglichenen Warenaustausch basieren.

Die derzeitigen Probleme resultieren den Exporten zufolge aus einem Handelsüberschuß Finnlands. Im wesentlichen gehe der Überschuß Finnlands auf die Entwicklung an den internationalen Ölmärkten zurück. Im Rahmen des beiderseitigen Warenaustausches bezahle die UdSSR ihre Importe aus Finnland zu rund 80 Prozent mit Öl- und Gaslieferungen.

Finnland, das rund 30 Prozent seines Außenhandels mit der UdSSR abwickelt, liefert dafür Konsumgüter, Technologie und hochspezialisierte Produkte, wie etwa Eisbrecher. Finnische Bauunternehmen errichteten ganze Städte in der Sowjetunion. Aufgrund dessen profitierte die finnische Wirtschaft nach Darstellung der Experten in den 70er Jahren besonders von der Bindung an die UdSSR.

Mit dem Verfall der Ölpreise habe sich das Blatt jedoch zuungunsten der finnischen Wirtschaft gewendet. Im Handel mit der UdSSR ergab sich aufgrund des billigeren Öls ein Überschuß, der nur durch höhere Warenbezüge abzubauen wäre.

Die finnische Wirtschaft kann ihre Produkte nicht mehr in dem bisherigen Umfang in der UdSSR absetzen und soll sogar noch sowjetische Waren hinzukaufen. Aufgrund dieser Entwicklung ist innerhalb der letzten Monate nach Angaben der Experten die Arbeitslosigkeit auf rund sieben Prozent gewachsen.

Um die Situation zu erleichtern, sähen viele finnische Exporteure derzeit den einzigen Ausweg in der Suche nach neuen Märkten in den westlichen Industriestaaten.

FRANKREICH / Besitzwechsel in Parfum-Branche

Ausländer dringen weiter vor

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die „Überfremdung" der französischen Kosmetik-Industrie, insbesondere der Parfum-Branche, nimmt weiter zu. Die jüngste und wahrscheinlich nicht letzte ausländische Akquisition betrifft die Société des Parfums Grés. Sie soll unter die Kontrolle des britischen BAT-Konzerns (einst British American Tobacco) kommen.

Die näheren Bedingungen der Übernahme sind zwar noch nicht definitiv festgelegt worden. Die französische Regierung hat jedoch bereits ihre grundsätzliche Zustimmung erteilt. Man vermutet, daß die Briten für eine Mehrheitsbeteiligung 38 Millionen Franc (fast 13 Millionen Mark) zahlen wollen. Die Firma wird zur Zeit von der Gründerin Madame Grés kontrolliert.

Mit einem Umsatz von 65 Millionen Franc gehört das Unternehmen zwar zu den kleineren der Branche. Das einzige Parfum des Hauses – Cabochard – zählt dafür zu den exquisitesten Marken. Dies entspricht auch dem hohen Prestige, das die Haute-Couture der Madame Grés besitzt. Ihr Modehaus wird von der Transaktion allerdings nicht betroffen.

In den letzten Jahren haben bereits eine ganze Reihe von Pariser Modeschöpfern ihre Parfum-Gesellschaften verkauft, meist um sich die Mittel zum Ausbau ihres Lizenzgeschäfts in der Luxuskonfektion zu beschaffen. Den Anfang machte Christian Dior mit dem Verkauf seiner gleichnamigen Parfum-Gesellschaft an Moët-Hennessy (Champagner und Cognac). Eine andere Champagner-Firma, Veuve Cliquot, übernahm die Parfum-Marke Givenchy.

In französischer Hand geblieben sind unter den großen Firmen außerdem Lanvin, Nina Ricci, Patou, Guerlain und Lancôme. Letztere Gesellschaft wird von dem Kosmetik-Konzern L'Oréal beherrscht, an dem wiederum die schweizerische Nestlé-Gruppe über ihre Holding Gesparal zu 27 Prozent beteiligt ist.

Alle anderen bekannten Firmen dagegen befinden sich unter ausländischer Kontrolle, darunter unter amerikanischer Yves Saint-Laurent (Squibb), Orlane (Norton Simon), Carven (American Cyanamid) und Balmain wie Raphael (Revlon), Coty (Pfizer), Caron (Robins) und Elizabeth Arden (Eli Lilly).

Die deutschen Beteiligungen sind Rochas (Hoechst), Sophie Nerval (Henkel) und Nivea (Beiersdorf). Paco Rabanne befindet sich in spanischem Besitz (Puig), Chanel in schweizerischen Händen (Pamerco).

Unter Berücksichtigung der Nestlé-Beteiligung an L'Oréal kann der ausländische Anteil an der französischen Schönheitsmittelindustrie inzwischen auf etwa 60 Prozent veranschlagt werden.

RENTENMARKT / Schnellerer Zinsanstieg

Acht Prozent im Visier

Der Wiederanstieg der Kapitalmarktzinsen beschleunigt sich. Die jüngsten Anleihen mit 8- bis 10jähriger Laufzeit kamen zwar noch als Siebeneinhalbprozenter an den Markt, aber die Anleger sind am Kauf wenig interessiert; denn sie rechnen damit, daß es bald wieder höherverzinsliche Titel gibt, nachdem sich die Emissionsrendite im Großgeschäft der Achtprozentmarke sehr genähert hat. Trotz dieses Hochschlagens des Zinspendels hofft man, für die zweite Jahreshälfte noch auf einen Zinsrückgang, ausgehend von den USA. (cd.)

Emissionen	22. 4. 83	15. 4. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,91	6,81	7,45	10,05	9,30
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	6,59	6,58	7,04	10,55	9,88
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,92	6,84	7,61	10,26	9,43
Schuldverschreibungen der Industrie	7,07	7,13	8,24	11,52	8,35
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,04	6,94	7,65	10,12	9,37
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,62	6,54	7,43	10,50	9,70
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,62	7,54	7,94	9,75	9,05
Inländische Emittenten insgesamt	7,01	6,92	7,63	10,19	9,41
DM-Auslandsanleihen	7,79	7,76	8,45	10,32	8,32

KALI-CHEMIE / Kapitalerhöhung vorgeschlagen

Neue Aktien voll bedient

D. SCHMIDT, Hannover

Die zur belgischen Solvay-Gruppe gehörende Kali-Chemie AG, Hannover, wird ihr Grundkapital um 40 Mill. DM auf 125 Mill. DM aus Gesellschaftsmitteln erhöhen. Diesen Vorschlag wird die Verwaltung der Hauptversammlung am 1. Juni unterbreiten. Wie das Unternehmen im Anschluß an die Aufsichtsratssitzung mitteilt, sollen die neuen Aktien im Verhältnis 17:8 ausgegeben werden und bereits für 1982 voll dividendenberechtigt sein.

Vor dem Hintergrund dieses Vorschlags wird die Dividende gegenüber dem Vorjahr um 2,50 DM auf 7,50 DM je 50-DM-Aktie zurückgenommen. Das Ausschüttungsvolumen erhöht sich demgegenüber auf 18,75 (17) Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß hat Kali-Chemie darüber hinaus 8,5 (7) Mill. DM der freien Rücklage zugewiesen. Das Unternehmen hatte zuletzt 1979 ebenfalls aus Gesellschaftsmitteln das Kapital auf 85 (55) Mill. DM erhöht.

Das Geschäftsjahr 1982 wurde nachhaltig von dem Ende April wirksam gewordenen Ausstieg aus dem Düngemittelgeschäft geprägt. Die Trennung von diesen Aktivitäten führte in der Gruppe zu einem Umsatzrückgang um 10 Prozent auf 1,34 (1,49) Mrd. DM. Der um den Düngemittelanteil bereinigte Gruppenumsatz verringerte sich dagegen nur um 1 Prozent.

Für die AG wird ein Umsatz von 500 (496) Mill. DM ausgewiesen, das entspricht einem Plus von 1 Prozent. Dabei wurde das rückläufige Inlandsgeschäft (316 nach 381 Mill. DM) durch gestiegene Exporte (184 nach 115 Mill. DM) mehr als ausgeglichen. Die Beschäftigtenzahl verringerte sich in der Gruppe um 11 Prozent auf 6815 (7670) und in der AG auf 2281 (2747) Mitarbeiter. Die Investitionen nahmen in der Gruppe auf 82,5 (90,7) Mill. DM und in der AG auf 35 (40,4) Mill. DM ab.

Insgesamt zeigt sich der Kali-Chemie-Vorstand mit der Entwicklung im Berichtsjahr zufrieden. Mengenrückgänge bei den Grundchemikalien seien durch Absatzsteigerungen bei Produkten des Spezialitätenprogramms ausgeglichen worden. Beklagt wird die „zunehmend restriktive Einflußnahme staatlicher Organe" im Pharmabereich.

Ähnliches gelte für die AG. Die Auslastung der Kapazitäten zeigte ein differenziertes Bild. Der Spielraum für Preiserhöhungen sei eng gewesen. Positiv hätten sich aber die niedrigeren Rohstoff- und Energiepreise sowie gezielte Maßnahmen zur Rationalisierung ausgewirkt. In den ersten Monaten 1983 verlaufe das Geschäft plangemäß.

WIVEDA-WIGESA / Pharma-Großhändler unter enormem Rationalisierungsdruck – Auslieferung dreimal täglich

Die Bestellung erfolgt per Telefon-Terminal

JOACHIM WEBER, Mainz

Das kopfhörer- und mikrofonbewehrte Mädchen am Bildschirm-Terminal drückt einen Kunden-Code, der Computer wählt eine Telefonnummer, und nach wenigen Worten der Abstimmung mit der Gegenseite erscheinen auf dem Schirm in Sekundenschnelle die Daten einer Medikamentenbestellung, vom Computer gleich mit Angaben zur Verfügbarkeit versehen. Alltag in der Filiale einer Pharma-Großhandlung, die ein paar hundert Apotheken bedient.

Die Mainzer Niederlassung der Apotheker-Genossenschaft Wiveda-Wigesa, Planegg, ist noch „taufrisch" – offizielle Eröffnung erst Ende April – und darum auf dem letzten Stand der Technik. Die Bestellung des Apothekers, per Telefon-Terminal kurz nach der Mittagspause übermittelt und gleich fernmündlich bestätigt, wird mit nur wenigen Sek. der Verzögerung im Lager ausgedruckt, einschließlich aller Versandpapiere.

Mit einem Transportbehälter, der per Laufband automatisch die richtigen Stationen im ebenfalls computerverwalteten Kommissionierlager ansteuert, macht jede Order (Durchschnittsumfang: 30 Posten zu insgesamt rund 500 DM) ihre Runde. Eine halbe Stunde später kann der Kunststofftrog schon zur Abreise bereitstehen. Umgepackt wird nichts – der Sammelbehälter ist auch die Versandpackung. Eigentlich soll er immer wieder in die Zentrale zurückkommen. Doch 22 000 der etwa 1,8 Mill. Plastikwannen im Wert von jeweils 20 bis 30 DM, die alljährlich die Wiveda-Niederlassungen verlassen, bleiben regelmäßig auf der Strecke.

Die Genossenschaft, die ihren Umsatz im schwierigen Jahr 1982 noch um 9 (Branche: 5,5) Prozent auf 511 (470) Mill. DM gesteigert und damit binnen zehn Jahren verdreifacht hat, steht wie alle Konkurrenten unter enormem Rationalisierungszwang. Denn die Anforderungen, die Apotheker an ihre Lieferanten stellen, sind enorm, die Zugeständnisse der Pharma-Industrie nicht berauschend, die Spannen preisgruppenbezogen (und damit auch noch inflationsanfällig) vom Staat fixiert und die Renditen im beinharten Konkurrenzkampf minimal.

Schon die Liefersitten der Medikamentenverteiler lassen Branchenfremde durchschlucken: Täglich zweimalige Anfahrt jeder Apotheke ist selbstverständlich (sogar für Zweit- oder Drittlieferanten), dreimal immer noch normal und mehr durchaus nicht selten. Wenn dann zum Beispiel von Mainz aus sogar die Kunden im nordhessischen Eschwege zweimal täglich beliefert werden, kommt einiges an Transportkosten zusammen. Die 153 Fahrzeuge der Genossenschaft – und die der zusätzlich eingespannten Transportunternehmer – fahren im Jahr 12,5 Mill. Kilometer, also 311mal um den Äquator. Ob wirklich nötig oder nicht – solange ein Konkurrent solchen Service bietet, bleibt den anderen keine große Wahl.

Das gilt auch für die anderen „Verkaufsargumente": Rabatte und Skonti, für manchen Unternehmer in der dichtgedrängten Apothekenlandschaft bald schon die einzige echte Ertragsquelle, werden bis zum letzten zehntel Prozent ebenso ausgereizt wie die Bereitschaft, in großzügiger Weise Retouren zu übernehmen.

Die Fehldispositionen der Apotheker-Kunden brachten der Wiveda 1982 Rückgaben im Volumen von 13 Mill. DM. 7 Mill. davon blieben als „echter Aufwand" in der eigenen Erfolgsrechnung hängen. Daß sich aus der eingangs beschriebenen Bestellprozedur auch die fast volle Übernahme der Telefonkosten (Jahresaufwand: 1,4 Mill. DM) ergibt, versteht sich danach schon von selbst.

Wenn die Wiveda-Wigesa, die sich – abgesehen von einer Filiale in Berlin – überwiegend auf die Südhälfte der Bundesrepublik konzentriert, ihren 2235 Mitgliedern für 1982 eine Dividende von 7,7 (einschließlich Steuergutschrift: 12) Prozent aus einem kaum gestiegenen Jahresüberschuß von 2,4 Mill. DM anbieten kann, dann hat das im wesentlichen zwei Gründe. Zum einen schleppt sie nicht, wie mancher Wettbewerber, zu kleine Betriebe übernommener Branchenkollegen mit sich herum, sondern verfügt über fünf ausreichend große Regionalniederlassungen, die mit erheblichen Investitionen (1982/83: 18,5 Mill. DM) auf dem modernsten Stand gehalten werden.

Zum anderen verfolgt Vorstandschef Jürgen Brink die Politik, nicht alles mitzumachen, zum Beispiel nicht zu vollen Rabatten auch noch jene Kleinstbestellungen auszuführen, mit denen die liebe Klientel nur allzugerne das Lagerrisiko vollends auf den Großhändler abwälzt. Ohnehin fällt für die rund 75 000 Artikel in 93 Regal-Kilometern ein durchschnittlicher Zinsaufwand von 5 Mill. DM im Jahr an.

Der im Rahmen der Branche recht ansehnliche Betrag und die daraus mögliche Dividende sind offenbar attraktiv: Das Jahr 1982 brachte einen „fulminanten Zuwachs" an Geschäftsanteilen und damit an immer benötigtem Eigenkapital.

SOLLINGER HÜTTE

Nach Konkurs neue Hoffnung

dos. Hannover

Die Chancen, zumindest Teilbereiche der Sollinger Hütte GmbH, Uslar, zu retten, stehen nicht schlecht. Das Unternehmen, für das am Donnerstag beim Amtsgericht Northeim Konkurs beantragt wurde, nimmt am heutigen Montag die zwischenzeitlich eingestellte Produktion in vollem Umfang wieder auf. Konkursverwalter Gunther Gustafsen, Hamburg, hat die bei der Hütte engagierten Banken dazu bewegen können, die für die Fortführung des Betriebs notwendigen Mittel bereitzustellen. Nach seinen Worten komme es jetzt darauf an, die Finanzierung auf längere Sicht zu sichern. Benötigt würden „einige Millionen", die über eine Bürgschaft des Landes Niedersachsen abgesichert werden müßten. Entsprechende Verhandlungen sollen noch in dieser Woche geführt werden.

Nach den Worten Gustafsens verfügt die Sollinger Hütte über „durchaus prosperierende" Arbeitsgebiete. Dazu gehöre vor allem der Bau von Stahlbrücken; dort reiche der Auftragsbestand bis Ende 1983. Selbst die Stahlgießerei sei noch für sechs Wochen ausgelastet. Angesichts der schlechten Finanzlage des Unternehmens, das 1982 mit 320 Beschäftigten einen Umsatz von 38 Mill. DM erzielte, werde es aber unumgänglich sein, unrentable Bereiche auszugliedern. Zur Höhe der Verluste ließen sich derzeit noch keine konkreten Angaben machen.

KAUTSCHUK-INDUSTRIE / Hohe Investitionen

Nur leichte Belebung

INGE ADHAM, Frankfurt

Allenfalls eine leichte Belebung erwartet der Wirtschaftsverband der deutschen Kautschukindustrie (WdK), Frankfurt, in diesem Jahr: Bei einem um zwei Prozent steigenden Mengenabsatz sieht der Verband dabei bessere Chancen für technische Gummiwaren als für Reifen. 1982 verbuchte die Branche das dritte Mal hintereinander einen Absatzrückgang, und zwar um zwei Prozent.

In den letzten drei Jahren ist die deutsche Kautschukindustrie, wie der Vorsitzende des Verbandes, Peter Weinlich (Phoenix AG, Hamburg) erklärte, real um 7,5 Prozent zurückgefallen. Daß trotzdem Zuversicht herrscht, erklärte Weinlich bei der Vorlage des Verbandsberichts vor allem mit der erfolgreichen Hinwendung der Industrie zu qualitativ höherwertigen Erzeugnissen.

Diese Entwicklung drückt sich auch in der Umsatzsteigerung 1982 um 3,6 Prozent auf 12,18 Mrd. DM aus. Davon entfallen 4,9 Mrd. DM (plus 5,5 Prozent) auf technische Gummiwaren und 7,2 Mrd. DM (plus 2,4 Prozent) auf Reifen, wobei die Pkw-Reifen-Produktion um 3,2 Prozent auf 32,5 Millionen Stück zunahm. Dabei konstatiert der WdK einen wachsenden Trend zu Breitreifen, auch bei Fahrzeugen niedrigerer Geschwindigkeit.

Obwohl die Kapazitäten im Durchschnitt der Branche im vergangenen Jahr nur zu 79 Prozent ausgelastet waren, hat sich die Ertragssituation nach Angaben von Weinlich „leicht gebessert", im Sinne einer vernünftigen Kapitalrendite müsse sie jedoch als „höchst unbefriedigend" gewertet werden.

Erfreut zeigten sich die Verbandssprecher über die 600 Mill. DM Investitionen der Branchenunternehmen. Mit der Quote von 5 Prozent vom Umsatz liege man über dem Durchschnitt der Industrie. Schwerpunkt waren Rationalisierungsinvestitionen. Zum Jahresende beschäftigte die Branche rund 82 000 (85 000) Mitarbeiter.

Neuinvestitionen in Urlaubshotels

hy. Essen

Die amerikanische Hotelkette Sheraton Corp. hat 1982 neue Rekorde bei Gesamtumsatz, Gewinn und Wachstum aufgestellt. Die Tochter der International Telephone and Telegraph Corporation (ITT) setzte im vergangenen Jahr mehr als 2,5 Mrd. (2,4 Mrd.) Dollar um. Wie Vizepräsident Simon B. Cardew erläuterte, summiert sich der Bestand auf 450 Hotels und Inns mit 118 584 Gästezimmern in 52 Ländern.

In immer stärkerem Maße wendet sich Sheraton neben dem Geschäft mit den großen Stadt- und Kongreßhotels dem Sektor Urlaubshotels zu. So habe man in Afrika mit Hotels in Tunesien, Dschibuti und Benin Fuß gefaßt und sei auch in andere exotische Gebiete, wie Seychellen, Goa, Mauritius und Sri Lanka, vorgestoßen. In Deutschland selbst investiert die Kette in diesem Jahr 50 Mill. DM.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Alexander Pohlmann unter Mitarbeit von Thomas Trumpp: Außenwirtschaftlicher Nachrichten- und Auskunftsdienst (als Manuskript gedruckt; 233 Seiten; zu beziehen von Archivdirektor Dr. Thomas Trumpp (Schubertstr. 1, 5400 Koblenz-Oberwerth).

Die Frage, wie die Wirtschaft am zweckmäßigsten über wirtschaftlich bedeutsame Tatbestände und Vorgänge im Ausland informiert wird, stellt sich ständig neu. Wieweit reichen hier privatwirtschaftliche Leistungen aus, in welchem Umfange sollen öffentliche Mittel eingesetzt werden und wie ist der Nachrichtendienst am besten zu organisieren. Mit jeder Änderung der technischen Mittel der Nachrichtenübermittlung, den Veränderungen im Wettbewerbsverhältnis der internationalen und nationalen Nachrichtenagenturen und in den Außenhandelsorganisationen ergeben sich hier neue Möglichkeiten, Erleichterungen oder Erschwerungen. Wertvolle Hinweise für die Beurteilung der verschiedenen hier mitwirkenden Faktoren vermittelt der Bericht, der aufgrund der Handakten der Leiter der Zentralstelle und der aus ihr hervorgegangenen Reichsstelle für Außenhandel ausgearbeitet ist.

Dr. Ulrich Büdenbender, Energierecht, Resch Verlag und Verlag TÜV Rheinland, 640 Seiten, 98 Mark.

Die energiewirtschaftlichen und technischen Besonderheiten der leistungsgebundenen Energieversorgung (Gas- und Stromversorgung) als Grundlage der rechtlichen Ausnahmestellung werden deutlich gemacht. Die Anomalitäten Leistungsgebundenheit, fehlende Speicherbarkeit sowie umfassende Versorgungspflicht einer praktisch nicht beeinflußbaren Nachfrage begründen die wettbewerbliche Ausnahmeposition: feste Versorgungsgebiete und staatliche Kontrolle. Diese Tatbestände und die im Energiewirtschaftsgesetz vorgegebenen Ziele einer sicheren und zugleich möglichst „billigen" Energieversorgung erfordern eine gesonderte Gesetzgebung. Die wesentlichen Gesetze, sowohl öffentlich-rechtlicher als auch privatrechtlicher Natur, hat der Autor ausführlich kommentiert und in den energiewirtschaftlichen Zusammenhang eingebettet.

Hagenmüller/Diepen: Der Bankbetrieb, Gabler Verlag, Wiesbaden 1982, 776 Seiten, 49,80 Mark.

Mit dem nun schon in neunter Auflage vorliegenden Werk wird dem jungen Bankkaufmann ein Lehrbuch in die Hand gegeben, das – pädagogisch und didaktisch gelungen – einen Gesamtüberblick über den Bankbetrieb als solchen und die technischen Zusammenhänge des Bankwesens gibt. Zunächst werden unter dem Thema „Strukturlehre" der Aufbau und die Organisation eines Bankbetriebes dargestellt, bevor im Teil II des Buches sehr detailliert die verschiedenen Bankgeschäfte erläutert werden. Mit dem letzten Kapitel über Bankkalkulation und Bankpolitik erfährt dieses Standardlehrbuch zur Bankbetriebslehre eine Abrundung.

NAMEN

Konsul Senator **Walter Braun**, Präsident der Industrie- und Handelskammer Nürnberg, ist in den Aufsichtsrat der Grundig AG, Fürth, berufen worden.

Heinz-Jürgen Cordes, Vizepräsident des Verbandes Beratender Ingenieure VBI, ist zum Präsidenten des Comité Européan des Ingénieurs-Conseils (CEDIC) gewählt worden.

Karl-Heinz Manhardt, Vorstandsmitglied der Katag AG, übernimmt am 1. Mai 1983 die Funktion des Vorstandssprechers. Er ist Nachfolger von **Dr. Hans-Hermann Terberger**, der am 30. April 1983 in den Ruhestand tritt. **Dr. Dietrich Bley** wird ab 1. Mai 1983 vom stellvertretenden zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt und übernimmt das Ressort Verwaltung und Personal, das bisher von Dr. Terberger geleitet wurde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheke (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klära Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich R. Marker; Stuttgart: King-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,80 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Heyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

DÄNEMARK

Ende der 70er Jahre zeigten die wichtigsten Wirtschaftsdaten talwärts. Die Leistung der Bauindustrie entsprach der in den 50er Jahren, der Beamtenapparat blähte sich auf, kaschierte so die Arbeitslosenzahlen, die trotzdem auf 10 Prozent kletterten. Doch seitdem das „Kleeblatt" regiert, geht es bergauf. Jetzt schafft die Außenpolitik Probleme.

Die „Politik des engen Gürtels" findet bei den Dänen Zustimmung

REINER GATERMANN

Anker Jörgensen, bis September vergangenen Jahres dänischer Ministerpräsident und immer noch Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei, zeigte kürzlich Einsicht, als er erklärte: „Wir wollen keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß wir die Regierungsmacht zurückerobern wollen und werden. Realistisch betrachtet kann dies aber noch eine Weile dauern, bis es soweit ist."

Seit September 1982 wird Dänemark vom bürgerlichen sogenannten vierblättrigen Kleeblatt regiert, das aus der Konservativen Volkspartei, der bäuerlich-liberalen Venstre, der Christlichen Volkspartei und den Zentrumsdemokraten besteht und von dem konservativen Poul Schlüter geführt wird. Es verfügt allerdings nur über 65 der 179 Mandate, weswegen das Kabinett auch noch auf die Stimmen des Links-Mitte-Pendlers Radikale Venstre und der Fortschrittspartei des Enfant terrible der dänischen Politik, Mogens Glistrup, angewiesen ist.

Das dänische Folketing beherbergt neun Fraktionen; jede Partei, die mehr als zwei Prozent der Stimmen sammelt, darf einziehen. Hinzu kommen noch je zwei Abgeordnete von den Färöer und Grönland.

Hier stabile Mehrheiten zu finden ist nicht einfach. Ihr Mangel ist schließlich auch zu einem bedeutenden Teil schuld daran, daß sich vor allem auf dem internationalen Kapitalmarkt der Begriff „dänische Verhältnisse" geprägt hat. Er beschreibt einen nationalen Zustand, der sich durch viel Wohlfahrt und noch mehr Schulden auszeichnet. Dänemark zählt rein statistisch zu den reichsten Ländern. Im Ausland steht es jedoch mit umgerechnet rund 43,5 Mrd. Mark in der Kreide.

Dies ist ungefähr ein Drittel des Bruttosozialprodukts. Und auf jedem der etwa 5,1 Millionen Dänen lastet eine Auslandsschuld von ca. 8400 Mark. Aber davon ließ man sich über viele Jahre nichts anmerken. Man schöpfte weiter unbesorgt aus dem vollen und lebte wie gewohnt, nämlich sehr gut, wenn auch mit geliehenem Geld. Aus diesen Umständen heraus erwuchs die Lebensphilosophie der Dänen: „Wenn wir schon auf ‚Titanic' sind, dann soll's auch erste Klasse sein."

So durfte natürlich nicht die Regierung denken, die meistens von den Sozialdemokraten gestellt wurde. Aber sie – und vor allem ihr Parteivorsitzender seit 1972, Anker Jörgensen – hatten nicht nur gegen die parlamentarische Opposition anzukämpfen, sondern auch noch gegen die Gewerkschaften, die Jörgensen – selbst vor seinem Sprung zur Partei- und Regierungsspitze Gewerkschaftsführer – schließlich auch zu Fall brachten.

Es bedurfte erst des Regierungswechsels im September 1982, um in Dänemark die Weichen umstellen zu können, weg vom Abgrund. Zwar war in den vorausgegangenen Jahren auch unter vielen führenden Sozialdemokraten die Einsicht vorhanden, daß ein radikales Umdenken unausweichlich ist. Und es war auch mehrmals damit begonnen worden, aber letztlich fehlte doch das Durchsetzungsvermögen vor allem gegenüber den Gewerkschaften. Sämtliche Sanierungsmaßnahmen wurden auf der Suche nach einer parlamentarischen Mehrheit und unter dem Druck einiger Arbeitnehmer-Organisationen dermaßen verwässert, daß sie keine Aussichten hatten, ihr Ziel zu erreichen, die Wirtschafts- und die Staatsfinanzen zu sanieren.

Mit dem Regierungswechsel bekam Dänemark erstmals in diesem Jahrhundert einen konservativen Ministerpräsidenten. Er übernahm ein schlimmes Erbe, machte sich aber – ohne dabei den Machtpolitiker herauszukehren – zielstrebig ans Aufräumen. Die Ursachen des Übels lagen klar auf der Hand: Der öffentliche Sektor war zu schnell gewachsen. Es gab Sozialordnungen, die allzu großzügig waren. Die automatische Inflationskompensation sowie die Anpassung der Berufsgruppen ohne Lohndrift und der Beamten an die Einkommenssteigerungen der bestbezahlten Industriearbeiter und schließlich der Versuch früherer Regierungen, die Außenwirtschaftskrise mit Hilfe von Abwertungen der Dänenkrone zu meistern.

Erstaunlich war die Resonanz der Bevölkerung auf den neuen Kurs des Kabinetts Schlüter. Mit Ausnahme einiger militanter und linkssozialistisch durchsetzter Gewerkschaften fand er Zustimmung, obgleich die automatischen Einkommenskompensationen abgeschafft wurden (offiziell nur bis 1985, aber niemand glaubt an ihre Rückkehr), zudem im Krankheitsfall ein Karenztag eingeführt und auch sonst im Sozialbereich etliche Milliarden gestrichen wurden. Und schließlich müssen auch noch die Pensionskassen und -versicherungen sowie die Lebensversicherungsgesellschaften nunmehr ihre über einen Realzins von 3,5 Prozent hinausgehenden Gewinne versteuern. Übrigens eine Maßnahme, die ursprünglich von den Sozialdemokraten kam und mit zu ihrem Sturz beitrug.

Aber knapp 70 Prozent der Wähler begrüßen die von Schlüter verordnete „Politik des engen Gürtels". Die Meinungsumfragen stützen ihn in seinem Sanierungsbestreben. Bei der letzten Folketing-Wahl im Dezember 1981 stimmten 14,5 Prozent für die Konservativen; im März dieses Jahres wären 26,1 Prozent dazu bereit gewesen. Dieser Zuwachs geht zum weit überwiegenden Teil zu Lasten der übrigen bürgerlichen Parteien, die schwere Einbußen zu verzeichnen haben.

Der Aufstieg der Konservativen hätte im März nicht ausgereicht den Bürgerlichen eine Parlamentsmehrheit zu sichern. 1981 sammelten sie 50,4 Prozent der Stimmen, jetzt wären es nur noch 47,2 Prozent gewesen. Während die drei sozialistischen Parteien, Sozialdemokraten, Sozialistische Volkspartei und Linkssozialisten, von 46,8 auf 48,1 Prozent geklettert wären.

Nun denken Schlüter und seine Koalitionspartner derzeit nicht an Neuwahlen, die trotz einer offiziellen vierjährigen Mandatsperiode in den vergangenen Jahrzehnten in Dänemark alle zwei Jahre stattfanden. Sie könnten allerdings dazu gezwungen werden, und zwar nicht wegen Abstimmungsniederlagen in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen. Die Stolpergräben sind ihnen auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet gegraben worden. Bisher mußte das Kabinett bereits vier Niederlagen einstecken.

Zu den spektakulärsten gehören die Ablehnung der EG-Fischereipolitik, die ihre Verabschiedung in der Gemeinschaft zunächst verhinderte, und die Weigerung, die Handelssanktionen gegen die Sowjetunion zu verlängern. Im Herbst bei der Vorlage des Staatshaushaltsplanes für 1984 kann die Situation für die Regierung prekär werden. Da geht es u. a. um die Bewilligung neuer Gelder für die NATO-Infrastruktur und damit für eine eventuelle Nachrüstung.

In Kopenhagen ist vereinzelt die Auffassung zu hören, daß Schlüter aus einer Niederlage in dieser Frage die Konsequenzen ziehen und Neuwahlen ausschreiben würde.



Ströget ist die längste Fußgängerzone der Welt, sagen die Kopenhagener, eine der charmantesten ist sie gewiß. Foto: Royal Danish Ministry for Foreign Affairs

Und plötzlich ist da Optimismus

Dänemark hatte sich in den vergangenen Jahren schon an zweistellige Inflations- und Lohnsteigerungsraten gewöhnt. Doch jetzt beginnen die Maßnahmen der Regierung Schlüter zu greifen. Die Teuerungserwartung für 1983 liegt bei sechs Prozent, und die Tarifabschlüsse hielten sich an die Regierungsempfehlung von rund vier Prozent. Allerdings gestattete eine Parlamentsmehrheit Poul Schlüter nicht, den Steuerzahlern das in der Regierungserklärung versprochene Dankeschön von 168 Mark per Scheck zu schicken.

Allerdings wird sich der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz, der 1982 bei gut 5,6 Mrd. Mark lag, im Jahre 1983 nur geringfügig abbauen lassen. Wie Finanzminister Henning Christophersen kürzlich mitteilte, geht die neueste Prognose von 4,1 Mrd. Mark aus.

Von größter Bedeutung ist jedoch die Zinsentwicklung der letzten Wochen. Beim Regierungswechsel im Herbst lag der Obligationszins noch bei 21 Prozent, kürzlich fiel er auf 14 Prozent und in Bankkreisen hält man nun ungefähr zehn Prozent für nicht mehr ausgeschlossen. Nach der überraschenden Aufwertung der Dänenkrone im Rahmen der Paritätenneuordnung innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) erklärte die Regierung vergangene Woche, zum 1. Mai den Kapitalmarkt weitgehend zu liberalisieren.

Vor allem dürfen dann Ausländer wieder dänische Staatsobligationen kaufen. Dies war ihnen 1979 verboten worden. Und dänische Unternehmen unterliegen keinen Beschränkungen mehr bei ihrer Kapitalbeschaffung im Ausland. Diesen Schritt glaubt die Regierung machen zu können, nachdem sie die Währung wieder stabilisiert und im Ausland Vertrauen für ihre Wirtschafts- und Finanzpolitik gefunden hat. Diese positiven Zeichen sind allerdings nicht alleine eine Folge des neuen Regierungskurses. Die internationalen Veränderungen haben ihren wesentlichen Teil dazu beigetragen.

Poul Schlüter glaubt sogar schon das Ende des Tunnels sehen zu können. Vor ein paar Wochen sagte er in einem Zeitungsinterview: „Wir möchten uns einer wirtschaftlichen Stabilität nähern, die an die der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz erinnert. Das mag heute noch etwas übertrieben klingen. Ich sage dies dennoch mit einem klaren Unterton des Realismus. Ich schließe nicht aus, daß wir in vier bis fünf Jahren unser Leistungsbilanzdefizit eliminiert haben und gleichzeitig zu einer fallenden Tendenz in unserem staatlichen Ausgabenüberhang kommen."

Dies mutet fast wie ein Wunder an, nachdem in den letzten Jahren die wichtigsten Wirtschaftsdaten rückläufig waren. Im Jahre 1981 war der Wohnungsbau auf das Niveau der 50er Jahre zurückgefallen. Der Privatkonsum war bis Anfang 1983 rückläufig. Darin kam auch die Reduktion des verfügbaren Realeinkommens zum Ausdruck.

Diese Reduktion der Hauptkomponenten der inländischen Nachfrage hat zu einer Dämpfung des Importanstiegs beigetragen und war somit für die Zahlungsbilanz von Vorteil. Der Preis aber war eine starke Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Gegen Ende 1981 waren ca. 250 000 Personen oder ca. 10 Prozent der Gesamtarbeitskräfte arbeitslos.

Wenn gleichwohl heute Grund zum Optimismus in bezug auf die Möglichkeiten der dänischen Wirtschaft – vor allem der dänischen Industrie – zur Erhöhung ihrer Marktanteile besteht, falls sich die internationalen Bedingungen einigermaßen günstig entwickeln, so hängt dies mit mehreren Umständen zusammen, die der Wirtschaftsprofessor Anders Ölgaard aus Kopenhagen so analysiert:

Früher, und nicht zuletzt in den 60er Jahren, hatte die dänische Industrie das Problem, mit anderen Sektoren, die höhere Löhne zahlen konnten, um die Arbeitskräfte konkurrieren zu müssen. Zeitweilig mit dem Baugewerbe, vor allem aber mit dem öffentlichen Sektor. Hier hat sich die Entwicklung jedoch seit Mitte der 70er Jahre entschieden geändert, da vor allem die öffentlichen Nominallöhne nur mäßig angestiegen sind, was es den für die Zahlungsbilanz wichtigen Wirtschaftszweigen leichter macht, auf einer gedämpften Lohnentwicklung zu bestehen.

Hinzu kommt, daß die dänische Industrie vor allem aus kleinen Unternehmen mit arbeitsintensiver Produktion besteht, die ständig Innovationen der Produkte und Produktionsabläufe vornehmen. Diese Wirtschaftsstruktur ermöglicht eine sehr flexible Produktion, die den Änderungen der Nachfrage angepaßt werden kann. Diese Anpassungsfähigkeit wird der dänischen Industrie, die ja international gesehen keine große Rolle spielt, sicherlich die Eroberung von Marktanteilen erleichtern. Außerdem ist eine solche Struktur relativ unempfindlich für den Wettbewerb seitens der neuen Industrieländer der Dritten Welt, deren konkurrenzmäßige Vorteile eher auf niedrigen Löhnen beruhen als auf Produktentwicklung, Design usw.

M. G.

TOURISMUS / Eine feste Klientel kommt jeden Sommer

Der Teufel und sein Kro sind nah

Auch in diesem Sommer kann Dänemark wieder sicher mit „seinen" Urlaubern rechnen. Es gibt eine feste Klientel, die nicht auf die Idee käme, auch nur für ein einziges Mal woanders hinzufahren als nach Dänemark.

Da sind zunächst diejenigen, die ihren Urlaub zusammen mit der Familie in einem Ferienhaus verbringen wollen und wissen, daß sie sich im gesamten Königreich auf den Standard verlassen können.

Und zum Standard gehört, daß das Ferienhaus im Grünen liegt, daß der Abstand zum nächsten groß genug ist, damit die Individualität im Urlaub zu ihrem Recht kommt, daß die Ausstattung genügend komfortabel ist und daß die gesamte Struktur der Ferienhausanlage so beschaffen ist, daß kein Ghetto-Charakter entstehen kann. All dafür ist gesorgt, denn in Dänemark dürfen die Tourismusressorts nicht ungehindert wuchern. Und da bei Ferienhäusern der Zuwachs gestoppt worden ist, achtet man auf Qualität.

Eine feste Größe sind auch die Kro-Ferien. Sie haben gerade in letzter Zeit viele neue Freunde finden können. Der „Kro" ist der Dorfkrug. Er steht für Tradition, Gemütlichkeit und gute Küche. „Kroer", so lautet der Plural, findet man überall in Dänemark. Man braucht nur nach der Kirche Ausschau zu halten. Denn ein altes dänisches Sprichwort sagt: „Wo der liebe Gott eine Kirche hat bauen lassen, hat der Teufel einen Kro daneben gesetzt." Aber die Dänen sagen auch: „Es ist besser, im Kro zu sitzen und an die Kirche zu denken, als in der Kirche zu sitzen und an den Kro zu denken."

Ein bekannter Kro liegt kurz hinter der deutsch-dänischen Grenze in Mögeltönder, der „Schackenborg Slotskro". Er befindet sich an Dänemarks schönster Dorfstraße direkt neben dem Schloß Schakkenborg. Zu seinen Spezialitäten gehören eingelegte Bratheringe, Räucherschinken und Lachssoufflés. Für ihre Meeresspezialitäten sind die Kroer auf Römö und Fanö berühmt. In der Nähe von Legoland in Mitteljütland liegt der „Hovborg Kro" inmitten eines reichen Jagdreviers.

Natürlich hat auch die Hauptstadt Kopenhagen „ihre" Kroer; neben denen der Spitzenklasse, wie das „Anatole", „Baron of Beef" seien das „Kanalkafeen" und das „Karl Kik" in der Nähe des bekannten Fischrestaurants „Fiskekälderen" genannt. In diesen kann man allerdings nicht (wie in denen auf dem Land) übernachten.

Ferner ist Dänemark das nahezu konkurrenzlose Eldorado der Wassersportler. Bei 500 Inseln und etwa 7400 km Küstenlinie bleibt kaum ein Wunsch unerfüllt. Stille Buchten mit idyllischen Ankerplätzen wechseln sich ab mit modernen Marinas, mit stimmungsvollen Hafenstädtchen und den großen Städten. Im Kleinen und Großen Belt gibt es geschützte Gewässer, die Törn-Möglichkeiten bieten, die auch unerfahrene Crew-Mitglieder nicht überfordern. Nördlich der Inseln Fünen und Seeland locken Entdeckungsfahrten, etwa in die Aarhus-Bucht zu den Molser Bergen oder in das romantische Ebeltoft, zur Insel Samsö oder zu den kleineren Eilanden Laesö und Anholt im Kattegat.

Für Urlauber mit Segeljolle und Trailerboot gibt es fast in jedem Hafen Slipmöglichkeiten. Segelschulen bieten ihre Dienste an. Man muß indes darauf achten, ob die Scheine in der Bundesrepublik Gültigkeit haben.

Das Surfbrett hat längst auch Dänemark erobert. Surschulen und die Gelegenheit, Bretter zu mieten, findet man an vielen Plätzen.

Als eines der beliebtesten Reviere hat sich das „Inselmeer" bei Fünen in den letzten Jahren herausgestellt. Fünen, in deren Hauptstadt Odense Hans Christian Andersen geboren wurde, wird im Sommer verstärkt auch von Familien angelaufen. Die kurzen Entfernungen zwischen den Inseln und Inselchen südlich von Fünen erlauben es sogar, kleinere Kinder mit auf Tagestouren zu nehmen.

Für den Skipper mit gehobenen Ansprüchen gehört der Bornholm-Törn zu den Erlebnissen besonderer Art, weil die Fahrt zu der abseits gelegenen Ostsee-Insel schon ein Stück Arbeit ist.

Aber auch der abgeschlaffte Fahrensmann sollte sich in Bornholm noch zu einer Rundtour mit dem Fahrrad aufraffen. Die Rundkirchen, die Keramikwerkstätten und die Heringsräuchereien lohnen die Mühe.

LARS SVENSEN

INDUSTRIEANSIEDLUNG / Mit Hilfe der Banken

Metallverarbeitung liegt weiter vorne

Dänemark ist eines der kleinsten Länder Europas. Dennoch lebt seine Bevölkerung unter sehr unterschiedlichen geographischen Bedingungen.

Wirtschafts- und Bevölkerungsmittelpunkt ist das Hauptstadtgebiet, in dem etwa 35 Prozent der Bevölkerung auf sieben Prozent der Landfläche leben. In Ostjütland liegt ein weiteres dicht bevölkertes Gebiet.

Um einer unerwünschten wirtschaftlichen Entwicklung aufgrund der geographischen Gegebenheit zu begegnen, sind seit den 50er Jahren mehrere Regionalentwicklungsgesetze durchgeführt worden.

Danach wird staatliche Hilfe inländischen wie ausländischen Unternehmen ohne Unterschied gewährt, wenn Firmen in bestimmten Regionen sich ansiedeln. Diese Hilfe wurde in den Jahren eine der stärksten Triebkräfte für die geographische Verlegung gewerblicher und wirtschaftlicher Tätigkeit.

Die letzte Fassung des „Raumordnungsgesetzes" wurde 1972 verabschiedet. Danach stehen rund 300 Millionen Dänenkronen jährlich zur Verfügung, die auf eine Reihe verschiedener Darlehns- und Zuschußformen verteilt werden. Rund 50 Millionen Dänenkronen kommen jährlich in diesen Topf dazu. Diese Summe wird Dänemark von der Europäischen Investitionsbank als Darlehen gewährt.

Finanzhilfen werden denjenigen Firmen gewährt, die sich in Teilen des Landes niederlassen, die als Entwicklungsgebiete klassifiziert worden sind. Dies sind in erster Linie: Teile von Nord-, West- und Südjütland, die südlichen Inseln Lolland, Falster, Langeland, einzelne kleinere Gebiete in Ostjütland und auf Westseeland, Bornholm und die Färöer-Inseln.

Gewisse Regionen in diesen Gebieten sind wiederum zu „besonderen Entwicklungsgebieten" erklärt worden. Entschließt sich ein Unternehmen, in diesem Sondergebiet sich anzusiedeln, können zur Finanzierung der Niederlassungskosten neben Darlehen auch Investitionszuschüsse gewährt werden. (Ein Darlehen kann bis zu 90 Prozent der gesamten Anfangskosten betragen).

Neben diesen Regierungsdarlehen und Zuschüssen wird zudem eine „Übersiedlungshilfe" für die Unternehmen gewährt, die Produktionsanlagen in ein Entwicklungsgebiet bringen.

Auskünfte über diese Gebiete erteilt das Direktorat für Gebietsentwicklung in DK-8600 Silkeborg, Söndergade 25. Darüber hinaus hat die Copenhagen Handelsbank (Holmens Kanal 2, DK-1091 Kopenhagen K, Handelskontakt-Service) eine Anleitung für Firmengründer auf deutsch herausgegeben. In dieser Broschüre informiert die Bank über die wirtschaftlichen, juristischen und finanziellen Aspekte der ausländischen Investitionen in Dänemark.

Die Investitionen ausländischer Unternehmen im nördlichen Nachbarland der Bundesrepublik Deutschland nehmen Jahr für Jahr zu. So genehmigte die dänische Zentralbank für 1981 insgesamt 663 Anträge in Gesamthöhe von 2,4 Milliarden Dänenkronen. In den beiden Vorjahren waren es zusammen 1886 Anträge mit einem Volumen von 5,3 Milliarden dkr In Anzahl der Genehmigungen gemessen, nimmt die Bundesrepublik Deutschland mit 298 (952 Millionen dkr) den ersten Rang ein, gefolgt von Schweden mit 273 (1,1 Milliarden dkr), den USA (214 mit 830 Millionen DKR) und Großbritanien sowie Holland.

Nach Dänemarks Beitritt zur EG vor zehn Jahren können ausländische Unternehmen nahezu ohne Einschränkungen Niederlassungen in Dänemark errichten. Ausländische Firmen können ohne Einschränkung bis zu eine Million dkr in Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen investieren. Höhere Investitionen erfordern die Genehmigung durch das Industrieministerium. Für EG-Investoren ist dies aber nur reine Formalität, darauf weist die Copenhagen Handelsbank in ihrer Broschüre hin.

Es gibt etwa 6000 industrielle Unternehmen in Dänemark mit einer Beschäftigtenzahl von 400 000. Für ein Land mit keinen verfügbaren Ressourcen hat das Königreich einen sehr gut entwickelten Metallverarbeitungssektor. Er überragt alle anderen Kategorien der Industrie, und seine Arbeitnehmerschaft ist zweimal so groß wie die der anderen Hauptkategorie, Nahrungsmittel und Getränke.

Schweden und die Bundesrepublik Deutschland nehmen etwa 40 Prozent aller Produkte aus Dänemark auf. Eine staatliche Beteiligung an der Industrie gibt es nicht.

MIKKEL BRODERS

FÄHREN / 34 Stunden nach Färöer, 2 Minuten nach Venö

Festland ade, Alltag ade

Es gibt allein", Lars blickte von seinem dick gefüllten Salatteller auf, „75 Hauptfährverbindungen in Dänemark." Zur Bekräftigung schob er eine Mischung aus Krabben, Majonäse und grünen Salatblättern in seinen von blondem Haar umwucherten Kopf und begann mit starken Muskeln zu kauen.

Wir befanden uns auf der MF „Travemünde", einem modernen Hochsee-Autofährschiff, das uns von Travemünde in dreieinhalb Stunden nach Gedser bringen sollte. Gedser liegt auf der Südspitze von Falster, einer mit Seeland durch eine Brücke verbundene Insel, der Insel, die sich mit der Hauptstadt Kopenhagen schmükken darf. Unser Ziel war ein Ferienhaus in der Fakse-Bugt und die Bekanntschaft mit Lars rein zufällig.

„Dänemark ist eben das Land der Fährschiffe", erzählte Lars weiter, „es besteht aus 500 Inseln und der Halbinsel Jütland, die hinter der deutschen Grenze beginnend ein Teil des europäischen Festlandes ist. Von den 500 Inseln sind indes nur 100 bewohnt", fügte er rasch hinzu, als er merkte, daß die Zuhörer an seinem Tisch erste Anzeichen von Zweifeln zeigten.

„Nun nenn doch mal ein paar von deinen 75 Linien", unternahm auch prompt ein anderer Gast am Tisch im Restaurant der „Travemünde" den Versuch, Lars auf die Schippe zu nehmen. Doch Lars zeigte sich präpariert. „Nach der Strecken-Klassifizierung des Jahres 1982 befinden wir uns auf der Route 5, Travemünde–Gedser. Die meisten Berliner benutzen die Route 6, Warnemünde–Gedser, oder wenn sie zu ihrer Lieblingsinsel Bornholm fahren, die Nummer 8, Saßnitz–Bornholm.

Die Nummer 9", setzte er direkt hinzu, um seinen Kritikern den Todesstoß zu versetzen, „führt von Swinemünde nach Kopenhagen."

Nun sollte er auch noch die längste und die kürzeste Fährverbindung nennen. Lars tat's: „Von Esbjerg nach Thorshavn auf den Färöern braucht die Fähre 34 Stunden, und von Kleppen nach Venö 2 Minuten." Dies habe er allerdings nie ausprobiert.

Als sich nun auch der Nachbartisch am Spiel der Fähren beteiligen wollte, und jemand Lars den Vorwurf machte, die weiteste Fähre müsse doch wohl die nach Grönland sein, wurde es diesem zu albern. „Ich habe noch zu tun", wandte er sich mit wichtiger Miene uns zu. „Hier auf der ‚Travemünde' kann man zollfrei einkaufen. Und am besten tut man das in der Mitte der Wegstrecke, da ist der Andrang nicht so groß. Bei uns zu Hause, auf dem Festland, ist der Alkohol sehr teuer. Es gibt Leute, die kalkulieren den Schnapspreis in die Kosten für die Fähre ein." Sprach's, stand auf und verschwand.

Ich für meine Person bezweifele, daß viele so rechnen. Denn mag in Dänemark der Alkohol auch teurer sein, man hätte sich ja schon in der Bundesrepublik mit den benötigten Wässerchen eindecken können. Tatsächlich ist das Fährefahren schon ein Teil Urlaub. Wenn man sein kleines Auto in den Bauch eines stählernen Riesen chauffiert, ist das immer wieder ein Erlebnis. Der Abschied vom Alltag beginnt in Travemünde mit dem Abschied vom Festland.

Zudem ist die Verbindung nach Gedser so frequentiert, daß man sich den Zeitpunkt aussuchen kann, an dem man in Dänemark wieder an Land gehen will. Und die dreieinhalb Stunden, die man nicht am Steuer sitzen muß, bieten vor allem für Urlauber, die nicht aus Norddeutschland kommen, eine willkommene Unterbrechung.

Und nach Seeland muß man sowieso mit der Fähre. So daß die Frage nur darin besteht, ob man die fraglos schnellere Vogelfluglinie (eine Stunde Fahrt auf See) oder die geruhsamere nach Gedser wählt. In beiden Fällen und auch generell ist es ratsam, vorher zu buchen, auch auf innerdänischen Strecken. Es gibt nur einige wenige Strecken mit ununterbrochenem Verkehr, wo man sich keinen Platz notieren lassen kann. Sonst aber ist das bei den Dänen so Sitte, und gerade im Sommer sieht man gelegentlich den Fremden auf dem Parkplatz warten, und die Einheimischen füllen mit ihren Fahrzeugen das Schiff.

Wenn man nicht auch so einen Kult aus den Fähren machen muß wie Lars.

EDWIN SIEWERT

Auf einen Blick

WICHTIGE ADRESSEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Königlich Dänische Botschaft, Pfälzer Str. 14, 53 Bonn 1, Tel. 63 10 81.
Königlich Dänische Generalkonsulate in:
Am Leonhardsbrunn 20, 6 Frankfurt 90, Tel. 77 03 91;
Heimhuder Str. 77, 2 Hamburg 13, Tel. 44 70 57;
Maximilianstr. 22/I, 8 München 22, Tel. 22 04 41.
Königlich Dänisches Konsulat, Nordergraben 19, 2390 Flensburg, Tel. 2 33 05.
Dänisches Fremdenverkehrsamt, Glockengießerwall 2, 2 Hamburg 1, Tel. 32 78 03.
Zweigstelle: Immermannstr. 56, 4 Düsseldorf 1, Tel. 35 81 03 u. 36 47 70.



Amtliches Reisebüro der Dänischen Staatsbahnen, Ost-West-Str. 70, 2 Hamburg 11, Tel. 36 32 11.
Dänisches Zentralbüro für Sommerhaus-Vermietung, Spitalerstr. 16, 2 Hamburg 1, Tel. 32 27 81.

IN DÄNEMARK

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland, Stockholmsgade 57, DK-2100 Kopenhagen Ø, Tel. 26 16 22.

Deutsche Honorarkonsulate u. a. in: Aarhus, Frederikshavn, Odense, Rönne (Bornholm) und Tórshavn (Färöer-Inseln).

Ministerium des Äußeren, Handelsabteilung, Asiatisk Plads 2, DK-1448 Kopenhagen K, Tel. 92 00 00.

Handelskammer Kopenhagen, Borsen, DK-1217 Kopenhagen K, Tel. 15 53 20.

Deutsche Lufthansa, Ved Vesterport 6, DK-1602 Kopenhagen, Tel. 12 44 25.

Hauptverband der Dänischen Industrie, H. C. Andersens Boulevard 18, DK-1596 Kopenhagen V, Tel. 15 22 33.

DYREHAVSBAKKEN / Tivoli ist keine Konkurrenz

Hier überlebte Monsieur Pierrot

Unter den Vergnügungsstätten Kopenhagens ist das Tivoli zweifellos die bekannteste. Aber im Bewußtsein der Dänen hat das Tivoli einen ebenbürtigen Konkurrenten – gut versteckt, etwa 10 km nördlich der Stadt, umgeben von dichtem Wald.

Man findet ihn nicht, wenn man nicht genau weiß, wo er liegt. Er heißt „Dyrehavsbakken" oder einfach „Bakken". Auf den ersten Blick wirkt er vielleicht nicht ganz so vielseitig wie das Tivoli, doch wenn man etwas an der Oberfläche kratzt, wird man Vergnügungen finden, die durch ihre Primitivität sonderbar wirken, ja, die eigentlich auf den Marktplatz unserer Urgroßeltern gehören, aber hier überleben durften.

Hier ist ein Pierrot, der Feuer frißt und einfache Kunststücke zeigt, hier ist ein Kasperletheater – immer noch bei den Kindern beliebt – und ein Pavillon, wo jüngere Damen unter kräftiger Klavierbegleitung alte und traurige Lieder vortragen sowie einige Stücke, die immer noch begeistern, indem sie sich zum Rand der viktorianischen Moralbegriffe hin und andeutungsweise ein Stück weiter bewegen.

Um die Wahrheit zu sagen ist Tivoli – 1843 gegründet – faktisch ein richtiger Grünschnabel, verglichen mit „Dyrehavsbakken", der Vergnügungsstätte, die in all ihrer flatterhaften Leichtfertigkeit eine Dame von so hohem Alter ist, daß man es, recht besehen, gar nicht kennt; ja, ihr Ursprung ist geradezu in einer Sage von der schönen Frau Kirsten Pils versteckt. Historisch kann nur gesagt werden, daß sich in einem Wald, der seit etwa 1200 als „Boveskoven" bekannt ist, eine Quelle befand, die, wie viele andere Quellen den Ruf bekam, „heilig" zu sein, ganz besonders in der Mittsommernacht.

So wurde im Laufe des 18. Jahrhunderts der Tiergarten – wie noch heute – das bevorzugte Ausflugsziel der Kopenhagener, wenn sie der Stadt müde waren. Dazu kommt, daß Christian VI., ein religiöser Monarch, der versuchte, die Sünde durch eine sehr gezielte Gesetzgebung auszurotten, ein Verbot der Mittsommermärkte erließ. Er hatte den völlig berechtigten Verdacht, daß es sich in Wirklichkeit um heidnische Überlieferungen handelte und daß obendrein mehr Branntwein als Quellwasser getrunken wurde.

Es gelang der Regierung damals auch, den Zustrom der Kopenhagener zu der heiligen Marktquelle „Vartov" einzustellen. Sie lag ungefähr dort, wo heute die Brauerei Tuborg liegt. Aber man fand nicht heraus, daß die quellensuchenden Kopenhagener nur etwas weiter aufs Land gingen und sich bei der Quelle Kirsten Pils versammelten.

Und so blühte „Dyrehavsbakken" auf, nicht nur als Vergnügungsstätte während einiger weniger Tage um Mittsommer, sondern als wochenlanger Gauklermarkt, der eine Menge ausländischer Artisten anzog. Es wird berichtet, daß Kopenhagen an Sommersonntagen fast wie ausgestorben war – alle waren im Wald, und damit meinte man wirklich alle. „Dyrehavsbakken" zog Leute aller Klassen an, vom Königshaus bis zum Dienstmädchen. Mit Wagen, zu Pferde und zu Fuß strömten sie in den Wald hinaus, um sich an Tierschauen, deutschen Kunstreitern, italienischen Pantomimen, an Musik und Gesang, knusprigen Waffeln usw. usw zu sättigen.

Die Moralisten waren entrüstet – Trunkenheit, Prostitution und Schlägereien blieben natürlich nicht aus –, aber die junge Generation romantischer Dichter fand in dem bunten Volksleben von „Dyrehavsbakken" Inspirationen für Werke, die so voller Lebenskraft sind, daß sie heute noch auf der Bühne überleben.

„Dyrehavsbakken" setzte sich so bleibende Monumente in der dänischen Literatur, während die Vergnügungsstätte selbst sich mit den Zeiten veränderte. Daß der Konkurrent Tivoli auftauchte, brachte mit sich, daß die „feinen Leute" sich in dem neuen Vergnügungspark versammelten, während der alte, draußen im Walde, in Trinkerei versumpfte. Aber als Kopenhagen Eisenbahnen und Straßenbahnen bekam und die Gegend um den Tiergarten eine anziehende Wohngegend wurde, lebte „Dyrehavsbakken" wieder auf und fand aufs neue seinen Platz als Treffpunkt aller Bevölkerungsschichten – weniger kosmopolitisch als Tivoli, aber erzdänisch.

Und der Wald ist natürlich da, ebenso wie Kirsten Pils' Quelle.

ERIK KJERSGAARD

DÄNEMARK
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg

Pankraz und der Spaß am Unglücklichsein

Das wohl kurioseste Buch des Jahres ist soeben im Münchner Piper-Verlag erschienen: Paul Watzlawicks „Anleitung zum Unglücklichsein". Der Verfasser, ein österreichisch-amerikanischer Philosophieprofessor, der zur Zeit an der Stanford-Universität in Kalifornien lehrt, ist in Fachkreisen sehr geschätzt und durchaus ernst zu nehmen. Dennoch wirkt sein neuestes Opus etwas hirnrissig und vollkommen überflüssig. Wer braucht denn schon die Hilfe eines leibhaftigen Professors, um sich freiwillig ins Unglück zu stürzen! Ein Ganove aus dem Hafenviertel genügt, der einem die Zähne oder auch die Augen ausschlägt. Bei den meisten würde es schon reichen, wenn man sie um ihre gesamte Barschaft erleichterte und ihnen das (unversicherte) Haus über dem Kopf anzündete.

Solche rabiaten Vorschläge macht Professer Watzlawick natürlich nicht. Sein Buch ist typische Wohlstandslektüre. Es wendet sich an diejenigen, die schon alles haben und auch behalten wollen, außer eben das Unglücklichsein. Denen ruft der Gelehrte ins Gedächtnis, daß schon Goethe gesagt hat: „Es ist nichts schwerer zu ertragen als eine Reihe glücklicher Tage." Ohne eine Prise Unglücks-Salz, so meint er, mache das Glücklichsein ja gar keinen Spaß. Und um diese Prise zu erlangen, solle man also getrost zu seinem kleinen Ratgeber greifen; man werde prompt und dezent bedient.

Gut für Watzlawick, daß er bei alledem merkbar mit den Augen zwinkert. So ernst, wie sein Buch daherkommt, will er es denn doch nicht gemeint haben. Er sieht sich in jener glorreichen, vor allem in angelsächsischen Ländern geschätzten Tradition der Nonsens-Soziologie, der wir solche Beststeller verdanken wie Parkinsons „Untersuchungen über die Verwaltung" oder Peters „Hierarchie der Unfähigen". Leider reicht sein eigenes Werk nicht ganz an diese Klassiker heran, und der Leser hat etwas Mühe, seiner Logik zu folgen.

Wenn Pankraz richtig gelesen hat, dann gibt es nach Watzlawick drei Wege, um das Glück zu unterlaufen. Man braucht erstens nicht daran zu glauben, man kann es zweitens moralisch disqualifizieren, und man kann es drittens überfordern. Für die Beliebtheit des ersten Weges steht zum Beispiel die gegenwärtige Friedensdiskussion. Die Wehrhaftigkeit des Westens, der Atomschirm und die NATO haben uns jahrzehntelang das Glück des Friedens in Westeuropa beschert, haben uns vor dem Zugriff der Sowjets bewahrt. Aber viele Leute glauben diesem Frieden einfach nicht. Sie behaupten, wir wären viel sicherer ohne Verteidigungsbereitschaft. Sie haben nicht den geringsten Beweis für ihre These, doch um Beweise geht es hier auch gar nicht. Es geht einzig und allein darum, dem Glück des Friedens die berühmte Prise Unglücks-Salz beizumischen.

Auch die Wirksamkeit der zweiten Methode läßt sich an aktuellen politischen Beispielen demonstrieren. Seit Jahrzehnten genießt Westeuropa das Glück eines vergleichsweise hohen materiellen Wohlstands. Deshalb empfiehlt der Ratgeber zum Unglücklichsein, den materiellen Wohlstand nach Kräften abzuwerten, ihn in ein moralisches Zwielicht zu bringen. Das geschieht etwa durch Hinweis auf die Hungernden in der Dritten Welt. Es müssen direkte Verbindungen zwischen Wohlstand hier und Hunger dort hergestellt werden. Schon den Kindern in der Schule muß der Genuß von Bananen verleidet werden, indem man ihnen einhämmert, daß jene Bananen den hungrigen Kindern der Dritten Welt gleichsam vom Munde weggestohlen seien.

Und wie läuft es auf dem dritten Weg? Wir genießen in der Bundesrepublik einen Sozialstaat, der von fast allen als historischer Glücksfall sondergleichen gerühmt wird. Doch auch solchen Glücksfällen läßt sich beikommen, man muß sie nur überfordern. Wer schon staatliche Beihilfen beim Kauf einer Zahnprothese kassiert, der soll sich verzehren im Wunsch nach Staatszuschüssen für Omas drittes Lesebrillengestell. Wer eine Beamtenzulage für das Aufhängen von Nistkästen in seinem Schrebergarten erhält, der soll sich voller Empörung fragen, warum es nicht auch Zulagen für das Ausgraben von Regenwürmern gibt. So kommt Ärger in die Familie, und der eben noch Glückliche gerät unversehens in die Nähe eines Herzinfarkts.

Aufmerksame Leser mögen sich nun fragen, was denn eigentlich so neu und apart sei an Professor Watzlawicks Unglücksratschlägen. Tatsächlich brauchen wir seine Anleitung nicht. Der Hang zum Unglücklichsein ist uns mit der Muttermilch eingegeben worden, er ist Ur-Instinkt, wir müssen ihn nicht erst lernen. Watzlawick fragt sich in seinem Vorwort verwundert, warum es so viele Bücher, Podiumsdiskussionen und Philosophieseminare über das Glück gebe und nichts Vergleichsbares über das Unglück. Die Antwort lautet: Weil wir uns nur in der Erkenntnis und im Festhalten des Glücks, und nicht des Unglücks, anstrengen müssen. Alle guten Philosophen sind sich darüber einig, daß wahres Glücklichsein das Produkt erkennender und moralischer Mühe ist und daß das „blinde" Glück der Fortuna keine Dauer haben kann, ganz zu schweigen von dem, was Voltaire das „Glück der Dummköpfe" nannte; dieses letztere setze die „völlige Verblödung" voraus.

Das „Glück der Philosophen", das Voltaire so eindrucksvoll vom „Glück der Dummköpfe" abhebt, ist auch weitgehend resistent gegenüber den Empfehlungen des Paul Watzlawick, es widersteht sogar teilweise dem körperlichen Schmerz und der seelischen Langeweile, nach Schopenhauer die beiden ärgsten Feinde der Glücklichen. Damit verläßt es freilich die Sphäre, in der nicht ganz ernst gemeinte Ratschläge Gehör finden. Übrig bleibt der durch und durch seriöse Rat, den schon die Stoiker ihren Schülern gaben: „Laß dich nicht vom Glück täuschen, damit das Unglück dich nicht beugen kann!"

Pankraz

„She's the greatest" – Ella Fitzgerald, die First Lady of Jazz, wird heute fünfundsechzig Jahre alt

Kinderreime unter dem Harlem-Mond

Eine Lady feiert Geburtstag. Keine von adligem Geblüt; das Adelsprädikat hat sie ihrer Stimme zu verdanken. Einer Stimme freilich, wie es sie jedes halbe Jahrhundert nur einmal gibt. Die „First Lady of Jazz", Ella Fitzgerald, wird heute 65 Jahre alt.

Ella mußte in ihrem Leben auftreten gegen ganze Kohorten glanzvoller Konkurrentinnen. Da gab (und gibt) es die Billie Holiday, Ethel Waters, Anita O'Day, Sarah Vaughan. Doch keine hat ihr jemals den ersten Rang streitig machen können. Der Faszination von Ella kann sich keiner entziehen. Ihrer stupenden Musikalität, ihrem nachtwandlerischen Improvisationstalent scheinen keine Grenzen gesetzt. Sie singt dasselbe Lied zehnmal, und das Ergebnis ist immer ein anderes. Es gibt keine zwei identischen Schallplattenaufnahmen von Ella Fitzgerald.

Die Stimme mit dem unverwechselbaren Timbre umfaßt gut drei Oktaven; das ist mehr, als einem Opernsänger gemeinhin abverlangt wird. Und Ella setzt sie vokal genausogut ein wie instrumental: ihr Gesangspart könnte von einer Trompete oder einem Altsaxophon gespielt werden. Phänomenal ihr Gefühl für Harmonie und Rhythmus und Intonationssicherheit. „Ich hatte keine Ahnung, wie gut unsere Lieder sind", sagte Ira Gershwin einmal, der seinem Bruder George die Texte schrieb, „bis ich sie von Ella Fitzgerald hörte."

Ob Ella Jazz, eine gefühlvolle Ballade oder einen Song von Stevie Wonder singt, stets veredelt sie das Produkt, macht aus scheinbar banalen 32 Takten ein kleines Kunstwerk. Selbst einem weichen Streicher-Arrangement vermag sie ein paar Jazz-Spitzen aufzusetzen, ihm die süße Kruste aufzubrechen.

Es gibt kaum einen bekannten Jazzmusiker, mit dem sie im Laufe ihrer nun fast 50jährigen Karriere nicht aufgetreten wäre. Sie wurde begleitet von Oscar Peterson, und Benny Goodman stellte ihr seinen Bigband-Sound zur Verfügung. Mit Stan Getz, Duke Ellington und Count Basie reiste sie durch die Welt. Bei kleinen Besetzungen fühlt sie sich besonders zu Hause, da läßt die Kommunikation zwischen ihr und den drei, vier Musikern keine Wünsche offen. Als sie vor knapp zwei Jahren beim Norddeutschen Rundfunk mit dem Gitarristen Joe Pass gastierte, da verschmolzen Stimme und Instrument zu einer Einheit von unvergeßlicher Vollkommenheit.



Stupende Musikalität und nachtwandlerisches Improvisationstalent: Ella Fitzgerald FOTO: DIE WELT

Und dann war da, last not least, Louis Armstrong (dessen Stimme sie in einer Aufnahme des „Basin Street Blues" rauchig-heiser Reverenz erweist); mit ihm hat sie eine Jazzfassung von „Porgy and Bess" aufgenommen, die, viel präziser als die zahlreichen Opernversionen, die Stimmung und die Zwischentöne des Dramas aus der Catfish Row zeichnet. Das ging in die Musikgeschichte ein.

In Baltimore wurde Ella Fitzgerald 1918 geboren, in einem Waisenhaus in Virginia wuchs sie auf, und in New York wurde sie an einem Mittwochabend im Januar 1934 entdeckt. Im Harlemer „Apollo Theatre" fand allwöchentlich die „Wednesday Night Amateur Show" statt. „Es war eine Wette", erinnert sie sich. „Meine Freundinnen sagten: du traust dich nicht." Aber dann kratzte sie ihre gesamten Ersparnisse zusammen, die gerade für eine einfache Fahrt nach New York reichten.

Als Tänzerin hatte sie sich ankündigen lassen, doch im letzten Moment bekam sie kalte Füße und erklärte den Zuhörern: „Ich hab's mir anders überlegt. Ich will doch lieber singen." Das schallende Gelächter im Publikum legte sich rasch, als sie mit ihrem Vortrag begann. Sie stach an diesem Abend alle anderen Mitbewerber aus und erhielt den ersten Preis: einen Vertrag mit der Chick-Webb-Band für zwölf Dollar pro Woche.

Webb, einer der populärsten Bandleader jener Zeit, nahm die Waise in seinen Haushalt auf und machte sie „konzertreif". Schon ein Jahr später besang sie die erste Platte. Der endgültige Durchbruch kam dann 1938, als sie einen Kinderabzählreim verjazzte: „A tisket, a tasket" wurde ihre Erkennungsmelodie.

Nach Webbs Tod im Jahre 1939 „erbte" sie seine Band, die sie bis 1942 leitete. Sie tingelte vier Jahre durch Nachtklubs und Theater und traf dann Norman Granz. Der durch seine „Jazz at the Philharmonic"-Veranstaltungen berühmt gewordene Manager engagierte sie als erste Vokalistin für seine Konzerte und ebnete ihr den Weg zur „First Lady of Jazz".

Nebenbei machte Ella Fitzgerald Filme, komponierte und hatte eigene Fernsehshows. Eine davon, die 1975 ausgestrahlt wurde, hieß „Positively Black". Aber sie war – darin Louis Armstrong ähnlich – eigentlich nie eine „schwarze" Sängerin, für die die Hautfarbe und die damit verbundene Problematik in einem von Weißen dominierten Land eine Rolle spielte. Ihren vorwiegend weißen Zuhörern verkündete Ella weder politische noch religiöse Botschaften; ihr Glaubensbekenntnis lautete ganz simpel: „Es gibt nur eins, das besser ist als Singen: Noch mehr singen."

Zur wahren Meisterschaft hat sie es beim „scat singing" gebracht, jene Art des Vortrags, bei dem lautmalerische Silben den Text ersetzen. Er soll entstanden sein, als einmal ein Sänger seinen Text vergessen hatte: aus dem kurzzeitigen Blackout machte er eine im nachhinein vielkopierte Tugend. Danny Kaye behauptet übrigens, er habe das „scat singing" bereits 1906 erfunden. Doch wer auch immer damit begonnen haben mag, keiner beherrschte es je so souverän wie „Ella assoluta", nachzuhören in ihren „Scat"-Standards „How High the Moon" und „Lady Be Good".

Während es mit ihrer Kunst beständig aufwärts ging, mußte Ella privat auch Nackenschläge hinnehmen. Drei gescheiterte Ehen liegen hinter ihr, ein schweres Augenleiden zu Beginn der 70er Jahre drohte zur Erblindung zu führen. Doch solche Ereignisse haben Ellas künstlerische Qualitäten nie beeinträchtigen können. „She's the greatest" – nicht zuletzt deshalb sind sich ihre Fans und Kollegen darüber einig.

Als Dietrich Fischer-Dieskau einst in Washington eine Liedermatinee gab, hatte er nach dem Vortrag nichts Eiligeres zu tun, als ein Flugzeug nach New York zu bekommen. Der Grund: Ella und Duke Ellington traten gemeinsam in der Carnegie Hall auf. „So etwas kommt so bald nicht wieder", meinte der deutsche Sänger, und er hatte recht damit.

RAINER NOLDEN

Jost Meiers Oper „Sennentuntschi" in Freiburg

Duett beim Alpenglühen

Fridolin hätte sicher besser daran getan, nicht gar soviel vom Hautabziehen zu reden. Die zum Leben erwachte Puppe Maria nimmt dergleichen nämlich wörtlich. Wenn sie am Ende von Jost Meiers Oper „Sennentuntschi" (was Schweizerdeutsch ist und „Puppe des Alphirten" bedeutet), die jetzt in Freiburg uraufgeführt wurde, zum letzten Mal und allein vors Publikum tritt, hält sie die blutigen Hautfetzen in der Hand, die sie dem Senn Fridolin gerade abgezogen hat.

Natürlich redet Fridolin auch von anderen Dingen: vom Essen, vom Trinken und vor allem vom „Vögeln auf der Matratze". Schließlich haben Fridolin und seine beiden Hirten-Kollegen Benedikt und Manni die Puppe deshalb gebastelt, weil sie in der Total-Isolation der Alphütte mal wieder weibliche Gesellschaft haben wollten. Entsprechend groß ist die Freude, als die Puppe lebendig wird. Doch als sie immer mehr zum Vamp wird, immer mehr dominiert, geraten die Männer in Panik und beschließen, ihr Geschöpf wieder zu vernichten. Doch zu spät: Sie werden den Geist, den sie riefen, nicht mehr los.

Der Inszenierung Martin Markuns ging es eher um die Hintergründe und Ursachen als nur um die platte Darstellung dieses alpenländischen Sagenstoffs. Mit Hilfe von vier stimmlich wie schauspielerisch ausgezeichneten Akteuren brachte er eine beängstigend aggressive Männerwelt auf die Bühne, voll von verdrängten sexuellen Schwierigkeiten und zotenreichen Phantasien; eine Welt zwischen Aberglaube, Blasphemie und frömmelnden Heiligenbildchen, die ihre Probleme lieber durch Kartenspiel und Alkohol zudeckt; eine Männerwelt schließlich, in der, kaum daß die Puppe zum Leben erwacht ist, die verschiedenen Frauenbilder der drei Hirten für neuen Zündstoff sorgen: Während Maria für Fridolin reines Sexualobjekt ist, lebt sein Kollege Mani in einer romantisch-schwärmerischen Gefühlswelt. Geradezu rührend ist das Liebesduett, das er mit Maria beim Alpenglühen singt – das Zerrbild eines Ganghofer-Romans.

Obwohl sich Jost Meiers Musik in Form von Alphorn-Melodik, Volkslied-Anklängen und vaterländischen Männerchören ans alpenländische Handlungs-Umfeld anlehnt, wirkt sie niemals anbiedernd oder gar kitschig. Ihre stilistische Gebrochenheit und Uneinheitlichkeit, sonst oft ein Zeichen von mangelndem kompositorischem Profil, ist hier eher ein Vorzug: Erst durch den ständigen Wechsel zwischen kammermusikalischem Parlandostil, Orchesterpracht und markigen Volksmelodien vermag Meier das ungeheuerliche Bühnengeschehen derart sensibel und genau musikalisch zu kommentieren. „Sennentuntschi" ist seine erste Oper – man wird wohl noch einiges von ihm hören.

STEPHAN HOFFMANN

Heidelberg: „Godot" unter Mouchtar-Samorai

Ein Abschied mit Glanz

Becketts „Warten auf Godot" ist also der Abschied des Regisseurs David Mouchtar-Samorai von Heidelberg. Wieder einmal zieht es einen, der von Peter Stoltzenbergs Spürsinn entdeckt und unter seinem selbstlosen Beistand groß geworden ist, aus der Heidelberger Wärme in die weite Welt, die so weit denn doch nicht ist. So seinerzeit Neuenfels und Scharen von nunmehr landesweit renommierten Schauspielern. Ob der stille Mouchtar-Samorai in Frankfurt mehr fertigbringen wird als Adolf Dresen, der dort schon allzu lange leidet statt leitet? (Nebenbei: Warum hat Frankfurt, das immer wieder von Stoltzenberg mit Talenten beliefert wird, seinerzeit nicht einfach Stoltzenberg geholt und Dresen auf seinem glücklichen Posten in Wien gelassen?)

Aber sehen wir uns die vorzügliche Aufführung an. Die rätselhaften Figuren Becketts werden unter dieser Regie Personen statt Allegorien, weil man im Nu die abstrahierten Bedingungen akzeptiert. Diese vorgängige Abstraktion wird einem sofort durch das Bühnenbild oktroyiert: Ringsum blecherne Bibliotheksregale, die unter der Last der Bücher einknicken, und der Boden übersät von Zeitungspacken. Die Welt eine „Leichenhalle"? Da genügt ein Blick über die Bibliothek.

Die Besetzung ist glänzend, die Schauspieler sind hervorragend, der Regisseur ist dem Autor kongenial. André Jung als Gogo ist das absolute Nein, geschichtslos, fertig, aber ohne jedes Pathos, Hans Schenker macht den Didi mit immer wieder hilfreichem, fröhlichem Optimismus, obwohl er ahnt, daß Godots Botenjunge (Dieter Resch), der sich beim zweiten Auftauchen an das erste Mal nicht erinnert, leere Versprechungen bringt.

Pozzo, der brutale Herrenmensch, wird von Franz Nagler faszinierend gegeben. Der ausgebeutete, verstummte Lucky (erschütternd Dietrich Hollinderbäumer) revoltiert nicht, sondern schleppt den erblindeten Pozzo geduldig weiter. Und just dieser Pozzo mit seinen zynischen Weisheiten führt, als er hilflos ist, typische Beckettsche Stichworte im Mund: Wann? Eines Tages. Genügt euch das nicht? Eines Tages werden wir geboren, rittlings über dem Grab, eines Tages werden wir sterben. Im selben Augenblick. Der Tag ein Augenblick, und dann von neuem die Nacht.

Wir meinen immer, wir kennten das Stück. Wir kennen es nicht. Wir werden es nie kennen. Jedesmal fallen einem andere Aspekte auf und führen woanders hin. Pozzo hört zum Beispiel auf den Namen Abel und auf den Namen Kain. Er ist also die ganze Menschheit. Na und? Was sind dann Gogo und Didi und Lucky? Schuldige Opfer?

Wir können es ruhig aufgeben. Beckett selbst fängt an zu lachen, wenn einer die Einzelheiten zu deuten versucht. Es genügt, daß wir den Figuren alles glauben und davon unerklärlich betroffen werden. Das ist vielleicht nicht viel. Aber es ist genug.

RUDOLF KRÄMER-BADONI

Godards Film „Passion"

Die lange Suche nach dem Kino

Von seinem langen Ausflug zum Video, bei dem ihm nur wenige zu folgen vermochten, ist Jean-Luc Godard zurückgekehrt. Zurück zum Kino, zurück zu bekannten Schauspielern, zurück zum Film. Wobei letztere Feststellung allerdings einen doppelten Sinn hat. Godard ist auch wieder (oder immer noch) dabei, im Film über den Film nachzudenken, über die Möglichkeit, heute noch Filme zu machen – und damit auch darüber, was es überhaupt bedeutet, heute zu leben. Das alles weist schon darauf hin, daß es dem Zuschauer mit „Passion" nicht eben leicht gemacht wird. Godard wirft ihm einen Berg Puzzle-Steine hin, die er sich in letzter Konsequenz selbst zusammensetzen muß.

In „Passion" dreht der polnische Filmregisseur Jerzy (Radziwilowicz) in der Schweizer Einöde einen Film mit dem Titel „Passion". Worum es darin geht, erfährt man nicht, auf jeden Fall müssen für diesen Film berühmte Bilder von Rembrandt, El Greco, Goya, Delacroix und Ingres nachgestellt werden. Aber irgendwie geht es nicht voran mit der Arbeit. Vor allem das Geld wird knapp. Die Finanziers fragen immer wieder nach einer Geschichte, doch gerade damit hat Jerzy nichts im Sinn. Warum muß ein Film unbedingt eine Geschichte haben? Und als ein Produzent Hilfe in der Hochburg des Geschichtenkinos sucht, in Hollywood, da schmeißt Jerzy den Kram hin und kehrt nach Polen zurück.

Was Jerzy bei seiner Filmarbeit immer wieder behindert, ist seine Unzufriedenheit mit dem Licht, dem Licht, das die Verbindung herstellt zwischen den realen Schauspielern und dem späteren Leinwandprodukt. Auch sonst hapert es in vielem, was Film mit Leben und Leben mit Leben verbindet. Jerzy könnte ja beispielsweise die Geschichte des Mädchens Isabelle (Huppert) verfilmen, die von ihrem Chef Michel Piccoli aus der Fabrik entlassen wird, weil sie einen Betriebsrat gründen will. Doch Jerzy sieht sie nicht. Oder er möchte die Hotelbesitzerin Hanna (Schygulla) für den Film engagieren, die aber will sich nicht ausziehen. Oder, weder Isabelle noch Michel können sich ihrer Umwelt richtig verständlich machen, weil die eine stottert, der andere hustet.



Ein Puzzle-Spiel für den Zuschauer: Godards Film „Passion" mit Michel Piccoli FOTO: DIE WELT

„Passion" ist ein Film zum Suchen: Nach dem Licht, nach dem Sinn, nach der Schönheit der Bilder, nach dem Kino, nach den Menschen. Es ist auch ein sehr persönlicher Film Godards, und wenn der Zuschauer ihm beim Suchen helfen will, ist es auch eine sehr persönliche Angelegenheit für ihn. Geduld braucht es schon dazu, sonst wird man sich langweilen.

SVEN HANSEN

Peter Zadek inszeniert wieder in München – Ein „Baumeister Solness" aus der bayerischen Provinz

Zehn Jahre lang hat Hilde umsonst geträumt

Zadeks „Baumeister Solness" im Münchner Residenztheater wurde zur bestgehüteten Produktion. Weder der Regisseur Zadek selbst, der nach 14 Jahren erstmals wieder in München inszenierte, noch sein großer Mitarbeiterstab waren bereit, sich vorher auch nur andeutungsweise zu äußern. Die Generalprobe rollte hinter verschlossenen Türen ab. Die Spannung war groß – doch jetzt ist es am Tag: Die Geheimniskrämerei hat sich nicht gelohnt.

Der Abend geriet unterdurchschnittlich, ja, provinziell. Der bayerische Dialekt, in dem hier alle sprachen, vom alten Brovik (Toni Berger) bis zum Doktor Herdal (Fritz Strassner), unterstrich das noch. Von Ibsens dumpfer Backstein-Dramatik weit und breit keine Spur.

Hans Rehberg gibt einen schwerfüßigen, plumpen Solness, eine Art norwegischen Sorbas, der laut brüllend seine Umgebung unterdrückt und hemmungslos ausbeutet. Doch das ist ja nur die eine Seite dieser berühmten Bühnenfigur. Die ungeheure Sehnsucht, die in Solness steckt, der Drang hinaus und hinauf, den das Mädchen Hilde in ihm wieder wachruft, als sie mit ihm gemeinsam in die Schächte der Erinnerung zurücksteigt – dies zu zeigen bleibt Rehberg schuldig. Er ist nur der dämonisch augenrollende Troll. Ihm nimmt man nie und nimmer die Angst des Erfolgreichen vor dem Sturz in die Leere ab, auch nicht die Furcht des Alternden vor der Konkurrenz der Jungen.

Solness ist zwar ein verheirateter Mann, doch die jungen Mädchen umschwirren ihn bekanntlich wie Motten das Licht, die Buchhalterin Kaja etwa und das Mädchen Hilde. Doch auch in dieser Hinsicht vermochte die Inszenierung keine Glaubwürdigkeit zu vermitteln – die Ausstrahlung Rehbergs blieb stumpf und spießig. Kopfschüttelnd sieht man, wie sich Kaja ihm an den Hals wirft, und man versteht die Welt nicht mehr, wenn man erfährt, daß die so sympathische Hilde zehn Jahre lang von diesem Mann träumen konnte.

Die Besetzung der jungen Hilde mit Barbara Sukowa ist der Lichtblick in der Münchner Aufführung. Ein junges Energiebündel kommt da hereingeschwirrt und verlangt die Erfüllung des Versprechens, das ihr Solness vor zehn Jahren, als sie noch ein Kind war, gegeben hat: ein Schloß, ein Königreich. Das heißt, dieses junge Mädchen fordert von Solness ihr Lebensglück ein. Das macht die Sukowa intensiv deutlich. Keck verlangend insistiert sie auf Erfüllung, und wie sie das vorführt, immer geschickt zwischen den Ebenen pendelnd, mal berechnendes Luder, dann wieder ganz naives Feenkind, begreift man nur allzugut, daß sich auch ein so gestandenes Mannsbild wie Solness den Kopf verwirren läßt, ihr seine Zwänge, Ängste und Selbstqual anvertraut. So eine darf man nicht enttäuschen, muß weiterhin ihr Kinderheld bleiben. Man spürt förmlich die Spannung, die zwischen den beiden entsteht. Hier die rührende Hingabe dieser Kindfrau, da der ältere Mann, der es sich noch einmal beweisen will, wider alle Vernunft. Und so steigt Solness auf den Turm und stürzt ab.

Annemarie Düringer gibt der Frau Solness eine überaus damenhafte Statur, die aber sichtbarlich immer schon mürbe ist, ein lebender Leichnam. Paulus Manker, der junge Zeichner, bleibt allerdings so blaß, daß man sich fragt, warum der robuste Solness vor dieser mickrigen Generation Angst hat; er könnte sie ja einfach wegpusten.

Ärgerlich die Neuübersetzung, die Zadek gemeinsam mit seinem Dramaturgen Gottfried Greifenhagen besorgt hat. Es ist eine grobe, flapsige Sprache („neumodische Scheiße", „plemplem", „irre"), die das Stück ohne allen Grund herabsetzt, ihm seine historischen Bezüge nimmt und die handelnden Personen auf peinliche Art entblößt, ohne daß dadurch auch nur das Geringste für die Dramaturgie gewonnen würde. Der betont lässigen Ausdruckweise kontrastierten übrigens scharf die hier benutzten Kostüme, die alle den 30er Jahren entstammten – Gehrock und Spitzenkleid.

Ebenso deplaziert die Bühnenbilder (Götz Loepelmann): naturalistisches Alpenglühen auf überdimensionaler Breitwand gegen kalte Glashaus-Architektur und pflanzen- und plüschbewucherte Wohn-Idylle. Das war kunstlos-unentschieden und zerfahren wie die ganze Inszenierung.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

Anzeichen für Krebs vorher erkennbar

dpa, London

Frauen, die an Brust- oder Eierstockkrebs erkranken, weisen schon bis zu zehn Jahre vorher Abnormitäten in ihrem Hormonhaushalt auf. Das ist die Erkenntnis einer Untersuchung, bei der ein britisches Team von Medizinern und Biochemikern über zwanzig Jahre lang 13 000 Frauen beobachtet hatte. Dr. Mick Bulbrook und seine Mitarbeiter vom Londoner Guy's Hospital nahmen von den Versuchspersonen regelmäßig Urin- und Blutproben. Sie fanden heraus, daß der Urin von den an Brustkrebs erkrankten Frauen bis zu zehn Jahre vorher weniger Steroidhormone als normal enthielt. Auch erkannten sie, daß Frauen, bei denen der Spiegel des Hormons Prolactin im Blut nach der Menopause höher als normal war, doppelt gefährdet waren. Die Mitarbeiter von Imperial Cancer Research, einer staatlichen Krebsforschungsabteilung, hoffen, das hormonelle Gleichgewicht beeinflussen zu können, um somit das Auftreten dieser beiden Krebsarten einzudämmen.

Deutsche Filmpreise 1983 zuerkannt

dpa, Bonn

Mit Filmbändern in Gold werden in diesem Jahr vom Bundesinnenministerium zwei Regiearbeiten, fünf schauspielerische Leistungen und zwei Kamera-Arbeiten ausgezeichnet. Ein Filmband in Gold erhält der Regisseur Lutz Konermann („Auf der Mauer"). Ein Filmband in Gold geht an den Regisseur Peter Lilienthal („Dear Mister Wonderful"). Für ihre darstellerischen Leistungen erhalten ein Filmband in Gold: Lena Stolze („Die weiße Rose" und „Fünf letzte Tage"), Irm Hermann („Fünf letzte Tage"), Nastassja Kinski („Frühlingssinfonie"), Susanne Lothar („Eisenhans") und Gerhard Olschewski („Eisenhans"). Für seine Kamera-Arbeit in „Dies rigorose Leben" und seine Co-Kamera in dem Film „Der Stand der Dinge" erhält Martin Schäfer ein Filmband in Gold. Die gleiche Auszeichnung geht an Robby Müller für seine Kamera in „Klassenfeind".

Arnsberger Preise für Kurzgeschichten

dpa, Arnsberg

Der mit 10 000 Mark dotierte Deutsche Kurzgeschichtenpreis der Stadt Arnsberg/Westf. ist zu gleichen Teilen an die Schweizer Schriftstellerin Ingeborg Kaiser für ihre Arbeit „Über die Dörfer" und an den deutschen Autor Werner Dürrson für sein Werk „Kleist für Fortgeschrittene oder falscher Aufstand der Gefühle" vergeben worden. Der Jugoslawe Ivan Ivanji erhielt für seine Kurzgeschichte „Bote des Todes" den mit ebenfalls 10 000 Mark dotierten Kurzgeschichtenpreis.

Astrid Varnay 65

Sie wurde geboren, auf der Bühne zu herrschen. Schon ihr Debüt gab sie als Wagners Sieglinde, und das gleich an der New Yorker Met. Europa sah und hörte sie erstmals 1951 bei den wiedereröffneten Bayreuther Festspielen: als Brünnhilde. Zwei Jahrzehnte lang war sie auf dem Grünen Hügel und in allen anderen Wagner-Hochburgen der Welt abonniert auf die hochdramatischen Heroinen: Isolde, Kundry, Ortrud. Als die Stimme sich zu neigen begann, wechselte sie zu den keifenden Königinnen der Oper über: Straussens Klytämnestra, Herodias. In diesen Rollen schlägt Astrid Varnay, die große Tragödin des Musiktheaters, noch immer in Bann.

Astrid Varnay FOTO: FRANK LEONHARD/DPA

Bth.

Walter Slezak †

Ein bombiges Naturtalent, wie es dem Vater mit seiner Tenorstimme gegeben war, besaß Walter Slezak nicht. Er verfügte mehr über die vielen kleinen Talente: Als Schauspieler und als Schriftsteller, als Musicalstar und als Entertainer. In welchem Metier er sich auch gerade tummelte, er unterhielt die Leute auf eine so charmante wie weltläufige Art, aus schier unerschöpflichem Vorrat immer neue Anekdoten zum Besten gebend. Mit seinem Buch „Wann geht der nächste Schwan?" gelang ihm ein still schmunzelnder Bestseller nach dem Motto: Heiter sei das Leben, heiter sei die Kunst. Sein eigenes Leben empfand er wohl zuletzt gar nicht mehr vergnüglich: Wie in einem Teil unserer Wochenendausgabe schon gemeldet, ist Walter Slezak 80jährig freiwillig aus dem Leben geschieden.

Ebi

Wilhelm Busch und die vergebliche Suche nach dem Gift

Von WALTER H. RUEB

Am Samstagmittag wurde auf der Sondermülldeponie Münchehagen im niedersächsischen Landkreis Nienburg die zweitägige Suche nach den verschwundenen Giftfässern aus Seveso ergebnislos abgebrochen. Das Ende der aufsehenerregenden Suche benutzten die Verantwortlichen, um der Hysterie der letzten Tage entgegenzuwirken und die Bevölkerung zu beruhigen: „Es wurde hundertfünfzigprozentig gearbeitet", sagte der Nienburger Oberkreisdirektor Wilfried Wiesbrock. „Den berechtigten Sorgen der Bevölkerung wurde Rechnung getragen."

Obwohl Fachleute, Behördenvertreter und aktive Giftmüll-Sucher übereinstimmend erklärten, daß auf der 525 000 Quadratmeter großen Sondermülldeponie außer den chemischen Abfällen verschiedener Bundesländer und aus Holland kein Giftmüll anderer Herkunft und schon gar nicht aus Seveso gelagert sei, bleibt Unbehagen. Aus mehreren Gründen: Erstens sind die Seveso-Fässer nach wie vor verschwunden – seit Samstag befinden sich Englands Häfen in Alarmbereitschaft, um einen illegalen Transport der Fässer ins Land zu unterbinden. Zweitens bereitete die große Aufregung um Münchehagen den Boden für eine Menge groben Unfugs – sie stiftet sicherlich Trittbrettfahrer an, es auch einmal mit einem Dioxin-Alarm zu versuchen. Schließlich sind es verschiedene Begleiterscheinungen des „Falles Münchehagen", die ernsthaft zu denken geben.

Zunächst blieb die schriftliche Unterrichtung des Umweltschutzbeauftragten der niedersächsischen Landesregierung in Hannover vier Tage lang liegen, bevor der handelte. Dem Informanten wurde zunächst Vertraulichkeit zugesichert, und zwar von Staatsanwaltschaft, Polizei und Behörden. Am Samstag aber, als der ABC-Schutztrupp des Kreises Nienburg nicht fündig geworden war, lüftete der 58jährige Deponie-Platzmeister Walter Witte unter dem Druck der Behörden, die sich von dem sich anbahnenden Mißerfolg der Suchaktion deutlich beunruhigt zeigten, das Geheimnis seiner Identität.

Walter Witte hatte sich aus Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung seinem Arzt anvertraut. Nachdem sein Name bekannt geworden war, wurde er von seinem bisherigen Arbeitgeber diskreditiert: Es gebe schon seit längerem Differenzen zwischen Witte und der Gesellschaft für Sondermüllbeseitigung mbH Münchehagen, ließ der Anwalt des Unternehmens durchblicken. Ob die Betreiberfirma jetzt gegen Walter Witte gerichtlich vorgeht, ist nicht bekannt. Sicher ist, daß die Ankündigungen von Geschäftsführer Hans-Otto Möhring nach der genehmigten Wiedereröffnung für Montag gegenstandslos geworden sind. „Ich gehe aufgrund der Haltlosigkeit der Vorwürfe von illegaler Giftmüll-Lagerung davon aus, daß die Deponie am Montag oder Dienstag wieder geöffnet wird", hatte Möhring am Freitag erklärt und gedroht: „Wenn nicht, behalten wir uns rechtliche Schritte gegen die Zwangsschließung vor."

Bedenklicher aber sind im Hinblick auf künftige Fälle ähnlicher Art die zutage getretenen Koordinierungsschwierigkeiten der Behörden. Stundenlang berieten der zuständige Staatsanwalt, der die Schließung der Deponie angeordnet hatte, Vertreter des Katastrophenschutz-Dezernats bei der Bezirksregierung Hannover, der Polizei, der Feuerwehr, des Gewerbeaufsichtsamtes, des Wasserwirtschaftsamtez Sulingen, der Kreisverwaltung Nienburg sowie der Nienburger Landrat und Bundestagsabgeordnete Helmuth Rode über geeignete Maßnahmen. Einen Einsatzleiter vergaßen sie jedoch zu bestimmen.

Erst, als sich mehrere junge Feuerwehrmänner vor Dutzenden von TV-Kameras und Fotoapparaten in ihre dunklen Schutzanzüge mit Kapuzen gezwängt, Gummistiefel und -handschuhe angezogen, die Atemschutzmasken aufgesetzt und auf dem Rücken zwei schwere Atemluftflaschen festgezurrt hatten, trat der Krisenstab zusammen, um über die Einsatzleitung zu beraten.

Ob bei dieser „Notoperation" der Geeignetste gewählt wurde, ist kaum feststellbar. Herfried Lüdekke, der als Leiter des Sulinger Wasserwirtschaftsamtes auch zum Einsatzleiter gekürt wurde, begann auf jeden Fall mit einem Fehlgriff. Er ordnete als erstes die Räumung der Deponie von sämtlichen Journalisten an, was auf ganz entschiedenen Widerstand bei den Betroffenen stieß.

Der oberste Einsatzleiter drohte darob mit der Polizei und mußte daraufhin von den eigenen Kollegen zum Einlenken gebracht werden: Beim Einsatz der ABC-Schutztruppe, die mit einem Notarztwagen und einem Dekontaminations-Mehrzweckfahrzeug – „für den Fall eines radioaktiven Fallouts" – angerückt war, sollten während einiger Minuten Fernseh- und Fotoaufnahmen ungefährlicher Scheinaktivität gemacht, dann die Deponie geräumt und erst hinterher mit dem Graben nach den Fässern begonnen werden.

Die Suche wurde bis zur Dunkelheit fortgesetzt. Spaten auf Spaten schwarzgrauer Tonerde flogen beiseite, schließlich war das erste Faß freigelegt. Doch es stammte nicht aus Seveso, sondern aus Braunschweig und enthielt nicht Dioxin, sondern Abfälle aus der Kunststoffproduktion.

So etwas wie Enttäuschung machte sich breit, als am späten Samstagabend die Suche eingestellt wurde. Rund um das Gelände, das den ganzen Tag über von Hunderten von Schaulustigen belagert worden war, zogen jedoch mißtrauische Umweltschützer auf. „Wir wollen verhindern, daß im Schutze der Dunkelheit etwas ausgebuddelt und heimlich abtransportiert wird", sagte ein Sprecher der Grünen aus Loccum.

Für die Grünen war der „Fall Münchehagen" ein voller Erfolg. Sie drängten vor sämtliche Mikrofone und Kameras, berichteten von verendeten Kühen, eingegangenen Kiefernwäldern, toten Kröten, Hautausschlägen junger Mädchen und tränenden Augen alter Frauen. Im sechs Kilometer entfernten Loccum und im nur drei Kilometer abseits liegenden Wiedensahl aber ließen sich die Menschen nicht aus der Ruhe bringen. „Viel Aufregung um nichts", charakterisierte sie ein Wiedensahler lakonisch.

Sie sollten recht behalten: Am Samstag um die Mittagszeit war der zwei Tage währende Krimi von Münchehagen zu Ende, besiegelt von der amtlichen Feststellung: „Die Giftfässer von Seveso befinden sich nachweislich nicht auf der Sondermülldeponie Münchehagen."

Wiedensahls wohl bedeutendster Sohn hatte für solche Fälle eine einfache Formel: „Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt", sagte – Wilhelm Busch.

Berlins prominentester U-Häftling sorgt sich um seine Reputation

Öffentliches Interesse am Fall Garski übersteigt strafrechtliche Bedeutung

F. DIEDERICHS, Berlin

Als Berlins derzeit prominentester Untersuchungshäftling am vergangenen Freitagabend mit dem PanAm-Flug 648 aus Frankfurt an der Spree einschwebte, atmeten nicht nur die streßgeplagten Staatsanwälte der Wirtschaftsstrafkammer erleichtert auf. Mit der freiwilligen Rückkehr des wegen Kreditbetrugs und Untreue mit internationalem Haftbefehl gesuchten Architekten Dietrich Garski (52) nach Berlin hoffen auch die Politiker der Stadt, daß demnächst auch das letzte Kapitel der unerfreulichen Geschichte abgeschlossen werden kann – der Schlußakt eines Trauerspiels, das den Berliner Steuerzahler 93 Millionen Mark kostete und den sozial-liberalen Senat unter Dietrich Stobbe (SPD) im Januar 1981 zum Abschied zwang.

In Justizkreisen wird jedoch in den letzten Tagen immer wieder darauf hingewiesen, daß das öffentliche und politische Interesse am „Fall Garski" die strafrechtliche Bedeutung der Affäre bei weitem übertreffe. Während von dem Skandal betroffene Politiker nun schon eine neue parlamentarische Aufarbeitung der Bürgschaftssache in ihr Wunschdenken aufgenommen haben, äußerte Garskis Rechtsanwalt, Manfred Studier, gegenüber der WELT die „feste Zuversicht, alle Vorwürfe entkräften zu können". Sein Mandant habe schließlich „die Flucht nach vorn angetreten, um seine Reputation und Bewegungsfreiheit zurückzugewinnen".

Der Freiraum des Hauptdarstellers in Berlins größtem Finanzskandal ist jedoch noch auf ganze acht Quadratmeter beschränkt, die Ausmaße der Zelle in der Untersuchungshaftanstalt Moabit. Doch der Verteidiger hat längst Haftbeschwerde eingereicht, und in den nächsten vier Wochen wird sich entscheiden, ob der Star-Architekt bis zum Prozeßbeginn auf freiem Fuß an den grünen Spree-Gestaden wandeln kann.

Falls es überhaupt noch zu einer Anklage kommt: Denn daß Garski selbst von den Millionenkrediten – die zu Lasten der Steuerzahler gingen – profitierte, wird von diesem energisch bestritten. Und mit den fünf Millionen Mark, die im Wüstensand versickerten und ihm nun die Anklage der Untreue einbringen sollen, will der Architekt statt in Saudi-Arabien ein Parallelvorhaben in Jordanien gestützt haben, um dieses vor dem Zusammenbruch zu retten. „Letztlich auch im Interesse der Kreditgeber", wie er durch seinen Anwalt versichern läßt.

Der Berliner Staatsanwaltschaft, deren Ermittlungsstand bislang zwar einen Haftbefehl, aber keine Anklage ermöglichte, möchte der Untersuchungshäftling „unverzüglich sachlich entgegentreten". Sein Entschluß, vor der endgültigen Entscheidung über den Auslieferungsantrag aus der Bundesrepublik Deutschland freiwillig aus den Niederlanden zurückzukehren, wurde ihm nicht zuletzt durch die Zusicherung der Justizbehörde erleichtert, „unvoreingenommen und schnell zu ermitteln". Für den ehemaligen Jet-set-Architekten sei das, so sein Anwalt, schon deshalb von Bedeutung, weil „er ja schließlich seinen Beruf weiter ausüben will".

Ein neuer Atlas hilft bei Rohstoffsuche und Umweltschutz

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften arbeitet an einem geochemischen Kartenwerk

AP, Bonn

Bei Brilon im nördlichen Sauerland gibt es möglicherweise eine bislang unbekannte Blei-Lagerstätte. Ebenfalls im Sauerland liegen die Spitzenwerte der künstlichen Belastung mit dem giftigen Schwermetall Kadmium. Bei Furth im Wald wird seit kurzem mit einiger Aussicht auf Erfolg nach dem wertvollen Stahlveredeler Wolfram gesucht. Dies sind erste Resultate einer systematischen Suche, die die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe im Jahre 1977 begonnen hat und die im kommenden Jahr zur Veröffentlichung des ersten Geochemischen Atlas der Bundesrepublik führen soll. Erste Karten dieses Atlas erläutern Projektleiter Heinrich Fauth und sein Mitarbeiter Ulrich Sievers in der Mai-Ausgabe der Zeitschrift „Bild der Wissenschaft".

Nach diesem Bericht wurden an 80 000 Stellen im gesamten Land Wasser- und Sedimentproben aus Quellgewässern auf die Gehalte von 20 Metallen und Nichtmetallen hin untersucht. Bei 20 Prozent der Proben handelte es sich um die Überprüfung überraschender, von der Norm abweichender Ergebnisse der ersten Analyse, die dann in den meisten Fällen auch bestätigt wurde.

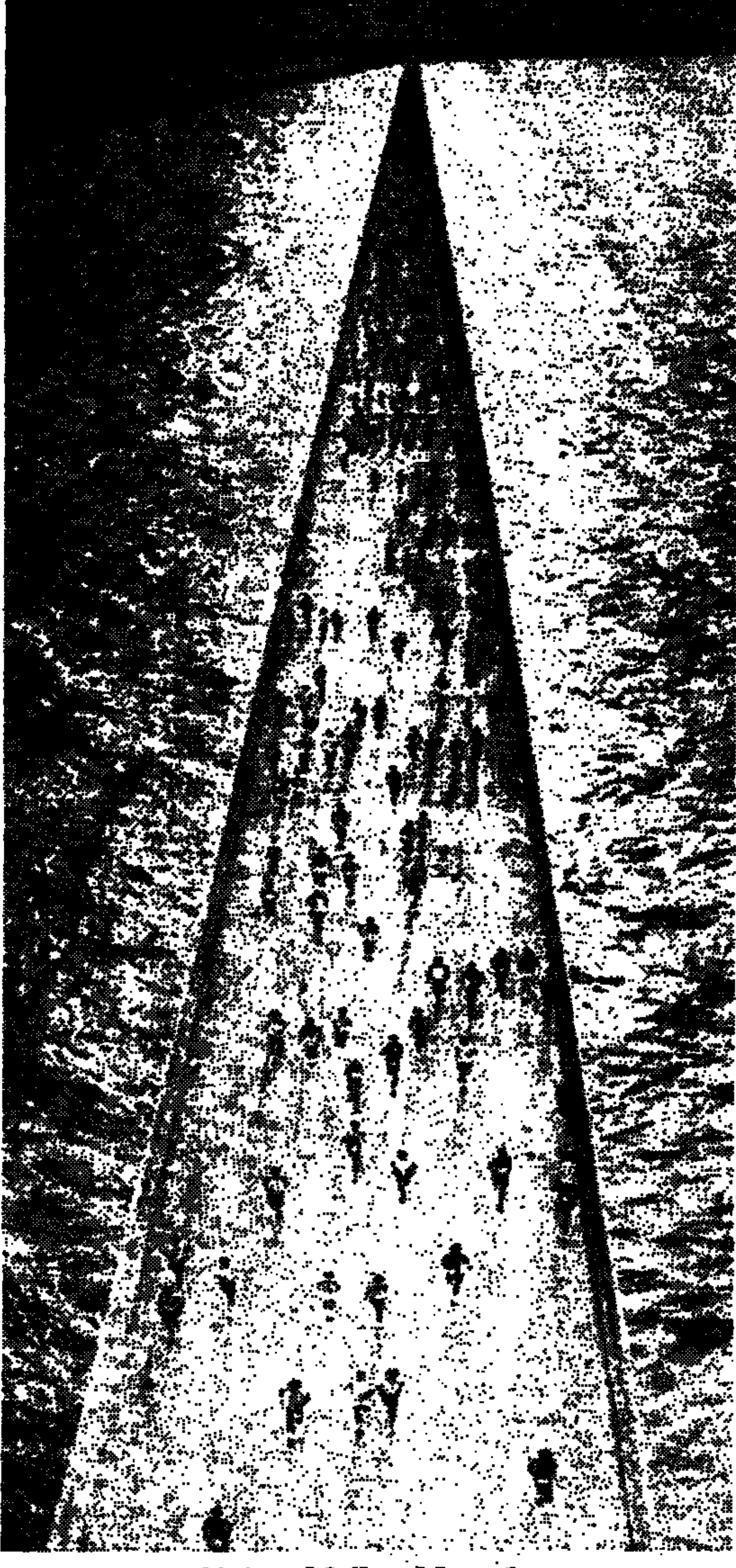
Auf die gesamte Fläche der Bundesrepublik Deutschland bezogen, wurde durchschnittlich alle 2,5 Quadratkilometer eine Probe analysiert. Die Kosten von 40 Mark je Probe wurden vom Bundesforschungsministerium getragen. Der Geochemische Atlas dürfte für die Rohstoffsuche ebenso interessant sein wie für den Umweltschutz.

Die Zonen mit stark erhöhtem Bleigehalt sind nach diesen Untersuchungen überwiegend auf den Bergbau im Harz, Sauerland, der Eifel und im Schwarzwald zurückzuführen. Bei Brilon hingegen haben 6000 Proben auf 30 Quadratkilometern Fläche Werte ergeben, die tausendmal höher als üblich liegen und auf eine bislang unbekannte Lagerstätte hindeuten. In manchen 1000-Gramm-Proben wurden 35 Gramm Blei gefunden.

Beachtliche Wolfram-Anomalien wurden in Bachsedimenten des Bayerischen Waldes und des Schwarzwaldes entdeckt, darunter in der Nähe der tschechoslowakischen Grenze bei Furth im Wald. Gerade Wolfram ist ein für die heimische Lagerstättensuche interessantes Metall, weil es derzeit zu 60 Prozent aus kommunistisch regierten Ländern eingeführt werden muß. Im Falle einer weltpolitischen Krise wären heimische Wolfram-Vorkommen mehr als willkommen.

Östlich des Kernkraftwerks Ohu bei Landshut wurde ein Milligramm Uran in 20 Litern Bachwasser gefunden – das ist 250mal soviel wie normal. Insgesamt fließt dort pro Jahr über eine Tonne Uran mehr in die Isar als in anderen Gebieten mit vergleichbarem Gewässernetz. Allerdings hat das nichts mit dem Kernkraftwerk zu tun: Als Folge einer Grundwasserabsenkung im Isartal geben die dortigen Moose und Moore das in Jahrtausenden aus den Wässern abgelagerte Uran in wenigen Jahrzehnten wieder frei.

120 Tonnen Kadmium, das ist knapp ein Prozent der Weltproduktion, werden jedes Jahr zusammen mit 12 000 Tonnen Zink, 1500 Tonnen Kupfer, 3000 Tonnen Blei und 30 Tonnen Quecksilber vom Rhein in die Nordsee gespült. Kadmium, das sich im menschlichen Organismus anreichert und zu schwersten Gesundheitsschäden führt, wird als Korrosionsschutz und als Farbpigment verwendet.



Sieben-Meilen-Marathon

Der Name hält nicht ganz, was er verspricht: Mehr als tausend Läufer beteiligten sich am Wochenende an dem berühmten Brückenrennen von Marathon, einem Städtchen im amerikanischen Bundesstaat Florida. Die Brücke ist allerdings „nur" sieben Meilen, also etwa elf Kilometer lang. Bemerkenswert bleibt der Wettbewerb trotzdem: Die Fahrbahnen werden für den Autoverkehr gesperrt. So erlebt die Brücke wenigstens einmal im Jahr statt des Schrittempos der Blechlawine den Laufschritt der Athleten. FOTO: AP

Auch Kinderhüten will in den USA studiert sein

MICHAEL NISCHK, Chicago

Als Englands Prinzessin Diana nach einem Kindermädchen für den noch ungeborenen Thronfolger William Ausschau hielt, hatte sie die Qual der Wahl unter tausenden von gut ausgebildeten „Kolleginnen". Einer amerikanischen Mutter in vergleichbarer Situation, die im Berufsleben steht, versuchen „Nacht- und Nebel-Agenturen" kaum englisch sprechende Hausmädchen aufzuschwatzen, die meist selbst nur knapp dem Kindesalter entwachsen sind, auf jeden Fall aber keine vernünftige Ausbildung haben.

Diesem Mißstand will nun eine in Chicago gegründete „Nanny-Schule" abhelfen. Die nötigen Voraussetzungen für die „Nanny Inc." brachte die 42jährige Beth Smith von Hause aus mit. Als gebürtige Engländerin lernte sie die Vorteile eines trainierten Kindermädchens kennen. Als studierte Psychologin und geschiedene Mutter weiß sie auch um die Probleme berufstätiger Mütter.

Daß die Gründerin sich mit ihrem Projekt auf dem richtigen Weg befindet, zeigten Gespräche mit Leitern englischer Kindermädchen-Schulen, die fast täglich Anrufe und Briefe aus Amerika erhalten. Aber die US-Einwanderungsvorschriften machen solche Hoffnungen zunichte. Und als Beth Smith in Anzeigen um Schüler für die neugegründete Schule warb, konnte sie sich vor Anrufen von Eltern kaum retten.

Doch es wird noch einige Zeit dauern, ehe die Nachfrage gestillt werden kann. Beth Smith betrieb die Auswahl der ersten acht Schüler aus den rund 200 Bewerbern besonders sorgfältig. Mit ihnen steht und fällt der Erfolg dieser Idee.

Die acht, unter ihnen eine 68jährige Großmutter, bezahlen für den achtwöchigen Kurs 950 Dollar und erhalten am Ende ein Diplom, das sie als Absolventen der „Nanny Inc." ausweist. In den 280 Stunden Unterricht, die sechs Lehrer geben werden, lernen die angehenden Kindermädchen, wie man ein Baby füttert, badet und trocken legt, oder wie man es zu einem Mittagsschlaf bringt. Ein weiterer Teil der Ausbildung befaßt sich mit für Kinder gefährlichen Situationen im Haushalt, der Ernährung, und dem Erkennen von Erkrankungen.

Einen Tag pro Woche verbringen die künftigen Nannies in Kindergärten, um „vor Ort" praktische Erfahrungen mit Kleinkindern zu sammeln. Wenn sie ihren Kurs erfolgreich absolviert haben, gibt's außer dem Diplom auch eine „Uniform" – ein gestreiftes Kleid. Außer Weiterbildungskursen bietet die Schule ihren Absolventen auch einen „heißen Draht" – falls doch einmal Probleme auftauchen sollten.

Der April ist nicht besser als sein Ruf

AP, Frankfurt

Der April bleibt sich treu: Strahlend blauer Himmel wechselte sich am Wochenende in Deutschland mit tiefschwarzen Wolken und kräftigen Regenschauern ab. Die Temperaturen kletterten stellenweise über die 20-Grad-Marke und fielen nach heftigen Gewittern auch um zehn Grad zurück. Nach Angaben des Deutschen Wetterdienstes in Offenbach wird das wechselhafte Wetter auch in den nächsten Tagen andauern. Ein ortsfestes Tiefdruckgebiet über den Britischen Inseln machen die Meteorologen für den „wetterwendigen" Frühling verantwortlich. An der Vorderseite des Tiefs strömt warme Luft ein, und Störungen wandern von West nach Ost.

Fehler im System

dpa, Moskau

Das jüngste Raumfahrtunternehmen der Sowjetunion ist „wegen Betriebsfehlern eines Systems" an Bord des Raumschiffs Sojus T-8 fehlgeschlagen. Das berichteten am Wochenende Moskauer Zeitungen. Schon nach dem Start des Raumschiffs am Mittwoch seien „Abweichungen vom vorgesehenen Ablauf der Annäherung" an die Raumstation Saljut 7 beobachtet worden.

Tod auf dem Stuhl

AP, Atmore

Wegen des 1977 begangenen Mordes an einem Ladeninhaber starb John Louis Evans am Wochenende auf dem elektrischen Stuhl in Atmore (US-Bundesstaat Alabama). Sein Anwalt bezeichnete die Hinrichtung als „barbarisches Ritual". Evans war erst nach dem dritten Stromstoß von je 1900 Volt tot. Die Hinrichtung war vom Obersten Gericht des Staates angeordnet worden, nachdem eine untergeordnete Instanz Stunden zuvor eine unbefristete Aufschiebung gewährt hatte.

Atempause am Ätna

AP, Catania

Die nach einem neuen Ausbruch des Ätna auf Sizilien seit Freitag zu Tal fließenden Lavaströme haben sich am Wochenende verlangsamt. Die Bewohner der von den glühenden Lavamassen bedrohten Ortschaften Belpasso und Nicolosi gewannen damit zumindest eine Atempause.

Brand unter Tage

dpa, München

Der Fußgängertunnel zum Münchner Ostbahnhof ist am Wochenende ausgebrannt. Hitze und starke Rauchentwicklung richteten in den Läden des Bahnhofs-Untergeschosses große Schäden an. Fünf Menschen erlitten Rauchvergiftungen. Das Feuer war in einer Toiletten-Kunststoffkabine ausgebrochen.

Tod auf der Autobahn

AP, Augsburg

Ein vollbeladener Autotransporter ist auf der Autobahn München–Stuttgart am frühen Samstag auf der Lechbrücke bei Augsburg von der Fahrbahn abgekommen und in den Fluß gestützt. Fahrer und Beifahrer kamen dabei ums Leben. Einige Stunden nach dem Unfall stürzte der Transporter bei der Bergung auf die Führerkabine des Spezialkrans und erschlug den Kranführer.

Unfall an Bahnübergang

AP, Berlin

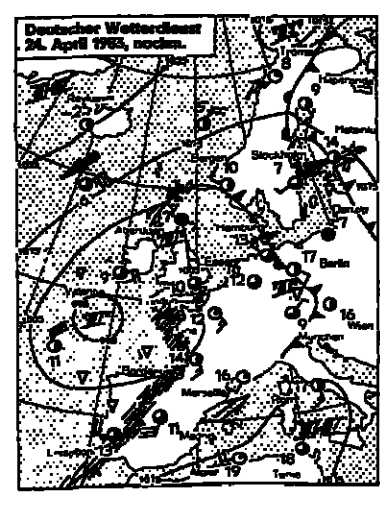
Das Fehlverhalten eines Eisenbahners hat nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur ADN am Samstagnachmittag an einem Bahnübergang in der „DDR" zu einem schweren Verkehrsunfall geführt. Sieben Menschen kamen ums Leben, als eine Elektrolok an einem Übergang auf der Eisenbahnstrecke Leipzig–Bitterfeld bei geöffneter Schranke mit einem Linienbus zusammenstieß.

ZU GUTER LETZT

„Rund 80 Mädchen und Frauen, darunter vier Männer fanden sich ein ..." Aus „Aschaffenburger Volksblatt"

WETTER: Nur kurze Beruhigung

Wetterlage: Während sich auch im Osten Zwischenhocheinfluß durchsetzt, greifen auf den Westen im Tagesverlauf neue Tiefausläufer über.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still; ≡ Nebel; Sprühregen; ● Regen; ✱ Schneefall; ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm).

Vorhersage für Montag:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Anfangs im Osten noch stark bewölkt und zeitweise Niederschlag. Sonst zunächst aufgelockerte Bewölkung und trocken. In der zweiten Tageshälfte im Westen Bewölkungsverdichtung und nachfolgend schauerartiger Regen. Höchste Temperaturen 17 bis 21, Tiefstwerte nachts 10 bis 7 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind um Süd.

Weitere Aussichten:

Leicht unbeständig, wenig geänderte Temperaturen.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	17°	Kairo	26°
Bonn	13°	Kopenh.	8°
Dresden	16°	Las Palmas	18°
Essen	12°	London	10°
Frankfurt	12°	Madrid	11°
Hamburg	13°	Mailand	13°
List/Sylt	9°	Mallorca	18°
München	9°	Moskau	17°
Stuttgart	12°	Nizza	16°
Algier	19°	Oslo	12°
Amsterdam	11°	Paris	12°
Athen	18°	Prag	13°
Barcelona	17°	Rom	17°
Brüssel	13°	Stockholm	7°
Budapest	18°	Tel Aviv	22°
Bukarest	16°	Tunis	18°
Helsinki	14°	Wien	16°
Istanbul	15°	Zürich	10°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 6.06 Uhr, Untergang 20.35 Uhr, **Mondaufgang:** 19.37 Uhr, Untergang: 6.13 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

„Pionier zehn" bricht alle Rekorde

US-Sonde erreicht eine Gegend, in die nie zuvor Irdisches vorgedrungen ist

WOLFGANG WILL, New York

Wenn es zwölf schlägt in der kommenden Nacht, überfliegt die amerikanische Raumsonde „Pionier zehn", seit 1972 als „Briefträger der Menschheit" für mögliche „Außerirdische" unterwegs, eine unsichtbare Grenze: die Umlaufbahn des Planeten Pluto. Dann befindet sich die Sonde, die Rekord nach Rekord aufgestellt hat, 4,48 Milliarden Kilometer von der Sonne entfernt, in einer „Gegend", in die noch nie ein Erden-Gerät vorgedrungen ist. Sechs Wochen später liegt auch die Bahn des Planeten Neptun hinter der Sonde, und damit verläßt „Pionier zehn" unser Sonnensystem.

„Pionier zehn", von TRW entwickelt und gebaut, hatte eine Lebenserwartung, so seinerzeit die TRW-Ingenieure, von 21 Monaten. Sie ist weit übertroffen worden, denn nahezu perfekt funktioniert die Sonde auch noch nach mehr als elf Jahren: Nur ein Bordmagnetometer ist ausgefallen, vermutlich von einem winzigen Mikrometeoriten getroffen.

Wenn am 13. Juni auch die Neptun-Bahn gekreuzt wurde, hat „Pionier zehn" seit dem Start in Florida 5,74 Milliarden Kilometer zurückgelegt. Die Sonde hat bisher schon über 95 000 Funkbefehle empfangen und etwa 126 Milliarden wissenschaftliche Einzeldaten zur Erde gefunkt. Die Nasa ist davon überzeugt, daß sie „Pionier zehn" bis zu einer Entfernung von acht Milliarden Kilometern unter Kontrolle behalten wird, an der „telemetrischen Strippe".

Als „Briefträger der Menschheit" führt „Pionier zehn" eine in eine Aluminiumplatte geritzte Botschaft mit sich, für den Fall, daß es irgendwo intelligente Lebewesen gibt: Diese Botschaft besteht aus der Zeichnung eines Mannes und einer Frau und erläutert, woher die Sonde kommt, „erzählt" von der Erde und unserem Sonnensystem. Aber wenn irdische Berechnungen stimmen, wird es sehr lange dauern, bevor „Pionier" in möglicherweise „bewohnte" Regionen gerät, denn erst in etwa 32 000 Jahren nähert sich die Sonde einem Sternensystem, „Ross 248" genannt. An ihm fliegt sie im Abstand von 3,27 Lichtjahren vorbei – eine gewaltige Distanz.

Die USA können aber heute schon auf außergewöhnliche Erfolge und Entdeckungen ihres Botschafters zurückblicken: Sie war der erste irdische Apparat in Jupiter-Nähe und fand heraus, daß es sich bei Jupiter um einen flüssigen Planeten handelt. „Pionier zehn" erforschte den Asteroiden-Gürtel, und aufgrund der gefunkten Daten kam man zu dem Ergebnis, daß er kaum Gefahren für ihn durchfliegende Raumfahrzeuge aufweist.

Mit Spannung erwarten die Nasa-Wissenschaftler jetzt, was „Pionier zehn" über die Heliosphäre berichten wird. Das ist die Sonnenatmosphäre, im Grunde genommen eine Art magnetischer Blase, in der sich Sonne und deren Planeten, also auch unsere Erde, „aufhalten". Diese Heliosphäre scheint größer zu sein, als ursprünglich von der Wissenschaft angenommen worden war. Diese Blase wird durch die Solar-Winde geformt, erscheint tränenförmig, und „Pionier zehn" fliegt die Länge der Blase ab, entlang etwa jener „Linie", wo die Sonnenatmosphäre in den wirklich interstellaren Raum übergeht.

Die Übermittlung von Daten, die mit Lichtgeschwindigkeit „reisen", von der Sonde an die Bodenstation Ames Research Center in Kalifornien dauert vier Stunden und 20 Minuten, und wenn die Sonde die Neptun-Bahn erreicht hat, verlängert sich diese Daten-Übertragungszeit um etwa eine Minute alle vier Tage. (SAD)

LEUTE HEUTE

Pech auf der Strecke

Frankreichs Nachwuchsrennfahrer **Paul Belmondo** (20), Sohn des Schauspielers **Jean-Paul Belmondo** und Freund von Prinzessin **Stephanie von Monaco**, hat sich beim Training auf der Automobilrennstrecke von Albi verletzt. Er hatte eine Panne und verließ seinen Wagen, um einem Konkurrenten, der ebenfalls Probleme hatte, zu helfen. In diesem Moment fuhr ein dritter Rennfahrer in die Gruppe.

Königs-Tochter

Königin **Nour** von Jordanien hat gestern ihr drittes Kind zur Welt gebracht. Wie ein Sprecher in Amman erklärte, nannte König **Hussein** seine Tochter **Iman** (Glaube). Das jordanische Herrscherpaar hat bereits zwei Söhne, die Prinzen **Hamze** und **Haschem**.

Strafe für „Stuhlflug"

Ein Lastwagenfahrer aus Kalifornien, der auf einem Gartenstuhl sitzend mit Hilfe von 42 gasgefüllten Wetterballons in den Himmel entschwebte, muß jetzt für seinen waghalsigen Flug zahlen: Die amerikanische Flugaufsichtsbehörde (FAA) verdonnerte den 33jährigen **Larry Walters** zu einem Bußgeld von rund 3675 Mark. Er war nach zweistündigem Flug nur wenige Kilometer vom Startort entfernt auf einer Stromleitung gelandet, nachdem er immerhin bis in 5000 Meter Höhe aufgestiegen war.

Spät gefreit

Die Heirat eines 104 Jahre alten Priesters in Bangladesch mit einem 16jährigen Mädchen hat am Freitag den Zorn der Dorfbewohner heraufbeschworen. Die Bewohner von Fatehabad bei Chittagong verlangten den Ausschluß **Ali Azams** aus der Priesterschaft nicht etwa wegen des Altersunterschieds, sondern weil der Priester gegen die Gesetze des Islam, der vier Frauen erlaubt, eine fünfte Frau nahm.

Gefeuert

Nach dem Premierenverriß des Noel-Coward-Stücks „Private Lives" in Boston hat **Elizabeth Taylor** (51), die mit ihrem zweifachen Ex-Mann **Richard Burton** (57) die Hauptrolle spielt, den Regisseur **Milton Katselas** feuern lassen. Ein Bostoner Zeitungskritiker hatte die Taylor in dem Stück mit einer „fetten Eule" und „stämmigen Hausfrau" verglichen und geschrieben: „Sie klingt wie Minnie Mouse." Über Burton: „Er bringt einen Schatten von Charakterdarstellung zustande, aber nur einen Schatten."